

# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2004

I

NDZ-GmbH

---

### Inhaltsverzeichnis

<i>Dmitrij Owetschkin: Zwischen Integration und revolutionärem Bewußtsein. Kulturorganisationen, "Verbürgerlichung" und das "Akademikerproblem" im Kontext der theoretischen Auseinandersetzungen in der SPD vor 1914</i> .....	4
<i>Michael P. Hensle: Zwangsarbeiter als "Feindhörer"</i> .....	20
<i>Mario Niemann: Polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der mecklenburgischen Landwirtschaft im zweiten Weltkrieg 1939-1945</i> .....	38
<i>Rolf Badstübner: Zu einigen Problemen der Zeitgeschichtsschreibung</i> .....	60
<b>Zur 39. Linzer Konferenz</b>	
<i>Günter Benser: Arbeit, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Weltsystem</i> .....	74
<i>Beverly J. Silver: Arbeiterbewegung, Globalisierung und Weltpolitik: Dynamik der Gegenwart in welthistorischer Sicht</i> .....	81
<b>Miszelle</b>	
<i>Alfred Wesselmann: Otto Lüning, das Westphälische Dampfboot und die sozialkritischen Tendenzen der zeitgenössischen Malerei</i> .....	97
<b>Diskussion</b>	
<i>Volker Riedel: Zur Kritik der Marxschen Philosophie</i> .....	105
<i>Steffen Kachel: Entscheidung für die SED 1946 – ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen?</i> .....	127

<i>Günther Glaser: Zu einigen Problemen der Neubefragung der DDR-Militärgeschichte</i> .....	132
<b>Leserbrief</b>	
Prof. Erich Rübensam zu: Elke Scherstjanoi (JBzG 2003/II) .....	140
<b>Biographisches</b>	
<i>Gerd Kaiser: Familiengeschichten - Erinnerungen an die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung</i> .....	142
<i>Ruth Weihe: Hamburger Hafendarbeiter und Seeleute – Opfer des Nazi-Terrors</i> .....	153
<b>Dokumente</b>	
Clara Zetkins “Märzentag” - Der erste internationale Frauentag 1911 ( <i>Mirjam Sachse</i> ) .....	168
<b>Berichte</b>	
<i>Rolf Apel: Über den schwierigen Umgang mit dem Begriff “Verrat”</i> .....	172
<i>Peter Hübner: “Arbeiter im Staatssozialismus”</i> .....	178
<i>Elke Scherstjanoi: Kolloquium “DDR-Zeitgeschichtsforschung vor und nach der Wende”</i> .....	185
<i>Horst Klein: Zur juristischen Aufarbeitung von Nazi-Verbrechen und DDR-Geschichte</i> .....	188
<i>Bernd Hüttner: “Making History”. Eine Tagung des “Arbeitskreises Kritische Geschichte” in München</i> .....	194
<b>Informationen</b>	
<i>Ottokar Luban: Zum 85. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs. Neuere internationale Publikationen zu Leben und Werk</i> .....	196
<i>Gerd Schulze: Das Finnische Arbeiterarchiv</i> .....	199
<b>Rezensionen</b>	
Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation ( <i>Wolfgang Büttner</i> ) .....	200
Heinrich Gemkow, Sigismund Ludwig Borkheim: Vom königlich-preußischen Kanonier zum Rußland-Experten an der Seite von Marx und Engels ( <i>Rolf Dlubek</i> ) .....	203
Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 ( <i>Erhard Kiehnbaum</i> ) .....	206

Werner Lesanowsky: Den Menschen der Zukunft erziehen. Dokumente zur Bildungspolitik, Pädagogik und zum Schulkampf der deutschen Arbeiterbewegung 1870-1900 ( <i>Christa Uhlig</i> ) .....	210
Åsa Linderborg. Socialdemokraterna skriver historia. Historieskrivning som ideologisk maktresurs 1892-2000( <i>Alexander Kan</i> ) .....	211
Reinhard Mocek: Biologie und soziale Befreiung ( <i>Christa Uhlig</i> ) .....	214
Mario Niemann: Mecklenburgischer Großgrundbesitz im Dritten Reich. Soziale Struktur, wirtschaftliche Stellung und politische Bedeutung ( <i>Siegfried Kuntsche</i> ) .....	215
Otilie Knepper-Babilon, Hanneli Kaiser-Löffler: Widerstand gegen die Nationalsozialisten im Sauerland. Eine Untersuchung zum Verhalten der sauerländischen Bevölkerung während der NS-Zeit ( <i>Jürgen Stroeck</i> ) .....	219
Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren; Wladimir K. Wolkow: Stalin wollte ein anderes Europa ( <i>Stefan Doernberg</i> ) .....	221
Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen ( <i>Stefan Doernberg</i> ) .....	223
Hans Ehlert unter Mitarbeit von Hans-Joachim Beth: Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente ( <i>Stefan Bollinger</i> ) .....	226
Michael Schäfer: Die Vereinigungsdebatte. Deutsche Intellektuelle und deutsches Selbstverständnis 1989 – 1996 ( <i>Siegfried Prokop</i> ) .....	228

## Annotationen

Rudolf Forberger: Die industrielle Revolution in Sachsen 1800 - 1861. Bd. 2. Zweiter Halbband: Die Revolution der Produktivkräfte in Sachsen 1831-1861. Übersichten zur Fabrikentwicklung. Zusammengestellt von Ursula Forberger ( <i>Wolfgang Uhlmann</i> ) .....	230
Sibylle Küttner: Farbige Seeleute im Kaiserreich. Asiaten und Afrikaner im Dienste der deutschen Handelsmarine ( <i>Rainer Holze</i> ) .....	230
Verbrannt, geraubt, gerettet! Bücherverbrennung in Deutschland. Eine Ausstellung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des 70. Jahrestages. Mit Beiträgen von Detlev Brunner, Angela Graf, Erhard Stang, Rüdiger Zimmermann ( <i>Jürgen Stroeck</i> ) .....	231
Abel Paz: Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten ( <i>Fred Wilm</i> ) .....	232
Spurensicherung V. Die DDR wird zum "Beitrittsgebiet". Erlebtes, Erlittenes, Probleme, Aktivitäten ( <i>Fritz Zimmermann</i> ) .....	233
Nachsatz .....	234
Autorenverzeichnis / Impressum .....	235

# Zwischen Integration und revolutionärem Bewußtsein. Kulturorganisationen, „Verbürgerlichung“ und das „Akademikerproblem“ im Kontext der theoretischen Auseinandersetzungen in der SPD vor 1914<sup>1</sup>

Dmitrij Owetschkin

Seit den Anfängen der Sozialdemokratie entwickelten sich ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen und ihr theoretisches Selbstverständnis im Widerstreit unterschiedlicher Standpunkte und Ansätze. Mit dem Aufkommen des Revisionismus in den 1890er Jahren gewann dieser Widerstreit eine neue Qualität. Die Revisionisten stellten nicht nur einzelne Punkte der sozialdemokratischen Strategie und Taktik, sondern die theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie selbst in Frage. Der in sich heterogene Revisionismus hatte einen theoretischen Anspruch, was ihn von anderen Strömungen in der SPD, die dem orthodoxen Marxismus gegenüberstanden, unterschied.<sup>2</sup> Ohne eine über die Kritik hinausgehende einheitliche und geschlossene „Gegentheorie“ zu entwickeln, arbeiteten seine Vertreter in vielen Bereichen alternative Ansichten zur „offiziellen“ Parteideologie, dem „Kautskyanismus“, heraus.

Die ganze Breite der innerparteilichen Strömungen und die theoretischen und politischen Richtungskämpfe in der SPD im Wilhelminischen Reich können nicht auf den Gegensatz zwischen dem Revisionismus und dem orthodoxen Marxismus reduziert werden; das Gesamtbild war wesentlich komplizierter und differenzierter. Aber an diesem Gegensatz, der den Entwicklungsprozeß der sozialdemokratischen Theorie vor 1914 gewissermaßen durchzog, werden dessen Besonderheiten und Widersprüche deutlich.

Die Auseinandersetzungen zwischen den „Orthodoxen“ und den Revisionisten konzentrierten sich zumeist auf grundsätzliche Probleme der marxistischen Ökonomie, Theorie des Sozialismus und (in geringerem Maße) Philosophie. Weniger bekannt sind hingegen die von den Anhängern dieser Richtungen vertretenen gegensätzlichen Auffassungen über die Kulturorganisationen der Sozialdemokratie und die Rolle der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung, welche nicht zum unmittelbaren Gegenstand der Revisionismuskussionen gehörten. Das „Akademikerproblem“ stand nicht nur mit der Kulturarbeit der Sozialdemokratie,

---

1 Der Aufsatz entstand im Rahmen eines von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung geförderten Forschungsvorhabens.

2 Zur Charakteristik innerparteilicher Strömungen in der Sozialdemokratie siehe Hans-Josef Steinberg: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin u. a. 1979; siehe auch Hans Mommsen: Einleitung, in: Peter Friedemann (Hrsg.): Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, Frankfurt a. M. u. a. 1978, Bd.1, S.11-55.

sondern auch mit den Problemen der „Verbürgerlichung“ sowie des revolutionären Bewußtseins und dessen Trägern im Zusammenhang. Im folgenden soll versucht werden, ausgehend vom Beispiel der Berliner Freien Volksbühne, diesen Zusammenhang bzw. seine theoretischen Aspekte zu verdeutlichen. Eine theoretisch orientierte Analyse bietet im Vergleich zu einer empirischen Herangehensweise eine andere Perspektive, die vor dem Hintergrund des besonderen Verhältnisses der deutschen Sozialdemokratie zur Theorie relevant wird. Der Wandel dieses Verhältnisses erscheint als ein Prozeß, der durch die spannungsreiche Wechselwirkung von Arbeiterbewegung und „bürgerlicher“ Gesellschaft in Deutschland bedingt war.

### I.

Die mannigfaltigen Organisationen der Arbeiterbewegung entwickelten sich, trotz ihres Charakters als „Gegenkultur“, innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen des Kaiserreiches.<sup>3</sup> Durch sie wurden Kontaktfelder der Arbeiterbewegung und ihrer „bürgerlichen“ Umgebung erweitert<sup>4</sup>, und gerade die Kulturorganisationen, die kulturelle Angebote für die Arbeiter zugänglich machen und damit u. a. deren Ausgrenzung entgegenwirken sollten, trugen wesentlich dazu bei. Das kam auch in der Entwicklung des Arbeitertheaters zum Ausdruck. Maßgebend dafür waren die Freien Volksbühnen. Die erste Freie Volksbühne entstand in Berlin, und ihre Entwicklung ist besonders bezeichnend, denn sie war durch die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD geprägt.

Der Verein der Freien Volksbühne in Berlin wurde 1890 von Intellektuellen des „Friedrichshagener Kreises“ der naturalistischen Schriftsteller (Bruno Wille, Paul und Bernd Kampffmeyer u. a.) und Arbeitern gegründet. Unter dem Motto „Die Kunst dem Volke“ sollte er den ästhetischen und politischen Lernprozeß der Arbeiterklasse fördern, die Arbeiter an die hohe Kunst heranzuführen und ein Gegengewicht zum „bürgerlichen“ Theater bilden. Dazu sollte die Aufführung vor allem klassischer, aber auch naturalistischer Stücke beitragen.<sup>5</sup> Bereits 1892 kam es jedoch zu einer Spaltung. Bruno Wille und seine Anhänger, die zur Opposition der „Jungen“ in der SPD gehörten, gründeten einen eigenen Verein, die Neue Freie Volksbühne, mit einer stärkeren Orientierung am Naturalismus. Die Spaltung, die erst 1913/1914 im Kartell der beiden Volksbühnen überwunden werden konnte, war

---

3 Zur Organisationsentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung siehe u. a. Torsten Kupfer: *Geheime Zirkel und Parteivereine. Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie zwischen Sozialistengesetz und Jahrhundertwende*, Essen 2003; Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917*, Berlin (DDR) 1987, Bd. 1-2.

4 Siehe Gerhard A. Ritter: *Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive*, in: ders.: *Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, München 1996, S.183-226, hier S.192; Hans Mommsen, *Einleitung*, S.35.

5 Zur Freien Volksbühne siehe Hyun-Back Chung: *Die Kunst dem Volke oder dem Proletariat? Die Geschichte der Freien Volksbühnenbewegung in Berlin 1890-1914*, Frankfurt a. M. u. a. 1989; Siegfried Nestrjepke: *Geschichte der Volksbühne Berlin 1890-1914*, Berlin 1930, Bd.d1.

eine direkte Folge der Auseinandersetzungen mit den „Jungen“ in der sozialdemokratischen Partei.<sup>6</sup>

Für die Entwicklung der Berliner Freien Volkshöhe in den 1890er Jahren war die Tätigkeit Franz Mehrings als Vorsitzenden (1892-1896) sowie sein Konflikt mit Conrad Schmidt, einem Anhänger des Revisionismus, der 1897 den Vorsitz übernahm, maßgebend.<sup>7</sup> Mehring sah als vorrangige Aufgabe der Kulturorganisationen und der Volkshöhe nicht die „Erziehung“ des Proletariats zum Kunstverständnis, sondern die Förderung seines Befreiungskampfes und legte dabei besonderen Wert auf die Aufführung von Klassikern. Conrad Schmidt neigte hingegen zum Naturalismus.<sup>8</sup> Unter seinem Vorsitz näherte sich die Freie Volkshöhe der Neuen Freien Volkshöhe mit deren stärkerer Anlehnung an „bürgerliche“ Standards der Unterhaltung und Verzicht auf politisch motivierte Vorbehalte an. Der Konflikt zwischen Schmidt und Mehring, der durch einen formalen Einwand ausgelöst wurde und 1898 zu Mehrings Ausscheiden aus der Volkshöhe führte,<sup>9</sup> war u. a. eine Konsequenz der unterschiedlichen Einstellungen

---

6 Siehe Herbert Scherer: Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890. Die „Friedrichshagener“ und ihr Einfluß auf die sozialdemokratische Literaturpolitik, Neuwied u. a. 1972, S.87-94; Dietger Pforte: Die deutsche Sozialdemokratie und die Naturalisten. Aufriß eines fruchtbareren Mißverständnisses, in: Helmut Scheuer (Hrsg.): Naturalismus. Bürgerliche Dichtung und soziales Engagement, Stuttgart u. a. 1974, S.175-205, hier S.180-181; Manfred Brauneck: Literatur und Öffentlichkeit im ausgehenden 19. Jahrhundert. Studien zur Rezeption des naturalistischen Theaters in Deutschland, Stuttgart 1974, S.38-44; Rolf Kauffeldt/Gertrude Cepl-Kaufmann: Berlin-Friedrichshagen: Literaturhauptstadt um die Jahrhundertwende. Der Friedrichshagener Dichterkreis, München 1994, S.214-222. Die antiparlamentarische und antizentralistische Opposition der „Jungen“ trat mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890 gegen die „kleinbürgerliche Versumpfung“ und „Korruption“ der sozialdemokratischen Partei auf. Diese „Literaten- und Studentenrevolte“ (Friedrich Engels) stellte keine einheitliche Bewegung dar. Nachdem auf dem Erfurter Parteitag einige der Führer der Opposition aus der SPD ausgeschlossen worden waren, gründeten die „Jungen“ den „Verein unabhängiger Sozialisten“. Die Zunahme des anarchistischen Einflusses hatte letzten Endes 1894 die Auflösung des Vereins zur Folge; siehe dazu Hans Müller: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892; Friedrich Engels: Antwort an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Berlin (DDR) 1963, Bd.22, S.68-70, hier S.68; Dirk H. Müller: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894, Berlin 1975; Hans Manfred Bock: Die „Literaten- und Studenten-Revolte“ der Jungen in der SPD um 1890, in: Das Argument 1971, S.22-41; Peter Wienand: Revoluzzer und Revisionisten, die „Jungen“ in der Sozialdemokratie vor der Jahrhundertwende, in: Politische Vierteljahresschrift 1976, S.208-241.

7 Die polizeiliche Verfolgung bedingte 1896 die Auflösung des Vereins. 1897 wurde die Berliner Freie Volkshöhe neu gegründet. Siehe dazu Chung, Kunst, S.52-56, 63-70.

8 Conrad Schmidt, Bruder von Käthe Kollwitz und Briefpartner von Friedrich Engels, arbeitete als Redakteur und Journalist sowohl bei den „Sozialistischen Monatsheften“ als auch beim „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ mit. Zu Conrad Schmidt siehe Dimitrij Owetschkin: Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie. Zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914, Essen 2003.

9 Siehe dazu Franz Mehring: Die Freie Volkshöhe, in: Die Neue Zeit (NZ) 1899-1900, Bd.2, S.530-536; Conrad Schmidt: Genosse Mehring und die Freie Volkshöhe, in: NZ 1899-1900, Bd.2, S.659-662; Franz Mehring: Ein letztes Wort in Sachen der Freien Volkshöhe, in: NZ 1900-1901, Bd.1, S.58-62; Georg Fülberth: Proletarische Partei und bürgerliche Literatur. Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen

der marxistischen Orthodoxie und des Revisionismus zur Kulturarbeit und den Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung.

Vom orthodox-marxistischen Standpunkt aus erschien die Kulturarbeit zwar als wichtiges, aber untergeordnetes Moment des proletarischen Klassenkampfes, als dessen „angenehme Beigabe“.<sup>10</sup> Diese Auffassung gründete auf der These über die Unmöglichkeit einer eigenen Wissenschaft und Kunst der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus. Aus der orthodox-marxistischen Sicht konnte es in einer bürgerlichen Gesellschaft keine andere als eine bürgerliche Kultur geben. Dementsprechend vermochte auch das Proletariat innerhalb dieser Gesellschaft nur die gesellschaftlichen Bedingungen der freien Kulturentwicklung und die geistigen Waffen zu seinem Kampf zu schaffen: „Die Arbeiterklasse steht als solche, wengleich verschiedene ‚soziale‘ Professoren schon den Gebrauch von Krawatten, Visitenkarten und Fahrrädern bei den Proletariern als hervorragende Teilnahme am Kulturfortschritt bewundern mögen, außerhalb der heutigen Kultur, und, obwohl sie den materiellen Gehalt sowie die ganze soziale Grundlage dieser Kultur mit eignen Händen schafft, wird sie nur insofern zu ihrer Nutznießung zugelassen, als dies zur befriedigenden Ausfüllung ihrer Funktionen im wirtschaftlichen und sozialen Prozeß der bürgerlichen Gesellschaft erforderlich ist.“<sup>11</sup> Die orthodox-marxistische Position lief also auf eine Kulturkritik und nicht auf eine Kulturaktion hinaus.<sup>12</sup>

Hingegen wuchs der Kulturarbeit (nicht zuletzt wegen ihrer Bildungs- und Erziehungsfunktion) bei den Revisionisten, die auch in der Leitung der Freien Volksbühne überwogen, eine essentielle Bedeutung zu. In Anknüpfung an die Traditionen der frühen Arbeiterbewegung sahen sie im Sozialismus einen Kulturträger und in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einen „Hauptfaktor der auf die völlige Befreiung der Menschen lossteuernden Entwicklung“.<sup>13</sup> Der relativ hohe Stellenwert der sozialistischen Kulturauffassung und Kulturarbeit im Revisionismus ergab sich aus den gradualistischen Vorstellungen über die sozialistische Transformation. Denn wenn der Sozialismus nicht als eine Zukunfts-, sondern als eine Gegenwartsaufgabe begriffen wird, dann lassen sich auch kulturelle, ethische und ästhetische Probleme nicht mehr als zweitrangig betrachten.<sup>14</sup> Durch die von den Revisionisten geforderte und unterstützte „unpolitische Veredelung“<sup>15</sup>

---

Literaturpolitik, Neuwied u. a. 1972, S.108-109; Scherer, Literaten, S.196-200; Nestriepke, Geschichte, S.159-160.

10 Siehe Mehring, Volksbühne, S.533.

11 Rosa Luxemburg: Stillstand und Fortschritt im Marxismus, in: Gesammelte Werke, Berlin (DDR) 1972, Bd.1/2, S.363-368, hier S.367.

12 Siehe Peter Kiefer: Bildungserlebnis und ökonomische Bürde. Franz Mehrings historische Strategie einer Kultur des Proletariats, Frankfurt a. M. u. a. 1986, S.6.

13 Siehe Paul Kampffmeyer: Die Arbeiterbewegung als Faktor der allgemeinen Kulturentwicklung, in: Sozialistische Monatshefte (SM) 1912, Bd.1, S.30-32, hier S.31; Eduard Bernstein: Vorwort, in: David Koigen: Kulturanschauung des Sozialismus. Ein Beitrag zum Wirklichkeits-Sozialismus, Berlin 1903, S.I-IV, hier S.V.

14 Siehe Bernstein, Vorwort, S.VII.

15 Max Maurenbrecher schrieb 1909 in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Versucht es einmal, an die stumpfe Masse, die selbst den aufpeitschenden Agitationsversammlungen fernbleibt, durch unpolitische

und Heranführung der Arbeiter an die hohe Kunst wurden aber die Arbeiterkulturorganisationen, wie etwa die Freie Volksbühne, zu einer „Vermittlungsinstanz“ für „bürgerliche“ Kultur und „bürgerliche“ ästhetische Normen.<sup>16</sup> Der „Organisationspatriotismus“ der Sozialdemokratie lieferte dabei die Voraussetzungen für den Ausbau der Kulturorganisationen.<sup>17</sup>

Auf der anderen Seite kamen diese Organisationen den kulturellen Bedürfnissen und integrativen Motivationen der Arbeiter entgegen. Diese Bedürfnisse und Motivationen mußten nicht unbedingt ein Ausdruck der klassenbewußten Haltung sein und über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft hinausgehen. Sie waren vielmehr „kleinbürgerlich“ gefärbt.<sup>18</sup> Und so wirkte das Engagement der Revisionisten in den Kulturorganisationen explizit oder implizit eher im Sinne der Auffassung Bernsteins, wonach die Sozialdemokratie „den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgertum zu verallgemeinern“ strebte.<sup>19</sup> Damit trugen die Arbeiterkulturorganisationen auch zur „negativen Integration“ der Arbeiterklasse bei, weil die durch sie vermittelten Inhalte einen affirmativen Charakter hatten und die kulturellen und moralischen Normen der bürgerlichen Gesellschaft nicht in Frage stellten.<sup>20</sup>

---

Veredelung heranzukommen, laßt sie in Theater, Konzert, Bilderbetrachtung, Bücherlektüre, hygienischer, hauswirtschaftlicher, pädagogischer Schulung erst einmal ahnen, was ihr fehlt, und was sie schon heute haben könnte, wenn sie nur Geld hätte: Das Klassenbewußtsein, um das die *marxistischen* Katechismussprüche seit Jahren umsonst gerungen haben, wächst aus solcher Aussaat von selbst hervor.“ (Max Maurenbrecher: Massenbildung, in: SM 1909, Bd.3, S.1364-1371, hier S.1369.)

16 Siehe Fülberth, Partei, S.109-110. Thomas Nipperdey zufolge wurden die Freie Volksbühne und die Neue Freie Volksbühne zu „Agenten der Modernität“; siehe Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, München 1993, Bd.1, S.793.

17 In einem Aufruf der Freien Volksbühne hieß es bei der nachdrücklichen Hervorhebung des besonderen Charakters der Arbeiterbewegung als Kulturbewegung: „Die stolzen Erfolge, die die Organisationen des arbeitenden Volkes auf anderen Gebieten errungen haben, müssen auch im Fortschritt seiner eigentlichen Kulturinstitute ihr Seitenstück finden.“ (An die Mitglieder der Freien Volksbühne, in: Freie Volksbühne 1911-1912, H.9/10, S.1.)

18 Siehe Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1981, S.97, 111.

19 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart u. a. 1921, S.183. Bernstein betonte freilich den Unterschied zwischen „bürgerlich“ und „kapitalistisch“ oder „bourgeois“; siehe Bernstein, Voraussetzungen, S.183-184.

20 Siehe Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S.59. Groh weist in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz von Herbert Marcuse „Über den affirmativen Charakter der Kultur“. Bei Marcuse erscheint die affirmative Kultur der bürgerlichen Epoche allerdings als Gegensatz der „Zivilisation“, d. h. der Sphäre der materiellen Reproduktion. Der entscheidende Zug der affirmativen Kultur ist dabei „die Behauptung einer allgemein verpflichtenden, unbedingt zu bejahenden, ewig besseren, wertvolleren Welt, welche von der tatsächlichen Welt des alltäglichen Daseinskampfes wesentlich verschieden ist, die aber jedes Individuum ‚von innen her‘, ohne jene Tatsächlichkeit zu verändern, für sich realisieren kann“. Sie geht jedoch über bloße Rechtfertigung der bestehenden Daseinsform hinaus und enthält „die Erinnerung an das, was sein könnte“ und somit „die geschichtliche Forderung der allgemeinen Befreiung des Individuums“. (Herbert Marcuse: Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: ders.: Kultur und Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1970, Teil 1, S.56-101, hier S.63, 66-67, 69.)

## II.

Die „bürgerliche“ Kultur erwies sich also als dominierend und „hegemonial wirkend“. Das machte aber den Anspruch der Arbeiterbewegung, eine eigene, in einem spezifisch proletarischen Sinne emanzipatorisch ausgerichtete Kultur durch entsprechende Institutionen zu etablieren, problematisch<sup>21</sup>, abgesehen davon, daß dieser Anspruch durch die radikale orthodox-marxistische Haltung, wie etwa bei Rosa Luxemburg, relativiert wurde. Daraus mußte sich jedoch nicht zwingend eine „Verbürgerlichung“ der Arbeiter ergeben. Eine solche „Verbürgerlichung“ setzte eine scharfe, in Wirklichkeit nahezu unmögliche Trennung von „bürgerlich“ und „nicht-bürgerlich“ voraus.<sup>22</sup> Bereits die entstehende Arbeiterbewegung war ein Teil der „bürgerlichen“ Welt. Sie erwies sich als „Brückenkopf der Bürgerlichkeit“ im Unterschichtenbereich. Diese „Verbürgerlichung“ stellte sogar eine Voraussetzung für die bürger-kritische Ausrichtung der Arbeiterbewegung dar.<sup>23</sup> Auch auf dem Gebiet der Kultur bedeutete die Übernahme und Aneignung der vorgefundenen kulturellen Formen und Traditionen einen natürlichen Vorgang und bildete einen Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung, für neue Formen, Akzente und Sinnbezüge.<sup>24</sup>

Auf der anderen Seite ist das „Bürgerliche“ selbst schwer definierbar. Definitionsschwierigkeiten treten schon beim Begriff des Bürgertums auf, der vielfältige, nach ihren Marktpositionen, Einkommensarten, Vermögensverhältnissen, Macht und Ansehen sehr unterschiedliche Funktions- und Berufsgruppen umfaßt und häufig ex negativo bestimmt wird.<sup>25</sup> Das Bürgertum kann auch anhand von gemeinsamen Wertungsmustern, Mentalität und „Kultur“, der „Bürgerlichkeit“, definiert werden.<sup>26</sup> Dieser „Bürgerlichkeit“, als spezifischer Kultur und Lebensführung des Bürgertums,

---

21 Siehe dazu Helga Grebing: Arbeiterbewegung, Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1993, S.106; Edith Lerch: Kulturelle Sozialisation von Arbeitern im Kaiserreich. Ein Beitrag zur Historischen Sozialisationsforschung, Frankfurt a. M. 1985, S.146-156; Gerhard A. Ritter: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein 1979, S.1-14, hier S.6. In dieser Hinsicht ist der Unterschied zwischen einer „Kultur für Arbeiter“ und „Kultur von Arbeitern“ bezeichnend; siehe Lerch, Sozialisation, S.152.

22 Zur Diskussion und Kritik der Verbürgerlichungsthese siehe Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S.837-838; Ritter, Einleitung, S.9; Grebing, Arbeiterbewegung, S.106; Chung, Kunst, S.22-26; Josef Mooser: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984, S.229-234. Zur Analyse moderner sozialwissenschaftlicher Verbürgerlichungstheorien siehe Birgit Mahnkopf: Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats, Frankfurt a. M. u. a. 1985.

23 Siehe Jürgen Kocka: Die Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft. Überlegungen zum deutschen Fall, in: Geschichte und Gesellschaft 1994, S.487-496, hier S.491.

24 Siehe Klaus Tenfelde: Anmerkungen zur Arbeiterkultur, in: Wolfgang Ruppert (Hrsg.): Erinnerungsarbeit. Geschichte und demokratische Identität in Deutschland, Opladen 1982, S.107-134, hier S.122; Peter von Rügen: Anmerkungen zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor dem ersten Weltkrieg, in: ders. u. a. (Hrsg.): Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918, Frankfurt a. M. u. a. 1979, S.11-42, hier S.16.

25 Siehe Jürgen Kocka: Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S.121-142, hier S.42.

26 Siehe Kocka, Bürgertum, S.43.

wohnten jedoch Verallgemeinerungstendenzen inne, so daß Bürgertum und Bürgerlichkeit im Prozeß einer „graduellen Veralterung“ begriffen waren.<sup>27</sup> Außerdem pluralisierte sich das „Bürgerliche“, insbesondere im Bereich der Kunst und Kultur, wo sich verschiedene Strömungen und Moden abwechselten. Der Naturalismus etwa, der eine wichtige Rolle bei der Hinwendung von Teilen der „bürgerlichen“ Intellektuellen zum Sozialismus gespielt hatte, wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts durch andere Richtungen abgelöst.<sup>28</sup>

Die Konturen der dominierenden „bürgerlichen“ Kunst wurden immer unklarer; die Teilnahme an Kunst und Kultur erweiterte sich, wodurch sich diese gewissermaßen demokratisierten. Die tendenzielle Demokratisierung bedeutete auch eine Pluralisierung des Kunstgeschmacks und seiner Kriterien sowie eine relative „Trivialisierung“ der Kunst.<sup>29</sup> In diesem Kontext erschien die „Verbürgerlichung“ nicht als ein einseitiger Rezeptions- und Verinnerlichungsvorgang, sondern vielmehr als die Einbeziehung der Arbeiterschaft in einen allgemeinen Entwicklungsprozeß, durch den neue Formen von Kunst und Kultur und schließlich die marktabhängige „Massenkultur“ entstanden sind.<sup>30</sup> In einer solchen allgemeinen Kultur waren

27 Siehe M. Rainer Lepsius: Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: Kocka, Bürger, S.79-100, hier S.98.

28 Siehe Helmut Scheuer: Zwischen Sozialismus und Individualismus – zwischen Marx und Nietzsche, in: ders., Naturalismus, S.150-174; Walter Fahnders: Naturalisten, Sozialisten, Anarchisten. Dispositionen der literarischen Intelligenz im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: Ulrich von Alemann u. a. (Hrsg.): Intellektuelle und Sozialdemokratie, Opladen 2000, S.59-76. In der Sozialdemokratie war der Naturalismus umstritten. Während z. B. Conrad Schmidt noch in den 1880er Jahren in Zola die „materialistische Geschichtsanschauung“ entdeckte und der Ansicht war, daß diese literarische Richtung dem Wesen der Arbeiterbewegung entspreche, hielt Mehring den Naturalismus, wie die zeitgenössische Kunst und Literatur überhaupt, für ein Produkt der absteigenden Bourgeoisie und sprach ihnen den künstlerischen Wert ab; siehe Friedrich Engels an Laura Lafargue, 15.7.1887, in: MEW, Bd.36, S.682; Nestriepke, Geschichte, S.35-36, 52; Heinz Selo: Die „Freie Volksbühne“ in Berlin. Geschichte ihrer Entstehung und ihre Entwicklung bis zur Auflösung im Jahre 1896, Berlin 1930, S.89; Franz Mehring: Ästhetische Streifzüge, in: Gesammelte Schriften, Berlin (DDR) 1961, Bd.11, S.141-226, hier S.221-225; Franz Mehring: Naturalismus und Neoromantik, in: Gesammelte Schriften, Bd.11, S.227-229. Siehe auch die Naturalismusdebatte auf dem Gothaer Parteitag der SPD: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896, Berlin 1896, insbes. S.76-86, 92-110. Zum Inhalt und Stellenwert der Debatte siehe Norbert Rothe (Hrsg.): Naturalismus-Debatte 1891-1896. Dokumente zur Literaturtheorie und Literaturkritik der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, Berlin (DDR) 1986; Fülberth, Partei, S.84-105; Scherer, Literaten, S.139-193; Pforte, Sozialdemokratie, S.184-189; Brauneck, Literatur, S.99-116; Stanley Pierson: Marxist Intellectuals and the Working-Class Mentality in Germany 1887-1912, Cambridge (Mass.) u. a. 1993, S.111-120. Zur Entwicklung der Kultur in Deutschland am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts siehe Richard Hamann/Jost Hermand: Epochen der deutschen Kultur von 1870 bis zur Gegenwart, München 1971-1976, Bd.1-5; York-Göthart Mix (Hrsg.): Naturalismus - Fin de siècle - Expressionismus. 1890-1918 (Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München u. a. 2000, Bd.7); Hans-Peter Bayerdörfer/Karl Otto Conrad/Helmut Schanze (Hrsg.): Literatur und Theater im Wilhelminischen Zeitalter, Tübingen 1978.

29 Siehe Nipperdey, Geschichte, Bd.1, S.695.

30 Siehe Ritter, Einleitung, S.9; Hermann Bausinger: Verbürgerlichung – Folgen eines Interpretaments, in: Günter Wiegmann (Hrsg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskunde-Kongresses in Trier vom 13. bis 18. September 1971, Göttingen 1973, S.24-49, hier S.33.

schichtspezifische Elemente zwar immer noch vorhanden, aber sie verloren an Bedeutung. Bei der Herausbildung dieser Kultur spielten die Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung, die die Arbeiterschaft am Kulturleben ihrer Zeit teilnehmen ließen und dadurch zur Steigerung ihres Selbstbewußtseins beitrugen, eine wesentliche Rolle.<sup>31</sup>

Die Verallgemeinerung des Bürgerlichen bzw. die Auflösung des Bürgerlichen im Allgemeinen, die aus einer anderen Perspektive als „Entbürgerlichung“ erscheint, war auch für die Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung. Denn dem Universalisierungsanspruch des Bürgerlichen und der Bürgerlichkeit stand die bürgerliche Exklusivität gegenüber. Dieser Widerspruch, genauso wie der essentielle Widerspruch zwischen den Gleichheitsansprüchen und der realen Ungleichheit der „bürgerlichen“ Gesellschaft, bedingte die Dialektik von Bürgerlichkeit und Antibürgerlichkeit der Arbeiterbewegung in Deutschland.<sup>32</sup>

Im Hinblick darauf erscheinen die kulturelle Integration der Arbeiter, ihre „kleinbürgerlichen“ Wünsche als Ausdruck des Strebens nach Gleichstellung, die vorenthalten wurde. Die Gegenüberstellung von „verbürgerlichter“ und eigenständiger Kultur des Proletariats verliert ihren Sinn, wenn man das wesentliche Charakteristikum der Arbeiterkultur in „alternativen Ideen über die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen“ (Raymond Williams) sieht.<sup>33</sup> Diese Ideen entstanden in der Auseinandersetzung mit der dominierenden Kultur und wurden häufig von Vertretern des Bürgertums entwickelt. Die bürgerliche Selbstkritik war aber nicht unbedingt mit der Aufgabe der „Bürgerlichkeit“ und der „bürgerlichen“ Lebensführung verbunden. Dadurch vermittelten die oppositionellen sozialistischen Intellektuellen die Arbeiterbewegung mit dem Bürgertum.<sup>34</sup> Das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeiterbewegung war jedoch sehr spannungsreich, und in den unterschiedlichen Auffassungen dieses Verhältnisses im Revisionismus und im orthodoxen Marxismus spiegeln sich Widersprüche des Integrationsprozesses der Arbeiterschaft in die existierende Gesellschaft sowie dessen Grenzen wider.

### III.

Das Problem der Stellung von Akademikern und Intellektuellen in der Arbeiterbewegung hatte eine bis in die frühen Phasen der Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland zurückreichende Tradition.<sup>35</sup> Von der proleta-

---

31 Siehe Gerhard A. Ritter: Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich. Probleme und Forschungsansätze, in: ders., Arbeiterkultur, S.15-39, hier S.25.

32 Siehe Kocka, Arbeiterbewegung, S.493.

33 Siehe Rüdén, Anmerkungen, S.16.

34 Siehe Lepsius, Soziologie, S.98.

35 Siehe dazu u. a. Brigitte Emig: Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung, Frankfurt a. M. 1980, S.104-127; Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1957, S.300-313. Zur Kritik an der These Michels' über die Gegensätze zwischen „Masse“, „Führerschaft“ und „Intellektuellen“ in der frühen deutschen Sozialdemokratie siehe Thomas Welskopp: „Arbeiterintellektuelle“, „sozialdemokratische Bohemiens“ und „Chefideologen“. Der Wandel der Intellektuellen in der frühen deutschen Sozialdemokratie. Ein Fallbeispiel, in: Alemann, Intellektuelle, S.43-58.

rischen Basis der sozialdemokratischen Partei wurden sie häufig als ein fremdes Element und ihre Tätigkeit als eine Form des „bürgerlichen“ Einflusses auf die Arbeiterbewegung angesehen. Auch die Vorstellungen der „einfachen“ und „gebildeten“ Sozialdemokraten über den proletarischen Klassenkampf und seine Ziele stimmten nicht immer überein. „Es ist nun traurig“, hieß es z. B. 1895 in einem überlieferten Kneipengespräch, „daß sich zu der Sozialdemokratie zu viele Anhänger finden, die der ungebildeten Klasse angehören, dadurch wird es immer schlimmer und der Kampf ein erbitterter, weil eben die Mehrzahl in ihrer Dummheit nach einem Ziel strebt, das den Gebildeten für unerreichbar scheint.“<sup>36</sup>

Diese stets vorhandene Spannung zwischen proletarischen und nichtproletarischen Mitgliedern der Sozialdemokratie wurde durch theoretische und persönliche Streitigkeiten der Parteintellektuellen, „Literatengezänke“, noch verstärkt. Im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus gab die akademische Herkunft vieler Revisionisten und „Opportunisten“<sup>37</sup> Anlaß zur Thematisierung des „Akademikerproblems“ am Rande der theoretischen Diskussionen. Während die Revisionisten in der Mitarbeit von Akademikern in der SPD einen Beitrag zur sozialen Öffnung der Partei sahen<sup>38</sup>, mußte die Parteiführung, vor allem August Bebel, diese Mitarbeit gewissermaßen rechtfertigen, u. a. durch die Betonung der mehrheitlich proletarischen Zusammensetzung und somit des explizit proletarischen Charakters der Sozialdemokratie.<sup>39</sup> Bebel versuchte, eine pauschale, gegen die Akademiker gerichtete Kritik (z. B. wegen der Gehaltshöhe oder der Bevorzugung bei der Mandatsverteilung) zurückzuweisen, weil die Polemik gegen Akademiker in der Öffentlichkeit als Polemik gegen Bildung überhaupt aufgefaßt werden konnte.<sup>40</sup>

36 Richard J. Evans (Hrsg.): Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914, Reinbek 1989, S.264.

37 Bernstein bestritt, daß die revisionistische Bewegung in erster Linie von „Akademikern“ getragen wurde. Trotz der vordergründigen Stellung der Akademiker in den Theoriedebatten sei die revisionistische Bewegung, so Bernstein, eine von Arbeitern, „nur daß die Masse der betreffenden Arbeiter revisionistisch handeln, ohne darum revisionistisch zu reden“; siehe Eduard Bernstein: 1878 und 1903, in: SM 1903, Bd.2, S.741-750, hier S.746-747. Versteht man jedoch unter dem Revisionismus vor allem theoretische Bestrebungen, trifft diese Beschreibung nicht ohne weiteres zu. Denn die reformistische Praxis, auch im „revisionistischen“ Sinne, konnte mit der insbesondere für den „Praktizismus“ typischen Abneigung gegen die Theorie einhergehen. So forderte der Gewerkschafter Adolph von Elm, den Bernstein zu den Revisionisten zählte, ein „Fort mit dem Literatengezänk und den *theoretischen* Haarspaltereien“; siehe Adolph von Elm: Der Parteitag des Sieges, in: SM 1903, Bd.2, S.729-735, hier S.735.

38 Siehe Franz Walter: Konfliktreiche Integration. Arbeiterkultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Eine Zwischenbilanz, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1988, S.54-88, hier S.80.

39 Siehe August Bebel: Bernstein-Debatte. Reden und Diskussionsbeiträge auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover, in: Ausgewählte Reden und Schriften, München u. a. 1995, Bd.4, S.444-516, hier S.483-484.

40 Siehe dazu beispielsweise Gustav Auernheimer: „In einer Partei, die die Politik auf wissenschaftlicher Grundlage betreiben wollte, die von den Anfängen her so starke Hoffnungen auf das Bewußtsein ihrer Mitglieder setzte, konnte verständlicherweise die Polemik gegen eine Gruppe, welche Wissenschaft und Bildung berufsmäßig betrieb, nur begrenzt bleiben.“ (Gustav Auernheimer: „Genosse Herr Doktor“. Zur Rolle von Akademikern in der deutschen Sozialdemokratie 1890 bis 1933, Gießen 1985, S.82-83; siehe auch Pierson, Intellectuals, S.83-85).

Zugleich hatte das Mißtrauen gegenüber den Akademikern in der Partei, insbesondere in Bezug auf die Anhänger des Revisionismus, einen realen Hintergrund. Für die revisionistischen Akademiker waren mehr oder weniger ausgeprägte „bürgerliche“ Attitüden und Lebens- und Umgangsformen charakteristisch, durch welche sich eine Distanz zu den übrigen oder „einfachen“ Parteimitgliedern ausbildete, wobei auch die „proletarische Eitelkeit“ eine bestimmte Rolle spielte.<sup>41</sup>

Aber diese Distanz, die auch im Verhältnis der Basis zu „radikalen“ Intellektuellen vorhanden war<sup>42</sup>, sowie das „Akademikerproblem“ und die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen in der SPD im Ganzen waren in einem erheblichen Maße ein Reflex der in der Wilhelminischen Gesellschaft existierenden sozialen Verhältnisse und Zusammenhänge. In einer proletarischen Partei mußten sowohl die orthodox-marxistischen als auch die revisionistischen Theoretiker, die beide aus einem nichtproletarischen Milieu stammten, die Tätigkeit von Akademikern und Intellektuellen<sup>43</sup> legitimieren und brauchten dafür eine theoretische Begründung. Die Revisionisten konnten dabei an die Tradition Karl Höchbergs und des „Züricher Manifests“ anknüpfen und von dem „Eindringen sozialdemokratischer Gedanken in die Kreise der akademisch Gebildeten, der Schriftsteller und Gelehrten, Lehrer und Beamten“ einen entscheidenden Fortschritt auf dem Weg zur politischen Macht erhoffen.<sup>44</sup> Innerhalb der Arbeitsteilung, die sich aus der Entwicklung der

---

41 Siehe Lily Braun: *Memoiren einer Sozialistin*, Bonn 1985, S.581-582. In dieser Hinsicht ist Friedrich Stampfers Beschreibung der Revisionisten, die sich in Berlin bei Heinrich Braun trafen (u. a. Wolfgang Heine, Eduard David, Albert Südekum), bemerkenswert: „Sie waren alle gut angezogen, hatten gutbürgerliche Manieren und führten sehr gebildete Gespräche. Man nannte Lily Braun ‚gnädige Frau‘, und sie sagte ‚Herr Doktor‘ oder ‚Herr Rechtsanwalt‘.“ (Friedrich Stampfer: *Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957, S.85.)

42 Siehe dazu exemplarisch Tânia Puschnerat: *Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und die Frauen*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 29, Bochum 2003, S.69-74.

43 Kampffmeyer betonte, daß der Begriff „Intellektuelle“ mit dem Begriff „Akademiker“ nicht identisch sei und über diesen hinausgehe; siehe Paul Kampffmeyer: *Die Intellektuellen und die Sozialdemokratie*, in: *SM* 1908, Bd.1, S.39-43, hier S.41, siehe dazu auch Welskopp, „Arbeiterintellektuelle“, insbes. S.45-46, 49-50; Gangolf Hübinger: *Intellektuelle und Soziale Frage im Kaiserreich*, in: *Alemann, Intellektuelle*, S.29-41, hier S.30-31. Im folgenden werden jedoch die offensichtlichen Unterschiede zwischen „Akademikern“ und „Intellektuellen“ nicht thematisiert.

44 Siehe Stampfer, *Erfahrungen*, S.87. Der berühmte „Drei-Sterne-Artikel“ erschien 1879 im von Höchberg in Zürich herausgegebenen „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“. Die Verfasser (Höchberg, C. A. Schramm und K. Fleisch) empfahlen der Partei vor dem Hintergrund des in Kraft getretenen Sozialistengesetzes, die Kritik an der bestehenden Ordnung zu mäßigen, sich auf die naheliegenden Forderungen zu konzentrieren und „Verstöße gegen den guten Geschmack“ möglichst zu vermeiden. Auf diese Weise könne die Sozialdemokratie „zahlreiche Anhänger aus den Kreisen der gebildeten und besitzenden Klassen“ gewinnen, die früher durch die radikalen Forderungen der Partei abgeschreckt gewesen seien, deren Hilfe und Unterstützung aber die Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung der Produktion benötige; siehe Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland. *Kritische Aphorismen von \*\*\**, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Zürich 1879, Erste Hälfte, S.75-96, hier S.86-88. Bernstein, der damals Sekretär von Höchberg war und lange als Mitverfasser dieses „Manifests“ galt, beteiligte sich am Aufsatz nur mit einigen wenigen Sätzen; siehe Eduard Bernstein: *Sozialdemokratische Lehrjahre*, Berlin 1928, S.78-80. Marx und Engels äußerten sich gegenüber dem „Manifest der drei Züricher“ sehr kritisch. Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: *Zirkularbrief*

Organisation ergab, erschien daher die Tätigkeit der Akademiker, „Personen mit besonderen Fähigkeiten und besonderer Vorbildung“, für die sozialdemokratische Partei unentbehrlich.<sup>45</sup> Die revisionistische Position war somit pragmatisch: Die SPD benötigte bei ihrer Einbindung in das politische System des Wilhelmischen Reiches nicht nur zusätzliche Wählerstimmen, sondern auch Experten und Intellektuelle, um ihre Gleichrangigkeit mit den anderen, vor allem „bürgerlichen“ politischen Kräften zu bestätigen.<sup>46</sup> Das führte aber dazu, daß nicht so sehr die Gesellschaft durch die Sozialdemokratie, sondern vielmehr die Sozialdemokratie durch die Gesellschaft verändert wurde.<sup>47</sup>

Eine weitere Aufgabe der Intellektuellen in der Sozialdemokratie sahen die Revisionisten im Ausbau der Theorie des Sozialismus. In diesem Punkt berührte sich ihre Auffassung mit der orthodox-marxistischen Position. Allerdings war aus der Sicht des Revisionismus ein Anschluß des Sozialismus an die „bürgerliche“ Wissenschaft und deren Träger - die Intellektuellen - notwendig, dessen Voraussetzung eine kritische Unbefangenheit der sozialistischen Theorie selbst sein sollte.<sup>48</sup> Die orthodoxen Marxisten gingen dagegen von ganz anderen Prämissen aus. Für sie konnten die Intellektuellen im Verhältnis zum Proletariat nur Hilfs- und Stellvertreterfunktionen ausüben. Nach Kautsky benötigte die Arbeiterklasse die Akademiker weder zur Führung des praktischen Kampfes noch für die Kleinarbeit des Tages. Für diese Zwecke waren sie überflüssig, und das Beispiel der englischen

an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a., in: MEW, Bd.19, S.150-166, hier S.159-166. Siehe dazu auch Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, in: Gesammelte Schriften, Bd.2, S.525; Pierre Angel: Eduard Bernstein et l'évolution du socialisme allemand, Paris 1961, S.62-65; Steinberg, Sozialismus, S.32; Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S.147-148.

<sup>45</sup> Siehe Richard Calwer: Die Akademiker in der Sozialdemokratie, in: SM 1901, Bd.1, S.319-324, hier S.320.

<sup>46</sup> Siehe Auernheimer, „Genosse“, S.49-50.

<sup>47</sup> Max Weber zufolge wurde die Sozialdemokratie durch den Staat „erobert“; siehe Max Weber: Diskussionsrede bei den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Magdeburg 1907 über Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S.407-412, hier S.409. Weber ging allerdings davon aus, daß die Sozialdemokratie für das Staatswesen keine Gefahr darstelle und daß mit ihrer Verwandlung in eine bürokratische Maschine die materiellen Versorgungsinteressen von Parteibeamten in den Vordergrund getreten seien. Siehe Weber, Diskussionsrede, S.408-410. Der Polizeibericht für das Jahr 1900 stellte zwar fest, daß die SPD den rein negierenden Standpunkt verlassen und sich der „Gegenwartsarbeit“ bzw. der Mitarbeit an der unmittelbaren Verbesserung der wirklichen Verhältnisse zugewandt habe, hielt aber die Gefahr für das „Staatengebilde“ von Seiten der Sozialdemokratie wegen deren Festhalten am sozialistischen Ziel und an der Eroberung der politischen Macht nicht für beseitigt oder vermindert; siehe Dieter Fricke/Rudolf Knaack (Bearb.): Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Weimar 1987, Bd.2, S.200-201; siehe auch den Bericht für das Jahr 1903 (S.361). Bei dieser Einschätzung waren offensichtlich jene „dynastischen Interessen und Ängste“ ausschlaggebend, die Weber in seinen Ausführungen über Möglichkeit und Auswirkungen einer sozialdemokratischen Dominanz in den Kommunen den sachlichen Interessen gegenüberstellte; siehe Weber, Diskussionsrede, S.409-412. Zur Stellung Webers gegenüber der Sozialdemokratie siehe Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen 1974, S.113-121.

<sup>48</sup> Siehe Kampffmeyer, Die Intellektuellen, S.42-43.

Arbeiterbewegung, die von den Akademikern weitgehend frei blieb, schien dies zu bestätigen.<sup>49</sup> Das Proletariat brauchte die Intellektuellen nur zur Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge, zur Entwicklung und Verbreitung des „revolutionären Geistes im besten Sinne des Wortes“.<sup>50</sup> Diejenigen Akademiker, die die Prinzipien der Partei in Frage stellten, statt Klarheit nur Unklarheit schufen bzw. der Tagespolitik Priorität gaben oder die Theorie überhaupt vernachlässigten, hielt Kautsky für schädlich.<sup>51</sup> Das Proletariat, wie er hervorhob, erwartete von den Akademikern in erster Linie die Erhebung über die „Misere der alltäglichen Kleinarbeit“, die Setzung „größerer Zwecke, die den Menschen wachsen lassen“: „Werden für den Praktiker der Kleinarbeit die Akademiker überhaupt überflüssig, weil er auf die Theorie pfeift und die Praxis selbst besser versteht, so werden für den idealistischen Arbeiter jene Akademiker überflüssig, welche selbst auf die Theorie pfeifen, ihm alle großen Ausblicke versperren und seinen Geist auf das Nächstliegende beschränken wollen.“<sup>52</sup>

Jedoch wurde die Distanz zwischen der proletarischen Mehrheit und der „bürgerlichen“ bzw. „kleinbürgerlichen“ Minderheit der sozialdemokratischen Partei in der orthodox-marxistischen Theorie nicht überwunden, denn diese räumte den Intellektuellen in der Sozialdemokratie, wenn auch uneingestanden, eine vorrangige Stellung ein.<sup>53</sup> Kautsky zufolge konnte die Arbeiterklasse ein revolutionäres sozialistisches Bewußtsein aus eigener Kraft nicht hervorbringen; ihr „trade-unionistisches“ Bewußtsein ging deshalb, wie in England, nicht über den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus.<sup>54</sup> Zum Bewußtsein seiner Rolle und damit zur politischen Selbständigkeit vermochte das Proletariat, wie Kautsky

---

49 Siehe Karl Kautsky: Akademiker und Proletarier, in: NZ 1900-1901, Bd.2, S.89-91, hier S.90.

50 Kautsky, Akademiker, S.90; siehe auch August Bebel: Ohne Einheit der Grundsätze, keine Einigkeit für den Kampf. Reden auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Dresden, in: ders., Reden, Bd.7/2, S.432-501, hier S.497-499.

51 „Der unklare Proletarier“, schrieb Kautsky an Victor Adler, „wird schon durch den Klasseninstinkt der richtigen Richtung zugänglich gemacht. Der konfuse Intellektuelle hat keinen solchen Kompaß, er tappt im Finstern und wirkt um so schädlicher, je begabter er ist, denn desto größer der Anhang, der seine Irrfahrten mitmacht.“ (Karl Kautsky an Victor Adler, 4.4.1903, in: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S.415-417, hier S.416; siehe auch Kautsky, Akademiker, S.90.

52 Kautsky, Akademiker, S.91.

53 Siehe Norbert Leser: Der sozialistische Intellektuelle in Vergangenheit und Gegenwart, in: Johann Götschl/Christoph Klauer (Hrsg.): Der sozialdemokratische Intellektuelle. Analysen – Bewertungen – Perspektiven, Wien 1983, S.35-44, hier S.41.

54 Siehe Kautsky, Akademiker, S.89. Rosa Luxemburg schrieb im Hinblick auf die Gewerkschaften in England: „Gerade der englische Trade-Unionismus, als dessen klassischer Vertreter der satte, korrekte, ehrgeizige, beschränkte, bürgerlich denkende und empfindende Arbeiter-Gentleman erscheint, beweist also, daß die gewerkschaftliche Bewegung an und für sich noch gar nichts Sozialistisches ist, ja daß sie unter Umständen ein direktes Hindernis für die Verbreitung des sozialistischen Bewußtseins sein kann, sowie auch umgekehrt das sozialistische Bewußtsein unter Umständen ein Hindernis für rein gewerkschaftliche Erfolge sein kann.“ (Rosa Luxemburg: Die englische Brille, in: Gesammelte Werke, Bd.1/1, S.471-482, hier S.481.)

meinte, nur unter besonderen Bedingungen zu kommen. Die wichtigste Voraussetzung dafür bildete die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus. Diese Begründung konnten aber nur „bürgerliche“ Theoretiker liefern, weil die Wissenschaft im Kapitalismus ein Privileg der besitzenden Klassen war. Deswegen waren die Intellektuellen, die sich auf den proletarischen Standpunkt stellten und die Mittel der „bürgerlichen“ Wissenschaft zur Begründung der neuen, proletarischen Weltanschauung benutzten, aus der Sicht von Kautsky für das Proletariat unentbehrlich: Sie sollten die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge erforschen, aus der Entwicklung des Kapitalismus die Ziele des proletarischen Klassenkampfes herleiten, diese klar formulieren und in das Proletariat hineinragen. Erst durch die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit der in den Köpfen von bürgerlichen Gelehrten entstandenen sozialistischen Theorie konnte das Proletariat seine wissenschaftlich begründeten Ziele erkennen und sein revolutionäres Potential als eine in einer sozialdemokratischen Partei organisierte Klasse entfalten.<sup>55</sup> Das Ziel, das die Richtung der Bewegung bestimmte und deshalb ihr wesentliches Unterscheidungsmerkmal bildete, war dabei für Kautsky wichtiger als die Bewegung selbst. Das ging bereits aus seiner ersten Reaktion auf den berühmten Satz Bernsteins über Endziel und Bewegung hervor: Die Theoretiker könnten die Bewegung nicht schaffen, sie könnten aber diese zum Bewußtsein ihrer selbst, also ihres Ziels, bringen.<sup>56</sup>

Die Legitimierung der Tätigkeit von Akademikern in der Sozialdemokratie wurde im orthodoxen Marxismus dadurch mit der Rolle der sozialistischen Theorie verknüpft. Zugleich ließ diese Legitimierung einige Probleme offen. So erschien die Stellung der Intellektuellen nichtproletarischer Herkunft in der Arbeiterbewegung zwiespältig. Der sozialistische Intellektuelle und Theoretiker mußte sich in einem Spannungsfeld zwischen der (Stell-)Vertretung der sich in ihrem Bewußtsein niederschlagenden unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und seiner Funktion als Urheber, Vermittler und sogar „Träger“ des wahren revolutionären sozialistischen Bewußtseins bewegen.<sup>57</sup> Er mußte deshalb auch bestimmte Zugeständnisse an die Massen

55 Siehe Kautsky, Akademiker, S.89-90; Karl Kautsky: Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich, in: NZ 1901-1902, Bd.1, S.68-82, hier S.79-80; Protokoll über die Verhandlungen des Gesamtparteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten zu Wien vom 2. bis 6. November 1901, Wien 1901, S.124 (Kautsky). Zu diesem Problemkomplex siehe auch Till Schelz-Brandenburg: Der Zukunftsmacher. Das Bild des Arbeiters bei Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 29, S.31-41.

56 Siehe Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 28.1.1898, in: Till Schelz-Brandenburg (Hrsg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905), Frankfurt a. M. u. a. 2003, S.535.

57 Zu den Widersprüchen der „Stellvertreterfunktion“ siehe Gerhard Kraiker: Theorie von Karl Marx/Friedrich Engels: Gegen Dogmatisierung und Marginalisierung, in: Franz Neumann (Hrsg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Opladen 1996, Bd.2, S.75-110, hier S.106-107. Kraiker hebt auf den Alternativzwang zwischen autoritärer Führung und Konzessionen an das proletarische Mehrheitsbewußtsein ab. In diesem Zusammenhang ist auch die These von Hendrik de Man über den „Inferioritätskomplex des Arbeiters“ und den „Inferioritätskomplex des Intellektuellen“ bemerkenswert; siehe Hendrik de Man: Die Intellektuellen und der Sozialismus, Jena 1926, S.12-20. Zu den „Minderwertigkeitskomplexen“ im Hinblick auf Otto Bauer und die österreichische Arbeiterbewegung siehe Leser, Der Intellektuelle, S.42.

machen.<sup>58</sup> Denn die Arbeiterschaft hatte nicht unbedingt klare Vorstellungen vom Sozialismus, wohl aber, wie die Ausführungen Kautskys nahelegten, das Bedürfnis nach dem Sozialismus. Da die Arbeiterbewegung Kautsky zufolge lediglich einen sozialistischen Instinkt erzeugte,<sup>59</sup> konnte die Arbeiterklasse durchaus hauptsächlich eine Gleichberechtigung im politischen, ökonomischen und kulturellen Bereich sowie eine Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus anstreben.

Zugleich ließ die Kautskysche Konzeption die Schlußfolgerung zu, daß die Tätigkeit der Intellektuellen oder der Durchsetzungsgrad der durch sie vertretenen wissenschaftlichen sozialistischen Theorie eines der Kriterien für den revolutionären bzw. opportunistischen Charakter der Bewegung sei. Auf der anderen Seite mußten bei der Entwicklung der „sozialdemokratischen Denkweise“ aus der Sicht von Kautsky nicht nur die Arbeiter von den sozialistischen Theoretikern, sondern auch die sozialistischen Theoretiker von den Arbeitern lernen.<sup>60</sup> Dieser gegenseitige Lernprozeß konnte jedoch zu sehr unterschiedlichen Resultaten führen. Die Entwicklungsrichtung der proletarischen Klassenbewegung in ihrer Beziehung zur existierenden Gesellschaftsordnung blieb damit unbestimmt und ließ sich mit dem Ansatz Kautskys nicht erfassen.

Auch der Marxsche Ansatz, wonach die Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft und der eigenen Lage durch die Arbeiterklasse mit der revolutionären Transformation und der Selbstveränderung zusammenfallen mußte, scheint mit der empirischen Realität nicht vereinbar gewesen zu sein. Gleichwohl ermöglicht er durchaus eine Interpretation der Bewußtseinsentwicklung und der wirklichen Bewegung der Arbeiterklasse, wenn auch aus einer anderen Perspektive: Durch seine gesellschaftliche Praxis veränderte das Proletariat die gesellschaftlichen Verhältnisse und änderte sich selbst, allerdings nicht in einem revolutionären Sinne, sondern tendenziell im Sinne der Integration. Das Proletariat hob sich auf, ohne die Philosophie aufzuheben bzw. sie zu verwirklichen.<sup>61</sup> Dieser Prozeß schloß auch die Arbeiterbewegung mit ihren Strukturen und Organisationen ein. Und in einer Bewegung, die bereits im Rahmen des Kapitalismus sichtbare und greifbare Erfolge

---

58 Kautsky schloß Toleranz und bestimmte Konzessionen nicht aus, um „Massen, die nicht ganz klar sind, den Mitkampf in unseren Reihen zu ermöglichen“. (Kautsky an Adler, 4.4.1903, S.415.) Im Unterschied dazu äußerte Bernstein eher Mißtrauen gegen die Roheit und Verführbarkeit der Massen; siehe Eduard Bernstein: Die Menge und das Verbrechen, in: NZ 1897-1898, Bd.1, S.229-237; Till Schelz-Brandenburg: Widersprüchliche Harmonie. Die deutsche Sozialdemokratie vom Sozialistengesetz bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: Arno Klönne/Eckart Spoo/Rainer Buttenschön (Hrsg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999, S.76-84, hier S.80.  
59 Siehe Protokoll Wien, S.124 (Kautsky).

60 Siehe Protokoll Wien, S. 124 (Kautsky). Einen ähnlichen Gedanken in Bezug auf das Verhältnis zwischen den „Gebildeten“ und den Arbeitern äußerte noch Engels in seiner Kritik an den „Jungen“. Siehe Engels, Antwort, S.70.

61 An einer bekannten Stelle in Marx' Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (1843/44) heißt es: „Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie.“ (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd.1, S.378-391, hier S.391.)

erzielen konnte, mußte die Ausrichtung auf die sozialistische Revolution als totale und radikale Transformation der Gesellschaft zurücktreten.<sup>62</sup> Die Erkenntnis und Selbsterkenntnis des Proletariats, als Moment seiner Praxis, liefen unter diesen Bedingungen darauf hinaus, daß sich die kapitalistische Gesellschaft als entwicklungsfähig und durch die Arbeiterbewegung beeinflussbar erwies. Dementsprechend war die Praxis nicht revolutionär und bedeutete die Entfaltung nicht des revolutionären, sondern des „trade-unionistischen“ Bewußtseins der Arbeiterklasse.

Die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter, die u. a. durch deren Wechselwirkung mit der nichtproletarischen Umgebung innerhalb des kapitalistischen Systems bedingt waren, erwiesen sich für die Praxis der Arbeiterbewegung und den Wandel des Bewußtseins und der Mentalität der Arbeiterschaft als ausschlaggebend. Der Revisionismus trug diesen Bedürfnissen und denen der Bewegung im Hinblick auf die Arbeiterkulturorganisationen oder die Tätigkeit von Akademikern und Intellektuellen in der sozialdemokratischen Partei stärker Rechnung als der orthodoxe Marxismus. Außerdem waren ideologische Momente im Revisionismus deutlich weniger ausgeprägt, wenngleich die Gegenüberstellung von Doktrin und Fakten sowie die Fakten selbst zu einer Ideologie werden konnten.<sup>63</sup> Aber auch abgesehen von der ideologischen Seite schien die relativ starke Orientierung beider, sowohl des revisionistischen als auch des orthodox-marxistischen Ansatzes, auf die Theorie und den jeweils anders interpretierten Marxismus mit der eigenen Entwicklungslogik der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Deutschland seit der Jahrhundertwende nicht ohne weiteres zu korrespondieren.<sup>64</sup>

Der Bedeutungsverlust der sozialdemokratischen Theorie und ihr Funktionswandel unter den Bedingungen der Integration wurden für ihren Entwicklungsprozeß maßgebend. Allerdings blieb die Integration der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung im späten Kaiserreich noch „negativ“. Auch die „Verbürgerlichung“, nicht nur der Arbeiter, sondern der Gesellschaft insgesamt, hatte ihre Grenzen.<sup>65</sup> Erst in der Weimarer Republik wurden jene Anzeichen der Erosion des

---

62 Siehe Leser, *Der Intellektuelle*, S.37; Norbert Leser: *Die Odyssee des Marxismus. Auf dem Weg zum Sozialismus*, Wien u. a. 1971, S.216. Aus der Sicht des Organisationsausbaus und der Institutionalisierung der Bewegung überhaupt läßt sich dieser Prozeß im Sinne des Strukturkonservatismus, Bewahrung des Erreichten, Herausbildung von bestimmten Sonderinteressen u. dergl. deuten. Siehe dazu z. B. das „eiserne Gesetz der Oligarchie“ von Robert Michels: *Michels, Soziologie*, insbes. S.257-275, 351-378; Robert Michels: *Die oligarchischen Tendenzen in der Gesellschaft*. Ein Beitrag zum Problem der Demokratie, in: ders.: *Masse, Führer, Intellektuelle. Politisch-soziologische Aufsätze 1906-1933*, Frankfurt a. M. u. a. 1987, S.133-181. Zu Michels und dem „eiserne Gesetz“ siehe Joachim Hetscher: *Robert Michels. Die Herausbildung der modernen Politischen Soziologie im Kontext von Herausforderung und Defizit der Arbeiterbewegung*, Bonn 1993.

63 Siehe dazu Georg Lukács: *Was ist orthodoxer Marxismus?*, in: ders.: *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik*, Darmstadt u. a. 1968, S.58-93, hier S.92.

64 Ausführlicher zum Prozeß der „Emanzipation“ von der Theorie in der Sozialdemokratie siehe Owetschkin, Conrad Schmidt, S.196-203.

65 Siehe dazu Hans-Ulrich Wehler: *Wie „bürgerlich“ war das Deutsche Kaiserreich?*, in: Kocka, *Bürger*, S.243-280.

proletarischen Milieus erkennbar, die trotz eines Aufschwungs der Kultur- und Freizeitorganisationen der Arbeiterbewegung auf eine einsetzende „Entproletarisierung“ hindeuteten.<sup>66</sup>

66 Siehe Helga Grebing: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim u. a. 1993, S.43-45; ausführlich: Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin u. a. 1985, S.120-173.

## **Internationale Rosa – Luxemburg - Gesellschaft - Veranstaltungen und neue Publikationen -**

Die nächste **wissenschaftliche Konferenz** findet am **21./22. November 2004** in **Guangzou (Canton), Südchina** statt.

**Geplante Themenbereiche:**

- Das Demokratieverständnis bei Rosa Luxemburg
- Rosa Luxemburg und die Nation
- Neuere Ergebnisse der Rosa-Luxemburg-Forschung

Kosten für Unterkunft/Verpflegung in der Landwirtschaftlichen Hochschule: 60 € pro Tag  
Auf Wunsch kann ein mehrtägiges Zusatzprogramm angeboten werden.

Anmeldungen bei:

**Prof. Hu Wenjian**, **Prof. Wang Xuedong**, 36 Xixiejie Xidan, Beijing 100032 China,

Fax: 86-10-66171206, E-Mail: [Hwjzh@china.com](mailto:Hwjzh@china.com), [wxdlh@sina.com](mailto:wxdlh@sina.com)

**Prof. Dr. Narihiko Ito**, 1-12-12 Omachi, Kamakura-City, Japan 428,

FAX: xx81/467/22-7554, E-Mail: [FZY04763@nifty.ne.jp](mailto:FZY04763@nifty.ne.jp)

Ottokar Luban, Eisenacher Str. 43, D-10823 Berlin, Deutschland,

Tel./Fax: 0049 30 781 72 68, E-Mail: [oluban@hotmail.com](mailto:oluban@hotmail.com)

### **Neuerscheinungen:**

- **R e f e r a t e** auf der wissenschaftlichen Konferenz des Instituts für soziale Bewegungen und der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft im September 2002 in Bochum

in: **Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen** (vormals Institut zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung), H. 29 (2003), 7,60 EUR zzgl. Porto.  
(ISSN 0173-2471) Klartext-Verlag: [info@klartext-verlag.de](mailto:info@klartext-verlag.de)

- **R e f e r a t e** auf den wissenschaftlichen Konferenzen der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago (Mai 1998), Tampere, Finnland (Sept. 1998), Berlin (Januar 1999) und Zürich (Sept. 2000) in:

*Narihiko Ito, Annelies Laschitzka, Ottokar Luban (Hg.),*

Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs.

Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000), Karl Dietz Verlag Berlin 2002,

ISBN 3-320-02033-1, Preis: 14,90 €, e-mail: [k-dietzverlag@t-online.de](mailto:k-dietzverlag@t-online.de)

# Zwangsarbeiter als „Feindhörer“

Michael P. Hensle

## I. Das Abhören ausländischer Sender als „Rundfunkverbrechen“

### *Das Abhörverbot*

Mit Kriegsbeginn und nachfolgend wurde ein ganzes Bündel von Kriegssonderstrafrechtsbestimmungen erlassen, mit denen das NS-Regime die Ruhe an der „Heimatfront“ zu sichern gedachte. Eine dieser Bestimmungen war die „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels vom 1. September 1939.<sup>1</sup> Mit dieser sogenannten Rundfunkverordnung sollte das Hören ausländischer Sender mittels Strafandrohung unterbunden werden. Gemäß Paragraph 1 der Verordnung war das Abhören mit Zuchthaus als Regelstrafe zu ahnden, in „leichteren Fällen“ konnte auch auf Gefängnis erkannt werden. Bei Weiterverbreitung von Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet seien, „die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden“, sah Paragraph 2 generell nur die Verhängung von Zuchthausstrafen, „in besonders schweren Fällen“ die Todesstrafe vor. Die Ahndung der als „Rundfunkverbrechen“ gebrandmarkten Zuwiderhandlungen gegen die Rundfunkverordnung oblag den NS-Sondergerichten, die jedoch nur nach Strafantrag der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) tätig werden sollten.<sup>2</sup>

Daß die Gestapo gegen Hörer unerwünschter Sendungen vorging, war bis dato nicht ungewöhnlich. So ordnete das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin in einem Erlaß vom September 1933 an, Personen, „die in gemeinschaftlichen Zusammenkünften den Moskauer Sender abhören“, in „Schutzhaft“ zu nehmen und in ein Konzentrationslager zu überstellen. Dieser Erlaß wurde schließlich wieder aufgehoben, nachdem die Justiz 1936/37 dazu übergegangen war, das Abhören von kommunistischen Sendern als „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu verfolgen.<sup>3</sup> Im Januar 1937 hatte auch Propagandaminister Goebbels einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem das Abhören sowjetischer und anderer kommunistischer Sender oder das Weiterverbreiten von Mitteilungen dieser Sender mit „Gefängnis nicht unter 2 Jahren“ bestraft werden sollte.<sup>4</sup> Doch Hitler war nicht an einer gesetzlichen Regelung eines solchen Hörverbots interessiert und ließ den Gesetzesentwurf von der Tagesordnung der Kabinettsitzung absetzen. Goebbels nutzte den Kriegsbeginn für einen erneuten Vorstoß. Am Morgen des Überfalls auf Polen legte Goebbels dem nun für die Kriegsgesetzgebung zuständigen Ministerrat für die Reichsverteidigung

---

1 Siehe Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1939 I, S. 1683.

2 Siehe Michael P. Hensle: Rundfunkverbrechen. Das Hören von „Feindsendern“ im Nationalsozialismus, Berlin 2003.

3 Siehe Runderlaß vom 4.9.1933 und vom 6.4.1938, Bundesarchiv Berlin (BArch) R 58/268, Bl. 197.

4 Siehe BArch R 43 II/386, Bl. 56f.

einen Gesetzesentwurf vor, der nunmehr ein generelles Hörverbot aller ausländischen Radiosender beinhaltete. Der Ministerrat unter Vorsitz von Hermann Göring lehnte ein solches Vorhaben ab. Einen Tag später, am 2. September 1939, ließ Rudolf Heß – als „Stellvertreter des Führers“ bei Gesetzesfragen mitwirkungs-berechtigt – über den Goebbelschen Propagandaapparat dessen Gesetzestext in der Presse veröffentlichen, in der angeblich irrigen Annahme, der Ministerrat habe dem Entwurf zugestimmt. Das Zusammenwirken von Heß und Goebbels hatte Erfolg. Nach einigem Tauziehen hinter den Kulissen trat die „Verordnung über außer-ordentliche Rundfunkmaßnahmen“ mit einigen Abänderungen am 7. September 1939 in Kraft.<sup>5</sup>

### *Der überwachte Empfang*

In der Verfolgungspraxis ergaben sich zunächst einige Schwierigkeiten. Der Gebrauch des Begriffes „Volksgenosse“ in der Präambel der Rundfunkverordnung hatte für einige Verwirrung gesorgt, da unter anderem auch ein Gericht zu der Auffassung gelangte, die Verordnung sei nicht auf im Reich lebende Ausländer anzuwenden.<sup>6</sup> Nachdem sich Reinhard Heydrich vom Reichssicherheitshauptamt beim Reichsjustizministerium darüber beschwert hatte, führte der dort als Staatssekretär amtierende Roland Freisler am 26. Januar 1940 im Amtsblatt „Deutsche Justiz“ aus, die Verordnung gelte „nicht nur für Deutsche, sondern darüber hinaus ebenso für Staatsangehörige nichtdeutschen oder artverwandten Blutes und für Ausländer“.<sup>7</sup> Diese Sprachregelung fand Eingang in die Rechts-kommentierung wie auch in die Spruchpraxis der Gerichte. Zugleich zeigte man sich in der polizeilichen Verfolgungspraxis äußerst flexibel. Heydrich ordnete im März 1940 die stillschweigende Duldung des Abhörens durch „neutrale“ Ausländer an, „sofern diese lediglich ihre Heimatsender im Familienkreise abhören, eine Weiterverbreitung nicht erfolgt und an der loyalen Haltung dem Reiche gegenüber kein Zweifel besteht“.<sup>8</sup> Auch vom Propagandaministerium, das grundsätzlich zuständig war für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Hörverbot,

---

5 Um dem düpierten Ministerrat weitere Peinlichkeiten zu ersparen, sollte auf Wunsch von Heß und des Vorsitzenden des Ministerrats Göring „die neue Fassung der Rundfunkverordnung auf keinen Fall in den Zeitungen öffentlich erscheinen“. Siehe Schreiben vom 4.9.1939 des MinDirig. Sommer aus dem Stab von Rudolf Heß an den Verbindungsmann zum Propagandaministerium Fritz Schmidt, BArch R 50.01/630, Bl. 176.

6 Das Sondergericht Rostock sprach im Dezember 1939 einen Schweizer Staatsbürger, der eingestandenermaßen bis zur Verbotsbekanntgabe den Londoner, Pariser und Straßburger Sender sowie danach die Schweizer Station Beromünster gehört hatte, unter Bezug auf die Präambel mit der Begründung frei, daß der Gesetzgeber „diese Strafbestimmung nur auf Zuwiderhandlungen durch deutsche Volksgenossen beschränken will“. Nachfolgend beschriebene Vorgänge siehe BA R 58/2271, Bl. 126f.

7 Roland Freisler: Zur Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen, in: Deutsche Justiz 102 (1940), S.105-108, hier S.105. Die Entscheidung des Rostocker Sondergerichts wird zwar nicht genannt, jedoch lassen Zitierung bzw. Paraphrasierung ganzer Urteilspassagen keinen Zweifel an dem Bezug aufkommen, siehe ebenso BArch R 58/2271, Bl. 126f.

8 Geheimes Rundschreiben vom 8.3.1940, siehe BArch R 58/268, Bl. 223/224.

wurden ab Januar 1940 entsprechende Genehmigungen an ausländische Journalisten ausgestellt.<sup>9</sup>

Das eigentliche Problem stellten jedoch die Hörwünsche der im Reich beschäftigten ausländischen Arbeiter dar. Hierbei kam den italienischen Arbeitern eine Schlüsselstellung zu: Ihnen das Hören ihrer Stationen zu verbieten, war schwer vermittelbar, zumal das faschistische Italien der gewichtigste Verbündete war. Nachdem Goebbels zunächst eine Ausnahmegenehmigung zum Abhören italienischer Sender strikt abgelehnt hatte, befürwortete er wenig später, im Juni 1940, eine Hörerlaubnis für die Italiener.<sup>10</sup> Auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes teilte der Referent der Rundfunkabteilung Weinbrenner am 31. Juli 1940 mit, daß eine „stillschweigende Vereinbarung“ zwischen dem Propagandaministerium und dem Justizministerium bestehe, wonach Italiener, die ihre Heimatsender hörten, nicht bestraft werden würden.<sup>11</sup> Schließlich erließ Goebbels am 20. September 1940 eine im Reichsgesetzblatt verkündete Durchführungsverordnung zur Rundfunkverordnung, nach der den italienischen Staatsangehörigen das Hören ihrer heimatlichen Rundfunkstationen offiziell erlaubt war.<sup>12</sup>

Mit dieser Sonderregelung für die italienischen Arbeiter war jedoch das grundsätzliche Problem, für die wachsende Zahl von ausländischen Arbeitern eine praktikable Handhabung der Rundfunkverordnung zu realisieren, nicht gelöst. Dies wurde umso dringlicher, da mit den Eroberungszügen der Wehrmacht nicht nur das Heer der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter stetig answoll, sondern darüber hinaus auch zahlreiche Sendestationen in den besetzten Gebieten unter deutsche Kontrolle gerieten. Allerdings war eine unzensurierte Berichterstattung oder gar antinazistische Propagandatätigkeit dieser Sender gegen das NS-Regime ausgeschlossen. Vielmehr wurden die Stationen im Sinne der Besatzer genutzt, weshalb auf ein Hörverbot verzichtet wurde. Das Propagandaministerium erstellte ab Sommer 1940 – zunächst vertraulich für die Staatsanwaltschaften – Listen von erlaubten Sendern, die auch Stationen des besetzten oder kontrollierten Auslands enthielten. Diese Auflistungen gingen an alle relevanten Staats-, Militär- und Parteistellen, die ihrerseits die ihnen unterstellten Dienststellen anwiesen.<sup>13</sup> Später wurden diese Listen auch für die Presse freigegeben und entsprechend dem Kriegsverlauf aktualisiert, womit sie bis ins Detail die jeweilige Ausdehnung der NS-Herrschaft in Europa widerspiegeln.<sup>14</sup> Die Listen wurden stets mit dem Zusatz

9 Siehe Goebbels' Ministerkonferenz vom 30.1.1940, BArch R 50.01/1b, Bl. 24.

10 Siehe Willi A. Boelcke: *Kriegspropaganda 1939-1941: Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*, Stuttgart 1966, S. 397.

11 Siehe BArch R 50.01/630, Bl. 41.

12 Siehe RGBl. 1940 II, S.1255.

13 Siehe z.B. das Rundschreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an alle Staatspolizei-Leitstellen vom 31.10.1941, BArch R 58/Filmnr. 6941.

14 So nannte eine Aufstellung aus dem Jahre 1941 als erlaubte Sender u.a. Luxemburg, Oslo, Paris, Bordeaux, Hilversum, Belgrad und Wilna, siehe Willi A. Boelcke: *Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976*, Frankfurt a. M. - Berlin - Wien 1977, S.225f.

veröffentlicht: „Alle in der Zusammenstellung nicht enthaltenen Sender unterliegen wie bisher dem Abhörverbot.“<sup>15</sup>

Trotz dieser flexiblen Handhabung des Abhörverbots, die sich jedoch in erster Linie an die deutschen „Volksgenossen“ richtete, war eine einheitliche Regelung hinsichtlich aller ausländischen Arbeiter bislang unterblieben. In einem vertraulichen Schreiben des Propagandaministeriums vom 19. März 1942 hieß es dazu: „Um aber die Frage grundsätzlich zu regeln, erkläre ich mich damit einverstanden, daß alle in Deutschland tätigen ausländischen Arbeiter ihren Heimatrundfunk in geschlossenen Veranstaltungen abhören dürfen, wenn dessen Einstellung uns gegenüber freundlich ist.“<sup>16</sup>

Neben den durch Pressemeldungen bereits freigegebenen Sendern in den besetzten Gebieten wurden als Länder mit „freundlicher“ politischer Haltung zusätzlich aufgeführt: Dänemark, Finnland, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Slowakei und Spanien. Die genannte Grundsatzregelung ging am 8. Mai 1942 als Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes den zuständigen Stellen zu.<sup>17</sup> Die Umsetzung und Kontrolle der Arbeiter, die in der Regel in Lagern untergebracht waren, oblag den jeweiligen Gestapo-Stellen. So ordnete beispielsweise die Staatspolizeistelle Köln an: „Für entsprechende Überwachung, daß keine anderen Sender abgehört werden, ist durch Aufstellung eines deutschen Verantwortlichen im Benehmen mit den Lagerleitern und dessen schriftliche Verpflichtung selbstverständlich zu sorgen.“<sup>18</sup>

## II. Zwangsarbeiter als „Rundfunkverbrecher“

Obleich Goebbels' Rundfunkverordnung ursprünglich gedacht war, deutsche „Volksgenossen“ unter Androhung abschreckender Strafen vom Hören ausländischer Sender abzuhalten, wuchs mit Verlauf des Krieges die Zahl der Strafverfahren gegen ausländische Zivil- und Zwangsarbeiter. Der Anteil ausländischer Beschuldigter an den Rundfunkverfahren war erstaunlich hoch: Bei den Beschuldigten des Berliner Sondergerichts betrug er rund 20 Prozent, beim Sondergericht Freiburg 25 Prozent und bezüglich der Angeklagten des Sondergerichts Hannover wurde sogar ein Ausländeranteil von 30 Prozent ermittelt.<sup>19</sup> Überhaupt ist die Zahl aller von der NS-Sonderjustiz Betroffenen mit ausländischer Herkunft beträchtlich. So waren 18 Prozent der zwischen 1941 und 1945 vor dem Sondergericht Kiel Angeklagten

15 Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe), 28. 10. 1941.

16 Schreiben des Staatssekretärs Gutterer im Propagandaministerium vom 19.3.1942, BAArch NS 18/321, Bl. 89 (Unterstreichungen wie im Original).

17 Schreiben des Gestapa-Chefs Müller vom 8.5.1942, BAArch R 58/268, Bl. 233/234, ebenso BAArch R 58/Filmnr. 1694.

18 Schreiben vom 14.7.1942 an die Außendienststelle Köln und die Landräte des Bezirks, siehe Hauptstaatsarchiv Düsseldorf RW 18/5.

19 Für Berlin und Freiburg eigene Erhebungen anhand der Justizregister und Findmittel des Landesarchivs Berlin (LAB) bzw. des Staatsarchivs Freiburg (StAF); hinsichtlich Hannover siehe die Angaben in Wolf-Dieter Mechler: Kriegsalldag an der „Heimatfront“. Das Sondergericht Hannover im Einsatz gegen „Rundfunkverbrecher“, „Schwarzschlachter“, „Volksschädlinge“ und andere „Straftäter“ 1939 bis 1945, Hannover 1997, S.96, wonach von 144 Angeklagten 43 ausländischer Herkunft waren.

Ausländer,<sup>20</sup> für das Sondergericht Braunschweig wurde gar ein von 22 Prozent im Jahre 1940 auf 36 Prozent im Jahre 1944 steigender Anteil an „Fremdarbeitern“ berechnet.<sup>21</sup> Trotz dieser bemerkenswerten Zahlen ist der Beitrag der NS-Justiz an der Sanktionierung und Disziplinierung von Zwangsarbeitern weitgehend unerforscht. Mittlerweile gut erforscht ist dagegen der Sachverhalt der Zwangsarbeit als sogenannter „Reichseinsatz“ im nationalsozialistischen Deutschland.<sup>22</sup> Daher ist an dieser Stelle keine weitere Erörterung des Phänomens „Zwangsarbeit“ beabsichtigt, wenngleich sich angesichts einer „verwirrende(n) Vielzahl von Arbeitsverhältnissen“ für ausländische Arbeiter eine Definition von Zwangsarbeit als schwierig erweist.<sup>23</sup> Gleichwohl sei hier der Auffassung widersprochen, derzufolge der Begriff „Zwangsarbeit“ erst „in der Nachkriegszeit geprägt“ worden sei, und daher besser „der neutralere Begriff ‚Fremdarbeiter‘ für alle ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen“ verwendet werden müsse.<sup>24</sup> Wenn also nachfolgend nicht nur von „Zwangsarbeitern“ sondern auch von „Zivilarbeitern“ und „Fremdarbeitern“ die Rede ist, sind diese Begriffe immer im Kontext von Zwangsarbeit zu verstehen.

### *Denunziantentum und Überwachung*

Als ein Kennzeichen der Zwangsarbeit kann die Unterbringung der Arbeiter in Lagern, zumeist nach Nationalitäten getrennt, angesehen werden. Hier durften sie, wie bereits erwähnt, unter Aufsicht ihre Heimatsender hören, soweit diese deutschfreundlich waren oder von Deutschen kontrolliert wurden. Doch eigentlich waren die Arbeiter vor allem an Nachrichtensendungen interessiert, die keiner deutschen Zensur unterlagen, wie sie beispielsweise von der BBC (British Broadcasting Corporation) nicht nur in deutsch, sondern in etlichen Sprachen ausgestrahlt wurden. Allerdings verband sich mit dem Hören in Gemeinschaftsunterkünften ein großes Risiko, entdeckt zu werden, zumal wenn gemeinschaftlich abgehört wurde. Dies erklärt auch den hohen Anteil ausländischer Beschuldigter an den Rundfunkverfahren. Im Gegensatz zu deutschen „Feindhörern“, die meist allein oder im Familienkreis hörten, waren die entdeckten Zivil- und Zwangsarbeiter oft Teilnehmer an sogenannten Abhörergemeinschaften. Bezüglich dieser Abhörergemeinschaften schienen die Gemeinschaftsunterbringung sowie die gemeinsame nationale

---

20 Berechnung nach der Tabelle von Peter Meyer-Strüvy: Niederländer vor dem Schleswig-Holsteinischen Sondergericht, in: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte 37 (2000), S.27-41, hier S.29.

21 Siehe Hans-Ulrich Ludewig/Dietrich Kuessner: „Es sei also jeder gewarnt“. Das Sondergericht Braunschweig 1933-1945, Braunschweig 2000, S.172.

22 Nach der wegbereitenden Studie von Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin - Bonn 1985 kann inzwischen die Arbeit von Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart - München 2001 als Standardwerk gelten. Speziell zur Region Berlin sei der vom Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen herausgegebene Sammelband Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003 genannt.

23 Siehe hierzu Spoerer, Zwangsarbeit, S.11f.

24 Volker Laube: Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen der Erzdiözese München und Freising, in: Peter Pfister (Hrsg.): Katholische Kirche und Zwangsarbeit: Stand und Perspektiven der Forschung, Regensburg 2001, S.40-46, hier zitiert S.40f.

Herkunft und Situation eine vermeintliche Sicherheit und Lagersolidarität suggeriert zu haben. Doch wie die untersuchten Rundfunkverfahren belegen, war es Werkschutz, Abwehrbeauftragten und der Gestapo insgesamt gelungen, zumindest in etlichen größeren Betrieben auf Spitzel zurückgreifen zu können. Solche Denunzianten gab es nicht nur unter deutschen Beschäftigten, sondern sie traten sowohl unter den vergleichsweise privilegierten „Westarbeitern“ als auch unter den „Ostarbeitern“ auf und betrafen beiderlei Geschlecht. So heißt es in einem Gestapo-Vermerk vom September 1944, der auf die Denunziation einer französischen Informantin zurückgeht, unter dem Betreff „Abhören und Verbreiten von Feindnachrichten“: „Eine I-Person teilt mit, daß eine Werksangehörige bei Osram, die Französin Andrée B., regelmäßig Feindsender abhört und die Nachrichten unter ihren Arbeitskameraden verbreitet. Die B. ist bei Osram, Werk D, Warschauer Str., beschäftigt. Die B. hat sich auch in Gegenwart der I-Person damit gebrüsten, ausländische Sender abgehört zu haben.“<sup>25</sup>

Die Denunziationen richteten sich keineswegs nur gegen Landsleute. Auch Deutsche, die den Kontakt zu ausländischen Arbeitern suchten, machten sich verdächtig. So resultierte ein Verfahren wegen „Rundfunkverbrechens“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ gegen einen französischen und einen deutschen Arbeiter bei den Borsigwerken<sup>26</sup> in Berlin-Tegel ebenfalls aus der Anzeige eines französischen V-Mannes, wie dem Bericht des Abwehrbeauftragten von Borsig zu entnehmen ist: „Wie unser V-Mann mitteilt, hat P. verschiedentlich versucht, mit Franzosen, die seiner Ansicht nach kommunistisch eingestellt sind, Fühlung aufzunehmen. So hat er die Franzosen André C. ... und Jean R. ... Mitte vergangenen Jahres in seine Wohnung eingeladen und ihnen erklärt, daß der Sieg der Bolschewisten in nächster Zeit zu erwarten sei. Beide Franzosen haben bei P. den englischen Sender gehört. C. hat die englischen Meldungen an andere französische Arbeitskameraden weiter verbreitet.“<sup>27</sup>

Ebenfalls aufgrund eines Spitzelberichts wurde wiederum gegen zwei Franzosen und einen Deutschen ein Verfahren wegen der Zuwiderhandlung gegen die Rundfunkverordnung eingeleitet. Im Dezember 1943 hatte die Gestapo-Außendienststelle Eberswalde entsprechende Vorkommnisse von den dortigen Ardetl-Werken gemeldet.<sup>28</sup> Ein Spitzel schilderte seine Beobachtungen wie folgt: „Seit ca. 4 Wochen

---

25 Vermerk vom 21.9.1944, LAB, Rep. 58 (heute A Rep. 358-02, im folgenden A Rep. 358-02 – die Red.), Nr. 16215.

26 Bei dem Rüstungsbetrieb Borsig, der zu Kriegsbeginn etwa 18000 Beschäftigte zählte, existierte 1942/43 die Widerstandsgruppe „Mannhart“, die mutmaßlich auch durch einen Spitzel aufflog. Im Gefolge kam es vor dem Volksgerichtshof zu Prozessen gegen mindestens 18 Beteiligte mit mehreren Todesurteilen, siehe Hans-Rainer Sandvoß: *Widerstand in Pankow und Reinickendorf*, Berlin 1992, S.224f.

27 Bericht des Abwehrbeauftragten, Rheinmetall-Borsig in Berlin-Tegel, an die Stapo-Leitstelle Berlin, Referat Industriesicherung, z. Hd. KK. Rethfeldt, vom 28.2.1944, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16951.

28 Bereits in einem Bericht der Gestapo-Außendienststelle Eberswalde vom 10.3.1943 wurde von früheren „umfangreichen Festnahmen der KPD.-Organisation bei den Ardetl-Werken (Ammon u.a.)“ berichtet. Auch konnten aufgrund einer Denunziation mit nachfolgender Überwachung fünf Arbeiter einer Abhörgemeinschaft aus dem sozialdemokratischen Umfeld festgenommen werden, von denen drei am 4.5.1943 gerichtlich abgeurteilt wurden, siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16885.

habe ich die Feststellung gemacht, daß in den Morgenstunden auf den Toiletten politische Diskussionen zwischen Franzosen, Polen und Russen stattfinden. Hierdurch besonders interessiert habe ich festgestellt, daß das Nachrichtenmaterial von 2 französischen Zivilarbeitern in das Ausländerlager gebracht wird. ... Die Radiosendungen werden von dem Franzosen O. auf ein Stück Papier schriftlich niedergelegt, das er dann mit in das Ausländerlager bringt.<sup>29</sup>

Es könnten noch mehr Verfahren genannt werden, die aufgrund von Denunziationen zustande kamen. Allerdings soll an dieser Stelle nicht der Eindruck erweckt werden, als wären gerade Denunziationen ausschlaggebend bei der Verfolgung von „Rundfunkverbrechen“ von Zivil- und Zwangsarbeitern gewesen.<sup>30</sup> Vielmehr sollte lediglich ein Schlaglicht auf die keineswegs widerspruchsfreie und solidarische Lagergemeinschaft der Zwangsarbeiter geworfen und gezeigt werden, daß die Nationalsozialisten mit ihren Spaltungs- und Pressionsversuchen durchaus nicht erfolglos waren. Um das gewünschte Klima der Angst und Einschüchterung aufrecht zu erhalten, bedurfte es keiner großen Zahl von Denunzianten, einige wenige genügten. Hinzu kam die allgegenwärtige Überwachung und Kontrolle. So berichtete der Abwehrbeauftragte der Siemensfirmen im November 1944 der Geheimen Staatspolizei über zwei „verdächtige“ französische Zivilarbeiter: „Bei einer Kontrolle durch den Lagerführer Herrn B., die am 26.10. überraschend durchgeführt wurde, wurde ein wertvoller Radioapparat versteckt aufgefunden. Als Besitzer des Apparates wurde ein Franzose Pierre P. festgestellt. Zweifellos ist T. derjenige, der den Apparat ständig benutzt und die Meldungen der Feindsender den übrigen Franzosen mit geteilt hat.“<sup>31</sup>

Auch eine andere Form der Überwachung, die Postkontrolle, erwies sich hinsichtlich der Entdeckung von „Feindsender“ hörenden Zwangsarbeitern als erstaunlich ergiebig: Fast ein Drittel der Berliner Rundfunkverfahren gegen ausländische Arbeiter sind auf die Kontrolle durch die Auslandsbriefprüfstellen zurückzuführen. Die Arbeit dieser Prüfstellen war aufwendig, aber effizient: Unter Aufsicht eines Wehrmachtsoffiziers sichtetes geschultes Fremdsprachenpersonal oder qualifizierte Sprachstudentinnen die Korrespondenz auf verdächtige Passagen. In standardisierten Formularen wurde das Auswertungsergebnis festgehalten, z. B.: „Absender hört feindlichen Sender ab“. Die Auswertungsprotokolle gingen dann entweder an die Berliner Zentralstelle für die Auslandsbriefprüfstellen oder direkt an die jeweils zuständigen Stapo-Stellen. Offenbar rechneten viele Briefschreiber nicht mit einer derart akribischen und flächendeckenden Überwachungstätigkeit. Ein holländischer Arbeiter äußerte sich sogar unvorsichtigerweise auf einer Postkarte. Die Teilübersetzung mit eingefügten Erklärungen lautete wie folgt:

„Am kommenden 12. bin ich 1 Jahr in diesem 'Krebsland'.

29 Abschrift vom 22.10.1943, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 17417.

30 Zum Thema Denunziation bei „Rundfunkverbrechen“ insgesamt siehe Michael P. Hensle: Denunziantentum und Diktatur: Die Denunziation als Mittel der Machtausübung und Konfliktaustragung im nationalsozialistischen Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 2 (2003), S. 144-161.

31 Bericht vom 30.11.1944, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 148968.

Überall kriegen sie flink einen auf den Deckel, soviel sie haben wollen. 6 Generale sind schon im Arsch.

Wir haben eine prima Antenne gemacht und können nachts um 2,30 Uhr 'Purmarant' hören. Anscheinend Bezeichnung für Feindsender

Sie können bald einpacken. Sie kommen vor das Beil.

Ozo. Dieses Wort bedeutet – Oranje zal overwinne. Übersetzt. Oranje wird siegen.

Es wird Zeit, daß wir alle aus dem schmutzigen, verrotteten Land kommen.<sup>32</sup>

Neben der Wut des Schreibers, wie sie auf der Postkarte zum Ausdruck kommt, ist den Ausführungen außerdem zu entnehmen, daß es den holländischen Arbeitern gelungen war, ein ausreichend gutes Empfangsgerät zu basteln. Auch den oben genannten, versteckt aufgefundenen Radioapparat des Franzosen Piere P., hatte dieser aus Teilen zusammengebastelt, die er von seinem Heimaturlaub aus Frankreich mitgebracht hatte.

Eines der größten Probleme für die Zwangsarbeiter, ausländische Nachrichtensendungen abhören zu können, schien die Beschaffung eines geeigneten Radiogerätes oder zumindest der unkontrollierte Zugang zu einem solchen zu sein. Den untersuchten Verfahrensakten zufolge erwiesen sich viele Zwangsarbeiter hierbei als überaus findig. Nicht nur gelang es ihnen vielfach, ein entsprechendes Gerät zu organisieren oder selbst zu basteln, sondern in etlichen Fällen wurde heimlich der Radioapparat des Lager- oder Betriebsführers zu Abhören genutzt. So pflegten zwei französische Arbeiter, die in einer Gärtnerei dienstverpflichtet worden waren, morgens, wenn der Inhaber noch schlief, mit dessen Gerät den Nachrichtendienst der BBC abzuhören.<sup>33</sup> Einer anderen aus Franzosen bestehenden Abhörgemeinschaft war es auf ungewöhnliche Weise gelungen, sich Zugang zu den Nachrichten des britischen Senders zu verschaffen: Die bei der Adam Opel AG in Tempelhof eingesetzten Arbeiter hatten zusätzlich nachts in der Firmenniederlassung am Kurfürstendamm 207/208 Luftschutzdienst zu verrichten. In einem dort abgestellten Kraftfahrzeug war auch ein Radioapparat eingebaut, mit dem sich offenbar problemlos der Sender BBC abhören ließ.<sup>34</sup>

Eine ebenfalls ungewöhnliche Gelegenheit schilderte ein belgischer Zivilarbeiter seinen Eltern. In dem von der Auslandsbriefprüfstelle Köln beschlagnahmten Schreiben heißt es: „Wir gingen ein Glas Bier trinken in ein kleines Gasthaus in Marzahn. Es waren dort einige Franzosen, die auch gerade ein Glas tranken. Der Inhaber des Gasthauses ist ein komischer Kerl. Als er an seinem Rundfunkapparat herumdrehte, haben wir ihm zugesetzt, er solle London einstellen, und tatsächlich stellte er seinen Apparat um 7 Uhr auf die deutschen Nachrichten aus London ein. Da ich etwas deutsch verstehe, habe ich erfahren, daß die Engländer 15 km vor Tunis und einige 12 km vor Biserta stehen. Es geht also alles gut. Ihr könnt mir glauben, die Augen des Wirtes wichen nicht vom Fenster, er wollte vor

---

32 Gestapo, AD Bottrop, über Stapo-Leitstelle Münster an Stapo-Leitstelle Berlin, Schreiben vom 9.7.1944, (Überprüfung des innerdeutschen Postverkehrs der ausländischen Arbeiter untereinander); LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16170.

33 Siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16092.

34 Siehe die Verfahren in LAB, A Rep. 358-02, Nr. 17530 und Nr. 148915.

Überraschungen geschützt sein, und als seine Frau hereinkam, sprang er sofort zum Rundfunkschalter und stellte einen anderen Sender ein.<sup>35</sup> Besagter Gastwirt aus Marzahn war nicht nur, wie der Belgier meinte, „ein komischer Kerl“, sondern darüber hinaus Mitglied der NSDAP, in die er im Juni 1939 eingetreten war. Bei der Gestapo-Vernehmung mußte er einräumen, daß es „besonders verwerflich“ sei, „wenn ein Parteigenosse sich dazu hingibt, unseren Feinden die Nachrichten ihrer Bundesgenossen zu vermitteln“.

### *Informationszensur und „Nachrichtenhunger“*

Ähnlich wie bei den deutschen „Feindhörern“ verbarg sich auch bei den „Fremdarbeitern“ hinter dem Abhören ausländischer Sender ein weitverbreiteter „Nachrichtenhunger“<sup>36</sup>, den das Regime mit seinen gleichgeschalteten und zensierten Medien nicht zu befriedigen vermochte. Ein deutscher Fabrikarbeiter etwa meinte gegenüber einem Kollegen, wer mehr wissen wolle, müsse „London“ hören. Ein kaufmännischer Angestellter aus dem Wedding erwiderte auf die Frage des Vernehmenden, ob er „den Nachrichten der deutschen Presse und des deutschen Rundfunks wohl nicht Glauben schenke“, er glaube den Nachrichten, aber es sei „doch besser, wenn man sich selbst nach Anhörung anderer Sender ein eigenes Urteil bilden kann“, und gab an, er habe „die ausländischen Sender nur deshalb gehört, um einen Vergleich zwischen den deutschen Nachrichten und den ausländischen zu haben“.<sup>37</sup> Der Vergleich ist ein häufig genanntes Motiv für das Abhören ausländischer Sender,<sup>38</sup> wobei Hörer auch mit einer Landkarte vor dem Radioapparat saßen, um sich anhand der deutschen und der alliierten Heeresberichte, wie sie beispielsweise von Schweizer Sendern verbreitet wurden, ein Bild vom tatsächlichen Frontverlauf zu machen. So heißt es auch in einem abgefangenen Brief eines französischen Zwangsarbeiters: „Wir werden täglich auf dem laufenden gehalten über die Lage, denn mehrere unter uns hören Rundfunk, und mein Kamerad aus Neu-Kaledonien hört jeden Abend Genf. Wir haben Karten, welche regelmäßig den Tagesereignissen angepasst werden und die Vorhersagen und Kommentare sind lebhaft; die Strategie im Zimmer, nicht wahr!“<sup>39</sup>

Was für den „Nachrichtenhunger“ bei deutschen Hörern galt, war für die „Fremdarbeiter“ von noch größerer Bedeutung. Das Abgeschnittensein von der Heimat, der fehlende Informationszugang und die Bedingungen des Zwangsaufenthaltes, nach denen selbst „privilegierten“ westlichen Zivilarbeitern mit dem Fortschreiten des Krieges kein Heimaturlaub mehr gewährt wurde, verstärkten das Bedürfnis, sich entsprechende Informationen von den Auslandssendern zu besorgen. Auf Verständnis durften die entdeckten „Feindhörer“ jedoch nicht rechnen. So warf

35 Übersetzung Auslandsbrief-Prüfstelle Köln, 14.5.1943, Verfahren im LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16222.

36 Eine Bezeichnung, die der SD in seinen „Meldungen aus dem Reich“ mehrfach verwandte, siehe Heinz Boberach (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1933-1945*, Neuwied - Berlin 1965, S.60 (15.4.1940) und S.372 (März 1943).

37 Verhandlungsprotokoll Gestapo Berlin vom 24.4.1940, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16917.

38 Siehe beispielsweise die Verfahren in LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16069, 16203 und 16878 sowie StAF A47/1-1468-1470 und StAF A30/1-3/18.

39 Abgefangener Brief, zitiert nach Mechler, *Kriegsalltag*, S.103.

beispielsweise das Sondergericht Berlin einem angeklagten französischen Zwangsarbeiter vor, deshalb abzuhören, „um zu wissen, was nach der Invasion in seiner Heimat vorging“. „Die deutschen Nachrichten hielt er“, so der weitere Vorwurf, „in völlig verfehlter Auffassung, nicht für ausreichend.“<sup>40</sup>

Je eindeutiger sich die deutsche Kriegsniederlage abzeichnete und je klarer dies in den alliierten Nachrichtensendungen zum Ausdruck kam, desto mehr häuften sich die Versuche von Zwangsarbeitern, sich dem erzwungenen Aufenthalt zu entziehen. Dies traf vor allem auf ausländische Arbeiter zu, die in grenznahen Gebieten im Einsatz waren. Einen dieser Fluchtversuche unternahm eine Gruppe von belgischen Zwangsarbeitern unter Führung von Josef van A. aus Antwerpen, dessen Scheitern ihn vor das Sondergericht Freiburg brachte. Das Gericht charakterisierte in seiner Sitzung im Frühjahr 1945 die Motive des Belgiers durchaus treffend: „Wegen der zugespitzten militärischen Lage und angeregt durch die von ausländischen Sendern verbreiteten und unter den ausländischen Arbeitern herumgetragenen Nachrichten und Aufforderungen beschloss auch der Angeklagte van A., über die Schweiz in seine Heimat zurückzukehren.“<sup>41</sup>

Ebenfalls um einen belgischen Zivilarbeiter ging es wiederum in einer Verhandlung des Sondergerichts Freiburg im November 1944. Dem Arbeiter Roger P. wurde nicht nur das Verbreiten von „Feindnachrichten“ vorgeworfen, sondern das Gericht bezichtigte ihn auch der Anstachelung zur Meuterei: „Auf Wunsch französischer Kriegsgefangener schrieb er die abgehörten Feindnachrichten, insbesondere englische, französische und russische über die militärische Lage, auf einen Zettel und übergab diesen den Gefangenen. ... Diese wurden dadurch derart beeinflusst, daß sie meutern und teilweise die Arbeit niederlegen wollten. Auch hat er einen anderen Ausländer, den Holländer Z., zum gleichen Abhören veranlaßt.“<sup>42</sup> Der Freiburger Oberstaatsanwalt Weiß hatte die Akten zunächst dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin vorgelegt „mit der Bitte um Prüfung, ob der Tatbestand eines der Zuständigkeit des Volksgerichtshofs unterliegenden Verbrechens bejaht werden kann“.<sup>43</sup> Das Verfahren wurde jedoch an das Sondergericht Freiburg zurückverwiesen.

### III. Die Ahndung von „Rundfunkverbrechen“

#### *Justizstrafen für „Westarbeiter“*

Nach Paragraph 5 der Rundfunkverordnung hatte die Gestapo das alleinige Recht, einen Strafantrag zu stellen und somit ein Strafverfahren überhaupt erst zu ermöglichen. Dies war selbst im NS-Strafrecht einzigartig und belegt den politischen Opportunitätscharakter der Rundfunkverordnung: Eine Strafverfolgung durch die Justiz sollte nur eintreten, wenn es im Interesse der Gestapo lag. Reichsinnenminister Wilhelm Frick hatte diese Einschränkung erwirkt, um auszuschließen, „daß die

40 Urteil vom 1.12.1944, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16878.

41 Urteil vom 23.3.1945, StAF A30/1-7/24.

42 Urteil vom 14.11.1944, StAF A30/1-6/113.

43 StAF A47/1-2159.

Staatsanwaltschaft jeder Denunziation nachgehen muß“.<sup>44</sup> Die Regelung zielte ursprünglich darauf, die Staatsanwaltschaften von einer erwarteten Flut von Denunziationen abzuschirmen und den Sondergerichten nur „schwere“ Fälle zuzuführen.

In der Praxis entwickelte sich das Antragsrecht der Gestapo als eine Art von Filter, aufgrund dessen sie Verfahren nach politischen, sozialen und völkisch-rassistischen Kriterien auszusortieren pflegte. Dies erklärt, warum es sich bei den untersuchten Rundfunkverfahren gegen Ausländer überwiegend um solche gegen Zivil- und Zwangsarbeiter aus dem Westen handelt. In einem Rundfunkverfahren gegen einen französischen Zivilarbeiter heißt es explizit, er sei „als Westarbeiter rechtlich und strafrechtlich einem Deutschen gleichgestellt“.<sup>45</sup>

Bevor auf dieses zweifelhafte Privileg nachfolgend eingegangen wird, soll zunächst die juristische Ahndung von „Rundfunkverbrechen“ insgesamt betrachtet werden. Die hier dargelegten Ausführungen beruhen auf einer vergleichenden Untersuchung der Urteilspraxis des im deutschen Südwesten judizierenden Sondergerichts Freiburg mit der des Sondergerichts Berlin, das neben dem Berliner Raum für große Teile der Mark Brandenburg zuständig war. Bei der Betrachtung der Strafmaße ist zu beachten, daß sowohl Gefängnis- als auch Zuchthausstrafen verhängt werden konnten. Zu Gefängnis wurde am ehesten verurteilt, wenn es sich um bloßes Abhören nach Paragraph 1 handelte, obgleich auch in solchen Fällen Zuchthausstrafen verhängt wurden. Obligatorisch war nach Paragraph 2 die Verhängung der Zuchthausstrafe bei Weiterverbreitung abgehörter Nachrichten, die geeignet seien, „die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden“. In der Reichshauptstadt wurde dabei härter geurteilt als in der südwestdeutschen Provinz: Während beim südbadischen Sondergericht sich Gefängnis- und Zuchthausstrafen ziemlich genau die Waage hielten, wurden dagegen beim Sondergericht Berlin in zwei Drittel aller ergangenen Rundfunk-Urteile Zuchthausstrafen ausgesprochen. Daß für „Rundfunkverbrechen“ mehrheitlich Zuchthausstrafen verhängt wurden, wird auch in anderen Untersuchungen bestätigt, so etwa bei den Sondergerichten Hannover<sup>46</sup> und Bremen<sup>47</sup>. Sieht man sich die wegen „Rundfunkverbrechen“ ergangenen Urteile im einzelnen an, so lagen die verhängten Gefängnisstrafen im Schnitt unter einem Jahr. Höhere Gefängnisstrafen wurden in der Regel nicht verhängt, es ergingen stattdessen Zuchthausstrafen. Diese betrug durchschnittlich an die zwei Jahre.

Der Paragraph 2 der Rundfunkverordnung sah auch die Verhängung von Todesstrafen in „schweren Fällen“ vor. Tatsächlich nahm seit der zweiten Kriegshälfte die Zahl der wegen „Rundfunkverbrechen“ verhängten Todesurteile zu. Dennoch „muß die noch heute weit verbreitete Meinung korrigiert werden, daß damals schon allein

<sup>44</sup> Siehe BArch R 43 II/639, Bl. 120/121.

<sup>45</sup> Schlußbericht Staatspolizeistelle Potsdam vom 16.2.1945, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 148939.

<sup>46</sup> 99 Zuchthaus- und 30 Gefängnisstrafen bei neun Freisprüchen, siehe Mechler, Kriegsalltag, S.96.

<sup>47</sup> 14 Zuchthaus- und sechs Gefängnisstrafen bei vier Freisprüchen. Eine Zuchthausstrafe wurde nicht mit einbezogen, da in die Gesamtstrafe eine Verurteilung wegen „Wehrkraftzersetzung“ einfloß, siehe Der Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen (Hrsg.): Strafjustiz im totalen Krieg: aus den Akten des Sondergerichts Bremen 1940 bis 1945, bearbeitet von Hans Wrobel, 3 Bde., Bremen 1991-1994, hier Bd.1, S.57f.

das Abhören eines Feindsenders automatisch 'Rübe runter' bedeutete", wie der Rechtshistoriker Lothar Gruchmann etwas salopp formulierte.<sup>48</sup> Der geheime „Informationsdienst des Reichsministers der Justiz“ nennt in einer Aufstellung der im Jahre 1943 insgesamt verhängten 5.336 Todesurteile u.a. auch elf Todesstrafen wegen „Rundfunkverbrechen“.<sup>49</sup> In den untersuchten Urteilen der Sondergerichte Berlin und Freiburg finden sich keine wegen „Rundfunkverbrechen“ verhängten Todesurteile. Während bei kriminellen Straftaten reihenweise Todesurteile beispielsweise nach der „Volksschädlingsverordnung“ ausgesprochen wurden, zögerten die Richter der Sondergerichte mit der Verhängung des Höchstmaßes bei politischen Delikten wie „Rundfunkverbrechen“.<sup>50</sup> Hierbei muß allerdings einschränkend bemerkt werden, daß viele Fälle zusammen mit schwereren und damit juristisch vorrangigen Delikten wie „Vorbereitung zum Hochverrat“ bzw. „Hochverrat“, „Feindbegünstigung“ und „Wehrkraftersetzung“ an den Volksgerichtshof abgegeben und dort abgeurteilt wurden. Damit fanden sie subsumiert unter diesen Tatbeständen Eingang in die Statistiken.

Daß das „Feindsenderhören“ den Kopf kostete, darf also als Legendenbildung bezeichnet werden – zumindest für die Sondergerichte. Im öffentlichen Bewußtsein hat sich, entgegen dem tatsächlichen Sachverhalt, ein anderes Bild festgesetzt, das bis in die jüngsten wissenschaftlichen Publikationen reicht, wenn etwa pauschal behauptet wird: „Auch das Abhören feindlicher Rundfunksender wurde im Krieg mit dem Tode bestraft.“<sup>51</sup> Wie jeder Legende liegt ebenso dieser ein realer Kern zugrunde: Tatsächlich wurden aufgrund des Abhörverbots Todesstrafen verhängt. Zumeist standen die im Zusammenhang mit dem Abhören von „Feindsendern“ ergangenen Urteile jedoch in Tateinheit mit anderen Delikten, und die Todesurteile wurden vorrangig wegen dieser Straftaten verhängt. Daß die Legende auf fruchtbaren Boden fiel und bis heute Bestand hat, erklärt sich weniger aus dem faktischen Sachverhalt. Es scheint vielmehr, als käme sie einem exkulpatorischen Bedürfnis entgegen: In einem schuldhaft verstrickten Volk konnte, nachdem das nationalsozialistische Regime allein durch die militärische Gewalt der Alliierten beseitigt worden war, darauf verwiesen werden, wie gefährlich bereits das Abhören ausländischer Sender gewesen sei.

---

48 Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S.905.

49 Die Liste der 5336 Todesurteile wird angeführt von 1745 Urteilen wegen „Hoch- und Landesverrat“, als weitere politische Delikte werden neben 250 Urteilen wegen „Verbrechen gegen die Besatzungsmacht“ 138 Urteile wegen „Sabotage und Aufsässigkeit ausländischer Arbeiter“ genannt, gefolgt von 108 Urteilen wegen „Wehrkraftersetzung“. Den Hauptanteil aller Todesurteile machen 938 Urteile gegen „Gefährliche Gewohnheitsverbrecher (Diebe, Betrüger, Ausnutzung der Verdunklung und der Kriegsverhältnisse)“ sowie pauschal 894 „Todesurteile aus den eingegliederten Ostgebieten“ aus, siehe BArch R 22/4003, Bl. 74.

50 So führt beispielsweise Herbert Schmidt: „Beabsichtige ich die Todesstrafe zu beantragen.“ Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf, Essen 1998, S.93 aus, daß „nicht in einem einzigen Fall wegen einer politischen Tat oder einer Tat mit politischem Hintergrund eine Todesstrafe vom Sondergericht Düsseldorf ausgesprochen worden (ist)“.

51 So Ernst Ritter in dem Überblicksartikel „Justiz und innere Verwaltung“ in: Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 96.

Im allgemeinen weisen die vom Sondergericht Berlin wie auch vom Sondergericht Freiburg verhängten Strafmaße keinen wesentlichen Unterschied zwischen reichsdeutschen und ausländischen Verurteilten aus. Dies gilt auch hinsichtlich der Zivil- und Zwangsarbeiter. Beim Sondergericht Berlin wurden gemeinhin die französischen Beschuldigten am mildesten beurteilt, wie ein Vergleich mit den niederländischen bzw. belgischen Angeklagten zeigt: Während gegen elf niederländische und zwei belgische Verurteilte nur Zuchthausstrafen verhängt wurden, ergingen gegen neunzehn verurteilten Franzosen neben neun Zuchthaus- auch zehn Gefängnisstrafen. Darüber hinaus lag die durchschnittlich verhängte Zuchthausstrafe der Niederländer um vier Monate höher. Dabei unterschieden sich die Verurteiltengruppen in den ihnen zur Last gelegten Abhördelikten im Grunde nicht. Obwohl die Franzosen nach nationalsozialistischer Lesart nicht zu den „germanischen“ Völkern gerechnet wurden, kam den Beschuldigten als Angehörigen der „Grande Nation“ in den Augen der Richter vielleicht ihr höherer Status zugute. Dieses Ansehen schlug sich in einem Fall auch konkret in der verwandten Benennung nieder: So wurden zwei in einer Gärtnerei eingesetzte Franzosen von dem Gärtnereibesitzer als „Gastarbeiter“ bezeichnet, nebenbei bemerkt das einzige Mal, daß sich dieser Begriff in einer der zeitgenössischen Akten findet.<sup>52</sup> Auch wenn der Vergleich der Berliner Strafmaße mit denen des Sondergerichts Freiburg keine wesentlichen Unterschiede ergibt, so fielen die vom Freiburger Sondergericht gegen ausländische Angeklagte verhängten Zuchthaus- und Gefängnisstrafen im Schnitt etwas niedriger aus. Das allgemeine Bild differiert jedoch bei näherer Betrachtung erheblich. So wurden beispielsweise die elsässischen Angeklagten eher nach reichsdeutschen Maßstäben gemessen oder gar härter bestraft: Das durchschnittliche Strafmaß bei Weiterverbreitungsdelikten von Nachrichten nach Paragraph 2 lag bei Elsässern bei 24 Monaten Zuchthaus, bei den übrigen Franzosen mit annähernd 17 Monaten um über ein halbes Jahr niedriger. In einem Urteil wird das Strafmaß auch mit dem „Zweck der Abschreckung besonders bei in Innerdeutschland arbeitenden Elsässern“<sup>53</sup> begründet. Ihnen wurde in der Regel nicht zugute gehalten, daß sie „als Ausländer nicht die innere Treuebindung zum Reich“<sup>54</sup> besitzen oder „zum Reich nicht in einem Treueverhältnis stehen wie ein Deutscher“<sup>55</sup>. De jure wurde Elsaß-Lothringen zwar nie annektiert, de facto handelte es sich jedoch um eine Art Annektion, wie der Aufbau einer deutschen Verwaltung und die Einziehung elsässischer Männer zur Wehrmacht zeigen. Dies mag der Hintergrund sein, vor dem die rechtsrheinischen badischen Richter die Widersetzlichkeiten der vermeintlichen linksrheinischen Stammes- und Volksgenossen härter sanktionierten als die der übrigen Franzosen, man verzieh ihnen ihr „undeutsches“ Verhalten nicht. Vielleicht spielte diese Denkart des „gesunden Volksempfinden“ auch eine Rolle bei den Berliner Sonderrichtern, die „Rundfunkverbrechen“ von Holländern als Angehörigen eines „germanisches Brudervolkes“

---

52 Siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16092.

53 StAF A30/1-2/131.

54 StAF A30/1-5/47.

55 StAF A30/1-7/25.

gemeinhin strenger ahndeten als jene von anderen „Westarbeitern“, obgleich es auch Urteile wie dieses gab, bei dem einem niederländischen Abhörer zugute gehalten wurde, „daß er als Holländer wohl nicht das notwendige Verständnis für die deutschen Gesetze aufgebracht hat und sich der Schwere seines Verbrechens nicht voll bewußt gewesen ist“.<sup>56</sup>

Ansonsten gleichen sich die Stereotypen in den Urteilsbegründungen beider Sondergerichte je nach Intention und Situation. Im Vordergrund stand generell der Abschreckungsgedanke. So wurde ein französischer Beschuldigter, der in den kriegswichtigen Ardelet-Werken in Eberswalde eingesetzt war, wegen Abhörens zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwar sei der Angeklagte vom Vorwurf des Verbreitens gemäß Paragraph 2 freizusprechen gewesen, doch habe bei der Strafzumessung berücksichtigt werden müssen, so die Begründung, „daß das Abhören eines feindlichen Nachrichtendienstes durch Ausländer, die an wichtiger Stelle der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt sind, eine besondere Gefahr darstellt“.<sup>57</sup> Auch gegen eine Abhörergemeinschaft von Niederländern, die in einem Lager der Opel-Werke in Brandenburg/Havel mit rund 1.800 Arbeitern, darunter weiteren 200 Holländern, untergebracht worden waren, wurden der Abschreckung dienende Strafen verhängt. Gegen alle sieben Beteiligten, die (zum Zeitpunkt der sich abzeichnenden Niederlage in Stalingrad) beschuldigt worden waren, den Londoner Sender abgehört und teilweise entsprechende Nachrichten verbreitet zu haben, wurden vom Sondergericht Berlin ausnahmslos Zuchthausstrafen zwischen zwei und vier Jahren ausgesprochen.<sup>58</sup> Die vierjährige Zuchthausstrafe war die höchste gegen Zivil- und Zwangsarbeiter wegen „Rundfunkverbrechen“ verhängte Strafe des Sondergerichts Berlin. Beim Sondergericht Freiburg betrug die analoge Höchststrafe drei Jahre Zuchthaus.

Die Urteilsbegründungen gegen die Zwangsarbeiter entbehrten nicht eines gewissen Zynismus. So wurde einem zur Zwangsarbeit als Dreher „dienstverpflichteten“ französischen Delinquenten straferschwerend vorgehalten: „als Ausländer, der hier im Reich Arbeit und damit sein Auskommen gefunden hatte, war er in erster Linie zur Achtung der erlassenen Kriegsgesetze verpflichtet“.<sup>59</sup> Aber auch utilitaristische Motive kamen insbesondere gegen Kriegsende zum Tragen, wenn es darum ging, verurteilte Zivilarbeiter „so bald als möglich wieder in den Arbeitsprozess (einzugliedern)“, wie es in der Strafzumessungsbegründung gegen einen jungen Niederländer heißt, der im Juni 1944 wegen Abhörens lediglich zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe unter Anrechnung der dreimonatigen Untersuchungshaft verurteilt worden war.<sup>60</sup>

---

56 Urteil des SG Berlin vom 5.1.1943, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 17495.

57 Urteil des SG Berlin vom 2.5.1944, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 17417.

58 Siehe Urteil des SG Berlin vom 28.5.1943, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 17423.

59 Urteil des SG Berlin vom 5.1.1945, LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16919.

60 StAF A30/1-5/47.

*Lager- und Polizeistrafen für „Ostarbeiter“*

Die Ahndung der „Rundfunkverbrechen“ von Zivil- und Zwangsarbeitern aus Mittel- und Osteuropa erfolgte nach unterschiedlichen Kriterien. Bei tschechischen Beschuldigten, den sogenannten „Protektoratsangehörigen“, ergingen Strafanträge durch die Gestapo bis Kriegsende. Das zuletzt dokumentierte Urteil des Berliner Sondergerichts gegen einen Tschechen wegen Abhörens wurde noch am 18. April 1945 gefällt.<sup>61</sup> Dieser Sachverhalt dürfte sich vor allem daraus erklären, daß die Rundfunkverordnung schon bei ihrer Verabschiedung im September 1939 auch auf dem Gebiet des „Reichsprotektorat(s) Böhmen und Mähren“ Anwendung finden und somit auch für Tschechen gelten sollte.<sup>62</sup> Eine Besonderheit sei noch erwähnt: Da Tschechen schon vor dem Krieg im „Arbeitseinsatz“ in Deutschland standen und, im Gegensatz zu sonstigen „Fremdarbeitern“, häufig bei deutschen Vermietern zur Untermiete wohnten, kam es in einigen Fällen auch zu Verfahren gegen diese wegen gemeinsamen Abhörens. Ansonsten unterschieden sich die Verfahren kaum von denen gegen reichsdeutsche Angeklagte. Das höchste nach der Rundfunkverordnung gegen einen Tschechen vom Sondergericht Berlin verhängte Urteil betrug dreieinhalb Jahre Zuchthaus und erfolgte wegen Abhörens und Verbreitens von Nachrichten. Die auch während des Krieges geübte staatspolizeiliche Praxis, tschechische Abhörer der Justiz zu überstellen, schloß jedoch keineswegs eine Verbringung in ein Konzentrationslager aus. Das galt ebenso für die Zeit nach der Strafverbüßung. Daß „Protektoratsangehörige“ häufiger von der Verschleppung in ein Konzentrationslager betroffen waren, darauf läßt eine Anfrage der Berliner Staatsanwaltschaft mittels Formblatt an die Gestapo schließen, ob nach Straferlassung die Verhängung von „Schutzhaft“ beabsichtigt sei.<sup>63</sup>

Hinsichtlich der Ahndung von „Rundfunkverbrechen“ polnischer Zivil- und Zwangsarbeiter zeichnet sich ein Bild der Inkontinuität ab. Zunächst fällt jedoch auf, daß angesichts der Vielzahl der in Industrie und Landwirtschaft eingesetzten Polen die Anzahl polnischer Angeklagter in Rundfunkverfahren gering ist. Ein Grund für diese Unterrepräsentanz dürfte zum einen in den unzureichenden, nicht gerichtsverwertbaren Ermittlungen der Gendarmerie zu sehen sein, wie der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin in seinem Lagebericht vom Mai 1940 monierte: „Bemerkenswert ist, daß in mehreren Rundfunksachen freisprechende Urteile ergehen mußten, weil die Hauptverhandlung ein wesentlich anderes Bild ergab als die polizeilichen Ermittlungen. Es handelt sich dabei vornehmlich um Strafsachen gegen polnische und tschechische Arbeiter, denen zur Last gelegt war, mit den ihnen von ihren Arbeitgebern für ihren Gemeinschaftsraum zur Verfügung gestellten Rundfunkgeräten Nachrichten ausländischer Sender abgehört zu haben. Die Ermittlungen waren in den betreffenden Fällen – wie mir berichtet wird – durch die Gendarmerie ohne Hinzuziehung geeigneter Dolmetscher durchgeführt worden. Die Akten enthielten zumeist Geständnisse der Beschuldigten,

61 Siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 148940.

62 Siehe die Vorgänge in BArch R 43 II/639, Bl. 121f.

63 Siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16950. Die Anfrage nimmt Bezug auf einen entsprechenden Erlaß des Preußischen Justizministers vom 6.5.1933, siehe hierzu Gruchmann, Justiz, S.612.

die sich wegen ihrer Unbestimmtheit später als wertlos erwiesen. Zum Teil scheiterte der Nachweis auch daran, daß die Möglichkeit nicht auszuschalten war, daß es sich bei den abgehörten Nachrichten in ausländischen Sprachen um solche deutscher Sender handelte.<sup>64</sup>

Ein anderer Grund für die genannte Unterrepräsentanz polnischer Angeklagter könnte in der staatspolizeilichen Neigung gelegen haben, beschuldigte Polen zusehends weniger der Justiz zu überlassen: Während in den ersten eineinhalb Jahren nach Inkrafttreten der Rundfunkverordnung noch Strafanträge von der Gestapo gegen Polen gestellt wurden, liegen aus dem späteren Zeitraum keine Verfahrensakten vor. Die letzte erhaltene Klageschrift datierte auf den 14. Mai 1941, der Strafantrag war am 28. April erfolgt.<sup>65</sup> Es scheint, daß ab dem Sommer 1941 in der Praxis der Berliner Gestapo bereits vorweggenommen worden war, was in einem Erlaß des Gestapo-Chefs Heinrich Müller an alle Stapo(leit)stellen vom Mai 1942 angeordnet wurde: „In letzter Zeit konnten verschiedentlich polnische Zivilarbeiter überführt werden, ausländische Hetzsender abgehört und Nachrichten verbreitet zu haben. Gemäss Paragraph 5 der Verordnung über ausserordentliche Rundfunkmassnahmen vom 1.9.1939 findet die Strafverfolgung nur auf Antrag der Staatspolizeileitstellen statt. Es liegt also im Ermessen der Dienststellen der Geheimen Staatspolizei, im Rahmen der von mir ergangenen Anordnung Strafantrag zu stellen oder nicht.“

Ich ordne hiermit an, daß bei Abhören ausländischer Hetzsender und Verbreiten abgehörter Nachrichten durch polnische Zivilarbeiter grundsätzlich mit Einweisung in ein Konzentrationslager vorzugehen ist.<sup>66</sup>

Zu den im Bestand des Berliner Sondergerichts vorgefundenen Verfahren gegen polnische Beschuldigte kann inhaltlich wenig ausgesagt werden, da sich nur die Anklageschriften erhalten haben. Bezüglich des Freiburger Sondergerichts liegt ein einziges Rundfunkverfahren gegen einen polnischen Angeklagten vor. Es handelt sich um ein Verfahren vom Oktober 1943 in Offenburg gegen den 33 Jahre alten Polen Sigmund G., der im Juni 1940 als Kriegsgefangener „in das Zivilarbeiterverhältnis überführt“ worden war.<sup>67</sup> Dem Angeklagten G., der bestritt, wurde vorgeworfen, im Büroraum des Reichsautobahnlagers Wagshurst viermal die Nachrichten des englischen Senders West-Regional in polnischer Sprache abgehört zu haben. Obgleich das Gericht strafmildernd berücksichtigt habe, daß G. ein Ausländer, noch nicht vorbestraft und ein fleißiger und ordentlicher Arbeiter sei, lautete das Urteil auf zwei Jahre Straflager: „Da der Angeklagte Pole und seine Tat ein Verbrechen ist, war gemäß der Polenstrafrechts-Verordnung<sup>68</sup> vom 4.12.1941 auf verschärftes Straflager zu erkennen.“

---

64 Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin, Lagebericht vom 31.5.1940; zitiert nach Bernd Schimmler: „Stimmung der Bevölkerung und politische Lage“. Die Lageberichte der Berliner Justiz 1940-1945, Berlin 1986, S.42.

65 Siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16871.

66 Chef Sipo und SD i.V. gez. Müller vom 5.5.1942; BACh R 58/3495, Bl. 19.

67 Siehe nachfolgend zum Verfahren StAF A30/1-4/141.

68 Die berüchtigte „Polenstrafrechtsverordnung“ – ursprünglich als Besatzungsrecht konzipiert, dann auch als Sonderstrafrecht im Reich gültig – sah ab Freiheitsstrafen von drei Monaten Haft die

Rundfunkverfahren gegen eigentliche sogenannte „Ostarbeiter“, also Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, sind in beiden untersuchten Gerichtssprengeln nicht nachweisbar. Offenbar hielt sich die Gestapo bei Verstößen gegen die Rundfunkverordnung an die Regel, entsprechend der rassistischen Hierarchisierung der „Fremdarbeiter“ sich nur bei „Zivilarbeitern“ aus dem Westen an die Justiz zu wenden. Spätestens nach dem geheimen Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 30. Juni 1943 sollte gegen „Fremdvölkische“ ein Gerichtsverfahren „nur dann stattfinden, wenn die Polizei die Durchführung eines derartigen Strafverfahrens wünscht“<sup>69</sup>, d. h. die Betroffenen wurden der „Polizeijustiz“ unterworfen. Demgemäß sind „Ostarbeiter“ bei Rundfunkverfahren in den Akten allenfalls als (Belastungs)Zeugen anzutreffen, wie im Falle des Reichsdeutschen Bruno M., der nicht nur des „Rundfunkverbrechens“, sondern auch des „verbotenen Umgangs mit Ostarbeitern“ beschuldigt wurde. Während der „Ostarbeiter“ Iwan S., dem „kommunistische Umtriebe“ bei Daimler-Benz in Genshagen<sup>70</sup> vorgeworfen wurden, nach der Vernehmung ins Konzentrationslager überstellt worden war, wurde gegen den Reichsdeutschen M. ein Sondergerichtsverfahren wegen „Rundfunkverbrechens“ eingeleitet, das nach einer fünfzehnminütigen Verhandlung vor dem Sondergericht Berlin mit einer vierjährigen Zuchthausstrafe endete.<sup>71</sup>

Auch wenn diese Zuchthausstrafe von vier Jahren als äußerst harte Bestrafung anzusehen ist, so war diese verglichen mit der Einweisung in ein Konzentrationslager ein milderer Los und ermöglichte eher ein Überleben. Von überlebenswichtiger Bedeutung konnte also sein, ob die Betroffenen der Justiz überstellt wurden oder der „Polizeijustiz“ anheim fielen. „Polizeijustiz“ beinhaltete die Anwendung sogenannter „staatspolizeilicher Maßnahmen“, wobei sich hinter diesem Begriff ein ganzes Bündel polizeilicher Sanktionsmittel verbarg: von der „Belehrung“, „Verwarnung“, Erteilung eines „Sicherungsgeldes“ über die Verhängung von „Schutzhaft“ als zeitlich befristete Polizeihaft oder auch unbefristete Überstellung in ein Konzentrationslager bis hin zur „Sonderbehandlung“, was im Klartext die Exekution des Delinquenten bedeutete.<sup>72</sup> Ein weiteres Disziplinierungs- und Terrormittel, insbesondere gegen ausländische Zivil- und Zwangsarbeiter, gewann während des Krieges an Bedeutung, die befristete Einweisung in ein sogenanntes „Arbeitserziehungslager“. All diese „staatspolizeilichen Maßnahmen“ waren von höchst unterschiedlicher Beschaffenheit

Strafverbüßung in Straflagern vor. Eine Generalklausel sicherte auch die härteste Sanktion: „Auch da, wo das Gesetz Todesstrafe nicht vorsieht, wird sie verhängt, wenn die Tat von besonders niedriger Gesinnung zeugt oder aus anderen Gründen besonders schwer ist.“; siehe RGBl. 1941 I, S. 759.

69 Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, 2 A III f, S.131.

70 Im Daimler-Benz Werk von Genshagen/Ludwigsfelde wurden noch im ersten Halbjahr 1944 monatlich über 1000 Flugzeugmotore gebaut. Von den rund 19.000 Belegschaftsmitgliedern waren 67 Prozent Ausländer (Zivil- und Zwangsarbeiter sowie KZ-Häftlinge), siehe Martina Dietrich: Zwangsarbeit in Genshagen. Dokumentierte Erinnerung Betroffener, Potsdam 1996, S.17.

71 Siehe LAB, A Rep. 358-02, Nr. 16809. Im Mai 1943 war es der Gestapo bereits gelungen, die Widerstandsgruppe „Kommunistischer Kampfbund“ zu zerschlagen, der als Einrichter tätige Arthur Ladwig und Ernst Kühn wurden 1944 in Zuchthaus Brandenburg hingerichtet; siehe Dietrich, Zwangsarbeit, S.133.

72 Siehe den Erlaß von Heinrich Heydrich „Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges“ vom 3.9.1939; BArchiv R 58/243, Bl. 202-204.

und Strafhärte. Bei deutschen „Volksgenossen“ sowie bei Beschuldigten „arischen“ oder „artverwandten“ Blutes wandte die Gestapo – wie Stichproben bei Rundfunkverfahren ergaben – in der Regel die mildeste Sanktionsform wie etwa Belehrung, Verwarnung oder befristete Polizeihaft an, sofern sie die Delinquenten nicht der Justiz zu überstellen gedachten. War die Staatspolizei jedoch willens, die entdeckten „Feindhörer“ gerichtlich aburteilen zu lassen, kam generell eine völkische und rassistische Hierarchisierung und Differenzierung zum Tragen: Während im allgemeinen die westlichen Zivil- und Zwangsarbeiter hinsichtlich des Strafantrags wie reichsdeutsche Beschuldigte behandelt und auch Delinquenten aus dem „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ noch der Justiz überlassen wurden, galt dies bei Polen sowie (deutschen) Juden nur anfänglich. Zuwiderhandlungen von „Ostarbeitern“ gegen die Rundfunkverordnung wurden dagegen grundsätzlich von der Polizei mittels „staatspolizeilicher Maßnahmen“ abgestraft.

Konnten für den „arischen“ und „artgleichen“ Beschuldigten „staatspolizeiliche Maßnahmen“ Befreiung von einer strafrechtlichen Verfolgung durch das Sondergericht bedeuten, beinhalteten sie unter Umständen für den „Fremdvölkischen“ Lagerhaft. Diese Rechtsungleichheit war auch bei Rundfunkverfahren nach nationalsozialistischer Rechtsauffassung gewollt: Der Rechtsstatus eines Delinquenten und somit die Art der Strafverfolgung sollten sich in erster Linie nach dessen rassistisch determiniertem Stellenwert richten.

# Polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der mecklenburgischen Landwirtschaft im zweiten Weltkrieg 1939-1945

Mario Niemann

## I.

Nachdem sich die Arbeitskräftesituation in der deutschen Landwirtschaft bereits in der Vorkriegszeit in größerem Maße verschlechtert hatte – auf dem Reichsbauerntag in Goslar 1938 wurde festgestellt, daß in den letzten Jahren 700.000 bis 800.000 Personen vom Land abgewandert waren<sup>1</sup> –, verschärfte sie sich nach Beginn des zweiten Weltkrieges erheblich. Der Agrarsektor war „von Einziehungen zur Wehrmacht besonders betroffen. Dies führte bis 1944 schließlich dazu, daß bei den Jahrgängen 1906 bis 1927 der Rüstungsbereich prozentual über zehnmal mehr kriegsverwendungsfähige Männer verfügen konnte als die Landwirtschaft; bei den Jahrgängen 1897 bis 1905 waren es immerhin noch fast viermal so viele.“<sup>2</sup> Folglich wurde für die Landwirtschaft von offizieller Seite die Parole ausgegeben: „Es wird zu Arbeitskräften gegriffen werden müssen, wo immer auch solche greifbar sind.“<sup>3</sup>

Einen Ausweg aus dem Problem konnte der Einsatz von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und Freiwilligen aus den besetzten Gebieten bringen. Die erste große Gruppe stellten polnische Arbeitskräfte. Bereits kurz nach dem sogenannten Polenfeldzug, Ende September 1939, waren rund 100.000 polnische Gefangene in der deutschen Landwirtschaft tätig. Ihre Zahl erhöhte sich auf ca. 300.000 bis zum Jahresende.<sup>4</sup> Der deutsche Bedarf war damit jedoch nicht annähernd gedeckt. Am 16. November 1939 wies Hermann Göring, Reichsbeauftragter für den Vierjahresplan, daher an, „die Hereinnahme ziviler polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnische Mädchen, in größtem Ausmaß zu betreiben. Ihr Einsatz und insbesondere ihre Entlohnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen.“<sup>5</sup>

---

1 Siehe Rudolf Elsner: Der Charakter und die Bedeutung der Osthilfe während des Hitlerfaschismus, phil. Diss., Halle (Saale) 1959, S.123. Die gleichen Zahlen nennt Willy Meinhold: Die landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen im Kriege, Jena 1941, S.47. Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II: 1941-1943, Berlin (DDR) 1985, S.608, schreibt, daß fast 1,5 Mio. Menschen vom Land wegzogen.

2 Joachim Lehmann: Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S.127-139, hier S.128.

3 Meinhold, Erzeugungsbedingungen, S.52.

4 Siehe Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin (West) u. a. 1985, S.68.

5 Zit. in ebenda, S.69.

Mit der militärischen Unterwerfung weiterer Länder und Regionen kamen Angehörige der verschiedensten Nationalitäten nach Deutschland und auch in die mecklenburgische Landwirtschaft. Allein auf dem kleinen, rund 169 ha großen Restgut Bookhorst waren im Laufe der Zeit Ungarn, Italiener, polnische, französische, sowjetische, niederländische und jugoslawische Kriegsgefangene sowie ukrainische Ostarbeiterinnen eingesetzt.<sup>6</sup> Mit zunehmender Kriegsdauer erhöhte sich der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte. Im Jahre 1944 betrug der Ausländeranteil in 97 Güstrower Gutsbetrieben bereits 75 Prozent.<sup>7</sup> In einzelnen Betrieben konnte er noch höher liegen, so auf der Domäne Hoppenrade mit 21 von 26 vorhandenen Arbeitskräften<sup>8</sup> und auf dem Gut Kloster Wulfshagen mit 71 von 89 Arbeitskräften<sup>9</sup> bei 80 Prozent.

Das Arbeitskräfteproblem war nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Natur. Der Milchleistungsausschuß Mecklenburg stellte hierzu in einem Tätigkeitsbericht vom 19. Oktober 1944 für die Monate August und September fest: „Die Personalfrage in der Landwirtschaft hat sich durch Einberufungen weiterhin verschlechtert. Es gibt zahlreiche Großbetriebe, die über keine deutsche Melkkraft und keine Fachkraft verfügen. Sämtliche Kräfte sind fremdländisch.“<sup>10</sup>

Einen sehr hohen Anteil der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Deutschland stellten die Polen. Im Mai 1944 waren über 1,6 Millionen polnische Arbeitskräfte im Reich eingesetzt.<sup>11</sup> Im folgenden soll untersucht werden, wie sich die Situation der polnischen Arbeitskräfte auf mecklenburgischen Guts- und Bauernhöfen darstellte.<sup>12</sup>

---

6 Siehe Gesprächsprotokoll Prof. Dr. Horst Pätzold, Rostock, S.6, sowie ders.: Nischen im Gras. Ein Leben in zwei Diktaturen, Hamburg 1997, S.87. Die im folgenden zitierten Gesprächsprotokolle, Erinnerungsberichte und Schreiben befinden sich sämtlich im Privatarchiv des Verfassers.

7 Siehe Robert Pfahl/Jürgen Wilke: Zur Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in der Agrargeschichte. Eine klimetrische Studie zur Geschichte der deutschen Landwirtschaft in der Zeit des Faschismus, dargestellt anhand von ökonomischen Daten der Struktur und Entwicklung landwirtschaftlicher Großbetriebe im Kreis Güstrow, Mecklenburg (1936-1943/44), Diss. B, Berlin (DDR) 1981, S.148.

8 Siehe Landeshauptarchiv (LHA) Schwerin, Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 1919-1945, Nr. 18766.

9 Siehe Privatarchiv Prof. Dr. Heinz Decker, Bad Doberan: Aus meinen Lehrjahren. Merkbuch für Landwirtschaftslehrlinge, 1. April 1944 bis 4. März 1945.

10 Siehe Bundesarchiv (BArch) Berlin, R 17 II/1826.

11 Siehe Herbert, Fremdarbeiter, S.185, Tabelle 18. Siehe zu dieser Thematik auch die folgenden zeitgenössischen Schriften: Philipp Hertel: Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter, Stuttgart 1942; Hans Küppers/Rudolf Bannier: Arbeitsrecht der Polen im Deutschen Reich. Private Wirtschaft und öffentlicher Dienst, Berlin u. a. 1942.

12 Die Problematik ist weitgehend unerforscht. Ältere Arbeiten thematisierten vor allem den Widerstand, so Karl Heinz Jahnke: Aus dem Kampf polnischer und deutscher Antifaschisten während des zweiten Weltkrieges in Mecklenburg und Pommern, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 5, Rostock 1965, S.107-113; ders.: Zur Teilnahme ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener am antifaschistischen Widerstandskampf in mecklenburgischen Dörfern von 1933-1945, in: Wesen und

## II.

Das Land Mecklenburg war aufgrund der arbeitskräfteintensiven ländlichen Strukturen mit einem starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte konfrontiert. Der Einsatz polnischer Arbeiter in der mecklenburgischen Landwirtschaft wies dabei eine lange Tradition auf; seit Jahrzehnten hatten sich die sogenannten Schnitter von März bis November hauptsächlich auf den Gütern und Domänen des Landes verdingt. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde diese Praxis aus „rassebiologischen“ Gründen abgelehnt. Der Gauwirtschaftsberater der NSDAP Mecklenburg, Hennecke von Plessen, Eigentümer der zusammen rund 1.500 ha großen Güter Langen und Kurzen Trechow, führte in einem Bericht vom Mai 1937 aus: „Die politischen Nachteile bei der Verwendung von polnischen Landarbeitern setze ich als bekannt voraus. Es wird daher bei Mangel an deutschen Wanderarbeitern notwendig sein, nach Möglichkeit solche Ausländer zu nehmen, die nicht den Völkern entstammen, die uns irgendwie volksbiologisch gefährlich werden können. Es wird aber notwendig sein, solche Arbeitskräfte noch in größerem Maße heranzuführen.“<sup>13</sup>

Dieses Ziel konnten die mecklenburgischen Nationalsozialisten nicht erreichen, und seit Beginn des Krieges waren solche Bestrebungen ohnehin Makulatur geworden. Im Gegenteil: Ab 1939 wurden die ungeliebten Polen in verstärktem Maße in Mecklenburg eingesetzt. So war es für die einheimische Bevölkerung zunächst auch nichts Besonderes und Neues, zusammen mit Polinnen und Polen zu arbeiten.

Neben den Kriegsgefangenen wurden vermehrt auch zivile Arbeiter eingesetzt. Sie sollten durch Werbeaktionen verpflichtet werden, denen jedoch kein großer Erfolg beschieden war. Der Anteil derjenigen, die aus wirklich freien Stücken nach

---

Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, Rostock 1974, S.119-132. Im Gegensatz zum ländlichen Raum ist die Zwangsarbeit in mecklenburgischen Industrie- und Rüstungsbetrieben unlängst untersucht worden. Siehe dazu etwa die profunde Studie von Friedrich Stamp: Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939-1945. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2001; Heft 1 der Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2000, mit dem Schwerpunktthema „Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg“. Geschichtswerkstatt Toitenwinkel (Hrsg.): Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe, Rostock 1998. Anders als für Mecklenburg sind die Forschungen zur Zwangsarbeit im zweiten Weltkrieg für andere Regionen in letzter Zeit wesentlich vorangeschritten. Siehe Robert Bohn/Uwe Danker/Nils Köhler (Hrsg.): „Ausländereinsatz in der Nordmark“. Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939-1945, Bielefeld 2001; dies. (Hrsg.): „Wir empfehlen Rückverschiebung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt“. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939-1945, Bielefeld 2001; dies. (Hrsg.): Der „Ausländereinsatz“ in Flensburg 1939-1945, Bielefeld 2002.

13 Zit. in: Joachim Lehmann/Reno Stutz: Ausländische Arbeitskräfte in Mecklenburg während der faschistischen Diktatur 1933 bis 1939, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 1987, G.-Reihe, H.10, S.75-85, hier S.77.

Deutschland kamen, wird auf etwa 5 Prozent geschätzt.<sup>14</sup> Die deutschen Behörden verlegten sich daher auf Zwangsmaßnahmen, „vor allem auf Razzien und brutale Strafen gegen die, die sich der Verpflichtung zum Arbeitseinsatz im Reich widersetzen.“<sup>15</sup>

Wie solche Razzien und der Transport – d. h. die Deportation – nach Deutschland vonstatten gingen, überliefert eine frühere polnische Zwangsarbeiterin: „In unsere damalige Wohnung kamen 2 Gendarmen und befahlen uns, uns schnellstens abreisefertig zu machen. Zusammen mit meinen Eltern und vielen anderen Einwohnern unseres Dorfes Siemkowice wurden wir mit Pferdewagen in die Kreisstadt Wielun gebracht. Es waren ungefähr 40 Pferdewagen, das war eine völlige Aussiedlung. An diesem einen Tag verschleppte man das halbe Dorf. Das war am 1. April 1941. Von Wielun brachte man uns mit dem Zug nach Kalisz. Dort wurden die Kleidung, alle Gegenstände desinfiziert und wir gebadet. Weiterhin mit dem Zug fuhr man uns ins Gebiet des deutschen Reiches. An bestimmten Bahnhöfen hielt der Zug, und einige Menschen wurden herausgeholt, um in der Region zur Arbeit zugeteilt zu werden. Ich und meine Familie fuhren weiter bis Wismar, wo man uns zum Arbeitsamt brachte. Hierher kamen Bauern, Landwirte und suchten sich ihre Arbeiter aus. Ich kam auf den Bauernhof des Herrn Wilhelm Schmidt in Wotendorf, Wismar, Mecklenburg.“<sup>16</sup>

Eine andere polnische Zeitzeugin spricht von einer „Einfang-Aktion“ am 13. März 1941, in der sie „als 13jähriges Kind von Polen nach Deutschland verschleppt“ wurde.<sup>17</sup> Die Art der Rekrutierung und die Tatsache, daß deutsche Bauern und Landwirte, die je nach Bedarf Kriegsgefangene anfordern konnten<sup>18</sup>, die Arbeitskräfte persönlich aussuchten, müssen bei den Betroffenen das Gefühl, sich auf einem Sklavenmarkt zu befinden, hervorgerufen haben.

In Mecklenburg angekommen, galt es nun, sich möglichst schnell und unauffällig einzuleben. Das war für diejenigen, die vorher nie in Deutschland und vor allem nicht in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, sehr schwierig. Rund zwei Drittel der

---

14 Siehe Czesław Luczak: Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S.90-105, hier S.97.

15 Ebenda, S.96. Siehe auch: Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler (Hrsg.): Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Berlin (DDR) 1989, S.166f. (Dokumente 55 und 56) und S.246 (Dokument 128).

16 Schreiben von Frau Helena Wieclaw, 15.5.2002, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Florian Ostrop, M. A., Wismar (Übersetzung besorgt durch Herrn Ostrop). Herr Ostrop erarbeitet derzeit eine Dissertation zum Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in der Stadt und im Kreis Wismar 1939-1945.

17 Schreiben von Frau Pelagia Drozdowska, 21.5.2002, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Florian Ostrop, M. A., Wismar (Übersetzung F. Ostrop).

18 Siehe Gesprächsprotokoll Pätzold, S.6.

bis Mai 1940 nach Deutschland gekommenen Polen wurde in der Landwirtschaft eingesetzt<sup>19</sup>, und längst nicht alle verfügten über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. So war auf einem Hof in Darze bei Parchim als einzige männliche Arbeitskraft neben dem Bauern ein polnischer Kriegsgefangener eingesetzt. Dieser „hat als studierter Rechtsanwalt gar nichts von der Landarbeit gewußt, sich aber bald alles angenommen.“<sup>20</sup>

Das Verhalten der einheimischen Bevölkerung, vor allem der Betriebsführer („Arbeitgeber“), war von nun an mit entscheidend für das Leben – in nicht wenigen Fällen auch für das Überleben! – der polnischen Arbeitskräfte. Die nationalsozialistischen Behörden gaben hier die Rahmenbedingungen vor. Mit dem Erlaßwerk vom 8. März 1940 zur Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen der polnischen Arbeiter, den sogenannten „Polenerlassen“, wurden umfangreiche Bestimmungen herausgegeben.<sup>21</sup> Danach gab es eine permanente Kennzeichnungspflicht für Polen in Form eines sichtbar zu tragenden Abzeichens.<sup>22</sup> Den Polen war es verboten, am kulturellen Leben teilzunehmen und Vergnügungstätten zu besuchen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen und persönliche oder gar sexuelle Kontakte zu Deutschen aufzunehmen. Ein zweisprachiges Merkblatt sollte den polnischen Zivilarbeitern beim Antritt der Arbeit in Deutschland vorgelesen werden und mit diesen Bestimmungen bekannt machen. Hierin hieß es unter anderem: „Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verläßt usw., erhält Zwangsarbeit im Konzentrationslager (...) Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt, oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft. (...) Jeder polnische Arbeiter und jede polnische Arbeiterin hat sich stets vor Augen zu halten, daß sie freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen sind. Wer diese Arbeit zufriedenstellend macht, erhält Brot und Lohn“, die anderen werden „unnachsig zur Rechenschaft gezogen“.<sup>23</sup> Ob jedoch alle Polen ausreichend informiert wurden, muß bezweifelt werden.

Wie sich das Leben der polnischen Jugendlichen, Frauen und Männer auf mecklenburgischen Höfen und Gütern hinsichtlich der Unterbringung, der Bekleidung, der Verpflegung und des Verhältnisses zur einheimischen Bevölkerung gestaltete, kann aufgrund spärlicher Archivquellen in wesentlichen Teilen nur auf der Basis von Erinnerungsberichten polnischer und deutscher Zeitzeugen rekonstru-

19 Siehe Herbert, *Fremdarbeiter*, S.88.

20 Gesprächsprotokoll Hildegard Wandschneider, Grebbin.

21 Das folgende nach Herbert, *Fremdarbeiter*, S.76-82.

22 Das Kennzeichen bestand „aus einem auf der Spitze stehenden Quadrat mit 5 cm langen Seiten und zeigt bei 1/2 cm breiter violetter Umrandung auf gelbem Grund ein 2 1/2 cm hohes violettes P“.

Ebenda, S.380, Anm. 48.

23 Zit. in ebenda, S.77.

iert werden. Deshalb ist quellenkritisch zu bemerken, daß Erinnerungen per se selektiv und subjektiv sind, und möglicherweise waren diejenigen Zeitzeugen, die über gute Erlebnisse verfügen, am ehesten bereit, sich zu äußern.<sup>24</sup> Dennoch konnten Berichte aus polnischer und deutscher Feder, sowohl von Bauernhöfen als auch von Gütern und Domänen ganz Mecklenburgs, herangezogen werden, die nicht nur Positives schildern. Insofern scheint eine gewisse Repräsentativität erreicht.

### III.

Die ersten polnischen Kriegsgefangenen, die ab Herbst 1939 nach Mecklenburg kamen, wurden zumeist in den sogenannten Schnitterkasernen untergebracht, großen Gebäuden, die in den Jahren und Jahrzehnten zuvor schon den polnischen Saisonarbeitern als Unterkunft gedient hatten. Diese Unterkünfte waren sehr spartanisch eingerichtet, erfüllten aber die wohnlichen Mindestanforderungen. Wo keine Schnitterkasernen vorhanden waren, mußten andere Wege gefunden werden. Sie fanden sich in den Wirtschafts- und Stallgebäuden. Dem Restgut Bookhorst wurden im Spätherbst 1939 „vom Stammlager (STALAG) Neubrandenburg zehn polnische Kriegsgefangene zugeteilt. Begleitet von einem biederen Wachmann, einem Gefreiten, der im Wohnhaus ein Zimmer erhielt, wurden sie auf dem Kornboden untergebracht (Bettstellen mit Strohsack, Leinenbettwäsche, keine Doppelstockbetten). Wasserleitung und Heizung wurden installiert, so daß sie sich bei gediegener Verpflegung bald einlebten. Da die meisten vom Lande stammten, gab es keine Schwierigkeiten.“<sup>25</sup> Damit war auch der behördlichen Forderung, „die Polen soweit wie möglich geschlossen unterzubringen“, Genüge getan.<sup>26</sup>

Die entsprechende Herrichtung der Unterkünfte war jedoch nicht vorgeschrieben, sondern oblag dem jeweiligen Betriebsführer. Sie konnte von Hof zu Hof stark variieren.<sup>27</sup> Oftmals ist die Unterbringung räumlich sehr beengt gewesen, sie unterschied sich darin aber nicht allzu sehr von derjenigen der einheimischen

---

24 Zur Problematik der Befragung von Zeitzeugen siehe Lutz Niethammer: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 3, Bonn 1985.

25 Horst Pätzold: Geschichte der Güter Koppelow und Bookhorst, in: Mario Niemann (Hrsg.): Mecklenburgische Gutsherren im 20. Jahrhundert. Erinnerungen und Biographien, Rostock 2000, S.475-501, hier S.494f.

26 Herbert, Fremdarbeiter, S.77.

27 So heißt es in einer Mitteilung des Pächters der Domäne Grundshagen, Majors Heinrich Klepper, an den Landrat des Kreises Schönberg vom 14.1.1942 über ein im Pferdestall eingerichtetes „Russenslager“: „Mit Ausnahme der Fenstervergitterung sind bauliche Maßnahmen nicht durchgeführt.“ Zit. in Mario Niemann: Mecklenburgischer Großgrundbesitz im Dritten Reich. Soziale Struktur, wirtschaftliche Stellung und politische Bedeutung, Köln u. a. 2000, S.159f.

Landbevölkerung.<sup>28</sup> In Kloster Wulfshagen wohnten die rund 30 polnischen Arbeitskräfte „in der Schnitterkaserne. Teilweise hatten sie ihre Frauen mit bzw. hatten sich paarweise ‚gefunden‘. Einige Jugendliche waren auch darunter. Je nach Familien- oder sonstiger Bindung lebten sie zu zwei bis vier Personen in den Zimmern, wobei die Junggesellen meist zusammen zu drei bis vier in einem Raume wohnten. Probleme mit den Polen gab es kaum, da der Vorschnitter seit vielen Jahren diese Tätigkeit ausübte und seine ‚Leute‘ gut im Griff hatte. Gelegentlich gab es Beschwerden, wenn sie am Wochenende auf benachbarten Gütern ohne ihr ‚P‘ an der Kleidung angetroffen wurden.“<sup>29</sup> Auf der Domäne Lalchow waren die Ausländer „größtenteils in der einstöckigen Schnitterkaserne, z. T. im Wirtschaftshaus zusammengepfercht. Eine Familie (oft kinderreich) hauste in einem Raum, dazu gab es eine große Gemeinschaftsküche. (...) Im Krieg war die Schnitterkaserne völlig überfüllt.“<sup>30</sup> Auf dem Gut Fahren waren die Wohnbedingungen, wie sich eine frühere polnische Landarbeiterin erinnert, „gut. Wir wohnten in Kasernen. Die Räume waren mit 4-5 Personen jeweils besetzt, Frauen, Männer und Familien für sich. Jeder hatte ein Metallbett und 1 Decke.“<sup>31</sup> Aus einem Schreiben des Landrates des Kreises Parchim vom 4. November 1943 geht hervor: „In der alten Schnitterkaserne der Domäne Jarchow, welche während der Kriegszeit noch als Unterkunft für ausländische Arbeitskräfte benutzt werden kann, sind rd. 35 Personen, Erwachsene und Kinder durch den baulichen Zustand des Gebäudes in einem menschenunwürdigen Zustand untergebracht.“<sup>32</sup> Immerhin wurden daraufhin, wie aus der Akte hervorgeht, bauliche Verbesserungen an dem Gebäude veranlaßt. Die folgende Äußerung einer polnischen Zwangsarbeiterin bringt die Unterkunftsbedingungen für weite Teile Mecklenburgs auf den Punkt: „Wir lebten in Baracken ohne Wasser und jegliche Annehmlichkeiten, aber es war ja Krieg.“<sup>33</sup> Besser untergebracht waren diejenigen polnischen Arbeitskräfte, die aufgrund einer besonderen Tätigkeit einen Raum im Bauern-, Inspektoren- oder Gutshaus bewohnten. Auf dem Gut Zapel zum Beispiel lebten ab 1940 ca. 25 Polen. Sie „waren teilweise in der ‚Schnitterkaserne‘, teilweise im Inspektorenhaus untergebracht, erhielten – wie die deutschen Mitarbeiter – Deputat und Lohn. Zwei polnische Mädchen hatten ihre Zimmer im Gutshaus und halfen hier – neben der

---

28 Siehe hierzu Mario Niemann: Zur sozialen Lage mecklenburgischer Landarbeiter in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Ilona Buchsteiner (Hrsg.): Rostocker Landes- und agrargeschichtliche Forschungen nach 1990. Bilanz – Einblick – Ausblick, Rostock 2001, S.97-130.

29 Erinnerungsbericht Prof. Dr. Heinz Decker, Bad Doberan.

30 Erinnerungsbericht Gert Eberhard, Bargeshagen.

31 Schreiben von Frau Helena Jaskowiak, 24.5.2002, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Florian Ostrop, M. A., Wismar (Übersetzung F. Ostrop).

32 LHA Schwerin, Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 1919-1945, Nr. 9331.

33 Schreiben von Frau Irena Nitecka, Rusiec, 22.5.2002, freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Herrn Florian Ostrop, M. A., Wismar (Übersetzung F. Ostrop).

deutschen Arbeitsdienst-Maid, die ihr Pflichtjahr absolvierte – im Haushalt und im Hühnerhof.<sup>34</sup>

Einen wichtigen Einschnitt im Leben der etwa 300.000 polnischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich markierte ihre Überführung in den Zivilarbeiterstatus im Sommer 1940. Sie unterlagen „damit allen Bestimmungen, die auch für die aus dem besetzten Polen ins Reich deportierten Arbeitskräfte Gültigkeit hatten“.<sup>35</sup> Im Vergleich zum Kriegsgefangenenstatus waren die Vorteile als ziviler Arbeiter evident. In Teutendorf „wurde die Kasernierung der polnischen Kriegsgefangenen in der (...) Baracke aufgehoben. Sie wurden selbständige Mitarbeiter des Betriebes, z. B. als Gärtner, Stellmacher, Schmied und Schäfer.“<sup>36</sup>

Viele Polen hatten ab Sommer 1940 ein relativ freies Leben<sup>37</sup>, waren jedoch weiterhin den diskriminierenden „Polenerlassen“ unterworfen. „Mit einem Erlaubnisschein mit Stempel und Unterschrift des Bürgermeisters“ konnten die Polen in Kloster Wulfshagen allein und selbständig in die nächstgelegene Stadt gehen, „zum Arzt, Zahnarzt oder Einkaufen. Die Sekretärin hatte solche Scheine mit Blanko-Unterschrift (...) stets vorrätig.“<sup>38</sup>

Die Freizügigkeit konnte sogar – wenn auch selten – die Gewährung von Urlaub umfassen. In Kämmerich durften die polnischen Arbeitskräfte während des Krieges „nacheinander einmal 14 Tage nach Polen auf Urlaub fahren und kamen auch alle wieder“.<sup>39</sup>

Neben der Unterbringung stellte auch ausreichende und zweckmäßige Bekleidung ein Problem dar. Viele polnische Zwangsarbeiter waren ohne Gepäck und ohne passende Bekleidung nach Deutschland deportiert worden. Wenn die Bauern bzw. Gutsbesitzer sich der Sache annahmen und auch ein gewisses Engagement zeigten, konnten nicht selten Verbesserungen erreicht werden. Dies war besonders dort möglich, wo die Landwirte entsprechende Verwaltungsfunktionen bekleideten. Der Bewirtschafter des Gutes Löwitz zum Beispiel hatte, wie seine Frau erinnert, als Bürgermeister „die Verteilung der Lebensmittelkarten, soweit sie die eigene Erzeugung aus Schlachtung und Gartenanbau übertraf, der Kleiderkarten sowie die Zuteilung von Lebensmitteln an die im Dorf wohnenden polnischen und russischen

---

34 Wolfgang Borchert: Das Rittergut Zapel bei Hagenow, in: Niemann, Gutsherren, S.85-97, hier S.91.

35 Luczak, Polnische Arbeiter, S.98. Siehe auch Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart u. a. 2001, S.45.

36 Richard Floto/Inge Eben/Wiebke Naefe: Erinnerungen an Teutendorf bei Sanitz bis 1945, in: Niemann, Gutsherren, S.213-243, hier S.219.

37 Vgl. beispielsweise Friedrich G. von Klinggräff: Chemnitz und Pinnow, in: Niemann, Gutsherren, S.327-330, hier S.329.

38 Erinnerungsbericht Decker.

39 Erinnerungsbericht Claus Hoffmann, Gut Quarnbek. Ähnliches schildern Claus Rathjen und Annelie Wiedow in einem Erinnerungsbericht.

Vertriebenen zu übernehmen. Da diese Leute aber mit ihrer Kleidung nicht für die Landarbeit bei Wind und Wetter ausgerüstet waren, fuhr mein Mann nach Berlin und versuchte, bei Althändlern noch gut erhaltene, möglichst derbe Kleidung zu bekommen!<sup>40</sup>

Nicht nur die Kleidung war häufig unzureichend, auch passende Schuhe fehlten oftmals, so daß die polnischen Gefangenen vielerorts nur Holzschuhe besaßen.<sup>41</sup> Auch hier konnte, hartnäckiges Insistieren vorausgesetzt, geholfen werden, wie etwa für das Gut Teutendorf berichtet wird. „Ich erinnere mich an den Kampf meiner Mutter mit den Behörden, um für alle, d. h. auch die polnischen und russischen Mitarbeiter, Bezugsscheine für Gummistiefel zu bekommen. Mit ihrer liebenswürdigen konsequenten Durchsetzungskraft hat sie es erreicht. Ob sie die Bewilligungsstelle mit in Teutendorf hergestelltem Schafkäse, von dem nur die Hälfte offiziell abgeliefert werden mußte, bestochen hat, weiß ich nicht. Zuzutrauen wäre es ihr gewesen.“<sup>42</sup> Auf dem Gut Zapel haben alle Polen „eine Kleiderkarte, auch für Schuhe, bekommen“.<sup>43</sup>

Sehr häufig wurde behördlicherseits nichts zur Verbesserung der Lage der Zwangsarbeiter getan, so daß die ausländischen Arbeitskräfte auf die Hilfe der deutschen Bevölkerung angewiesen waren. Trotz entsprechender Verbote und drakonischer Strafandrohungen ist diese geleistet worden. Der Sohn des letzten Gutsherrn von Möllenbeck erinnert sich in diesem Zusammenhang an eine charakteristische Episode: „Meine Großmutter Treuenfels wäre 1940 beinahe eingesperrt worden. Die ersten polnischen Kriegsgefangenen waren im Oktober 1939 gekommen, um noch verspätet Kartoffeln zu ernten. Meine Großmutter war ganz außer sich, weil sie es bis Weihnachten nicht mehr schaffen würde, für jeden der 24 Soldaten ein paar Fausthandschuhe zu stricken. Die armen Gefangenen hatten keine Winterbekleidung. Als der 24. Dezember kam, hatte sie aber für jeden ein paar Pulswärmer aus bunten Wollresten aller Farben gestrickt. Auch bekam jeder eine Tüte mit Weihnachtsgebäck und eine Dose Griebenschmalz. Im Januar 1940 kam dann die Kriminalpolizei, und nur das Alter und die Unwissenheit meiner Großmutter rettete sie vor Gefängnisstrafe. Es war verboten, private Zuwendungen an Kriegsgefangene zu geben. Der Wächter, ein Parteigenosse, der zur Wehrmacht eingezogen war, hatte uns angezeigt.“<sup>44</sup>

---

40 Editha Freifrau von Forstner: Alfred Graf von Soden und das Gut Löwitz, in: Niemann, Gutsherren, S.245-253, hier S.249.

41 Siehe Erinnerungsbericht Annelore Strack, Lübeck.

42 Floto/Eben/Naefe, Teutendorf, S.219.

43 Schreiben von Frau Cecylia Gutmanska, Macikowo, 20.11.2002 (Übersetzung Anna Maria Szpit und Pawel Nowak).

44 Hans-Artur von Treuenfels: Das Gut Möllenbeck, in: Niemann, Gutsherren, S.635-645, hier S.642.

Für die polnischen Kriegsgefangenen auf dem Gut Brüz „wurden aus Restbeständen Hemden genäht oder verändert“.<sup>45</sup> Eine frühere polnische Zwangsarbeiterin, die auf einem Bauernhof im Kreis Wismar arbeiten mußte, erinnert sich an direkte Unterstützung durch Teile der einheimischen Bevölkerung: „Einmal im Jahr kauften wir Holzpantinen, einmal jährlich ein Kleid oder entsprechende Männerkleidung. Manche deutsche Frauen waren so freundlich und gaben uns ihre abgetragenen Kleider umsonst, denn im allgemeinen gab es nicht viel und wir hatten nichts anzuziehen.“<sup>46</sup>

Die Überführung in den Zivilstatus konnte auch in puncto Bekleidung Vorteile bringen, gerade dann, wenn Angehörige in der Heimat über entsprechende Möglichkeiten verfügten. „Nach einiger Zeit erhielt Kasimir Zivilsachen von seiner Familie geschickt, das waren feine Anzüge. So etwas hatten unsere Leute nicht einmal für den Sonntag. Er hatte wohl gar keine Arbeitssachen, er war körperliche Arbeit ja nicht gewohnt.“<sup>47</sup>

In vielen Fällen, jedoch längst nicht überall, konnte eine befriedigende Situation erreicht werden. Der Milchleistungsausschuß Mecklenburg notierte im Tätigkeitsbericht vom 16. Juni 1944: „Es wird von Seiten der Landwirtschaft Klage darüber geführt, daß die im Herbst an die Rüstungsbetriebe abgegebenen ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen mit abgerissenen Kleidern und sehr schlechtem Schuhwerk wieder zurückkommen. Die Betriebsführer sind nun nicht mehr in der Lage, diese Arbeitskräfte mit Kleidern aus eigenen, alten Beständen zu versorgen.“<sup>48</sup> Die Gutsverwaltung des dem früheren Großherzog Friedrich Franz IV. gehörenden Gutes Plüschow stellte im Herbst 1944 fest: „Auch für die Gefangenen stehen seitens des Landeschützenbataillons keine Sachen mehr zur Verfügung, außer Holzschuhen, die in dem Plüschower Lehm nicht mitzubekommen sind. (...) Der Gesundheitszustand der Gefolgschaft ist unverändert schlecht. Hervorgerufen sind die Krankheiten durch mangelhafte Ernährung und Bekleidung.“<sup>49</sup>

Die „mangelhafte Ernährung“ stellte in der Tat ein großes Problem dar. Im Hinblick auf die „Leistungsfähigkeit der Kriegsgefangenen“, die „durch unzureichende Ernährung keinen Schaden nehmen“ durfte, hatte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gleich zu Anfang des Krieges mit einem Erlaß vom 6. März 1940 bestimmt: „Nachdem durch meinen Erlaß vom 7. Febr. 1940... Kriegsgefangene und Internierte auch Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen erhalten können, falls die Voraussetzungen hierfür vorliegen, sind für die in der Landwirtschaft tätigen

---

45 Viktoria Lipke/Rose Marie Reinecke: Das Gut Brüz, in: Niemann, Gutsherren, S.337-358, hier S.347.

46 Schreiben von Frau Helena Wieclaw.

47 Erinnerungsbericht Wandschneider.

48 BArch Berlin, R 17 II/1826.

49 LHA Schwerin, Großherzogliche Vermögensverwaltung, Nr. 169.

Kriegsgefangenen die gleichen Rationen wie für alle anderen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu gewähren.<sup>50</sup> Dieser Erlass erwies sich mit zunehmender Kriegsdauer aufgrund der Lebensmittelknappheit bald als gegenstandslos. Die Kriegsgefangenen waren die ersten, die darunter zu leiden hatten, wie sich ein früherer Gutsbesitzer erinnert: „Kriegsgefangene erhielten grundsätzlich niedrigere Nahrungszuteilungen als deutsche Arbeiter. Die niedrigere Zuteilung wurde über die Vergabe entsprechend weniger ausgestatteter Lebensmittelkarten, die dem Bürgermeister oblag, gewährleistet. In der Kriegszeit ist die Versorgung der Kriegsgefangenen nochmals verschlechtert worden.“<sup>51</sup>

Auch auf dem Gut Lancken war die „Verpflegung der Ostarbeiter und der Kriegsgefangenen (...) nicht gut, sie bekamen weniger als die Dorfarbeiter. Das Essen wurde vom Gut gekocht, ich habe es mit zubereitet. Meistens gab es Zusammengekochtes (Eintopf), manchmal auch Frikadellen. Das Essen war immer recht wenig und fad. Die Kriegsgefangenen beklagten sich oft bei mir in der Küche über das Essen. Sie sagten: ‚Essen nix gut, gar nix gut.‘ Mir hat es leid getan, aber ich konnte nichts tun und habe nur mit den Schultern gezuckt. Der Verwalter hat bestimmt, wieviel die Gefangenen zu essen erhalten sollten. Zu Herrn Wessendorf (dem Gutsbesitzer – M. N.) konnte ich nichts sagen.“<sup>52</sup>

Die nationalsozialistischen Machthaber konnten sich mit dieser Praxis der Unterstützung durch einen großen Teil des deutschen Volkes sicher sein. Der Sohn des letzten Gutsbesitzers von Briggow schildert dies in seinen Erinnerungen: „Es kam die Frage der Lebensmittelmarken auf, und die Allgemeinheit war der Meinung, die Polen brauchten nicht soviel zu essen. Meine Mutter, eine sehr resolute Frau, geriet in Rage und sagte, das käme überhaupt nicht in Frage, denn die Kriegsgefangenen müßten genauso hart arbeiten wie die Einheimischen, damit die verlangte Produktion eingehalten werden konnte, und sie müßten deshalb entsprechend verpflegt werden. Ich mußte meine Mutter mit dem noch verfügbaren kleinen Auto nach Neubrandenburg in das Stamm-Gefangenenlager (später KZ Fünfichen) fahren. Ich hatte mit einer Sondergenehmigung kurz vorher, mit 16 Jahren, den Führerschein gemacht, und war so der einzige im Betrieb, der Auto fahren konnte. In Neubrandenburg hat meine Mutter äußerst energisch volle Lebensmittelmarken für die polnischen Kriegsgefangenen gefordert und auch erhalten. Die dortigen Verwaltungsbeamten waren doch sehr zurückhaltend, wenn nicht widerwillig. Die Propaganda der Nazis, Slawen seien ‚Untermenschen‘, hatte ihre Wirkung gezeigt.“<sup>53</sup>

---

50 Meinhold, Erzeugungsbedingungen, S.57, Anm. 2.

51 Gesprächsprotokoll Carl-Heinrich von Behr-Negendanck, Grebin, S.4.

52 Erinnerungsbericht U. K., L. Die „Ostarbeiter“, Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, erhielten die niedrigsten Essensrationen und auch qualitativ eine gezielt schlechtere Verpflegung. Siehe Spoerer, Zwangsarbeit, S.122-135.

53 Arndt Heinrich von Oertzen: Das Gut Briggow, in: Niemann, Gutsherren, S.459-473, hier S.468.

Dies bekam auch ein auf einem Bauernhof eingesetzter polnischer Zivilarbeiter zu spüren: „Die Verpflegung war sehr schlecht. Wir hatten alle nicht viel zu essen. Kasimir bekam meist nur Brot, das nur wenig bestrichen war. Davon konnte ein Mann nicht satt werden. Ich habe mit den Bauern zusammen an einem Tisch gegessen, Kasimir mußte immer allein in der Küche essen. Er hatte oft Hunger und hat mich dann gefragt: ‚Hilde, hast Du noch eine Scheibe Brot?‘ Er hat mir leid getan, und wenn die Bauern Mittagsschlaf hielten, habe ich ihm öfter heimlich eine Scheibe Brot in die Küche gelegt oder ihm schnell ein paar Kartoffeln gegeben. Darüber hat er sich immer sehr gefreut und zu mir gesagt: ‚Hilde, Du guter Mensch!‘<sup>54</sup>

Grundsätzlich setzten sich Landwirte, die ihren Gefangenen bessere Ernährungsbedingungen bieten wollten, der Gefahr einer Bestrafung aus. So wurde der Pächter von Hermannshagen im Jahre 1940 zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er den Kriegsgefangenen unerlaubt Milch gegeben hatte.<sup>55</sup> Daher wurden solche Handlungen meist in aller Stille vollzogen und somit selten aktenkundig. Folgendes Zeugnis zeigt das: Um die Ernährungsnot „zu lindern, habe ich im Sommer 1944 auf meinem Gut ein Wildschwein geschossen. Hier ist anzufügen, daß die Gutsbesitzer alles geschossene Wild abzuliefern hatten. Nur jedes fünfte Stück Wild war frei und durfte behalten werden. Das geschossene Wildschwein wurde unter die bei mir arbeitenden Polen aufgeteilt. Das durfte keiner im Dorf erfahren. Wenn es herausgekommen wäre, hätte man mich zur Verantwortung gezogen und bestraft.<sup>56</sup> Weniger Glück hatte der Domänenpächter Wendlandt, der angezeigt, verhaftet und vier Wochen in das Amtsgerichtsgefängnis eingesperrt wurde, weil er Kälber ohne tierärztliche Untersuchung geschlachtet hatte. Zu seinen Motiven äußerte er sich in seinen Erinnerungen: „Ich entschied mich dahin, daß wir diese Kälber schlachten und den Kriegsgefangenen geben wollten zu ihrer besseren Ernährung, die ja nach den Vorschriften sehr kärglich war. (...) Ich hatte das Prinzip, die Kriegsgefangenen möglichst gut zu ernähren, damit sie ihre Arbeit für meinen Betrieb besser und freudiger verrichten könnten, was ich durchaus erreichte. Ich konnte über die Arbeit und die Anhänglichkeit der Gefangenen nicht klagen. Auch ist es nie passiert, daß einer entflohen wäre oder einer aufsässig war, was auf anderen Gütern hin und wieder vorkam.“<sup>57</sup>

---

54 Gesprächsprotokoll Wandschneider. Der Hinweis auf die auch für die deutsche Bevölkerung nicht üppige Ernährungslage ist zutreffend. So wurden beispielsweise die Fleischrationen bereits im April 1940 auf 500 Gramm wöchentlich gekürzt. Siehe Gustavo Corni/Horst Gies: Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S.560.

55 LHA Schwerin, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 2965, Bl. 27.

56 Gesprächsprotokoll von Behr-Negendanck, S.4.

57 Erinnerungsbericht Hans Wendlandt (1953 in Dewitz verfaßt).

Natürlich war den meisten Landwirten klar, daß nur derjenige die volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen konnte, der auch ausreichend gekleidet und ernährt war. Dennoch dürften nicht nur utilitaristische, sondern auch humane Motive eine Rolle gespielt haben. Hans-Magnus Neckel, Bewirtschafter der Domäne Kambs, wurde am 10. März 1943 vom Sondergericht Rostock zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Vorwürfe bestanden in zu hohem Eigenverbrauch von Milch. In der Urteilsbegründung heißt es: „Nach der Anordnung Nr. A 5 der Hauptvereinigung der deutschen Milch- und Fettwirtschaft vom 6. 9. 1939 ist jeder zur Milchablieferung verpflichtete Milcherzeuger gehalten, den Verbrauch an Vollmilch in seinem Haushalt und die Verfütterung von Vollmilch auf das allernotwendigste Maß einzuschränken.“ Neckel wurde nun vorgeworfen, „durch übermäßigen Verbrauch im Betriebe Vollmilch, mithin ein Erzeugnis, das zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehört, der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen und damit beiseitegeschafft“ und „dadurch die Bedarfsdeckung der Bevölkerung gefährdet“ zu haben. Das Gericht kam zu dem Schluß: „Da solche Fälle kriegsschädlichen Verhaltens sich mehren, erfordern die Taten des Angeklagten schon aus Gründen der Abschreckung fühlbare Strafen.“<sup>58</sup> Die Frau von Hans-Magnus Neckel nennt rückblickend die Motive für den hohen Verbrauch: „Der hohe Milchverbrauch im Haushalt war darauf zurückzuführen, daß die Zivilpolen und der Eigene-Leute-Haushalt jeden Abend mit Milchsuppe, der sogenannten ‚Klütersuppe‘, zusätzlich versorgt wurden. Es war unmöglich, diese Menschen mit der genehmigten knappen Versorgung an Lebensmitteln überhaupt arbeitsfähig zu erhalten. So beschafften wir regelmäßig Pferdeherzen, die ein vorzügliches Gulasch ergaben.“<sup>59</sup>

Eine weitere Möglichkeit für die Landwirte, für zusätzliche Nahrungsmittel zu sorgen, überliefert eine andere Zeitzeugin: „Die auf dem Gut beschäftigten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter wurden so human wie möglich behandelt. Fünf Gefangene hatten wir als zum Haushalt gehörig angemeldet und die ihnen höher zuteilten Lebensmittelrationen auf die übrigen mitverteilt.“<sup>60</sup>

Generell waren diejenigen Polen, die den Zivilstatus hatten, nicht nur auf die vom Hof gestellte Verpflegung angewiesen, sondern konnten den ihnen zustehenden Lohn zur Anschaffung weiterer Lebensmittel verwenden. Aber auch hier gab es Rationierungen. Eine polnische Landarbeiterin berichtet hierzu: „Bei der Arbeit wurde ich gut behandelt, wenn ich meinen Pflichten gewissenhaft nachkam, gab es keine Probleme. Die Verpflegung war gut, ich mußte keinen Hunger leiden. Für meine Arbeit bekam ich 30 RM monatlich, die ich für Nahrungsmittel ausgab. Diese waren mit Lebensmittelkarten rationiert.“<sup>61</sup> Eine andere frühere Zwangsarbeiterin

---

58 LHA Schwerin, Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 1919-1945, Nr. 17340.

59 Erinnerungsbericht Rosemarie Neckel, Feldkirchen-Westerham.

60 Forstner, Gut Löwitz, S.249.

61 Schreiben von Frau Helena Wieclaw.

teilte mit: „Wir verpflegten uns selbst, wir hatten Lebensmittelkarten. Lebensmittel kauften wir in Wismar. Eine der Arbeiterinnen war Köchin und kochte für uns alle. Zu Essen gab es nur wenig und nicht besonders gut. Der Bauer bezahlte uns alle 2 Wochen. Für das Geld kauften wir Brot, Margarine, Marmelade und 900 g Fleisch im Monat.“<sup>62</sup> Auf dem Gut Zapel erhielten die Polen neben Lebensmittelkarten „jeden Monat 25 kg Kartoffeln (...) und jeden Tag einen Liter Milch. Es gab eine Köchin, die für jeden das gekocht hat, was er wollte und was er für sich vorbereitet hatte. Jeder hat seinen eigenen Topf gehabt.“<sup>63</sup> Auf der Domäne Kämmerich zogen die polnischen Arbeitskräfte „in die große Stube im sogenannten Beamtenhaus und mußten zum Essen in den Eßraum neben der Küche, wo es mittags und abends warmes Essen gab. Es war eine Halbverpflegung nach Norm der Marken. Zweimal in der Woche gab es drei Pfund Brot, Butter und Schmalz, was jeder in seinem Schrank an der Wand aufbewahrte. Sonntags gab es mittags extra Halbverpflegung für abends.“<sup>64</sup>

Die Bauern und Landwirte waren die, von den Polen häufig auch so genannten, „Chefs“ der Zwangsarbeiter. Sie waren naturgemäß am Fortgang und Erfolg der landwirtschaftlichen Arbeiten am meisten interessiert. Auch aus diesem Grund mußten sie für erträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen sorgen. Infolgedessen sind häufig Schilderungen überliefert, die sie in ein sehr positives Licht rücken. In bezug auf einen Bauern aus Wismar heißt es: „Ich traf auf sehr kultivierte Leute, niemand schrie mich an, niemand schlug mich, nie mußte ich Hunger leiden.“<sup>65</sup> Mit dem Gutsbesitzer von Zapel hatten die polnischen Zwangsarbeiter „jeden Tag Kontakt. Er kam zu uns auf dem Pferd oder zu Fuß, und er sah nach, wie wir arbeiten und wieviel wir auf dem Feld schon geschafft haben. Er war immer nett und hatte ein Lächeln auf dem Gesicht. Wenn etwas schlecht war, hat er es uns gesagt. Zu jedem Arbeiter war er gut.“<sup>66</sup> Ein enges Verhältnis zu den polnischen Arbeitern gab es auf den Gütern Eickelberg und Eickhof der Familie von Lützow: „Die polnischen Gefangenen wurden ausgesprochen gut behandelt, und meine Mutter sorgte für eine gute Verpflegung, was oft gegenüber den Parteidienststellen nicht ganz einfach war. Das führte dann zu einer recht großen Anhänglichkeit der polnischen Arbeiter, von denen einige meiner Mutter mehrere vom Haus, Hof und der Landschaft selbst gemalte Aquarell- und Ölbilder schenkten. Bei der Trauerfeier

---

62 Schreiben von Frau Helena Jaskowiak.

63 Schreiben von Frau Cecylia Gutmanska.

64 Erinnerungsbericht Hoffmann.

65 Schreiben von Frau Pelagia Drozdowska.

66 Schreiben von Frau Cecylia Gutmanska.

für meinen in Rußland gefallenen älteren Bruder in der Kirche in Eickelberg durften auf ihren Wunsch auch die Polen – sehr zum Ärger der Partei – teilnehmen.<sup>67</sup>

Aber es gab auch andere Erlebnisse. So war Otto Buggisch, Besitzer des Gutes Steinhagen bei Wismar, „weit und breit bekannt dafür, daß er die östlichen Fremdarbeiter wie Hunde behandelte“.<sup>68</sup> Auch die großherzogliche Gutsverwaltung Plüschow zeigte sich wenig zimperlich: „Energisches Vorgehen der Wachleute ist aber durchaus notwendig und erwünscht, um erträgliche Arbeitsleistungen zu erzielen.“<sup>69</sup>

Der tägliche, direkte Kontakt bestand jedoch weniger zu den Bauern und Landwirten, mehr zu den einheimischen Landarbeitern, zur Dorfbevölkerung. Diese Beziehungen waren neben den Faktoren Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung ganz entscheidend für das Befinden der polnischen Arbeitskräfte. Fern der Heimat und mitten im nationalsozialistischen Deutschland, inmitten auch der nationalsozialistischen Ideologie vom „slawischen Untermenschen“, wirkte das Verhältnis zur Landbevölkerung sehr stark auf die Lage der Zwangsarbeiter ein. Durch die Gestaltung engerer sozialer Kontakte zu ihnen konnte die Isolation der Gefangenen durchbrochen und ihr schweres Los in Deutschland gemildert werden. Dies war nicht ungefährlich, kam es doch „vor, daß die Partei kontrollierte, ob das Verhältnis zu den Gefangenen nicht zu persönlich war“.<sup>70</sup> Dennoch gibt es mannigfaltige Beispiele dafür, daß sich mecklenburgische Landarbeiter ihr soziales Gewissen und ihre Menschlichkeit bewahrt hatten.

Zunächst waren es die Sprachbarrieren, die engeren Kontakten im Wege standen. Aber auf vielen Höfen lebten frühere Schnitter oder Staatenlose aus Polen, die sowohl polnisch als auch deutsch sprachen und als Übersetzer fungieren konnten. „Wohl waren die sprachlichen Unterschiede nicht einfach“, wie ein Zeitzeuge einräumte. „Ein polnischer Kriegsgefangener aus dem ersten Weltkrieg war als Tagelöhner in Wessin geblieben – er war verheiratet und hatte drei Kinder – und machte den polnischen Dolmetscher.“<sup>71</sup>

Viele der Polen, die mehrere Jahre auf einem Bauernhof arbeiten mußten, konnten sich im Laufe der Zeit zumindest einfache Deutschkenntnisse aneignen. Dies beförderte die Herstellung von privaten Kontakten neben der Arbeit. „Mein Vater Otto Salow hat auf dem Gut Lancken im Schafstall mit einem Polen zusammen gearbeitet. Der Pole kam jeden Morgen, um meinen Vater zu wecken. Einmal lud

---

67 Hans-Henning von Lützow: Skizze über die Familie von Lützow, Haus Eickhof/Eickelberg, in: Niemann, Gutsherren, S.397-413, hier S.406.

68 Hartwig Kammesheidt: So war es. Der autobiographische Rückblick eines Mecklenburgers auf die Jahre 1926-1999, Schwerin 2000, S.137.

69 LHA Schwerin, Großherzogliche Vermögensverwaltung, Nr. 169.

70 Gesprächsprotokoll Hans-Wilhelm Freiherr von Meerheimb, Groß Rolübbe, S.3.

71 Erinnerungsbericht Hans-Hermann Pohl, Seevetal.

mein Vater ihn ins Haus, hat ihm eine Tasse Kaffee und ein Stück Brot angeboten und mit ihm zusammen Radio gehört. Der Pole wollte ja auch wissen, wann er wieder nach Hause könnte.“<sup>72</sup> Solche Kontakte waren jedoch verboten, und gerade das Abhören bzw. Abhören-Lassen ausländischer Rundfunksender wurde streng geahndet. So ist der deutsche Melker August Spacek aus Elmenhorst am 2. Oktober 1940 vom Sondergericht Rostock „wegen Verbrechens gegen § 1 u. 2 der VO. über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1.9.1939“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte mit polnischen Zivilarbeitern des Ortes „wiederholt ausländische Sender mit Nachrichtendienst in polnischer Sprache abgehört“.<sup>73</sup>

Schon durch kleine Gesten konnte den Zwangsarbeitern bewiesen werden, daß nicht alle Deutschen die nationalsozialistische Ideologie und Propaganda verinnerlicht hatten. Ernte- und Weihnachtsfeste boten eine gute Gelegenheit, die ausländischen Arbeitskräfte in das gemeinsame ländliche Leben zu integrieren. So berichtet eine Zeitzeugin über das Gut Rederank und „das erste Weihnachtsfest, als die Polen schon da waren. Die kamen ins Haus, und wir hatten immer so große Adventsständer, die wir ihnen auf den Tisch gestellt und angesteckt haben, als wir hörten, daß sie vom Hof kamen. Das hörte man ja immer: mit den Holzschuhen so schön auf dem Pflaster. Dann bekamen sie alle Tüten mit Nüssen, Pfeffernüssen, Zigaretten-Päckchen und Äpfeln. Sie haben geweint wie die kleinen Kinder.“<sup>74</sup>

Wie freizügig das Verhältnis mancherorts sein konnte, zeigt die folgende Angabe einer früheren Zwangsarbeiterin: „Ich bekam (...) Taschengeld, für welches die Bäuerin mir Kinokarten kaufte. Um ins Kino zu gehen, brauchte ich nicht das Zeichen ‚P‘ zu tragen.“<sup>75</sup> Diese Art des Umgangs war aber, da die offiziellen Verbote weiter galten, sehr gefährlich, nicht nur für die Polen, sondern auch für die Deutschen, vor allem in der Zeit vor Einführung des zivilen Status. Am 24. Januar 1940 beschäftigte sich erstmals ein mecklenburgisches Gericht mit einem ähnlichen Fall. Der auf dem Gut Klein Bentwisch beschäftigte Landarbeiter Karl Lossin hatte dort einen Kriegsgefangenen kennengelernt und war mit ihm zweimal in das nahe Rostock in ein Lichtspieltheater gegangen. Er ließ dem Gefangenen außerdem einen Zivilanzug und besuchte mit ihm ein Tanzlokal. Damit hatte er, wie die regionale Presse die Leser mahnte, „unerhört schwer gegen die Strafvorschrift gegen den verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen verstoßen und hat dabei die Gefahr der Spionage, die Möglichkeit der Sabotage und endlich einer Flucht des Gefangenen

---

72 Bericht U. K., L.

73 Beate Behrens u. a.: Mecklenburg in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945. Eine Dokumentation, Rostock 1998, S.117f.

74 Erinnerungsbericht Strack.

75 Schreiben von Frau Pelagia Drozdowska.

völlig aus dem Auge gelassen“.<sup>76</sup> Der deutsche Landarbeiter wurde zu neun Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Ob er aus Unwissenheit, Leichtfertigkeit oder humanen Motiven gehandelt hat – der Fall zeigt, daß es den Nationalsozialisten nicht gelang, die unerwünschten Kontakte gänzlich zu unterbinden.

Es sind noch weitere Beispiele solchen und ähnlichen Verhaltens überliefert. Der Pferdepfleger Wilhelm Bougers aus Holz Lübchin „hatte für polnische Kriegsgefangene Post befördert, ihnen Tabak gegeben und gestattet, bei ihm Radio zu hören. Deshalb erhielt er sechs Monate und zwei Wochen Gefängnis.“<sup>77</sup> Die Bäuerin Martha Mellmann aus Alt Karstädt wurde mit einem Jahr Gefängnis bestraft, weil sie einem auf ihrem Hof arbeitenden Kriegsgefangenen Kleidungsstücke geschenkt, mit ihm Karten gespielt und zusammen an einem Tisch gegessen hatte. In der Presse hieß es hierzu: „Sie nannte ihn auch immer mein Junge. Durch ihr Verhalten hat sie das gesunde Volksempfinden schwer verletzt und sich als deutsche Frau unwürdig gezeigt.“<sup>78</sup>

Bei Verdacht auf Widerstandshandlungen ergingen drakonische Urteile gegen Polen. Der achtzehnjährige polnische Arbeiter Stanislaus Pieruzki wurde am 9. Juni 1941 wegen „Betriebs Sabotage“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte zusammen mit einem anderen Arbeiter „am 1. August 1940 auf dem Gut Pinnow im Kreis Malchin durch das Hineinwerfen von Steinen in die Dreschmaschine einen mehrstündigen Arbeitsausfall verursacht.“<sup>79</sup>

Mit der Fortdauer des Krieges und der offensichtlichen Wendung des Kriegsgeschehens zuungunsten des Deutschen Reiches verschärfte sich der Terror in Deutschland. Dies wirkte sich auch direkt auf die ausländischen Arbeitskräfte aus, und es gab Todesopfer. Am 19. Februar 1943 erhängten deutsche Polizisten den 21jährigen polnischen Zwangsarbeiter Antonin Panczyk als „Saboteur“ im Wald zwischen Zurow und Ravensruh, weil ihm bei der Arbeit eine von Pferden gezogene Lore aus dem Gleis gesprungen war.<sup>80</sup> Das gleiche Schicksal erlitt der 23jährige Zwangsarbeiter Czesław Nowakowski, der am 21. März 1944 auf der Feldmark des Dorfes Stove gehängt wurde.<sup>81</sup>

---

76 Niederdeutscher Beobachter, 25.1.1940, zit. in Behrens u. a.: Mecklenburg, S.111. Was mit dem Kriegsgefangenen passierte, ging aus dem Zeitungsbericht nicht hervor.

77 Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, Berlin (DDR) 1985, S.203.

78 Niederdeutscher Beobachter, 15. 2. 1941, S.5. Weitere Beispiele in: Widerstandskampf, S.203f.

79 Widerstandskampf, S.201.

80 Siehe Wolf Karge u. a.: Bestandsaufnahme politischer Memoriale des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1998, S.436f.

81 Siehe Widerstandskampf, S.265.

## IV.

Mit dem Einmarsch der Alliierten, vor allem der Roten Armee, nach Mecklenburg Ende April/Anfang Mai 1945 war die Möglichkeit gegeben, Deutsche, die an ausländischen Arbeitern Untaten begangen hatten, zu bestrafen. Auf dem Gut Sprengelshof war, wie der Sohn des Gutsbesitzers mitteilt, die „Behandlung der Kriegsgefangenen (...) nicht korrekt. Das hat der Berichtstatter aber erst erfahren, nachdem er seit März 1945 auf dem Sprengelshof lebte und die Reaktionen der Betroffenen nach Beginn der Besetzung durch amerikanische Truppen bitteren Niederschlag gefunden hatten. (...) Unser Verwalter soll am Ort seiner Zuflucht, nachdem er den Sprengelshof verlassen hatte, von einem polnischen Exekutionskommando erhängt worden sein.“<sup>82</sup>

In der Regel erkundigten sich die einrückenden sowjetischen Truppen sofort nach etwa verübten Mißhandlungen. Als schuldig Benannte hatten harte Strafen zu gewärtigen. Auf dem Gut Lancken waren die kriegsgefangenen Arbeiter „nicht gut behandelt“ worden. „Wenn einer von ihnen krank war, so wurde das nicht anerkannt, und sie mußten trotzdem arbeiten. Wenn sie sich weigerten, so wurde ihnen gedroht. Einmal hat einer der Vorarbeiter einen Gefangenen, der krank war und nicht arbeiten konnte, geschlagen und so zur Arbeit getrieben. Am 3. Mai 1945 marschierten die Russen in Lancken ein. Es kam zu Vergewaltigungen und Plünderungen. Die Russen haben sich sofort bei den Gefangenen erkundigt, wie sie behandelt worden sind. Die Kriegsgefangenen erzählten dann von dem Vorarbeiter, der geschlagen hat, und dieser wurde gleich mitgenommen. Er kam nach Neubrandenburg in ein Lager, aus dem er nicht wieder zurückkehrte.“<sup>83</sup>

Viele mecklenburgische Bauern und Gutsbesitzer verdanken dem positiven Zeugnis, das ihnen ihre Zwangsarbeiter ausstellten, buchstäblich ihr Leben. Der Eigentümer des Gutes Hof Triwalk berichtete in diesem Zusammenhang folgendes: „Nach meiner Rückkehr wurde mir von Russen mit vorgehaltener Pistole alles abgenommen, und später wurde ich von einem russischen Kommissar verhaftet, als ‚Kapitalist‘ in meinem Hause an die Wand gestellt und Gericht über mich gehalten, ob ich erschossen werden sollte oder nicht. Nur dank der Äußerung einiger meiner polnischen Zwangsarbeiter, ich sei eher gut als schlecht zu ihnen gewesen, wurde das Urteil gefällt, ich solle in ein Arbeitslager nach Osten abtransportiert werden.“<sup>84</sup>

---

82 Gustav Gärgens: Das Ritterschaftliche Landgut Sprengelshof, in: Niemann, Gutsherren, S.255-262, hier S.259, 261.

83 Bericht U. K., L. Möglicherweise handelte es sich bei dem Lager um Fünfeichen, in dem nach Kriegsende sehr viele Deutsche interniert worden sind. Siehe hierzu: Sprecherrat der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen (Hrsg.): Die Opfer von Fünfeichen, Schwerin 1996.

84 Rudolf R. Gleisner/Gabriele Schlegel: Das Gut Hof Triwalk, in: Niemann, Gutsherren, S.283-289, hier S.288.

Ähnliches wird vom Pächter der Domäne Dewitz überliefert: „Den Einmarsch erlebte Ulrich Wolter mit seiner Familie in Dewitz. (...) Um nicht der Willkür der ersten Horden ausgesetzt zu sein, war man für einige Tage in den Wald gezogen. Mit Inek, einem polnischen Kriegsgefangenen, fuhr er dann später wieder nach Dewitz hinein. ‚Schmeiß die Leine weg!‘, befahl der russische Kommandant dem Kutscher, ‚hast Du nicht lange genug für diesen Hund geschuftet?‘ Inek sagte dann aber ganz ruhig: ‚Herr Kommandant, dies ist aber ein ganz guter Chef.‘ Auch als er später von einem angetrunkenen Sergeanten erschossen werden sollte, stellten sich Kriegsgefangene dazwischen und verhinderten die geplante Erschießung.<sup>85</sup> Dem Eigentümer des Gutes Kluß erging es ebenso. Seine Töchter berichten: Als einer der ausländischen Arbeiter „bei einem internen Streit gewalttätig geworden war, sollte er in ein KZ kommen. Unserem Vater gelang es, mit Hinweis auf die Unabkömmlichkeit dieses Mannes, das zu verhindern. Kurz nach Kriegsende rettete einer dieser polnischen Fremdarbeiter unserem Vater das Leben, als er von einem anderen ihm unbekanntem Mann (Pole oder Russe) mit einem Messer angegriffen wurde. Er stellte sich schützend vor ihn mit dem Argument, daß er ein guter Chef gewesen sei.“<sup>86</sup> Auch bei drohenden Plünderungen konnte sich die Parteinahme der im Ort beschäftigten Zwangsarbeiter positiv auswirken. „Als 1945 nach Kriegsende fremde russische Zivilarbeiter auf dem Wege nach Osten durch Zapel kamen und sich dort gewaltsam Sachen aneignen wollten, stellten sich ‚unsere Polen‘ schützend vor meinen Vater.“<sup>87</sup>

Zusammenfassend ist zu konstatieren, daß sich sowohl die deutschen als auch die polnischen Zeitzeugen, die hierzu befragt wurden, mehrheitlich positiv über die Lage der polnischen Landarbeiterinnen und -arbeiter in Mecklenburg äußern. Die Loyalität zum Betrieb und die Arbeitsleistung wird dabei besonders hervorgehoben. „Die Arbeits- und Leistungswilligkeit der unfreiwillig zur Mithilfe zugeteilten Personen war wegen der fairen Behandlung durch unsere Familien, die diesbezüglich oft gegen die Anweisungen der Nazis handelten, absolut gleichzusetzen mit den deutschen Mitarbeitern, was sicher nicht selbstverständlich war. Die daraus erwachsene Loyalität hat bis über das Kriegsende hinaus angehalten.“<sup>88</sup>

Die in Deutschland, mitten im Krieg, geborene Tochter eines Ehepaares, das zur Zwangsarbeit in Groß Strömkendorf verpflichtet war, berichtet: „Meine Eltern arbeiteten im Stall, wo sie Kühe melkten, sowie auf dem Feld. Diese Arbeit war schwer, aber die deutschen Arbeiter und Bauern waren gut und haben sie gut

---

85 Erinnerungsbericht Christian Wolter, Landstuhl.

86 Frauke Hartmann/Dagmar M. Rios: Die Familie Ziemsen und das Gut Kluß, in: Niemann, Gutsherren, S.291-303, hier S.294f.

87 Wolfgang Borchert: Das Rittergut Zapel bei Hagenow, in: Niemann, Gutsherren, S.85-97, hier S.91.

88 Ernst-Ahrend Witt: Die Familie Witt und die Güter Schmachthagen und Wolde, in: Niemann, Gutsherren, S.653-669, hier S.662.

behandelt. (...) Die Verpflegung war für die damalige Zeit recht ordentlich. Lohn bekamen sie wöchentlich. Das war eine kleine Summe für kleine persönliche Bedürfnisse.<sup>89</sup> Den gleichen Tenor hat eine andere Aussage. „Die Kontakte mit den Einwohnern waren sehr gut, ebenso mit den anderen Zwangsarbeitern aus Polen, aber auch mit den deutschen Arbeitern.“<sup>90</sup>

Sehr plastisch schildert eine weitere frühere Zwangsarbeiterin das entspannte Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung auf ihrer Arbeitsstelle. „Wir hatten normale Kontakte mit den Deutschen auf dem Feld und auf dem Hof. Die Deutschen haben neben uns gewohnt und sind zusammen mit uns zum Brunnen gegangen. Wenn es draußen warm war, haben wir zusammen mit den Deutschen auf der Bank gesessen, Witze gemacht und Spaß gehabt. (...) In Zapel haben wir uns wohl gefühlt. Der Herr war auch sehr gut. Zum Beispiel in der Freizeit haben wir große Wäsche gemacht oder Einkäufe gemacht. Und wir hatten da einen Mann, der Geige gespielt hat. Er hat gespielt, und wir haben getanzt. Und manche haben dort tanzen gelernt. Am Sonntag haben wir gebetet. Nach diesen Gebeten haben wir gesungen und am Abend verschiedene Spiele gespielt, weil Polen witzige Menschen sind.“<sup>91</sup>

In einigen Fällen ging der Abschied von Mecklenburg sogar mit Betrübissen ab. „Bei der Abfahrt vom Bauernhof war der Abschied sehr traurig. Einige deutsche Leute weinten und hätten es gern gehabt, wenn die Polen geblieben wären, sie mochten einander. Eine deutsche Frau wollte gerne meine Patin werden, aber meine Eltern hatten Angst.“<sup>92</sup> Eine andere Polin, die zuletzt als Hausmädchen auf einem Gut gearbeitet hatte, ging, wie sie überliefert, nach Kriegsende „zu der gnädigen Frau, um mich zu verabschieden“, und hat ihr viel Gesundheit und ein langes Leben gewünscht. Sie hat mir gewünscht, daß ich einen guten Mann habe, und mit Tränen in den Augen haben wir uns verabschiedet.“<sup>93</sup>

Der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und die Möglichkeit, endlich wieder in die Heimat zurückkehren zu können, wurde sicherlich von den meisten Polen herbeigesehnt und im Mai 1945 freudig erlebt. Die folgende Aussage steht wohl für viele: Ich war sehr glücklich, der Krieg war zu Ende und ich habe überlebt.“<sup>94</sup>

---

89 Schreiben von Frau Irena Nitecka.

90 Schreiben von Frau Helena Jaskowiak.

91 Schreiben von Frau Cecylia Gutmanska.

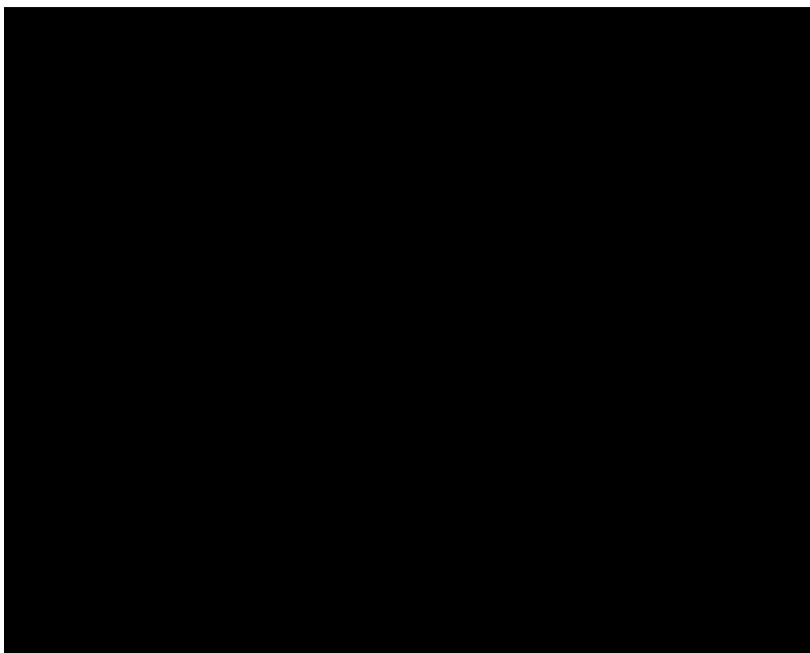
92 Schreiben von Frau Irena Nitecka.

93 Schreiben von Frau Cecylia Gutmanska.

94 Schreiben von Frau Pelagia Drozdowska.

## V.

Die soziale Lage polnischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter in der mecklenburgischen Landwirtschaft in den Jahren von 1939 bis 1945 ist differenziert zu beurteilen. Die deutschen Landwirte waren, auch vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Abgabebestimmungen und der Arbeitskräfteknappheit, auf die Leistungen der polnischen Jugendlichen, Frauen und Männer angewiesen. Dazu mußten die polnischen Arbeitskräfte zumindest einigermaßen befriedigend untergebracht, gekleidet, gepflegt und behandelt werden. Dies geschah nach übereinstimmenden deutschen und polnischen Erinnerungsberichten in einer Vielzahl von Fällen und war im abgeschiedenen ländlichen Bereich, an der Quelle der Produktion von Lebensmitteln, auch einfacher zu bewerkstelligen als etwa in großen Rüstungsbetrieben. Insofern decken sich die präsentierten Aussagen mit früheren Forschungsergebnissen, in denen resümiert wurde: „Die überwiegende Mehrzahl der Zeitzeugenberichte läßt jedoch erkennen, daß es den Polen und Ostarbeitern auf dem Lande im Durchschnitt erheblich besser ging als in den großen städtischen Lagern. In den Städten war der Alltag weit stärker reglementiert und überwacht, was sich vor allem auf die Unterbringung in Lagern zurückführen läßt.“<sup>95</sup>



Polnische Kriegsgefangene auf dem Gut Bookhorst, Februar 1940

95 Spoerer, Zwangsarbeit, S.193.

Es wäre jedoch verfehlt, nur streng zweckrationale und eigenständige Motive hierfür heranzuziehen. Wie gezeigt werden konnte, war es den Nationalsozialisten bei weitem nicht gelungen, jedem Deutschen Rassismus einzupflanzen und menschliches Verhalten gegenüber den Gefangenen in der deutschen Bevölkerung gänzlich zu verhindern – ein Ergebnis, das es verlohnt, festgehalten zu werden. So entwickelten sich teils sogar freundschaftliche Beziehungen zwischen polnischen und mecklenburgischen Landarbeitern.

Generalisierenden Urteilen stehen jedoch der ungenügende Forschungsstand und der Mangel an archivarischen Quellen und Zeitzeugenberichten entgegen. „Daß die Praktizierung des Rassismus zur täglichen Gewohnheit, zum Alltag wurde“<sup>66</sup>, scheint, so formuliert, für die mecklenburgische Landbevölkerung, die seit Jahrzehnten mit polnischen Schnittern zusammengearbeitet hatte, zu undifferenziert betrachtet. Hierzu müßte weiter geforscht werden. Zugleich darf die Vielzahl positiver Beispiele und Hilfeleistungen durch Deutsche nicht den Blick dafür verstellen, daß es auch in Mecklenburg zu Mißhandlungen und Tötungen polnischer Zwangsarbeiter gekommen ist. Das Wohlergehen der ausländischen Arbeitskräfte hing in erster Linie vom Beispiel des Gutsherrn oder Bauern und seinen Arbeitskräften ab.

Nicht zuletzt durch den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener, die ihre Arbeitskraft und Gesundheit einzusetzen gezwungen waren, ist das Deutsche Reich in der Lage gewesen, den spätestens seit Stalingrad 1942/43 verlorenen Krieg noch bis in das Jahr 1945 hinein fortzuführen. Die sich mit Fortdauer des Krieges für die einheimische Bevölkerung verschlechternde Lage wirkte sich direkt auf die Polen aus, die in der Hierarchie am unteren Ende standen.

Das Kriegsende brachte schließlich nicht nur die Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus durch die Alliierten, sondern auch die Befreiung der ausländischen Arbeitskräfte von deutscher Zwangsarbeit. Die Polen konnten nun endlich in ihre Heimat zurückkehren.

---

96 Herbert, *Fremdarbeiter*, S.358.

# Zu einigen Problemen der Zeitgeschichtsschreibung.<sup>1</sup>

Rolf Badstübner

Auf dem letzten Kolloquium, das der Bereich DDR-Geschichte der in Abwicklung befindlichen Akademie der Wissenschaften der DDR veranstaltete, entwickelte Lutz Niethammer 1991 folgendes Szenario: „Die Geschichte der Sieger ist ja vielfach geschrieben worden..., und auch auf dieser Seite Deutschlands hat man ja vielfach gemerkt, daß der Sieg und die Geschichte der Sieger verdummt. Das ist eine Erfahrung, die wir jetzt austauschen, denn jetzt merken es mehr die Westdeutschen, wie sehr der Problemhorizont verflacht wird durch den Sieg.“ Und davon ausgehend hielt er es für möglich, daß demgegenüber die entscheidenden Innovationen von den Besiegten kommen würden, „weil sie nämlich über die konventionellen Problemhorizonte hinausgreifen und weitere Begründungszusammenhänge erschließen müssen, um ihre eigene Identität zu bewahren, die Gründe ihrer Niederlage zu begreifen und einen neuen erfolgversprechenden Ansatz finden zu können.“<sup>2</sup>

Der Umgang mit den „besiegten“ Historikern ignorierte solche Möglichkeiten und Perspektiven, oder vielleicht muß man sagen, beugte ihnen gezielt und wirksam vor. Im Unterschied zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern gab es ja im Hinblick auf die DDR keine Fortexistenz unter veränderten Bedingungen und mit eigenständigen Wandlungsprozessen, sondern - nach einer kurzen, scheinbar auch noch andere Optionen bietenden Übergangsperiode - den Anschluß an die BRD mit dem Ziel ihres „Aufgehens“ in dieser. Die DDR-Eliten wurden nicht gebraucht. Sie konnten leicht durch „überschüssiges“ westdeutsches Elitenpersonal ersetzt und auf diese Weise verdrängt werden. Sämtliche Lehrstühle oder Leitungspositionen in Instituten, die sich ganz oder teilweise mit DDR-Geschichte befassten, gerieten unter westdeutsche Regie und unter ein ebensolches Deutungsmonopol. Ganz gleich mit welchem methodologischen Arsenal und mit welchen forschungsleitenden Konzepten die offizielle DDR-Forschung seitdem betrieben wird und ob der einzelne Forscher mehr oder weniger differenziert vorgeht, er tut es in einem abgesteckten und ausgerichteten Rahmen, der von einer Außen- und Fremdsicht auf die DDR dominiert wird.

Dies festzustellen bedeutet nicht, die Meinung zu bedienen, daß nur, wer in der DDR gelebt hat, DDR-Geschichte schreiben könne und dürfe. Aber der völlige Verzicht auf die Förderung und Duldung einer eigenständigen ostdeutschen

---

<sup>1</sup> Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, der am 10. Oktober 2003 auf einem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem Verein „Helle Panke“ in Potsdam veranstalteten Kolloquium über die DDR-Geschichtsschreibung in der DDR vor und nach 1989 gehalten wurde. Siehe auch den Konferenzbericht von Elke Scherstjanoi in diesem Heft. Unter Zeitgeschichte wird im folgenden - gemäß dem in der DDR-Geschichtswissenschaft üblichen Verständnis - der Zeitraum ab 1945 begriffen.

<sup>2</sup> Zitiert nach Elke Scherstjanoi (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr“. Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S.69.

„Aufarbeitung“ von DDR-Geschichte in der offiziellen, etablierten Zeitgeschichtsschreibung, als notwendige Ergänzung und auch Korrektur westdeutscher Sicht, beförderte und beförderte weiter Einseitigkeiten und „Verdummung“ und führt zu einem Glaubwürdigkeitsproblem. Daß es hier auch andere Möglichkeiten durchaus gegeben hätte, belegen diejenigen Zeitgeschichtler aus der DDR, die trotz Demütigungen, Anfeindungen und widriger Umstände nicht resignierten, meist in sehr kritischer und selbstkritischer, oft sehr schmerzlicher Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einen neuen Anfang fanden, zu neuen Sichtweisen und Positionen vorgedrungen sind und dies zum Teil mit neuen, Beachtung verdienenden Publikationen belegt haben, wie nicht zuletzt aus Stefan Bergers Arbeit zur ostdeutschen Geschichtskultur hervorgeht.<sup>3</sup> Es ist sehr zu begrüßen, daß darüber ernsthaft diskutiert wird. Gemeinhin geschieht das ja nicht, insbesondere wenn Publikationen über die neuen konventionellen Problemhorizonte hinausgreifen und das Deutungsmonopol der Sieger alternativ hinterfragen.

Dietrich Staritz hat in seinen Ausführungen die nicht zu leugnende enge politische Bindung, Bevormundung und Instrumentalisierung der historischen DDR-Forschung in der DDR herausgearbeitet. Vieles an dem gezeichneten Bild ist richtig, aber es ist das Bild einer Außensicht, und es ist das Bild, das sich weitgehend aus den bis 1989/90 erschienenen Publikationen ergibt. Diese repräsentieren bestenfalls den Stand von 1988, spiegeln die Umdenkungsprozesse hinsichtlich Inhalt und Perspektive von DDR und Sozialismus nicht wider, die sich schon vollzogen hatten, bis hin zur Einsicht, daß der Wettbewerb mit dem Kapitalismus wohl kaum zu gewinnen sei und man von der liebgewordenen Gewißheit Abschied nehmen müsse, zu den Siegern der Geschichte zu gehören. Grundlegende System-Reformen und Erneuerungen schienen unaufschiebbar. Die internationale Anerkennung der DDR und der Helsinki-Prozeß führten zu neuen Weltansichten. Im Zusammenhang mit dem „Ideologiepapier“ von SPD und SED (1987) erfolgten neue Positionsbestimmungen zur Bundesrepublik, der Friedensfähigkeit bescheinigt wurde, und die es sachlich, aber natürlich nicht unkritisch als zu respektierende andere deutsche Realität zu bewerten galt. Dabei traten im Problemrat für die Geschichte von SED und DDR erstmals in einer politischen Grundsatzfrage scharfe und unüberbrückbare Meinungsunterschiede zwischen den Vertretern der neuen Positionen und denen hervor, die darauf beharrten, die Bundesrepublik weiterhin als „imperialistischen NATO-Staat“ abzuqualifizieren.

Es ist also notwendig, die Außensicht durch eine Binnen- oder Innensicht zu ergänzen. Wohl keinem, der sich in der DDR mit DDR-Geschichte befaßt hat, blieb verborgen, daß es beträchtliche Differenzierungen und Unterschiede im Verständnis des Gegenstandes DDR-Geschichte, in der Methodologie und bei konzeptionellen Leitlinien zwischen einer stark an den Parteibeschlüssen ausgerichteten politischen

---

3 Siehe Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 11/2002, S.1016-1034.

Parteiengeschichtsschreibung und einer an der Akademie der Wissenschaften und verschiedenen Universitäten immer stärker favorisierten, auf gesellschaftliche Prozesse, Lebensweise und Alltag, auf Gesellschafts- und Kulturgeschichte ausgerichteten Beschäftigung mit DDR-Geschichte gab. Gegen den hartnäckigen Widerstand der „Politikhistoriker“ gelang es in den achtziger Jahren schließlich doch, der „Daseinsberechtigung“ von Sozial-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte auch für die Erforschung von DDR-Geschichte zur Anerkennung zu verhelfen. Ein erster Sammelband zur Sozialgeschichte der DDR konnte in Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftsbereich DDR-Geschichte an der Akademie und Universitäten fertiggestellt werden. Gegen seine Publizierung gab es allerdings immer wieder Einwände und Widerstände, so daß er vor der 1989 nicht mehr erscheinen konnte.<sup>4</sup>

Mit einem vertieften Erbe- und Traditionsverständnis bis hin zu den in Alltag und Lebensweise wirkenden unterschiedlichen, keineswegs nur sozialistischen oder sozialismuskonformen Traditionen weitete sich die Problemsicht auf die DDR. Das blauäugig-simple Verständnis von Sozialismus und DDR, das noch den „Abriss“ der SED-Geschichte prägte, wurde von Sichtweisen verdrängt, die DDR-Geschichte stärker hinterfragten und problematisierten. Als das wichtigste Ergebnis dieser Bemühungen steht der Band 9 der Deutschen Geschichte, der im Oktober 1989 als sechster und letzter Band der auf zwölf Bände ausgelegten Deutschen Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart erschienen ist und der die Entstehungsgeschichte der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften und -staaten behandelt.<sup>5</sup> Mit ihm wurde der Versuch unternommen, unter breiter Einbeziehung von Betrachtungen zu Wirtschaft, Gesellschaft, Alltag und Kultur, ein möglichst komplexes Geschichtsbild zu rekonstruieren. Doch der Band, der schon ein Jahr vorher abgeschlossen worden war, kam zu spät und wurde nur noch von wenigen, wie von Norman Naimark, als die beste Darstellung der SBZ wahrgenommen,<sup>6</sup> obwohl darin die Besatzungspolitik stark unterbelichtet blieb. Das hatte seinen Grund in Quellenlage und begrenztem Forschungsstand. Die Darstellung basierte, wiewohl in einem unterschiedlichen Maße, auch auf der Erschließung neuer Quellen, insbesondere aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED. Doch der Zugang zu entscheidenden Quellen, wie den Beratungen bei Stalin, wurde verwehrt. In vielem, wie bei Behandlung der Demontagen,<sup>7</sup> vermittelte der Band eine stärker problematisierende und realitätsnähere Sicht. So wurde die das sozialistische

---

4 Danach war es bei der Vielzahl von Autoren nicht möglich, die notwendigen Überarbeitungen vorzunehmen, die für eine Publikation erforderlich gewesen wären. Erschienen ist ein von Peter Hübner für die Fernuniversität Hagen verfaßter Lehrbrief zur Sozialgeschichte der DDR.

5 Autorenkollektiv: Deutsche Geschichte, Band 9: Die antifaschistische-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR, Berlin 1989. Der Titel ist etwas irreführend, denn die Konstituierung der BRD wird ebenfalls ausführlich behandelt.

6 Siehe Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A history of Soviet Zone of occupation, Cambridge/London 1995, S.2.

7 Siehe Autorenkollektiv, Deutsche Geschichte, Band 9, S.206.

Weltsystem prägende historische Rückständigkeit der Mehrzahl der Länder, einschließlich der Sowjetunion, hervorgehoben und betont, daß dies die Formen und Wege zum Sozialismus „in erheblichem Maße beeinflusste“, woraus letztlich auch Demokratiedefizite resultierten.<sup>8</sup> Bei der Bewertung der Gründung der DDR wurde mit den Ausführungen Wilhelm Piecks, daß man lange gezögert habe, ob man einen Oststaat gründen könne und solle, daß „wir aber nunmehr um diesen Schritt nicht mehr herumkommen können“<sup>9</sup>, eine Akzentuierung vorgenommen, die zum Hinterfragen der Lebensfähigkeit der DDR anregen konnte. Aber die durch den „Abriß“ der SED-Geschichte festgeschriebenen Positionen und gezogenen Grenzen konnten nicht überwunden bzw. durchbrochen werden. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) fungierte als letzte und ausschlaggebende Kontroll- und Zensurinstanz, aber auch der eigene Erkenntnisprozeß war damals noch nicht soweit fortgeschritten, um z. B. die „Entwicklung zur Partei neuen Typus“ als die entscheidende falsche Weichenstellung einzuschätzen, die die Fehlentwicklung in Richtung Stalinisierung bewirkte.

Diese und andere wesentliche Erkenntnisse, wie die entscheidende von einem notwendigen Paradigmenwechsel in der DDR-Geschichtsschreibung, reiften erst im Zeitraum von Herbst 1988 bis Herbst 1989 heran. Ein solcher Paradigmenwechsel wurde in einem Arbeitspapier deutlich angemahnt, das der Bereich DDR-Geschichte in der Vorbereitungsphase zum 1991 fälligen XII. Parteitag der SED der Leitung des Zentralinstituts für Geschichte im Zusammenhang mit einer Bilanzierung zu Erbe und Tradition vorlegte. Davon ausgehend, daß die DDR „eine Zwangsgeburt mit beträchtlichen, teils noch heute wirkenden [...] Geburtsschwächen“ sei, wurde in dem Papier ein äußerst kritisches Bild von den obrigkeitstaatlichen Zügen der DDR gezeichnet, wurden die unterschiedlichen Generationserfahrungen mit der DDR und daher Sichtweisen auf die DDR hervorgehoben, solche Traditionen der Arbeiterbewegung benannt, die als überkommene Rituale wie ein Alp auf der DDR lasteten. Hier und auf anderen Gebieten wurden entscheidende Veränderungen eingefordert.<sup>10</sup> Das Papier wurde nach scharfer und kontroverser Diskussion zurückgewiesen und eingezogen, wie es wohl die Institutsraison gebot. Allerdings wurde von den kritisierten Autoren nicht verlangt, ihren Positionen abzuschwören, und sie verfolgten diese weiter. So konnten auf der Fachtagung der Historikergesellschaft der DDR im November 1989, die dem Erscheinen des Bandes 9 der Deutschen Geschichte gewidmet war, die folgenden kritischen Wertungen und weiterführenden Orientierungen gegeben werden:

„Bei allen Fortschritten, die wir in einigen neueren Publikationen in Richtung auf ein komplexes Geschichtsbild zu verzeichnen haben, sind auch diese Darstellungen

---

8 Ebenda, S.360.

9 Ebenda, S.457.

10 Siehe auch die Bewertung bei Sabrow, der das Papier später von mir erhielt: Martin Sabrow: Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956-1989), in: Ders./Peter Th. Walter: Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995, S.219.

noch sehr stark von überholten bzw. zu überprüfenden Prämissen und Sichtweisen geprägt, die die konzeptionellen Leitlinien beeinflussen [...] Die DDR-Geschichte ist sehr viel breiter, vielschichtiger und mannigfaltiger [als der revolutionäre Prozeß], in vielem auch gar nicht sozusagen sozialismusbestimmt, sondern ‚fremd bestimmt‘“ von dem geschichtlichen Erbe, das sie antreten mußte und aus dem heraus Determinanten und Konstanten der DDR-Geschichte von keineswegs nur marginaler Bedeutung wirkten. „Die Jugend konnte die Sicht der Altkommunisten, die sich als Sieger der Geschichte sehen, nicht nachvollziehen. Für sie verbanden und verbinden sich mit der DDR und dem Sozialismus Licht und Schatten, Errungenschaften und schwere Belastungen, persönliche Konfliktfelder und schwere Entscheidungen [...] Sozialgeschichtliche Sicht und die Aufarbeitung von Lebensgeschichte machen deutlich, daß gesellschaftlich-politische Umbrüche, so radikal auch immer sie sein mögen, wiederum nur einen Teil der überlieferten Bestände erfassen. Vollends erfolgt die Wandlung des historischen Subjekts viel widersprüchlicher und langfristiger als von uns angenommen.“<sup>11</sup>

Aus der Binnensicht werden m. E. beträchtliche Entwicklungs- und Wandlungsprozesse in der DDR-Geschichtsschreibung deutlich, die wichtige Voraussetzungen dafür schufen, daß nach 1989/90 auf neue Weise weitergearbeitet werden konnte. Sie bilden die Brücke beim Übergang in die ostdeutsche historische Alternativkultur. Heute zeigt sich denen, die solide gearbeitet hatten, daß das Umschreiben immer auch seine Grenzen hat. Nicht unbeträchtliche Bestände der früheren Arbeit können und müssen ihre Weiterverwendung finden.

Vor kurzem konnte anläßlich des 75. Geburtstages von Hermann Weber in einem Band mit über 500 Seiten eine auf den ersten Blick beeindruckende Bilanz der im letzten Jahrzehnt mit hoher Intensität und auf breiter Basis betriebenen historischen DDR-Forschung vorgestellt werden. Allerdings tun sich auch deutliche Defizite auf, so hinsichtlich der schon seit Anfang der neunziger Jahre als dringend notwendig angemahnten Gesellschaftsgeschichte der DDR, wo wir, wie Thomas Lindenberger feststellen mußte, „von einer syntheseartigen Darstellung noch weit entfernt“<sup>12</sup> sind. Und was „Gesamtbild und Wertung der DDR“ anbetrifft, gibt es, wie Bernd Faulenbach in seinem Resümee hervorhob, „bislang keinen Konsens“.<sup>13</sup> Und man kann ihm sehr zustimmen, wenn er feststellt: „Multiperspektivität in der Betrachtung der DDR scheint möglich und nötig, was allerdings bedeutet, daß sich die verschiedenen Positionen ihrer Partikularität bewußt sind. Nicht legitim - jedenfalls

---

11 Rolf Badstübner: Historische Wurzeln unserer Krise und Aufgaben der Geschichtsschreibung über die Geschichte der DDR, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seebert (Hrsg.): Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der Geschichtswissenschaft der DDR 1989/90, Stuttgart 1992, S.299f.

12 Thomas Lindenberger: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand der Gesellschaftsgeschichte, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.): Bilanz und Perspektive der DDR-Forschung, Paderborn u.a. 2003, S.244.

13 Bernd Faulenbach: Nur eine „Fußnote in der Weltgeschichte“? Die DDR im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Eppelmann/Faulenbach/Mähler, Bilanz, S.22.

auf der Basis des Wertesystems des Grundgesetzes - ist jedoch eine Sicht, die die terroristische bzw. repressive Komponente der DDR bagatellisiert oder wegeskamotiert; sie mißachtet die Opfer.<sup>14</sup>

Hier erhebt sich allerdings die Frage, ob diese „Multiperspektivität“ auch die Positionen der alternativen ostdeutschen Geschichtskultur mit einbezieht und toleriert oder ob diese durch den letzten Satz als illegitim bewertet werden sollen, obwohl die meisten keineswegs Gewalt und Verbrechen bagatellisieren. Aus dem Umstand, daß nicht wenige ernstzunehmende Publikationen in dem voluminösen Band - was sehr befremdlich ist - gar keine oder nur eine marginale Berücksichtigung finden, kann man letzteres bedauerlicherweise nicht ausschließen. Der Grundtenor des Bandes zielt dahin, eine Erfolgsgeschichte zu bilanzieren, legt man kritische Maßstäbe an, dann wäre jedoch eher zu schlußfolgern, daß trotz enormen Aufwandes Entscheidendes verfehlt wurde. In der Form dem gegebenen Anlaß gemäß zurückhaltend, führte dies Jürgen Kocka auf dem Kolloquium zu Ehren Hermann Webers aus. Er benannte dabei deutlich Fehlsätze und Defizite.<sup>15</sup> Aus ostdeutscher Perspektive möchte ich einiges noch etwas schärfer akzentuieren.

Daß die Gesamtbilanz so ausfällt, ist nicht zufällig, sondern hat seine guten oder vielmehr schlechten Gründe; denn etwas ist schief gelaufen. Und das ist auch ein Grund dafür, daß die ostdeutsche historische Kultur den Charakter einer alternativen Geschichtskultur angenommen hat. Ein weiterer Grund liegt in einer anderen Wissenschaftstradition, die die Position einer systemimmanenten Kritik mit einschließt. Doch die systemimmanente Kritik gilt dort nichts mehr, wo das System, was immer man darunter versteht, undifferenziert und unhistorisch als falsch, schlecht und verwerflich dargestellt werden soll. Folgerichtig mußten die DDR-Eliten, eingeschlossen die „systemnahen Historiker“, in größerem Umfang „bestraft“ und „entsorgt“ werden. Das Recht auf politischen Irrtum wurde ihnen ebenso verwehrt wie die Zubilligung eines fehlgeleiteten Idealismus oder idealistischer Verblendung, mit der man üblicherweise „nach rechts“ Milde walten läßt. Im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wirkt bis heute ein fundamentalistischer Antikommunismus, der sich auch des Psychoterrors bedient.

Die ehemaligen Zeitgeschichtler der DDR sind hinsichtlich politischer Bevormundung gebrannte Kinder. Viele wollten und konnten die neue politisch-ideologische Bevormundung und Reglementierung, denen die Zeitgeschichtsschreibung Anfang der neunziger Jahre durch die bundesrepublikanische Politik und

---

14 Ebenda.

15 Siehe Jürgen Kocka, Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. In: DeutschlandArchiv, H. 5/2002, S.764-769. Inzwischen liegen dazu eine diese Bilanzierung mehr infrage stellende Ausarbeitung seitens der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte in München (Frankfurter Rundschau, 30.9.2002) und eine Kockas Kritik bekräftigende seitens Thomas Lindenberger/Martin Sabrow vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (Frankfurter Rundschau, 12.11.2003) vor, die beide auf den Homepages der betreffenden Institute abgerufen werden können. Sie konnten für den vorliegenden Artikel nicht mehr ausgewertet werden. Die, wengleich unterschiedliche, Auflistung von gravierenden Desiderata bekräftigen jedoch m. E. auf ihre Weise die hier gezogene Bilanz, so daß sich keine nachträglichen Relativierungen oder Korrekturen erforderlich machen.

eine aufgeheizte öffentliche Meinung ausgesetzt wurden, nicht mitvollziehen. Es fand eine konservativ-neoliberale, modernistische Umdeutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive seines Endes und des errungenen Sieges über den Sozialismus, dessen unrühmlichen Unterganges und aufgedeckter Verbrechen statt. Darin eingebettet wurde - in Wiederbelebung der Sichtweisen des kalten Krieges - ein quasi verbindliches Gesamtbild der DDR vorgegeben, die DDR wurde - im unbekümmerten Vorgriff auf die Ergebnisse noch ausstehender Forschung - ausschließlich auf zweite deutsche Diktatur, Unrechtsstaat, Unrechtssystem, Stasi, Mauertote, Flüchtlinge, Täter und Opfer zurechtgestutzt und abgewertet. Seitdem steht die offizielle Zeitgeschichtsforschung der Neu-Bundesrepublik offensichtlich stark unter dem übermächtigen Druck dieser ideologisch-politisch geprägten Vorgaben und übt „political correctness“. Das wird auch daran deutlich, daß viele von denjenigen, die sich in den siebziger und achtziger Jahren zu einer differenzierteren, um Objektivität bemühten Sicht auf die DDR durchgerungen hatten, wieder hinter diese Positionen zurückgehen. Ein besonders eklatantes Beispiel sei hier angeführt.

Anfang der siebziger Jahre urteilten Kurt Sontheimer und Wilhelm Bleek über die Umgestaltungen in der SBZ: „Insgesamt genommen bewirkten diese ‚Reformen‘ eine außerordentlich starke Umwandlung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der deutschen Ostzone, die sich von der Entwicklung in Westdeutschland entscheidend abhob. Dennoch konnte man die getroffenen Maßnahmen, wenn man sie entsprechend interpretierte, auch aus den Potsdamer Beschlüssen herleiten, denn es wäre unrealistisch gewesen zu erwarten, daß die Sowjetunion unter dem Begriff Demokratisierung und Aufbau der Demokratie in Deutschland dasselbe verstehen würde wie ihre alliierten Partner aus dem Westen. Gerade wenn man die Schuld am Kriege und an der Entstehung des Nationalsozialismus und Militarismus den ökonomischen Mächten des Kapitalismus zuschob, mußte man nach kommunistischer Auffassung das Wirken dieser Mächte nicht allein stärker kontrollieren oder (durch Entflechtungsmaßnahmen z. B.) einschränken, sondern wenn möglich auf Dauer ausschalten. Auf jeden Fall mußte gewährleistet sein, daß der demokratische Aufbau zugleich antifaschistisch war; dies konnte nach kommunistischer Version nur bedeuten, daß den Mächten des Bürgertums, die wesentlich zum Aufstieg des Faschismus beigetragen hatten, keine Möglichkeit mehr gewährt werden sollte, auf den demokratischen Prozeß maßgeblich Einfluß zu nehmen. Da sich auch die wieder in die politische Verantwortung drängenden bürgerlichen Parteien nach dem Kriege auf ein antifaschistisches Programm festlegen ließen, war die sowjetische Besatzungsmacht bereit, sie in einem ‚Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien‘ mitwirken zu lassen, zumal dadurch für eine Zeitlang eine Fassade bürgerlicher Demokratie aufrechterhalten werden konnte.“<sup>16</sup> In ihrem in diesem Jahr erschienenen Buch „Grundzüge des politischen Systems Deutschlands“

---

16 Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 1972, S.37f.

ist davon nichts mehr zu lesen. Nun heißt es: „Obwohl die machtbestimmende kommunistische Partei, die eng mit der sowjetischen Militärverwaltung zusammenarbeitete, anfangs erklärt hatte, es ginge ihr nicht um die Einführung des sowjetischen Systems, sondern um die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, wurden schon gleich zu Beginn der Besatzungszeit in der sowjetischen Zone einschneidende Reformen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Industrie durchgeführt, welche die sozial-ökonomischen Voraussetzungen für den späteren Aufbau eines kommunistischen Systems schaffen sollten.“<sup>17</sup>

Der Tendenz nach wird die DDR nicht in ihrer alternativen Eigenständigkeit analysiert, sondern an der bundesdeutschen Norm gemessen. Sie erscheint dann lediglich als fremdbestimmte Abweichung von dieser Norm, und dem halben Jahrhundert SBZ/DDR wird nur die Bedeutung einer bloßen Episode oder gar Fußnote zugebilligt. Da ist es nur konsequent, wenn Manfred Görtemaker in seiner 2002 publizierten *Kleinen Geschichte der Bundesrepublik*,<sup>18</sup> die über die Bundeszentrale für politische Bildung weite Verbreitung findet, lediglich die Geschichte der Bonner Republik behandelt, die in und mit der Berliner Republik ihre einfache Fortsetzung findet. Die DDR befand sich demnach außerhalb der Nationalgeschichte und kehrt erst mit ihrem Zusammenbruch und dem Anschluß an die BRD in diese, sich selbst aufgebend und spurlos verschwindend, zurück. Dieses Bild findet seine Abrundung darin, daß aus der Vor- und Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik mittels des Mottos „Im Anfang war Adenauer“ alle alternativen Ansätze und Bestrebungen ausgeblendet werden bzw. einfach daran vorbeigeschrieben wird.

Das ist auch in anderen neueren Arbeiten festzumachen, wie in dem im vorigen Jahr erschienenen Buch von Winfried Halder über die deutsche Teilung und doppelte Staatsgründung,<sup>19</sup> das in einer auf 20 Bände ausgelegten Reihe „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert“ erscheint, die als „erste vollständige Betrachtung nach der Wiedervereinigung“, verfaßt von einer neuen Generation von Historikern, angekündigt wird. Halder bietet ein in seinen Augen neues Erklärungsmuster zu der seit Jahrzehnten vielbearbeiteten und bis heute kontrovers diskutierten Thematik an. Aus der Tatsache, daß sowohl von alliierter als auch deutscher Seite ständig Bekenntnisse zur Einheit Deutschlands abgegeben wurden - bis hin zu den gesamtdeutschen Bekundungen und Verfassungsbezügen bei den beiden Staatsgründungen -, geht für ihn „klar (sic) hervor, daß die staatliche Teilung Deutschlands [...] eigentlich von niemanden gewollt wurde“.<sup>20</sup> Wir sehen uns also, heißt es weiter, „in der Rückschau

---

17 Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands*, Bonn 2003, S.34 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

18 Manfred Görtemaker: *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2002 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

19 Winfried Halder: *Deutsche Teilung, Vorgeschichte und Anfangsjahre der doppelten Staatsgründung*, Zürich 2002 (Reihe: *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Frank-Lothar Kroll und Ernst Piper).

20 Ebenda, S.12.

mit der Tatsache konfrontiert, daß die von allen beteiligten Seiten beharrlich praktizierte Einheitsrhetorik einherging mit der realen Teilung des Landes - ein Paradoxon, das der historischen Erklärung bedarf. Diese zumindest in ihren Grundzügen darzubieten, ist das Anliegen des vorliegenden Buches.<sup>21</sup> Halder sieht in der „Gleichzeitigkeit von Einheitsrhetorik und realer Spaltung“<sup>22</sup> das Kernproblem seines Themas. Das aber ist weder ein neuer, noch ein produktiver und schon gar kein die Forschung befördernder Ansatz. Denn schon in der älteren Forschungsliteratur, auf die kein Bezug genommen wird, ist dieses „Paradoxon“ ausführlich behandelt und dahingehend erklärt worden, daß auf alliierter wie deutscher Seite niemand als Spalter in die Geschichtsbücher eingehen wollte und deshalb alle Beteiligten Einheitsrhetorik betrieben. Das hieß aber keineswegs, daß jeder die Einheit tatsächlich wollte oder anstrebte. Adenauer visitierte nun einmal, aktenkundig und bekannt, aber von Halder „ausgespart“, schon im Sommer 1945 die staatliche Zusammenfassung der Westzonen an und nahm damit einen sich bald durchsetzenden westzonalen Trend vorweg. Die britische Regierungspolitik analysierte im Frühjahr 1946 die entstandene Lage dahingehend, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands unter den gegebenen Umständen nicht im britischen Interesse liege, denn dies impliziere als Gefahr „die Russen am Rhein“. Die USA folgten wenig später, und die Franzosen wollten ohnehin kein einheitliches Deutschland.

Von alledem erfährt der Leser nichts! Auch nicht davon, daß ostdeutsche Politiker keineswegs, analog zu Adenauer, einen Oststaat im Visier hatten, dessen Lebensfähigkeit ja bezweifelt werden mußte, und ernsthaft um gesamtdeutsche Verständigung rangen (nicht nur die SED, sondern auch Kaiser und Külz). Die gewiß kritisch zu hinterfragende Volkskongreßbewegung erscheint bei Halder lediglich als „Vorbote“ der Oststaatsgründung.<sup>23</sup> Dabei arbeitete der Verfassungsausschuß des Volksrates nicht, wie Halder fälschlich behauptet, die DDR-Verfassung,<sup>24</sup> sondern eine gesamtdeutsche Verfassung aus, die später erst durch neue Umstände zur DDR-Verfassung mutierte. Andererseits verhielt es sich nicht einfach so, daß die Entwicklung der SBZ strikt am gesamtdeutschen Ziel ausgerichtet wurde. Schon aus der Zoneneinteilung, die zu einer Aufteilung geriet, ergab sich die Notwendigkeit, die SBZ eigenständig zu entwickeln und auszubauen. Dies geschah bis zum kalten Krieg - und teilweise auch noch danach - jedoch unter ausreichender Berücksichtigung gesamtdeutscher Perspektiven. Man kann und muß die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform und der anderen Umgestaltungen kritisieren, aber sie lagen grundsätzlich im damaligen alliierten wie antifaschistischen deutschen Denkhorizont und Forderungskatalog. Daher gilt für sie *mutatis mutandis*, was Wolfgang Zank resümierend zur Bodenreform feststellte: „Während [...] in der Sowjetzone eine Bodenreform verwirklicht worden ist, bei der viele

---

21 Ebenda, S.13.

22 So die Überschrift der Einleitung, ebenda, S.7.

23 Ebenda, S.89.

24 Ebenda, S.92.

Ungerechtigkeiten begangen wurden, beging man im Westen die eine ganz große Ungerechtigkeit: den Verzicht auf die Bodenreform.<sup>25</sup> Halder behauptet demgegenüber unreflektiert, daß als Hauptursachen für die Teilung Deutschlands die Bodenreform und die anderen Umgestaltungen in der SBZ festzumachen seien.<sup>26</sup>

Es verwundert schon, daß die Herausgeber, die hohe wissenschaftliche Ansprüche formulieren, eine Darstellung akzeptiert haben, die weder archivalische noch gedruckte Quellen, wie z. B. Konferenzprotokolle, heranzieht, sondern ohne Ausnahme (!) nur auf Sekundärliteratur verweist, den Forschungsstand auf weiten Gebieten ignoriert und so unbekümmert mit der Geschichte umgeht. Hinzu kommen grobe Verstöße gegen die wissenschaftliche Akkuratess. Weil es so bezeichnend für einen arroganten und ignoranten Umgang mit der ostdeutschen Zeitgeschichtsschreibung bzw. derjenigen der DDR ist, soll ein Beispiel aus der Feder desselben Halder vorgestellt werden: „Bezeichnend für die Statik der DDR-Forschung zu den Ursachen der deutschen Teilung ist“, behauptet er, „daß eine zweifellos als weitverbreitetes Standardwerk anzusehende Darstellung der Geschichte der DDR, Mitte der siebziger Jahre publiziert, lediglich in ihrer zweiten Auflage 1984 marginal verändert und dann 1989, pünktlich zum 40. Jahrestag der Staatsgründung, in ausdrücklich unveränderter Fassung zum vierten und letzten Mal neu aufgelegt wurde.“<sup>27</sup> Die Fußnote dazu lautet: „Vgl. Badstübner u. a., Geschichte der DDR, 20“ Einen solchen Titel hat es Mitte der siebziger Jahre niemals gegeben, wohl aber eine Geschichte der DDR unter dem Titel „Werden und Wachsen“, verfaßt unter der Leitung von Heinz Heitzer. Davon gab es aber keine weiteren Auflagen. Im Literaturverzeichnis taucht der Titel auf: Badstübner, Rolf u. a., Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin(Ost) <sup>4</sup>1989. Diesen Titel gibt es auch nicht! Das Hochschullehrbuch, das hier offensichtlich gemeint ist, ist nur 1981 und dann 1984 in einer durchgesehenen zweiten Auflage erschienen. Halder erfindet einfach, um zu diffamieren. Ernsthafter Auseinandersetzung geht er aus dem Weg. Er konstruiert eine „Statik“, die es nicht gab.

Die alternative ostdeutsche historische Kultur praktiziert einen anderen Zugriff auf die deutsche Nachkriegsgeschichte als er in der BRD gängig war (und ist). Sie knüpft an die Befreiungsperspektive an, die in der DDR von Anfang an zum historisch-konzeptionellen Arsenal gehörte, während sie in der BRD bekanntlich erst in den achtziger Jahren eine zögerliche öffentliche Rezeption fand und in der Zeitgeschichtsschreibung kaum Wurzeln schlug. Die Zeitgeschichtsschreibung der Bonner Republik wurde sehr stark von Dietrich Erdmann und seiner maßgeblichen Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte in Gebhardt's Handbuch der deutschen Geschichte geprägt.<sup>28</sup> Erdmanns Verstrickungen in den National-

---

25 Wolfgang Zank: „Junkerland in Bauernhand“, in: Die Zeit, 12.10.1990, S.50.

26 Halder, Teilung, S.232f.

27 Ebenda, S.13.

28 Siehe Dietrich Erdmann: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22), 4. Aufl., 35. bis 40. Tausend, München 1984. Die erste Auflage war 1976 erschienen.

sozialismus bis hin zur Abfassung einer Geschichte von 1871 bis 1938 (!) im Rahmen einer Schulbuchreihe und gemäß dem Nazi-Lehrplan, in der demgemäß eine nazistische Sichtweise dominierte,<sup>29</sup> waren damals nicht bekannt oder wurden von seinen Schülern ignoriert. Es hatte seine Logik, daß Erdmann seine Darstellung aus der Perspektive der Niederlage und derjenigen geschrieben hat, die Deutschland vor allem als Objekt der Besatzungsmächte sahen - und eben nicht aus der Perspektive der Befreiung von der menschen- und völkermordenden nazistischen Herrschaft, der Befreiung auch zu einem neuen Anfang von Grund auf und zum Anderswerden. Aber genau das tat die dem Antifaschismus verpflichtete DDR-Historiographie. Und das war - trotz Einseitigkeiten, Vereinfachungen und politischer Instrumentalisierung - nicht falsch, und ist es jetzt noch weniger. Von dieser Perspektive aus wird einerseits alles, was nach 1945 in Richtung auf einen Neuanfang von Grund auf hinauslief, auf Bodenreform, Sozialisierung, Umerziehung und Anderswerden, Entnazifizierung und Trauerarbeit, ernster genommen und stärker gewichtet als in der überwiegenden Mehrzahl westdeutscher Darstellungen. Auf der anderen Seite werden die verhinderte Neuordnung, das Scheitern der Entnazifizierung und die restaurativen Züge in den Westzonen berechtigter Kritik ausgesetzt. Ein solches Herangehen muß keineswegs dazu führen, östliche Demokratiedefizite und stalinistische Deformierungen zu bagatellisieren. Das sich - anfangs noch mit einem ungewissen Ausgang - Bahn brechende, wenngleich mit schweren Hypotheken belastete Neue und Positive, wie Westbindung, Verwestlichung und Abkehr vom deutschen Sonderweg, soziale Marktwirtschaft und pluralistische Demokratie, werden nicht abgewertet oder übersehen.<sup>30</sup> Allerdings weist ja vieles schon länger darauf hin, daß die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik ihre deutlichen Grenzen hat und der Ausgang offen ist.

Eine andere wichtige konzeptionell-methodologische Positionierung der alternativen ostdeutschen Geschichtskultur besteht darin, nicht einfach aus der Perspektive des Scheiterns zu schreiben und einen „Untergang auf Raten“ zu konstatieren. Nicht deshalb, weil das jemandem nicht paßt, sondern, weil der historische Prozeß in seiner Subjekt-Objekt-Dialektik so nicht „abgelaufen“ ist. Sicher konnte man die Lebensfähigkeit der DDR schon bei ihrer Geburt bezweifeln, aber als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems schien sie eine Chance zu haben. Charles Maier hat nach dem Ende der DDR darauf verwiesen, daß noch bis in die sechziger Jahre ernst zu nehmende Ökonomen im Westen die sozialistischen Planwirtschaften für durchaus leistungsfähig hielten und einige von ihnen sogar einen Sieg des Sozialismus über

---

29 Siehe Martin Kröger/Roland Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik, München 1996; Volker Ullrich: Soldatische Lebensformen. Die zwei Vergangenheiten des Historikers Karl Dietrich Erdmann, in: *Die Zeit*, 18.10.1996, S.23. Siehe auch: Peter Schöttler (Hrsg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationsswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt am Main 1997; Götz Aly: *Macht-Geist-Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997.

30 Ich darf in diesem Kontext auf meine vergleichende, parallele und zugleich asymmetrische verflochtene Darstellung verweisen: Rolf Badstübner: *Vom Reich zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch*, Berlin 1999.

den Kapitalismus unter fordistischen Produktionsbedingungen für möglich glaubten.<sup>31</sup> Trotz des Scheiterns handelte es sich, und das sollte nicht einfach vergessen oder mißachtet werden, beim Sozialismus um ein historisches Projekt von säkularem Rang, das das 20. Jahrhundert nicht nur, wenn man dem von Hobsbawm entworfenen großen Geschichtspanorama folgt, negativ beeinflusst hat. Hobsbawm schrieb:

„Ohne die Oktoberrevolution bestünde die Welt (außerhalb der USA) heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe von autoritären und faschistischen Varianten als aus einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien. Eine der Ironien dieses denkwürdigen Jahrhunderts ist, daß das dauerhafteste Resultat der Oktoberrevolution - deren Ziel es ja war, den Kapitalismus weltweit umzustürzen - ausgerechnet die Rettung ihres Antagonisten im Krieg wie im Frieden war: Sie spornte ihn an (indem sie angst machte), sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zu reformieren; und sie machte wirtschaftliche Planung in einer Weise gemeinverständlich, daß schließlich sogar einige ihrer Aspekte zum Prozedere dieser Reform gehören sollten.

Doch sogar nachdem der liberale Kapitalismus gerade noch die dreifache Herausforderung von Zusammenbruch, Faschismus und Krieg überstanden hatte, schien er noch immer einem weltweiten Vormarsch der Revolution ausgesetzt, die sich nun um die aus dem Zweiten Weltkrieg als Supermacht hervorgegangene Sowjetunion sammeln konnte.

Im Rückblick können wir nun erkennen, daß die globale sozialistische Herausforderung des Kapitalismus auf der Schwäche ihres Gegners beruhte. Ohne den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der Katastrophen hätte es keine Oktoberrevolution und keine Sowjetunion gegeben. Das Wirtschaftssystem, das auf der ruinierten eurasischen Landmasse des einstigen Zarenreichs unter dem Namen Sozialismus improvisiert wurde, hätte anderenfalls weder im eigenen Land noch andernorts als realistische globale Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft gelten können, und seine eigentlichen Errungenschaften ließen sich erst erkennen, als im Kapitalismus schon das Goldene Zeitalter herrschte.<sup>32</sup>

So wie das „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus einen entscheidenden Entstehungsgrund in der Herausforderung des Weltsozialismus hatte, war sehr wahrscheinlich auch die andere deutsche Gesellschaft ein Grund für die starke sozialstaatliche Ausprägung der Bundesrepublik. Und die konsequente Verständigungs- und Aussöhnungspolitik der DDR gegenüber Polen und Tschechoslowakei festigte den status quo und damit den Frieden gegenüber revanchistischen und revisionistischen Bestrebungen und Forderungen und bereitete so den Boden für die von der sozialliberalen Koalition geschlossenen Ostverträge.

---

31 Siehe Charles S. Maier: Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S.199.

32 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S.22f.

Die Geschichte enthielt stets mehr Möglichkeiten als nur die, die sich mit scheinbarer Zwangsläufigkeit durchsetzte. Es ist vor allem zu berücksichtigen, daß diejenigen, die Geschichte machten oder sie beeinflussten, mit Zielperspektiven handelten und die Ergebnisse nicht vorwegnehmen konnten. Die Zeitgenossen, die die DDR nicht ablehnten, hatten ein stadial unterschiedliches Bild von der DDR, aber eins mit Zukunftserwartungen - bis in die achtziger Jahre hinein. Man sollte auch nicht vergessen, daß der 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik vom Tenor geprägt war, daß die Bundesrepublik eines nicht erreicht habe, nämlich die Einlösung des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes, was in absehbarer Zeit auch nicht erwartet werden könne.

Günter Wallraff stellte vor kurzem in einem Interview im „Tagesspiegel“ - eigentlich nebenbei - fest, daß weite Teile der Linken in der Alt-Bundesrepublik bis in die SPD hinein die DDR auf lange Sicht als die bessere Gesellschaft angesehen haben.<sup>33</sup>

Dies alles hier anzumerken, geschieht keineswegs mit dem Anliegen, die DDR schönzureden. Mit diesen Einwänden soll einseitigen Sichtweisen entgegengesteuert werden. Es geht darum, DDR-Geschichte in ihrer eigenständigen, insbesondere gesellschaftsgeschichtlichen Qualität differenziert zu verdeutlichen, DDR-Geschichte als eine andere, alternative deutsche Variante darzustellen und als einen anderen deutschen Nachkriegsweg, der sich aus Geschichte und Nachkriegskonstellationen ergeben hat, zu versachlichen. Wie die ehemaligen DDR-Bürger hat sich auch jene Minderheit der Zeitgeschichtshistoriker, die nach 1990 weitergearbeitet hat, in beträchtlichem Maße zu neuen Positionen bewegt. Das sollte nicht, wie es geschieht, übersehen oder abwertend beurteilt werden, nur weil die alternative Richtung nicht paßt. Die meisten ostdeutschen Bundesbürger, und da sind die Zeithistoriker eingeschlossen, wollen die alte DDR keineswegs zurückhaben. Aber, ich zitiere aus der Einleitung des Buches „Befremdlich anders. Leben in der DDR“: „Sie pochen angesichts westdeutscher Deutungsmacht gegenüber DDR-Geschichte zunehmend auf das Recht, eine eigenständige kritische Erinnerungskultur auszubilden, und bestehen darauf, ihre durchaus heterogenen Lebenserfahrungen in die Geschichtsdebatten, aber auch in die übergreifenden gesellschaftlichen Diskurse der Gegenwart einzubringen, ohne sich ständig als Mitläufer oder Täter verteidigen zu müssen. Zugleich verwahren sie sich dagegen, die Rückschau auf ihr gelebtes Leben mit seinen Höhen und Tiefen als reine Defizitbilanzierung aufzufassen [...], denn die meisten DDR-Bürger haben schließlich lange oder kurze Phasen der Lebenszufriedenheit und des persönlichen Glücks durchlaufen. Und so mehren sich die Versuche, DDR-Vergangenheit auf eigene Weise zu reflektieren und selbstbestimmt zu verarbeiten.“<sup>34</sup>

Wie immer man zu der sogenannten Ostalgiewelle stehen mag, eins wird durch sie auf jeden Fall bekräftigt: Ein halbes Jahrhundert SBZ/DDR-Geschichte verschwindet nicht spurlos, es wirkt recht intensiv nach. Es war mehr als eine

33 Siehe dazu auch Gero von Randow: Wunderland DDR, in: Die Zeit, 1.10.2003, S.8.

34 Evemarie Badstübner (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S.7.

abschreckende Episode, die in der Nationalgeschichtsschreibung der Berliner Republik nur am Rande zu behandeln wäre. Nicht zuletzt mit der Ausstellung „Kunst in der DDR“ in der Neuen Nationalgalerie (2003) wurde deutlich, daß da etwas entstanden war, das Anspruch darauf hat, ein bleibender und gewichtiger Bestandteil der Nationalgeschichte, in diesem Fall der Kunstgeschichte, Deutschlands zu sein. Das Urteil ließe sich unschwer auf das Theater in der DDR ausdehnen, das, um Claus Peymann aus einem n-tv-Interview zu zitieren, „besser war als das bei uns im Westen“, sowie auf Literatur, Film und Fernsehen sowie andere Gebiete. Für viele wird im Rückblick - konfrontiert mit den Systemkrisen in der gegenwärtigen Bundesrepublik - klarer, daß der an sich selbst und den historischen Bedingungen gescheiterte Staatsozialismus in seinen eingeschränkten Möglichkeiten nicht nur mehr soziale Sicherheit, wenngleich auf begrenztem Niveau, zu bieten hatte, sondern auch auf nicht wenigen Gebieten wie Gesundheits-, Schulwesen, Frauenarbeit, Kinderbetreuung, Sportförderung durchaus Effektives und Modernes. Kurz: Es handelte sich um eine andere Gesellschaft mit einem eigenen Wertesystem, spezifischem Arbeits- und Alltagsleben. Es wirkte außerdem eine Tendenz des Auseinanderdriftens von System- und Lebenswelt, der vom Eigensinn geprägte Alltag, das soziale und kulturelle Leben waren immer inhaltsreicher und „besser“ als Politik und System, wobei auch dieses differenziert und sachlich einzuschätzen wäre. DDR-Geschichte kann nicht einfach auf Diktatur, Leben in der Diktatur und marxistisch-leninistische Ideologie reduziert werden. Es ist sehr zu begrüßen, daß schon seit längerem versucht wird, dem mit dem konzeptionellen Ansatz „Grenzen der Diktatur“ gegenzusteuern. Die Fixierung auf eine allmächtige Diktatur als Bezugspunkt, von dem man sich absetzt, bleibt gegeben und „begrenzt“ diese Grenzen wiederum. Beachtet man außerdem die jeweiligen Reichweiten und Grenzen von Demokratie einerseits und der spezifischen „realsozialistischen“ Diktatur andererseits, so standen sich BRD und DDR keineswegs nur in einem abstrakten Gut-Böse-Verhältnis von „Demokratie“ und „Diktatur“ gegenüber.<sup>35</sup> „Systemnähe“ schloß auch in der DDR die Möglichkeit für sinnerfülltes und ehrenwertes Leben nicht aus. Erst wenn in solcher Art an die deutsche Nachkriegsgeschichte herangegangen wird, kann es in der nunmehrigen Berliner Republik gelingen, der „inneren Einheit“ im Sinne eines Grundkonsenses im Rahmen der Pluralität den Boden zu bereiten.

---

35 In diesem Sinne auch hervorzuhebende Anklänge bei Lindenberger: „Beileibe nicht alles und jedes ist in Demokratien demokratisch geregelt, aber auch: nicht alles in der DDR war Diktatur.“ Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u.a. 1999, S.21.

## Zur 39. Linzer Konferenz der ITH

### Arbeit, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Weltssystem

Günter Benser

Auf ihrer vom 11. bis 13. September 2003 in Linz tagenden Konferenz untersuchte die ITH (International Conference of Labour and Social History) diesmal Platz und Rolle von Arbeiterbewegung und anderen sozialen Bewegungen unter den Bedingungen der Globalisierung. Wenn es noch eines Nachweises der Dringlichkeit und Aktualität dieser Thematik bedurft hätte, so wurde dieser durch Verlauf und Ausgang der gleichzeitig in Cancún zusammengetretenen, von heftigen Protesten begleiteten Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) geliefert.

*Berthold Unfried* (Österreich), der sich um die Vorbereitung dieser Konferenz verdient gemacht hatte, stellte gemeinsam mit *Marcel van der Linden* (Niederlande) erarbeitete Überlegungen zur Gesamthematik vor. Er benannte Prozesse, die für die gegenwärtigen - meist als Globalisierung bezeichneten - Entwicklungen charakteristisch sind, wie die Herauslösung von Produktion und Handel aus staatlicher Kontrolle, den unbeschränkten Kapitalmarkt und das Ausweichen von Kapitalgeignern infolge der sinkenden Profitrate in die Finanzmärkte, die Verlagerung von Produktionen an andere Standorte, die transnationalen Konzerne, die Revolution in den Informationstechnologien und die so möglich gewordene unverzügliche Kommunikation, die Einbindung neuer Regionen in den Weltmarkt u.a. Begleitet seien diese Trends von einer Homogenisierung der Kulturwelt, die der Standardisierung der Warenproduktion entspricht. Wie andere Redner nach ihm, so hielt auch Unfried die Zuordnung dieser welthistorischen Erscheinungen zu früheren Phasen der Internationalisierung, wie sie vor allem im Industriezeitalter hervortraten, für erforderlich. Während indes in zurückliegenden Zeiten diese Prozesse von einer stürmischen Entfaltung der Arbeiterbewegung begleitet waren, sei nunmehr in den Kernländern im Gegensatz zur dynamischen Entwicklung des Wirtschaftssystems eine Auflösung der Arbeiterbewegung zu beobachten. Unfried brachte dies mit der schwindenden Rolle des Nationalstaates in Verbindung, den die Arbeiterbewegung gebraucht und um dessen Ausgestaltung zum Wohlfahrtsstaat sie gekämpft habe. Heute hingegen sei der Faktor Arbeit gegenüber dem Faktor Kapital im Hintertreffen. Als Gegenpol zu den in internationale Gremien und Organisationen verlagerten Entscheidungsprozessen trete die Arbeiterbewegung nicht in Erscheinung. Dem internationalen Management stehen in der Arbeitswelt keine vergleichbaren transnationalen Kräfte gegenüber. Der Redner registrierte indes auch Aufschwünge der Arbeiterbewegung vor allem in Schwellenländern. So ergebe sich

ein Bündel von Fragen, nicht zuletzt das Problem, ob internationale Solidarität überhaupt noch möglich sei.

Zu diesen als Einführung für die gesamte Konferenz gedachten Thesen war keine spezielle Diskussion vorgesehen. So muß der Gesamtverlauf der Tagung herangezogen werden, um herauszufinden, ob beziehungsweise inwieweit die von Unfried vorgetragene These akzeptiert worden sind. Im großen und ganzen war dies zweifellos der Fall. Aber es gab auch andere Sichten beziehungsweise wurden relativierende Standpunkte geäußert. So wurde geltend gemacht, daß der Begriff Globalisierung eine von neoliberalen Interpreten bewußt und massiv in die öffentliche Meinung hineintransportierte, interessengeleitete Benennung gegenwärtiger kapitalistischer Tendenzen ist. Die Frage, wo die Trennlinie zwischen erwiesenen ökonomischen Tatbeständen und Vorgängen einerseits und neoliberaler Interpretation und Zweckpropaganda andererseits verläuft, wurde unterschiedlich beantwortet. Wiederholt kam zur Sprache, daß bestimmte Entwicklungen nicht erst in jüngster Zeit in Erscheinung getreten sind. Manche Konferenzteilnehmer beurteilten die Situation der Arbeiterbewegung optimistischer, machten Anzeichen dafür aus, daß der Tiefpunkt in den neunziger Jahren gelegen habe und inzwischen durchschritten sei. Im Diskurs der Tagung wurde der Begriff Globalisierung überwiegend zur Kennzeichnung jener turbokapitalistischen Tendenzen gebraucht, die vor allem für die letzten zwei/drei Jahrzehnte charakteristisch sind. Deshalb wird er auch in diesem Bericht – insofern keine Einschränkungen oder Ausdehnungen formuliert werden – so benutzt.

*Beverly J. Silver* (USA) untersuchte den Zusammenhang zwischen weltpolitischen Geschehnissen und Dynamik der Arbeiterbewegung, wobei sie von zwei Thesen ausging: 1. daß ein Zusammenhang zwischen Kriegen beziehungsweise welthegemonialen Übergängen und sozialen Verwerfungen mit daraus resultierenden Unruhen gegeben ist, 2. daß sich eine Beschleunigung der sozialen Prozesse beobachten läßt.<sup>1</sup>

Die Veranstalter hatten zu den Ausführungen von Silver einen Kommentar mit verknappter Redezeit angesiedelt – nämlich das eigentlich weitergreifende Angebot von *Günter Benser* und *Jürgen Hofmann* (Deutschland) zum Thema „Die langen Wellen der Globalisierung und die Arbeiterbewegung“. In gebotener Kürze trug J. Hofmann vor, daß die Erörterung des Zusammenhangs von Globalisierung und Arbeiterbewegung eines universalgeschichtlichen Zugangs bedarf, daß die Entwicklung der Arbeiterbewegung wesentlich im Spannungsverhältnis zwischen dem international umschgreifenden, nationale Schranken niederreisenden Industriekapitalismus und der Konstituierung von Nationalstaaten als Operationsfeld der Arbeiterorganisationen analysiert werden muß, daß bestimmte Konzepte der Arbeiterbewegung auch als Alternativstrategien zu langfristigen Globalisierungsschüben verstanden werden sollten.<sup>2</sup>

---

1 Dieser Beitrag ist im vorliegenden Jahrbuch-Heft abgedruckt und muß nicht eingehend referiert werden.

2 Siehe Jahrbuch S. xxx.

*Ilse Lenz* (Deutschland) behandelte Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in der Globalisierung. Sie verwies auf die Stereotypen: männlicher Normalarbeiter (der Frau und Kinder ernähren können sollte), informelle Arbeit (mit hohem Anteil des weiblichen Geschlechts) und Familienarbeit. Globalisierung wollte sie weniger als Struktur denn als Prozeß verstanden wissen, der widersprüchliche Wirkungen zeitigt. So verstetigen sich herkömmliche Geschlechterrollen wie das Abdrängen von Frauen in wenig qualifizierte und minderbezahlte Arbeit, aber zu registrieren seien auch Fortschritte, so auf dem politischen Feld zum Beispiel dank der globalen Charta der Frauenrechte oder im Anteil der Frauen an den neuen sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen. Generell schätzte Lenz die Einwirkung der UNO und bestimmter internationaler Gremien recht optimistisch ein, zumindest plädierte sie für die Nutzung dieser Möglichkeiten. Die Geschlechterfrage, die in Linz lange Zeit allenfalls als Spezialthema abgehandelt wurde, beginnt sich immer mehr als ein die verschiedensten Themen durchziehender Aspekt zu etablieren.

Im nächsten Themenblock wandte sich die Konferenz einzelnen Regionen zu. *Ricardo Aronskind* (Argentinien) stellte Entwicklungen in Argentinien und anderen lateinamerikanischen Ländern vor. Er konstatierte einen verhängnisvollen Bruch in deren ökonomischer Entwicklung. Während nach dem zweiten Weltkrieg ein längerer Abschnitt der Industrialisierung Wachstum brachte, kehrte sich später im Gefolge von Kreditaufnahmen und Verschuldungen sowie Rückzug des staatlichen Sektors der Wirtschaft die Situation um und zeitigte eine enorme Verschlechterung der Handlungsfähigkeit des Staates. Die Öffnung der Märkte führte zur Schwächung der Wirtschaften Lateinamerikas, zu hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen, zur Minderung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und zur Lähmung der Arbeitnehmer. Anhand von Beispielen demonstrierte Aronskind den ungebremsten Einfluß internationaler Konzerne, die sich auch staatlicher Beeinflussung bedienen. Konkret führte er an, wie die deutsche Botschaft und selbst Bundeskanzler Schröder aktiv wurden, um in Argentinien die Interessen von Siemens durchzusetzen. Der Referent erklärte abschließend, daß der absolute freie Markt keine Selbstregulierung hat. Sein Referat löste naturgemäß manche Fragen aus. So wurden Vergleiche mit anderen Ländern gewünscht. Für Kuba, dem Aronskind ein anderes Demokratieverständnis zubilligte, verwies er auf eine Reihe erfolversprechender ökonomischer Entwicklungen, so daß dieses Land eines der wenigen sei, das heute besser dastehe als vor fünf Jahren. Hinsichtlich des Beispiels Brasilien und der Rolle von Präsident Lula verwies er auf die komplizierten Bedingungen, die eine Kurswende sehr erschweren.

*Minje Zhang* (China) stellte seine Untersuchungen zur Rolle und Lage der Wanderarbeiter am Beispiel der Region Whenzou vor, wobei er sich auf fundierte soziologische Erhebungen stützte. Diese Migration könnte als ein innerchinesisches Problem angesehen werden, aber sie hängt mit der Öffnung Chinas zusammen, die mit dem Beitritt zur WTO eine neue Stufe erreichte, und sie betrifft etwa 1,6 Millionen Menschen. Anfangs entgegen staatlichen Verboten, schließlich mehr oder weniger geduldet, strömten und strömen große Teile der Landbevölkerung in die Städte, was einerseits erhebliche Rückwirkungen für den ländlichen Raum auslöste,

andererseits spezifische, sich über weite Teile Chinas verbreitende Strukturen und Aktionen der Whenzou-Immigranten hervorbrachte.<sup>3</sup> In der Diskussion hatte der Referent unter anderem die Rolle der Ein-Kinder-Familie in China zu erklären. Er warb um Verständnis für dieses Konzept, bei dessen Durchsetzung sich Lockerungen zeigen würden.

Die nächsten Referenten wandten sich den neuen sozialen Bewegungen und den Nichtregierungsorganisationen zu. *Peter Newell* (Großbritannien) schilderte Beispiele und Erfahrungen dieser Bewegungen und empfahl, daß die jüngere politische Umweltbewegung und die ältere Arbeiterbewegung von einander lernen sollten. Im Unterschied zur Arbeiterbewegung sei die Umweltbewegung von Anfang an eine global denkende und handelnde Bewegung gewesen. Als Felder des Handelns benannte der Referent unter anderen Kampagnen gegen die katastrophalen Ausbeutungsverhältnisse in unterentwickelten Ländern, für globale Regulierungen, für Einhaltung schon vorgegebener Standards, gegen die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen. Newell vermittelte zugleich an einer Reihe praktischer Erfahrungen, wie sie mit internationalen Vernetzungen, Kontrollen und Boykotten gesammelt wurden. Soziale Gerechtigkeit und saubere Umwelt - das sollten die zentralen Forderungen von heute sein. Für manche sicher überraschend, belegte die Diskussion, daß Nichtregierungsorganisationen in Indien den bislang größten Einfluß und einen den Gewerkschaften vergleichbaren Status erreicht haben. Betont wurde die Notwendigkeit neuer UNO-Konventionen.

Hatten andere Referenten meist analytisch auf die Globalisierung und die sozialen Bewegungen geschaut, so konnte *Leo Gabriel* (Österreich) aus einem großen Schatz praktischer Erfahrungen als Aktivist solcher Bewegungen und Berater internationaler Gremien schöpfen. Er trug die schärfste und prinzipiellste Kritik an den heutigen Verhältnissen vor. „Wir müssen uns nicht von der Dampfwalze der Globalisierung überfahren lassen“ – so seine Worte. Es ginge nicht darum, die Welt zu verändern, sondern sie neu zu erfinden. Denn die unter nationalstaatlichen Bedingungen entwickelten Lösungsansätze griffen heute nicht mehr. Gabriel lenkte die Aufmerksamkeit auf neue Ansätze, wie sie sich in der Solidarökonomie oder in zivilgesellschaftlichen Praktiken der Mitbestimmung zeigen. Er verfocht den Standpunkt, daß ein menschenwürdiges Dasein für alle möglich sein muß und daß die Schuldigen an der gegenwärtigen Weltmisere zu zahlen haben. So kündigte er auch eine alternative Grundsatzerklärung des Europäischen Sozialforums zum EU-Verfassungsentwurf an. Er thematisierte nochmals die auch in anderen Zusammenhängen diskutierte Frage nach der Legitimität oder Repräsentativität der mehr oder weniger organisierten und strukturierten Antiglobalisierungsbewegungen. Für ihn beantwortete sich diese Frage dahingehend, daß wer sich aktiv beteiligt mehr Einfluß haben muß, als sie die bloße Repräsentation bietet.

Der letzte Themenkomplex vereinte Beiträge, die sich vor allem mit der Gewerkschaftsbewegung, ihrer Rolle und ihren Möglichkeiten in einem

---

3 Einen Beitrag von Minje Zhang zu diesem Thema siehe in *Utopie kreativ*, Berlin, 2004.

globalisierten Weltsystem befaßten. Das tangierte wiederholt auch die Frage, ob internationale Solidarität heute noch möglich sei.

*Andy Herods* (USA) behandelte die Auswirkungen der Transformationsprozesse der Gewerkschaften in ehemaligen Ostblockstaaten, wofür es zwei Erklärungsmuster gäbe: Zum einen als Hinwendung zur westlichen Demokratie und deren Gewerkschaftstyp. Zum anderen als Rückkehr deformierter Organisationen zu ihren Ursprüngen. Bei genauerer Betrachtung passen die konkreten Entwicklungen wohl so richtig in keines dieser Muster. Jedenfalls ergibt sich ein differenziertes Bild gewerkschaftlicher Organisiertheit und Aktivität. Auch sind die Unterschiede von Land zu Land erheblich. Diese Gewerkschaften würden zwischen zwei Stühlen sitzen, indem sie die Einführung der Marktwirtschaft befördern und zugleich die Interessen der Lohnabhängigen vertreten sollen. Zu Recht wurde darauf verwiesen, daß der neu erstehende Kapitalismus dieser Länder nicht mit den westlichen kapitalistischen Gesellschaften gleichgesetzt werden kann. An dieser interessanten, aber etwas abstrakten Außensicht wurde bemängelt, daß in ihr die eigentlich Betroffenen kaum vorkamen. Mit Globalisierung hatte diese Beschreibung nur insofern zu tun, als der Zusammenbruch des Ostblocks von der Tatsache zeugt, daß hier Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Globalisierung nicht gemeistert wurden und daß bei den sich anschließenden Transformationen westliche Einflüsse sehr stark zur Geltung kamen, wobei auch westliche Gewerkschaften kräftig mitmischten. Wie schon auf früheren Tagungen wurde ersichtlich, daß die Vorgänge in Ländern des „sozialistischen Weltsystems“ auch nach dessen Untergang noch auf längere Zeit einer spezifischen Analyse und Bewertung bedürfen und daß diese nicht allein von außen geleistet werden kann.

*Jeffrey Harrod* (Niederlande), jahrzehntelang Berater des Internationalen Chemiarbeiterverbandes, warf als Vertreter der politischen Ökonomie die Frage auf, ob Gewerkschaften global handeln können. Er stellte sich als „globalen Skeptiker“ vor und erklärte eingangs etwas provokant, Globalisierung gäbe es gar nicht, viele Argumente seien nicht stichhaltig, denn das Kapital sei nicht so mobil, wie behauptet wird, und es habe auch eine Nationalität, in der Regel die der USA oder Großbritanniens. Man könne daher die modernen Prozesse nur bedingt als Globalisierung bezeichnen, vieles sei gemanagt, auch die Wissenschaft und die öffentliche Meinung. Bezüglich der gewerkschaftlichen Aktion habe es in den letzten fünfzig Jahren drei Phasen gegeben: 1. die Phase nach dem zweiten Weltkrieg, als ein dreiseitiger Kooperatismus dominierte und sich der Wohlfahrtsstaat entwickelte, 2. die Zeit, als die Kooperation ein internationales Level erreichte und die Ökonomie noch ein organisiertes Dasein führte, 3. die gegenwärtige Phase, in der die Einflüsse der ersten Phase abgeschwächt sind und die Möglichkeiten der zweiten Phase durch Borniertheit reduziert werden. Im Weiteren verwies er darauf, daß Solidarität eine Gemeinsamkeit von Interessen voraussetze, entweder in den unmittelbaren Interessenlagen (was zunehmend weniger der Fall ist) oder auf der Makroebene (als Interesse am Frieden, an der Umwelt, an sozialer Gerechtigkeit). Für eine Mobilisierung von Werktätigen seien demzufolge getrennte Ansätze zu empfehlen.

*Willy Buschak* (Irland) behandelte Beispiele erfolgreichen internationalen Zusammenwirkens der Gewerkschaften in der Vergangenheit und sah auch für die Gegenwart Gestaltungsmöglichkeiten. Als frühen Erfolg verwies er auf den wirkungsvollen Boykott einer Schweizerischen Schokoladenfirma, der schon Anfang der zwanziger Jahre zu einem Vertrag mit einem internationalen Gewerkschaftssekretariat führte. Buschaks besonderes Anliegen war es, die Verdienste des Sekretärs der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Edo Fimmen zu würdigen, der als einer der ersten die Rolle internationaler Konzerne erkannte und über Gegenstrategien nachdachte. Fimmen wollte einen kraftlosen Internationalismus überwinden und Betroffene zusammenführen. Der Verweis auf Fimmen war auch insofern bemerkenswert, als die Debatte ansonsten ziemlich entpersonalisiert ablief. Da Buschak für die Gegenwart Chancen für einen Dialog zwischen Gewerkschaften und internationalen Konzernen konstatierte – die ersten grenzüberschreitenden Tarifvereinbarungen würden in Gang kommen –, stellten einige Debattenredner prinzipielle Fragen nach dem Selbstverständnis der Gewerkschaften, nach ihrer emanzipatorischen Verantwortung, nach ihrem Verhältnis zur eigenen Geschichte und nach der Vision einer gerechten Weltordnung.

*Marcel von der Linden* (Niederlande) bot ebenfalls eine Phaseneinteilung der Gewerkschaftsentwicklung an, diesmal bezogen auf ihr Verhältnis zu Nationalem und Internationalem. So unterschied er die Konstituierungsphase (bis 1848), einen subnationalen Internationalismus (1848-1870/71), eine Konsolidierung auf nationaler Ebene (70er bis 90 Jahre des 19. Jahrhunderts), eine Zeit des nationalen Internationalismus mit internationalen Produktions- und Verkehrsbeziehungen und internationalen Organisationsformen der Gewerkschaften (90er Jahre des 19. Jahrhunderts bis 60er Jahre des 20. Jahrhunderts), eine vorwiegend eurozentrische transnationale Phase, die nun zu Ende gehe, so daß wir am Vorabend einer 6. Phase stünden. Diskussionsredner hielten dies für ein ziemlich grobes Raster, in dem solche welthistorische Tatsachen wie die beiden Weltkriege, die Entstehung zweier Lager mit unterschiedlichen Gewerkschaftstypen u.a.m. eingegeben sind. Überdies lief bei van der Linden „national“ auf „nationalstaatlich“ hinaus. Die Vielvölkerstaaten – die „reinen“ Nationalstaaten kommen ja in der historischen Realität kaum vor – waren bei ihm gar nicht explizit im Blickfeld.

*John French* (USA) sprach über Tradeunionismus und den Kampf um die Umgestaltung des Welthandels. Der Zusammenhang zwischen Arbeiterklasse und Handel sei bisher vernachlässigt worden und die Gewerkschaftspositionen seien nicht hinreichend fundiert. Es gehe nicht nur um Arbeiterrechte, sondern um Sozialklauseln, womit auch der UNO eine große Rolle zukomme. Gegenwärtig existieren etwa 120 Konventionen, die aber nicht einklagbar sind. Erfolg verspreche nur die Verbindung des Kampfes „von unten“ mit der Ausnutzung und Ausfüllung der internationalen Konventionen als Kampf „von oben“.

Den Versuch einer knappen Zusammenfassung unternahm *Peter Waterman* (Niederlande). Eine Zusammenfassung dieser Zusammenfassung ließe sich etwa wie folgt formulieren: Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen sollten

zusammengeführt werden. Beachtung verdient Arbeit in jeder Form, denn zu einem hohen Prozentsatz handelt es sich heute um „untypische“ Arbeit. Die Arbeiterbewegung, die das allgemeine Wahlrecht erfochten hat, muß auch heute als Bürger- und Demokratiebewegung in Erscheinung treten. Anzustreben ist ein „aufgeklärter“ Internationalismus. Solidarität erfordert die Beantwortung der Fragen „wer mit wem?“ und „wie weit gehend?“ Gegen Neoliberalismus und Neokonservatismus sind auch Utopien vonnöten.

Am Abend des 12. September fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Politische Antworten auf die ‚Globalisierung‘“ statt, auf das hier nicht näher eingegangen werden soll, denn in der Summe unterschieden sich die hier geäußerten Standpunkte und Differenzen kaum vom Diskurs der eigentlichen Tagung. Leider war es der ITH nicht gelungen, für dieses Podium ein über den Kreis der Konferenzteilnehmer hinausgreifendes Publikum zu erschließen.

Die am Vorabend der Konferenz zusammengetretene Generalversammlung der ITH bestätigte die Berichte der Geschäftsführerin und des Kassierers und entlastete den alten Vorstand. Die Gremien der ITH (Ehrenkomitee, Präsidentin, Vizepräsidenten, Geschäftsführerin, Kassierer und Stellvertreterin, Internationaler Wissenschaftlicher Beirat, Kontrolleure) wurden weitgehend in bewährter Besetzung wiedergewählt. Als Thema der 40. Konferenz (2004) wurde bestätigt: Entwicklung und Zukunft sozialer Sicherungssysteme. Für die 41. Konferenz ist anvisiert: Individuelle und kollektive Biographien in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitteilenswert ist, daß der bereits zu DDR-Zeiten gestiftete René-Kuczynski-Preis künftig im Rahmen der ITH verliehen werden soll. Für die nächste Generalversammlung wurde eine Grundsatzdebatte über die Situation und die Perspektiven der ITH angekündigt, deren Notwendigkeit sowohl aus der finanziellen Lage heraus als auch mit einer nicht befriedigenden Verjüngung und Erneuerung der ITH begründet wurde. Alle Mitgliedsorganisationen der ITH sind aufgerufen, sich frühzeitig mit ihren Vorstellungen und Vorschlägen in diese Debatte einzubringen.

# Arbeiterbewegung, Globalisierung und Weltpolitik: Dynamik der Gegenwart in welthistorischer Sicht

Beverly J. Silver\*

## *Einleitung*

Während der letzten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts war die sozialwissenschaftliche Literatur nahezu einmütig der Ansicht, die Arbeiterbewegungen befänden sich in einer ernsten, von manchen für endgültig gehaltenen allgemeinen Krise. Die aktuellen öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskussionen zur Globalisierung unterstrichen in den 1980er und 1990er Jahren hauptsächlich die desorganisierende und schwächende Auswirkung der Globalisierungsprozesse auf die etablierten Arbeiterbewegungen. Um die Jahrtausendwende verwiesen Beobachter hingegen in wachsender Anzahl auf den Aufschwung der Arbeiterbewegungen, der sich insbesondere - von Seattle bis Genua - als zunehmender Massenwiderstand gegen von der aktuellen Globalisierung verursachte Verwerfungen zeigte. Doch als in unmittelbarer Nachwirkung des 11. September 2001 weltweit Demonstrationen und Streiks abgebrochen wurden, erhoben sich Fragen nach der Zukunft jener Bewegungen, die anscheinend starken Auftrieb bekommen hatten. Nur fünfzehn Monate später wurden am 15. Februar 2003, als der Irak-Krieg drohte, Demonstrationen von welthistorischer Größe unter starker Teilnahme der Arbeiterbewegung veranstaltet. Mehr noch als das Ausmaß der einzelnen Demonstrationen beeindruckte die globale Planung und Koordinierung, die offensichtlich wurde, als weltweit in Hunderten Städten gleichzeitig Demonstrationen stattfanden.

In Untersuchungen über Globalisierung und Arbeiterbewegungen neigten die Autoren dazu, vorwiegend auf weltwirtschaftliche Prozesse einzugehen, um sowohl die Krise der Arbeiterbewegungen in den 1980er Jahren als auch ihren erneuten Aufschwung am Ende der 1990er Jahre zu erklären. Das Auf und Ab der letzten beiden Jahre machte uns aufmerksamer dafür, welche zentrale Rolle Krieg und Weltpolitik in der Dynamik globalen Aufbegehrens der Arbeiter- und Sozialbewegungen spielen. Die zentrale Bedeutung weltpolitischer Prozesse und die Wechselbeziehung zwischen Krieg und sozialem Protest sollten kaum als Überraschung erscheinen. In der Tat gibt es in der Forschungsliteratur zu Arbeiterfragen (und allgemein in der sozialwissenschaftlichen Literatur) seit langem

---

\* Anschrift der Autorin: Beverly J. Silver, Sociology Department, Johns Hopkins University, Baltimore, MD 21218, USA. E-Mail: silver@jhu.edu

Der Beitrag wurde für die Internationale Konferenz zur Arbeiter- und Sozialgeschichte ITH (Linz, Österreich, 11.-14.9.2003) verfaßt. Das Thema der Konferenz lautete: „Arbeiter- und neue Soziale Bewegungen im globalisierten Weltsystem“. Er wird hier – in deutscher Übersetzung – mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Veranstalter gedruckt. Die Originalfassung erscheint im Protokoll der Konferenz im Herbst 2004.

eine Traditionslinie, die innere und internationale Konflikte in Verbindung bringt.<sup>1</sup> Der „vermutliche Nexus von zivilem Konflikt und internationalem Konflikt“ ist, wie Michael Stohl angab, „eine der ehrwürdigsten Hypothesen in der sozialwissenschaftlichen Literatur“.<sup>2</sup>

Ausgehend von rezenten empirischen Forschungen<sup>3</sup> werden in diesem Beitrag zwei Thesen zum Verhältnis zwischen Krieg und Arbeiteraktionen aufgestellt. Erstens: Es gab wirklich einen engen Zusammenhang zwischen globalem Krieg und globalen Arbeiter- und sozialen Protesten, der sich in der atlantischen Welt bis in die Kriegs- und Revolutionszeit des späten 18. Jahrhunderts zurückverfolgen läßt. Insbesondere waren Perioden des Hegemoniewechsels in der Welt von einem „Teufelskreis“ gekennzeichnet, worin Kriege und soziale Kämpfe einander aufschaukelten. Zweitens: Von Periode zu Periode des Hegemoniewechsels in der Welt zeigt sich eine „Beschleunigung der Sozialgeschichte“. Von einem Hegemoniewechsel zum nächsten wuchsen nicht nur der geographische Umfang und das Ausmaß des „Teufelskreises“ von Krieg und Arbeiter- und sozialen Protesten, sondern es verstrich auch weniger Zeit, bevor der Krieg derartige Massenaktionen auslöste. Ich werde behaupten, daß wir aus diesen früheren Mustern wichtige Lehren für das Verständnis der gegenwärtigen Dynamik ziehen können.

Ich werde in drei Schritten vorgehen. Im ersten Abschnitt werde ich etwas auf meine rezente empirische Forschung zur welthistorischen Dynamik der Arbeiteraktionen<sup>4</sup> eingehen, um den „Teufelskreis“ von Krieg und Arbeiteraktionen (und, allgemeiner gesehen, von sozialen Protesten), der die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichnete, zu beschreiben. Im zweiten Abschnitt des Beitrags werde ich auf rezente vergleichende Forschungen zum Wechsel von niederländischer zu britischer Welthegeemonie im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert sowie zum Wechsel von britischer zu USA-Welthegeemonie im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eingehen.<sup>5</sup> Der ausgedehntere Zeithorizont der Analyse wird uns sowohl die Wiederkehr eines „Teufelskreises“ von Krieg und Massenprotest bei beiden Wechseln sowie die Zunahme von Umfang, Ausmaß und Tempo des „Teufelskreises“ von Wechsel zu Wechsel sichtbar machen. Der letzte Abschnitt des Beitrags wird mit den Konsequenzen dieser früheren Muster für das Verständnis der

1 Zu ausführlichen Übersichten über diese Literatur siehe Jack Levy, „The Diversionary Theory of War: A Critique“, in verm. Manus M. Midlarsky (Hg.): *Handbook of War Studies*, London, Allen and Unwin 1989, S.258-288; Jack Levy: „The Causes of War and the Conditions of Peace“, in: *Annual Review of Political Science*, I, 1998, S.139-165; Michael Stohl: *The Nexus of Civil and International Conflict*, in: Ted Gurr (Hg.): *Handbook of Political Conflict: Theory and Research*, New York, The Free Press 1980, S.297-330.

2 M. Stohl: *The Nexus*, S. 297. Stohl verweist auch auf die ausgedehnte Debatte um die genaue Form dieses Nexus sowie um dessen raum-zeitliche Relevanz. Wir werden auf diese Punkte zurückkommen.

3 Siehe Beverly J. Silver: *Forces of Labor: Workers' Movements and Globalization Since 1870*, Cambridge University Press 2003, sowie Giovanni Arrighi/Beverly J. Silver (mit I. Ahmed, K. Barr, S. Hisaeda, P.K. Hui, K. Ray, T. Reifer, M. Shih, E. Slater): *Chaos and Governance in the Modern World System*, University of Minnesota Press 1999.

4 Siehe B.J. Silver, *Forces of Labor*.

5 Siehe G. Arrighi/B.J. Silver, *Chaos and Governance in the Modern World System*, insbes. Kapitel 3.

aktuellen Dynamik von Krieg, Weltpolitik und Arbeits- bzw. sozialem Konflikt schließen.

*Arbeiterbewegung, Krieg und Weltpolitik im 20. Jahrhundert*

Abbildung 1 zeigt eine Zeitreihe der jährlichen Anzahl von Zeitungsberichten über Arbeiteraktionen in der Welt von 1870 bis zur Gegenwart. Die Ziffern beruhen auf der Datenbank der *World Labor Group*, die alle entweder in *The New York Times* oder in *The Times* (London) gemeldeten Kampfaktionen der Arbeiterbewegung (z.B. Streiks, Demonstrationen) für den Zeitraum von 1870 bis 1996 erfaßt.<sup>6</sup>

Der auffallendste Zug in Abb. 1 ist die Wechselbeziehung zwischen den weitweiten Arbeiteraktionen und den beiden Weltkriegen - mit zunehmenden Arbeiteraktionen je am Vorabend beider Weltkriege, scharfem Rückgang bei Kriegsausbruch und explosivem Anschwellen im Nachkrieg. Die beiden höchsten Spitzen der weltweiten Arbeiteraktionen liegen in den Jahren unmittelbar nach den beiden Weltkriegen. Die Jahre 1919 und 1920 sind die Spitzenzeit der Zeitreihe mit insgesamt 2.720 bzw. 2.293 Berichten. Die nächsthöhere Spitze ergeben 1946 und 1947 mit insgesamt 1.857 bzw. 2.122 Berichten.

Die ersten Kriegsjahre gehören zu den Tiefpunkten der Zeitreihe. 1915 gibt es nur 196 Berichte, 1940 und 1942 nur 248 bzw. 279. Schließlich zeigen die unmittelbaren Vorkriegsjahre rasch anschwellende Arbeiteraktionen, die zu lokalen Spitzen in der Zeitreihe führen. So steigen im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg die Anzahlen gemeldeter Arbeiteraktionen von 325 für 1905 auf 604 für 1909 und 875 für 1913. Desgleichen steigen die Anzahlen gemeldeter Arbeiteraktionen im Jahrzehnt vor dem Zweiten Weltkrieg (von 859 für 1930 auf 1.101 für 1934 und 1.186 für 1938).<sup>7</sup>

Abb. 1 liefert somit eindrucksvolle augenscheinliche Belege für das Bestehen einer starken Verbindung zwischen Weltkriegen und weltweiten Arbeiteraktionen. Wegen der starken Verbindung zwischen Arbeiterbewegungen und anderen ausschlaggebenden Bewegungen des 20. Jahrhunderts (insbesondere den gesellschaftlich-revolutionären und den nationalen Befreiungsbewegungen) liefert Abb. 1 auch augenscheinliche Belege für das Bestehen eines Zusammenhangs zwischen Weltkriegen und umfassenderen weitweiten sozialen Kämpfen.<sup>8</sup>

---

6 Die Datenbank erfaßt nur die *internationalen* Berichte aus diesen beiden Zeitungsquellen. Daher wurden Berichte über Arbeiterkämpfe im Vereinigten Königreich nicht in die Datensammlung aus der Londoner Times aufgenommen, desgleichen nicht Berichte über Arbeiterkämpfe in den USA in die Datensammlung aus der New York Times. Zu einer ausführlichen Diskussion der beim Aufbau dieser Datenbank angewandten Verfahren und zu Einschätzungen ihrer Verlässlichkeit siehe B.J. Silver, *Forces of Labor ...*, insbesondere Anhang A.

7 Siehe B.J. Silver, *Forces of Labor*, insbes. Kapitel 4, zu einer vollständigeren Diskussion der in Abb. 1 sichtbaren Muster von Arbeiteraktionen und ihrer bestmöglichen Interpretation.

8 Zu den Verbindungen zwischen Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt siehe B.J. Silver, *Forces of Labor*, S.145-149. Zu der Tendenz der Datenbank der *World Labor Group*, politisch bedeutsame Arbeiterkämpfe „einzufangen“ und damit auch Trends in umfassenderen sozialen Kämpfen anzuzeigen, siehe ebenda, Anhang A.

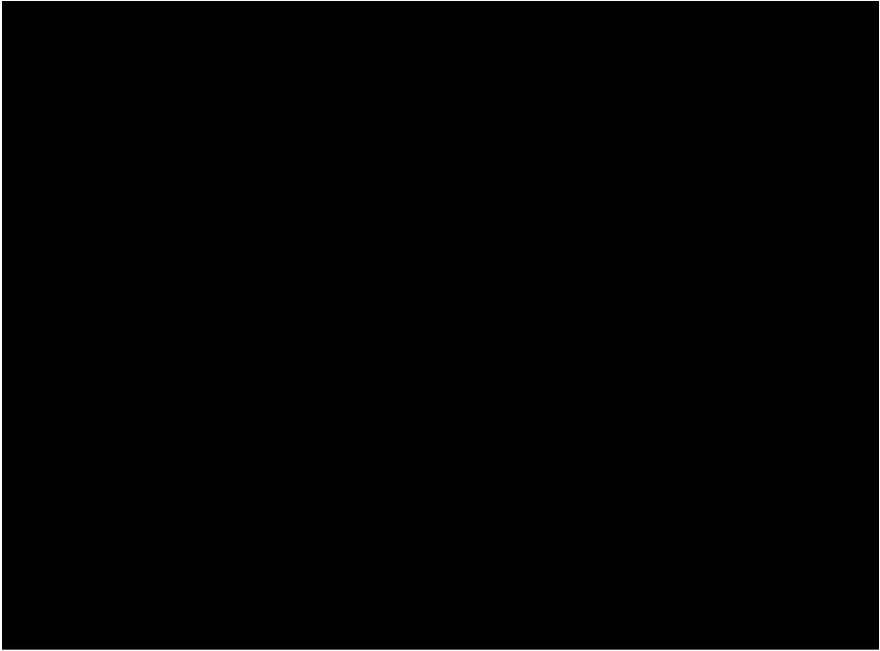


Abbildung 1: Arbeiteraktionen in der Welt 1870-1996

*[Randzeile links, schlecht lesbar]*

Meldungen von Arbeiteraktionen (Monatsmittel über 3 Jahre)

*[Fußzeilen, untereinander:]*

Jahr

(Quelle: Beverly J. Silver, *Forces of Labor: Worker's Movements and Globalization Since 1870*, Cambridge University Press 2003, S. 126)

In seiner Literaturübersicht zum Nexus von internationalen und inländischen Konflikten hat Stohl drei in der wissenschaftlichen Literatur verbreitet aufgetretene Unterarten der „Nexus“-Hypothese ausgewiesen, wonach

1. Kriegsteilnahme den sozialen Zusammenhalt auf nationaler Ebene festigt und somit inneren Frieden herbeiführt;
2. Kriegsteilnahme die sozialen Konflikte auf nationaler Ebene verschärft und die Aussichten einer Revolution steigert und
3. soziale Konflikte auf nationaler Ebene Regierungen eher zur Kriegsteilnahme bewegen.

Seltsamerweise können die Muster von Arbeiteraktionen in Abb. 1 als Stützen für alle drei Hypothesen interpretiert werden. Ihre scheinbare Widersprüchlichkeit verschwindet, wenn wir sie in unterschiedlichen Zeitbezügen sehen. Das heißt, die Hypothese 3 (die vielgenannte Sündenbock- oder Ablenkungshypothese) beschreibt am besten den zu den Weltkriegen führenden Zeitraum; die Hypothese 1 (die Krieg und sozialen Zusammenhalt verknüpft) ist besonders zutreffend für die Anfangszeit der Feindseligkeiten; dagegen ist Hypothese 2 (die Krieg und Revolution verknüpft) besonders zutreffend für die Folgezeit der Weltkriege. Diese Kombination ergab den unbeständigen Charakter der Arbeiter- und anderen sozialen Kämpfe während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Dieser Unbeständigkeit der Arbeiteraktionen unterlagen zwei Trends: erstens die Stärkung der Verhandlungsmacht der Arbeiter am Arbeitsplatz und gegenüber den jeweiligen Regierungen; zweitens die Bemühungen der Regierungen, die Stärken der Arbeiterbewegung sozusagen durch zunehmende Sozialisierung des Staates kontrolliert nutzbar zu machen. In scharfem Kontrast zu 1848 oder 1871 wurde während des Aufschwungs der Arbeiteraktionen im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert nur zeitweise versucht, diese durch Repression unter Kontrolle zu bringen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die Industriearbeiterklasse enorm an Umfang und Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig unterhöhlten verschiedene technologisch-organisatorische Wandlungen sowohl den Handwerkerstatus als auch den „Konsens“ der „Arbeiteraristokratie“, was Facharbeiter zur Annäherung an die wachsenden Reihen der Ungelernten bewog. Die Reaktionen reichten von aufsehenerregendem Wachstum der Gewerkschaften in Britannien über gewaltsamen Klassen„krieg“ in den USA bis zum phänomenalen Kraftzuwachs der Arbeiterpartei in Deutschland.

Teils als Reaktion auf die Militanz der Arbeiterbewegung ergriffen, wie Karl Polanyi schreibt, in der Endzeit der Großen Depression des späten 19. Jahrhunderts „alle westlichen Staaten... unabhängig von der nationalen Mentalität oder Geschichte“ Maßnahmen zum Schutz der Bürger vor den Verwerfungen, die ein selbstregulierender Markt anrichtete.<sup>9</sup> Soziale Sicherungssysteme wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung waren Bestandteile der umfassenderen Entwicklung eines klassenübergreifenden Bündnisses für einen starken und aktiv intervenierenden

---

9 Siehe Karl Polanyi: *The Great Transformation*, Beacon Press [1944] 1957, S.216f. (dt. *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1990, S.290).

Staat. Die scharfe Konkurrenz, Merkmal der Großen Depression, hatte in allen Segmenten des Klassenspektrums und der Wirtschaft Rufe nach Schutzmaßnahmen ausgelöst. Zur Zeit des Berliner Kongresses von 1878 waren sich die nationalen Bourgeoisien Kontinentaleuropas bereits mit den agrarischen Eliten eins in der Forderung, der Staat solle tätig werden, um exklusive Einfluszbereiche, geschützte Märkte und bevorzugte Zufuhrquellen zu sichern. Desgleichen führte in den USA die Depression von 1893, die Industrie wie Landwirtschaft schädigte und zudem verbreitet soziale Unruhe auslöste, schließlich dazu, daß führende Geschäftsleute und Staatsmänner des Landes „die Expansion in Übersee als strategische Lösung für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nation“ akzeptierten.<sup>10</sup>

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wurden somit Innen- und Außenpolitik zunehmend miteinander verquickt. Unruhe im Inland wurde zu einem Motiv der Expansion im Ausland. Zugleich wurden die Herrscher in bezug auf imperiale Expansion und Krieg immer mehr von der aktiven Kooperation ihrer Bürger abhängig.<sup>11</sup> Mit der immer stärkeren Industrialisierung des Krieges im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert<sup>12</sup> wurden obendrein die Arbeiter zu kritischen Rädern in der Kriegsmaschinerie, und dies nicht nur an der Front, sondern auch in den Fabriken und dem zugehörigen Transportsystem. Erfolgreiche Kriegführung erforderte mehr und mehr die Unterstützung der Arbeiter als Staatsbürger. Die Erweiterung der demokratischen und Arbeiterrechte sollte die Loyalität der Arbeiterklasse sichern und das Gespenst revolutionärer Unruhen bannen. Doch wegen der Destruktivität der modernen Kriegführung war das bestenfalls eine instabile Lösung.

Zur Jahrhundertwende hatten die Herrschenden begriffen, daß kleine siegreiche Kriege „Ablenkung“ schaffen und die Regierungen entlasten können. Beispiele dafür waren der Spanisch-amerikanische Krieg (für die Vereinigten Staaten) und der Südafrikanische Krieg (für das Vereinigte Königreich). Doch die revolutionären Aufstände, die das Russische Reich nach der Niederlage gegenüber Japan von 1905

10 William A. Williams: *The Roots of the Modern American Empire: A Study of the Growth and Shaping of Social Consciousness in a Marketplace Society*, New York, Random House 1969, S.41.

11 Siehe Charles Tilly: *Coercion, Capital and European States, A.D. 990-1990*, Blackwell 1990, sowie Michael Mann: *States, War and Capitalism*, Blackwell 1988. Vor dem 19. Jahrhundert bedienten sich Staaten vorwiegend bezahlter Söldner und „herrschaftlicher“ Befehlshaber, um Kriege zu führen, und diese konnten sich jahrelang hinziehen, ohne massive soziale Unruhen auszulösen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten die Staaten Nationalismus und Patriotismus als neue zivile Religion und Basis für die Mobilisierung von Soldaten als Staatsbürger. Die Mobilisierung von Bürgerarmeen während der napoleonischen Kriege war ein erstes Vorzeichen künftiger Dinge – ein Vorzeichen, das Europas Herrscher nach dem Krieg bewog, die Versuche zu beenden und wieder Armeen im alten Stil aufzustellen. William McNeill zufolge überzeugten die Erfahrungen der Kriegführung in der Revolutionsepoch die Herrscher Europas davon, daß „die grimmige Energie der französischen Eingezogenen von 1793-1795 und der nationalistische Feuereifer mancher deutscher Bürgersoldaten von 1813-1814 die angestammten Autoritäten ebensogut anfechten wie bekräftigen und festigen konnten“. Als die Herrscher Europas wieder Armeen alten Stils aufstellten, scheuten sie davor zurück, „die Tiefe der nationalen Energie auszuschöpfen, die die Revolutionsjahre offenbart hatten“. Sie hielten jedoch auch „das Gespenst revolutionärer Unordnung unter Kontrolle“ (William McNeill, *The Pursuit of Power*, University of Chicago Press 1982, S.221).

12 Siehe W. McNeill, *The Pursuit of Power*, Kap. 7-8.

erschütterten, zeigten auch den möglichen Bumerangeffekt verlorener (oder sonstwie unpopulärer) Kriege. Die erste Reaktion auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, das Scharen unter die Fahne und die am Kriegsende und im Nachkrieg folgende Revolutionswelle hoben beide Punkte deutlich hervor.

Die Verquickung der innen- und außenpolitischen Dynamik vertiefte sich nach dem Crash von 1929. Die folgenden unterschiedlichen nationalen Experimente (New Deal, sowjetischer Fünfjahrplan, Faschismus und Nazismus) besaßen zwei gemeinsame Merkmale. Erstens verwarfen sie die Grundsätze des Laissez faire; zweitens betrieben sie rasche industrielle Expansion im Bestreben, die vom Versagen des Marktsystems verursachten sozialen und politischen Krisen und insbesondere die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden.<sup>13</sup> Aber die rasche industrielle Expansion linderte die Arbeitslosigkeit nur, indem sie andere innen- und außenpolitische Spannungsquellen speiste. Zuallererst verstärkte sie den Drang, neue Märkte und neue Rohstoffquellen zu suchen. Dieser Drang führte wiederum zur erneuten Eskalation inter-imperialistischer Rivalitäten, als die Großmächte exklusive und geschützte Einflußbereiche in Übersee suchten. Und als die inter-imperialistischen Rivalitäten wieder einsetzten, verstärkte sich, wegen der nun bestehenden engen Zusammenhänge zwischen industriellen und militärischen Potenzialen, der Drang zu industrialisieren. Der Teufelskreis von internationalem und inländischem Konflikt kam wieder in Gang.<sup>14</sup>

Der geographische Umfang dieser zweiten Runde des Teufelskreises war weit größer als bei der ersten. Die Arbeiteraktionen und revolutionären Erhebungen erfaßten nach dem Zweiten Weltkrieg einen weit größeren Teil des Erdballs. Teils schon im Ersten Weltkrieg, besonders jedoch seit dem Vorabend des Zweiten Weltkrieges waren Kolonien und Halbkolonien eng in die Versorgungsstrukturen der imperialen Mächte (als Menschen- und Materiallieferanten) eingebunden. Arbeiter in Exportenklaven und zugehörigen Transportsystemen bezogen strategische Stellungen in der Ressourcen-Bedarfsstruktur der imperialen Mächte. Führende Nationalisten, die die wachsende strategische Bedeutung der Massen erkannten, bemühten sich bewußt darum, Arbeiter- und Bauernbewegungen in den Unabhängigkeitskampf einzugliedern. Um die Arbeiteraktionen während der Dauer des Krieges unter Kontrolle zu halten, versprachen die Kolonialmächte, die Rechte der Arbeiter zu erweitern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten Kampffaktionen der Arbeiterbewegung und revolutionäre Erhebungen weltweit wieder Spitzenwerte. Seit dem Sieg der Kommunisten in China (1949) rückte das Problem der Unterdrückung oder Entschärfung der sozial-revolutionären Herausforderung aus der nicht-westlichen Welt in den Mittelpunkt der Globalstrategien der neuen Welthegegemonialmacht USA. Bis 1949 hatte sich die Aufmerksamkeit auf Europa konzentriert; ein Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium der USA hatte 1947 dem Präsidenten Truman berichtet, dort stünden „die meisten ... Länder, hart am Rande des

---

13 Siehe K. Polanyi, *The Great Transformation*, Kap. 2.

14 Siehe B.J. Silver, *Forces of Labor*, S.144f., zu den Kontrasten zwischen dieser zweiten Runde und der ersten Runde des Teufelskreises.

Abgrunds [der Revolution] und könnten jederzeit hinuntergestoßen werden; andere sind schwer bedroht“.<sup>15</sup> Um 1949 war die sozial-revolutionäre Drohung unverkennbar. „Anstelle einer vereinzelt, schwachen und isolierten Sowjetunion waren etwa ein Dutzend Staaten aus der zweiten großen Welle der Weltrevolution aufgetaucht (oder gerade dabei, aufzutauchen)[...] Und dabei war der Impetus der Weltrevolution noch immer nicht erschöpft, denn die Dekolonisierung der alten imperialen Besitztümer in Übersee war noch in vollem Gang.“<sup>16</sup>

Immerhin wich in den 1950er Jahren das explosionsartig anschwellende Muster der Arbeiteraktionen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer weit weniger unsteten Dynamik derselben in der zweiten Jahrhunderthälfte (siehe Abb. 1). Dieser Schwenk beruhte z.T. auf der bislang beispiellosen Konzentration militärischer und ökonomischer Macht in den Händen der USA am Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Diese setzte den Rivalitäten unter den Großmächten, die den Teufelskreis von Krieg und Arbeiteraktionen geschürt hatten, ein Ende. Von gleicher Bedeutung waren tiefgreifende Reformen auf betrieblicher, nationaler und insbesondere globaler Ebene; sie sollten einigen Forderungen entgegenkommen, die die Arbeiter-, die National- und andere Bewegungen der ersten Jahrhunderthälfte aufgestellt hatten - Bewegungen, die in Jahrzehnten voller Kriegs- und Depressionszeiten stärker und radikaler geworden waren.<sup>17</sup>

Mit Blick auf das Weltsystem läßt sich behaupten, daß wir uns in einem Zeitraum befinden, der große Ähnlichkeiten mit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufweist - d.h. in einem Zeitraum der Krise und des Niedergangs der USA-Hegemonie. Daher, und das werde ich im Schlußabschnitt ausführen, können wir aus einem Vergleich mit der Dynamik des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Einsichten in die Dynamik der Gegenwart gewinnen. Vor diesem Vergleich ist im nächsten Abschnitt kurz zu resümieren, welche Einsichten zu gewinnen sind, wenn der Zeithorizont noch weiter ausgedehnt wird, so daß er nicht nur den Zeitraum des „Systemchaos“ und des Wechsels zur USA-Hegemonie im späten 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern auch denjenigen des „Systemchaos“ und des Wechsels zur britischen Hegemonie im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert einschließt. Eine kurze Beschreibung der Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Natur des Zusammenhangs von Krieg und sozialen Kämpfen zwischen diesen beiden Zeiträumen, die wir 1999 in unserer vergleichenden Studie zu Hegemoniewechseln herausgefunden hatten<sup>18</sup>, geben wir im nächsten Abschnitt dieses Beitrags.

15 Zitiert in: Wilfried Loth. Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955. (München 2000), S.159.

16 Eric Hobsbawm: The Age of Extremes, New York, Vintage 1994, S. 82 (dt.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 4. Aufl. (München 2000), S.111)

17 Die unterschiedlichen Elemente dieser tiefgreifenden institutionellen Reformen wurden „liberaler Korporatismus“, „eingebetteter Liberalismus“, „Globalisierung des New Deal“, „Welfare-warfare state“ (etwa: kriegerischer Wohlfahrtsstaat) und, mit Bezug auf die Dritte Welt, „Entkolonisierung“ und „Entwicklung“ genannt. Zur weiterführenden Diskussion siehe B.J. Silver, Forces of Labor ..., S.149-161.

18 Siehe G. Arrighi/B.J. Silver, Chaos and Governance ...

*Wechsel der Welthegeemonie im Vergleich*

Eingangs sei bemerkt, daß bei beiden Wechseln der Welthegeemonie starke Verbindungen von zwischenstaatlichen und inländischen Konflikten sichtbar werden. Wir können nicht auf eine derartige Datenbank für globale Unruhen zurückgreifen wie im vorigen Abschnitt. Dennoch ergibt sich aus der historischen Sekundärliteratur ein deutliches Muster. Wie an anderer Stelle ausführlich dargestellt<sup>19</sup>, markierte der Siebenjährige Krieg den ersten Schritt zu einem „Teufelskreis“ von Krieg und sozialen Unruhen im späten 18. Jahrhundert. Die vom Siebenjährigen Krieg verursachten Verzerrungen des Konjunkturzyklus<sup>7</sup> in Nordamerika waren bedeutsam für die Auslösung der Amerikanischen Revolution. Die enormen Kosten des Eingreifens Frankreichs in den amerikanischen Revolutionskrieg wiederum waren entscheidend für den endgültigen Zusammenbruch der französischen Monarchie und den Beginn der Französischen Revolution. Die Französische Revolution und die napoleonischen Kriege steigerten zugleich die sozialen Spannungen und erzeugten die Kluft innerhalb der Eliten, die Raum schuf für eine allgemeine Erhebung der Sklaven in Frankreichs profitabelster Kolonie Santo Domingo; letztere war wiederum Anreger einer zweiten Welle von Mobilisierungen für die Aufhebung der Sklaverei und für Reformen in Europa. Das späte 18. und das frühe 19. Jahrhundert bildeten somit, gleich der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, eine Epoche „globaler“ Kriege und Revolutionen.

Die Unterschiede sind jedoch ebenso wichtig wie die Ähnlichkeiten. Daß ich das Wort „global“ in Anführungszeichen verwende, verweist auf eine Ähnlichkeit, aber auch auf einen ersten Unterschied zwischen den beiden Zeiträumen eines Hegemoniewechsels. Im späten 18. Jahrhundert waren die „Globalisierungs-“ prozesse so weit gediehen, daß Worte und Taten in beiden Amerikas rasche und widerhallende Wirkungen in Europa ergaben (und umgekehrt). So wäre es exakt, die revolutionäre Gärung jener Zeit als Vorgang innerhalb der gesamten atlantischen Welt zu kennzeichnen. Doch wenn sich auch die revolutionären Widersprüche während des ersten Hegemoniewechsels weitgehend in der atlantischen Welt ausbreiteten, so wurde diese „Ansteckung“ bei dem zweiten Wechsel zur wahrhaft globalen Angelegenheit, die Afrika, Asien, Europa und beide Amerikas in Wechselbeziehung setzte.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß zwischenstaatliche und innerstaatliche Konflikte während des zweiten Wechsels viel tiefer miteinander verknüpft waren. Bei beiden Wechseln führten Kriege zu sozialen Unruhen. Doch im Gegensatz zu dem Wechsel von der britischen zur USA-Hegemonie ist nicht zu belegen, daß die umgekehrte Beziehung ebenfalls bestand. Das heißt, offenbar waren weder der Siebenjährige Krieg noch das französische Eingreifen in den amerikanischen Revolutionskrieg von dem Bestreben motiviert, soziale Unruhe an der Heimatfront zu unterdrücken.

Dagegen eskalierten Klassen- und nationalistische Agitation nicht erst am Vorabend des Ersten Weltkrieges; schon die Kolonialabenteuer der späten 1890er Jahre folgten

---

<sup>19</sup> Siehe ebenda, S.159-176.

auf Zuspitzungen der Klassenantagonismen (von denen sie ablenken sollten). Insgesamt gilt: Wenn die Herrscher vor dem 19. Jahrhundert Kriege führten, ohne sich sehr um die „öffentliche Meinung“ zu kümmern, so waren am Ende des Jahrhunderts Innen- und Außenpolitik eng miteinander verknüpft. Anders gesagt: Während alle drei Hypothesen, die Stohl anführt, offenbar bei dem zweiten Wechsel *von Anfang an* voll zutrafen, scheint die „Sündenbock“-Hypothese wenigstens für die frühen Phasen des ersten Wechsels weit weniger zuzutreffen.

Schließlich können wir beim Vergleich der Dynamik von Krieg und sozialen Unruhen während der beiden Wechsel der Welthegemonie eine „Beschleunigung der Sozialgeschichte“ entdecken: Mit der Zeit haben Kriege sehr viel schneller soziale Unruhen ausgelöst. Solange Armeen alten Stils aus bezahlten „Professionals“, Söldnern und herrschaftlichen Befehlshabern, vorherrschten, konnten sich Kriege hinziehen, ohne die Masse der Bevölkerung zu erschüttern. Als die Staaten jedoch für Kampfhandlungen immer mehr von der patriotischen Mobilisierung ihrer Bürger abhängig wurden, verquickten sich Rivalitäten unter den Großmächten und soziale Konflikte weit mehr miteinander, und der „Teufelskreis“ von Krieg und sozialen Unruhen kam viel schneller in Gang. Masseneinberufungen und zunehmende Industrialisierung der Kriegführung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert<sup>20</sup> machten die Arbeiter zu kritischen Rädern in der Kriegsmaschinerie, nicht nur an der Front, sondern auch in den Fabriken im Hinterland. Im Ersten Weltkrieg war das Militärstrategen sehr klar. Neue militärische Strategien wie Seeblockaden, die die Lebensmittelfuhr unterbinden und Massen von Nichtkombattanten dem Hunger aussetzen sollten, wurden entwickelt, um innenpolitische Instabilität an der feindlichen Heimatfront hervorzurufen. Mit solchen Strategien wurde anerkannt, wie wichtig es für den Erfolg im Krieg ist, die Loyalität der Volksmassen zu erhalten, und welche Gefahr der Verlust der Massenunterstützung bedeutet.

Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde das Erhalten der Loyalität der Arbeiter und Bürger für die Kriegsanstrengungen auch außerhalb der Metropolen bedeutsam. Britanniens Entscheidung, während des Zweiten Weltkrieges als Reaktion auf größere Streiks und Arbeiteraktionen in Afrika und Asien im gesamten Empire Gewerkschaften sowie Verhandlungs- und Schlichtungsmechanismen einzuführen, war ein Anzeichen dessen, daß Arbeiter und Einwohner in den Kolonien, die Rohstoffe und Soldaten für die Fronten bereitstellten, ebenfalls eine strategische Position in den Militär-Industrie-Komplexen der kriegführenden Länder eingenommen hatten.<sup>21</sup>

### *In das 21. Jahrhundert*

Wenn sich die Dynamik von Krieg und sozialen Unruhen weiter in denselben Richtung entwickelt, wie sie im vorigen Abschnitt diskutiert wurden, wäre zu erwarten, daß im folgenden die Krise und der Zusammenbruch der USA-

<sup>20</sup> Siehe W. McNeill, *The Pursuit of Power*, Kap. 7-8.

<sup>21</sup> Zu der zentralen und doch widerspruchsvollen Rolle des „Konsensus“ in der spätkolonialen Arbeitspolitik Britanniens und Frankreichs siehe Frederick Cooper: *Decolonization and African Society. The Labor Question in French and British Africa*, Cambridge University Press.

Welthegemonie gekennzeichnet werden.<sup>22</sup> Erstens werden sich die Prozesse, die Krieg mit Arbeiter- und sozialen Kämpfen verknüpfen, auf einem noch umfassenderen und in sich enger wechselbezogenen globalen Schauplatz abspielen. Zweitens werden alle drei von Stohl angeführten Hypothesen in dem Maß immer stärker relevant, wie sich Krieg und Arbeiter- bzw. soziale Kämpfe immer stärker verknüpfen. Drittens wird sich die Sozialgeschichte weiter „beschleunigen“, weil Kriege schneller massive Arbeiter- bzw. soziale Kämpfe hervorrufen.<sup>23</sup>

Auf den ersten Blick scheint die als Reaktion auf den drohenden Irak-Krieg entstandene Antikriegsbewegung diese Voraussagen zu bekräftigen, wobei der Massenprotest *vor Kriegsbeginn* einsetzte. Hier sei Madeleine Buntings Kommentar zu den weltweiten Antikriegsdemonstrationen des 15. Februar 2003 zitiert: „Noch war nicht eine Bombe auf Irak abgeworfen [*sic*<sup>24</sup>], noch nicht ein Schuß abgefeuert, und schon gab es die größte je gesehene globale Protestbewegung.“<sup>25</sup>

Indessen bestehen wichtige Unterschiede zwischen der Natur der heutigen Kriegführung und derjenigen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und diese Unterschiede berühren zweifellos die Dynamik der globalen Arbeiter- und sozialen Kämpfe. Der Vietnamkrieg war ein bedeutsamer Wendepunkt. Die Antikriegsbewegung, die unter USA-Soldaten wachsende Weigerung, weiter zu kämpfen<sup>26</sup>, und die wechselseitige „Ansteckung“ zwischen der Antikriegsbewegung und anderen Sozialbewegungen demonstrierten abermals die radikalisierenden Effekte kostspieliger unpopulärer Kriege wie auch die Neigung der Staaten, auf das Problem mit einem widersprüchlichen Bemühen um Erweiterung der Arbeiter- und Bürgerrechte zu reagieren. (Hier denke ich an die Erweiterung der Programme der „Großen Gesellschaft“, die Hand in Hand mit der Eskalation des Vietnamkrieges vor sich ging.) Doch die Verquickung von fiskalischen, militärischen, politischen und sozialen Krisenmomenten, die aus der Pattsituation in Vietnam entstand, bewog die USA-Regierung auch zu einer Reihe gewichtiger Veränderungen in ihrer globalen Wirtschafts- und Militärstrategie.

Die neue Strategie steigerte das Gewicht der kapitalintensiven (im Gegensatz zur arbeiterintensiven) Kriegführung. Die allgemeine Wehrpflicht wurde abgeschafft, und die seit langem bestehende Tendenz der USA, in der Kriegführung auf High-

---

22 Platzeinschränkungen hindern mich daran, hier die These zu erläutern, daß wir uns in einer Periode der Krise und des Zusammenbruchs der USA-Welthegemonie befinden. Zu einer ausführlichen Verteidigung dieser These siehe G. Arrighi/B.J. Silver, *Chaos and Governance* ...

23 Schließlich erhebt sich die Frage, welche Rolle die Lohnarbeiter in den sozialen Unruhen während des Wechsels spielen werden. Wenn wir die Evolution vom ersten zum zweiten Wechsel als Trend interpretieren (wachsende Bedeutung der Lohnarbeiter, schwindende Zentralstellung der Bauern und speziell der Sklaven), dann sollten wir erwarten, daß Lohnarbeitende beim gegenwärtigen Wechsel noch zentraler als Protagonisten auftreten. Das ist nicht absolut an den Haaren herbeigezogen; es ist ein wichtiges, später zu entwickelndes Argument.

24 Natürlich ist es technisch nicht wahr, daß „nicht eine Bombe“ abgeworfen worden war; USA- und britische Kriegsflugzeuge hatten regelmäßig vor Beginn „des Krieges“ Gebiete im Irak bombardiert.

25 Madeleine Bunting, „Comment: We are the people“, *The Guardian* vom 17. Februar 2003 [<http://www.guardian.co.uk>].

26 Siehe u.a. Christian Appy, *Working Class War: American Combat Soldiers in Vietnam*, Chapel Hill, University of North Carolina Press 1993.

tech-Methoden zu setzen, verstärkte sich weiter mit der Anwendung von Technologien des „Informationszeitalters“ in der Kriegführung. Gewaltige Energien wurden in Forschung und Entwicklung auf die Automatisierung des Krieges konzentriert, d.h. auf militärische Hardware wie unbemannte Drohnen und Marschflugkörper, die es erlauben, den Menschen der Ersten Welt sowohl vor dem Risiko, getötet zu werden, als auch vor dem *Direkt*kontakt mit dem Prozeß der Massentötung zu bewahren.<sup>27</sup>

Welche Vorteile die High-tech-Strategie Ländern bringt, die sie sich leisten können, verdeutlichte erstmals das Vereinigte Königreich im Malvinen- bzw. Falkland-Inseln-Krieg. Spektakulär bekräftigt wurden sie im Golfkrieg von 1991 und erneut, allerdings weniger spektakulär, im Kosovo-Krieg. Die innere Opposition gegen diese Kriege blieb in den Ländern der Ersten Welt schwach, weil die Regierungen dieser Länder (besonders der USA) extrem weit gingen, um die Verluste unter den eigenen Staatsbürger-Soldaten zu minimieren (und sie tendenziell zu annullieren).

Dieser Kriegstyp unterscheidet sich sehr von jenem, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Arbeiter und andere Bürger radikalisiert und das explosive Muster weltweiter sozialer Unruhen erzeugt hatte. Die rezenten Kriege fügten den durchweg armen Ländern, in denen die High-tech-Sprengkörper landeten, ungeheuren Schaden zu; sie zerstörten die Infrastrukturen der Wirtschaft und mit ihnen stabile Arbeiterklassen und Zivilgesellschaften; doch in der Ersten Welt schufen sie keine „heftige Massenerregung“. Wenn die Kriegführung weiterhin die Arbeiter (und allgemein die Bürger) der Ersten Welt von ihren entsetzlicheren Aspekten fernhält, während sie anderswo stabile Arbeiterklassen und Zivilgesellschaften zerstört, dürfte sie kaum derart mächtige und explosive Arbeiteraktionen und soziale Unruhen hervorrufen, wie sie die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichneten.

Je mehr die USA und andere Länder der Ersten Welt den Krieg automatisieren, desto weiter lösen sie sich zugleich, was den Erfolg im Krieg anbetrifft, aus der Abhängigkeit von ihren Arbeiter-Staatsbürgern. Damit wird das Anwachsen der Verhandlungsmacht der Arbeiter und Bürger gegenüber ihrem jeweiligen Staat - das unbeabsichtigte Nebenprodukt des Rivalisierens unter den Imperialismen und des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert - ebenso gekippt wie viele der errungenen ökonomischen und sozialen Vorteile. Es ist eine offene Frage, ob der starke Abbau der Arbeiter- und Bürgerrechte in den 1980er und 1990er Jahre kausal mit den Wandlungen im militärischen Bereich zusammenhängt oder nur damit zusammenfällt. Außer Zweifel steht jedoch, daß es der Abbau von Sozialleistungen und das Verschwinden tarifgebundener Arbeitsplätze mit ihren guten Löhnen und Extravergütungen bei gleichzeitig steigenden Bildungskosten und schrumpfenden Stipendienfonds der USA-Regierung erleichtert haben, ihre „reine Freiwilligen-armee“ aus den Reihen der Armen und der Arbeiterklasse zu rekrutieren.<sup>28</sup>

---

27 Zu einer Erörterung dieser Strategie und einiger der neuesten in Produktion bzw. Entwicklung befindlichen Waffen siehe Matthew Brzezinski: *The Unmanned Army*, *The New York Times* vom 18. April 2003 [nytimes.com].

28 Siehe David M. Halbfinger/Steven A. Holmes: „Military Mirrors Working Class America“, *The New York Times* vom 30. März 2003 (nytimes.com); vgl. auch Chalmers Johnson (zit. in Note 30).

Mit der Demontage des relativ „arbeiter-“ und „entwicklungsfreundlichen“ internationalen Regimes in den 1980er und 1990er Jahren bekam der globale sozialökonomische Kontext in wichtigen Hinsichten gleiche Züge wie derjenige des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. In beiden Zeiträumen wurde der Ideologie des *Laissez faire* gefolgt und übereinstimmend angestrebt, Einschränkungen für das Kapital aufzuheben, was die Umstrukturierung der globalen Kapitalakkumulationsprozesse und die damit verbundene Zerstörung vorhandener Erwerbsquellen und Lebensweisen förderte. In beiden Zeiträumen führten Regierungen und Unternehmer Offensiven gegen die Arbeiter, und die Arbeiterbewegungen wurden geschwächt. Im späten 19. Jahrhundert dauerte die Krise der Arbeiterbewegungen nicht lange. Wachsende Unzufriedenheit und die stärker werdende strukturelle Verhandlungsposition der Arbeiter (am Arbeitsplatz und auf dem Gefechtsfeld) bewirkten gemeinsam mächtige Wellen von Arbeiteraktionen und sozialen Unruhen. Ich habe angeführt, daß sich der globale politisch-militärische Kontext in den 1980er und 1990er Jahren scharf von demjenigen abhob, der im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts radikalisierte, explosive Arbeiteraktionen und soziale Unruhen hervorrief. Aber die globalen Veränderungen nach dem 11. September 2001 werfen die Frage auf, ob dieser Kontrast der Natur und dem Grad nach bestehenbleiben wird. In welchem Ausmaß haben der 11. September und der „Krieg gegen den Terrorismus“ einen Prozeß eingeleitet, der die auf Vietnam folgende militärische Globalstrategie der USA grundsätzlich verändern wird? Wie wird sich der „Krieg gegen den Terrorismus“ auf die Arbeiter und die Arbeiterbewegungen außerhalb der USA auswirken?

Der Angriff auf das World Trade Center hat offenbar das in der USA-Bevölkerung massenhaft verbreitete Empfinden, von Weltpolitik und Krieg isoliert zu sein, mindestens zum Teil erschüttert. Und die „anspruchsvolleren“ Vorhaben der Bush-Administration zur Umgestaltung der Karte des Mittleren Ostens (die mit der USA-geführten Invasion und Okkupation Iraks begonnen wurden) können nicht realisiert werden, ohne die Toleranzgrenze für Kriegsverluste unter den Bürgern der Ersten Welt dramatisch höher zu legen.<sup>29</sup> Die Toleranzgrenze der „öffentlichen Weltmeinung“ für irakische Verluste müßte auch extrem hoch gelegt werden. In der Tat ist die Okkupation Iraks (samt der militärischen Patsche, die sich herausbildet) eine grundsätzlich andere Operation als das routinemäßige Bombardement Iraks, das seit dem Ende des ersten Golfkrieges angedauert hatte.

Die Anzeichen von Demoralisierung unter USA-Truppen im Irak, die alsbald auftraten, der offene Protest von Soldaten und ihren Angehörigen, der viel zeitiger ruckbar wurde als seinerzeit im Vietnamkrieg, legen nahe, daß die These der „Beschleunigung der Sozialgeschichte“ weiterhin zutrifft.<sup>30</sup> Zudem ist die Annahme

---

29 Als Alternativ- oder Zusatzstrategien werden (mit geringer Erfolgsaussicht) betrieben: eine Rückkehr zu Massenarmeen aus der Dritten Welt, wie gehabt mit den indischen Truppen im britischen Empire, und ein Rückgriff auf Privatarmeen und private Söldnervermittlungen, wie gehabt vor dem Zeitalter des Nationalismus.

30 Siehe Paul Harris/Jonathan Franklin: „Bring us home: GIs Flood US with War-Weary Emails“, *The Observer* vom 10. August 2003. Womöglich hatte sich die Unruhe unter Militäranghörigen bereits wegen

einer Antikriegsresolution durch die AFL–CIO (American Federation of Labor–Congress of Industrial Organizations) - ein Schritt, der mit der angestammten Praxis der US-amerikanischen Gewerkschaftszentralen, die Außenpolitik der USA zu unterstützen, bricht - ein Anzeichen dafür, daß aktive Gewerkschafter und einfache Arbeiter in wachsender Anzahl erkennen, daß „der Krieg im Ausland nicht vom Krieg gegen die Arbeiterbewegung im Inland zu trennen ist“.<sup>31</sup>

Somit können wir „die Heimkehr der Weltpolitik“ als Faktor betrachten, der den globalen Protest der Arbeiter- und der sozialen Bewegungen erheblich motiviert. Aber was für Konsequenzen hat diese Veränderung? Führt sie zu einer ähnlichen Situation wie 1914, 1939 oder 1944? Welche Wirkung kann die globale Protestbewegung auf die Evolution der Dynamik von Weltwirtschaft und -politik ausüben, so auch auf Krieg und Frieden? Das sind große Fragen, und ich möchte hier als Schlußfolgerung nur zwei Punkte hervorheben.

Der erste Punkt betrifft die Wirksamkeit globaler Arbeiter- und sozialer Aktionen in bezug auf den Ablauf früherer Hegemoniewechsel-Zeiträume. Die Protestbewegungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren nicht imstande, das Abgleiten in eine lange „Systemchaos“-Periode - wir haben das als „Situation fundamentaler und anscheinend unheilbarer Desorganisation der Systems“ definiert<sup>32</sup> - zu verhindern. Sie waren jedoch imstande, die Natur der neuen Weltordnung zu beeinflussen, die aus der langen Systemchaos-Periode hervorging. Zudem waren die Bewegungen „von unten“ 1945 bei der Prägung der neu entstehenden Weltordnung weitaus wirksamer als 1815. Als die britische Welthegeemonie einsetzte, hatten Frankreich (als Großmacht die wichtigste Verkörperung der revolutionären Herausforderung am Ende des 18. wie am Ende des 19. Jahrhunderts) eine entscheidende militärische und die britische Arbeiterbewegung eine entscheidende innenpolitische Niederlage erlitten. Haïti errang die Unabhängigkeit, wurde aber aus der internationalen Gemeinschaft ausgestoßen. So stand Britannien nicht vor einer ernststen, populären revolutionären Herausforderung, und die Stoßrichtung der britischen Innen- und Außenpolitik zielte von Anfang an, gleich nach den napoleonischen Kriegen, auf Repression im Inland und auf Restauration der Anciens régimes auf dem Kontinent. Reformpolitiken kamen erst später auf.

Als die USA-Hegemonie einsetzte, ging dagegen die Sowjetunion (als Großmacht die wichtigste Verkörperung der revolutionären Herausforderung der ersten Hälfte des

der hohen Untauglichkeitsquote, die in Verbindung mit dem Dienst im ersten Golfkrieg aufgetreten war, und der unlängst von der USA-Regierung durchgesetzten Kürzung der Bezüge von Kriegsveteranen aufgestaut. Chalmers Johnson („The Real Casualty Rate from America's Iraq War“, unveröffentlichtes Manuskript) hat unlängst behauptet, daß die Verluste der USA im Golfkrieg von 1991 weit höher liegen, als es die Angaben für das Gefechtsfeld während der Kampfhandlungen annehmen lassen, und zwar wegen der „potenziell toxischen Nebenwirkungen der jetzt in den Streitkräften [der USA] verbreitet verwendeten Munition [mit abgereichertem Uran]“. Wenn Todes- und Invaliditätsfälle wegen „dienstlich bedingter Exposition“ während des Krieges einbezogen werden, ergibt sich ihm zufolge für den ersten Golfkrieg eine geschätzte Verlustquote an Toten und Kampfunfähigen von 29,3%.

<sup>31</sup> Michael Letwin: „Growth of Labor Anti-War Action Tied to Bush's Anti-Worker Moves“, Labor Notes, April 2003, S.11, 13.

<sup>32</sup> Siehe G. Arrighi/B.J. Silver: Chaos and Governance ..., sowie dieselben, Hegemonic Transitions: A Rejoinder, in Political Power and Social Theory, Bd. 13, 1999, S.310.

20. Jahrhunderts) zwar übel zugerichtet, aber politisch und militärisch viel stärker aus dem Zweiten Weltkrieg hervor, und sie hatte bald ein revolutionäres China zur Seite. Überdies gingen sowohl die Arbeiter- als auch die Nationalbewegungen aus den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts gestärkt und radikalisiert hervor. Die konterrevolutionäre Herausforderung der Achsenmächte wurde im Krieg zerschlagen, dagegen wurden Macht und Ansehen der revolutionären Herausforderung erhöht. Die USA-Hegemonie mußte von Anfang an reformistische Politiken einbeziehen, um auf „von unten“ vorgetragene Massenforderungen zu reagieren; dazu gehörten auch Maßnahmen, die anerkannten, daß Arbeit eine „fiktive Ware“ ist, die nicht auf Gnade oder Ungnade einer unregulierten Weltmarktwirtschaft ausgeliefert werden darf.<sup>33</sup> Bei den früheren Hegemoniewechseln wirkten sich somit Stärke wie Inhalt der Massenproteste jeweils auf die Prägung des langfristigen Ausgangs aus.

Damit kommen wir zu dem zweiten Punkt. Da wir kurz vor einem erneuten Abgleiten in ein „Systemchaos“ stehen, mögen Erwägungen über die eventuelle Auswirkung von Massenprotesten auf eine künftige weltweite Hegemonialordnung nicht sehr trostreich erscheinen. Sie mögen nicht einmal zutreffend sein, denn angesichts der furchtbaren Destruktivkräfte, die den Menschen zu Gebot stehen, gibt es keine besondere Garantie dafür, daß die Mehrzahl oder überhaupt jemand aus der Weltbevölkerung eine weitere lange Systemchaos-Periode überlebt. Daher erhält das Problem, wie das Abgleiten in ein „Systemchaos“ zu verhindern ist, große Dringlichkeit. Wo liegen die Hauptquellen des Abgleitens in ein „Systemchaos“, und welche Akteure in der globalen Bewegung für soziale Gerechtigkeit können am wirksamsten dazu verhelfen, das Abgleiten anzuhalten?

David Calleo zufolge „bricht das internationale System nicht nur deswegen zusammen, weil unausgeglichene, aggressive neue Mächte über ihre Nachbarn herrschen wollen, sondern auch deswegen, weil niedergehende Mächte, statt sich zu korrigieren und anzupassen, die ihnen entgleitende Vorherrschaft in eine ausbeuterische Hegemonie einzubetonieren versuchen“.<sup>34</sup> Wie wir an anderer Stelle ausgeführt haben<sup>35</sup>, zeigt ein Vergleich früherer Hegemoniewechsel, daß die Rolle aggressiver neuer Mächte bei Systemabstürzen von Wechsel zu Wechsel geringfügiger, die Rolle ausbeuterischer Vorherrschaft des im Niedergang begriffenen Hegemons dagegen bedeutender wurde. Anders als bei früheren Hegemoniewechseln gibt es heute keine glaubhaft aggressiven neuen Militärmächte, die einen Absturz des USA-zentrierten Weltsystems provozieren könnten. Doch wie bei früheren Hegemoniewechseln, sind die USA nicht mehr das Zentrum der weltweiten Kapitalakkumulation. Das ausufernde Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ist nur ein Anzeichen dessen, daß die ökonomischen Fundamente der Weltmacht USA wirklich brüchig sind. In diesem Kontext war die USA-Regierung versucht, ihre niedergehende Hegemonie durch Anwendung militärischer Gewalt in ein

---

33 Siehe G. Arrighi/B.J. Silver, *Chaos and Governance*, S.202f.

34 David Calleo: *Beyond American Hegemony: The Future of the Western Alliance*, New York, Basic Books 1987, S.142.

35 Siehe G. Arrighi/B.J. Silver, *Chaos and Governance*, Schlußkapitel.

ausbeuterisches Empire umwandeln zu wollen. Die intuitive Antwort der sozialen Massenproteste in aller Welt scheint zu sein, daß das betreffende Bemühen der Vereinigten Staaten weltweit großes Chaos heraufzubeschwören droht. Wie wirksam können diese Bewegungen die Strömung umkehren? Die hier angestellte Analyse hebt zwei besondere Punkte strategischer Verhandlungsmacht für die Bewegungen hervor. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Arbeiter in der Rüstungsindustrie sowie im Energie- und im Verkehrswesen strategisch im Militär-Industrie-Komplex der kriegführenden Mächte positioniert. In diesem Kontext ist die Anfang 2003 von Eisenbahnern und Hafearbeitern in Ländern rings um die Welt angekündigte Weigerung, Material für den Irak-Krieg zu transportieren, von Bedeutung, auch wenn sie den Ablauf des Geschehens im Jahr 2003 nicht materiell affizieren konnte.<sup>36</sup> Wie im frühen 20. Jahrhundert, sind Verkehrsarbeiter immer noch strategische Akteure, nicht nur für das reibungslose Funktionieren der Weltwirtschaft, sondern auch für das reibungslose Funktionieren des weltweiten Militär-Industrie-Komplexes. Zweitens war und bleibt, wie in Konflikten vom Ersten Weltkrieg bis zum Vietnamkrieg, die Weigerung der Frontsoldaten, weiter zu kämpfen, der Schlüssel. Die Anzeichen wachsenden Widerstands in der aus der Arbeiterklasse rekrutierten USA-Armee und die Zusammenhänge, die zwischen Streitfragen der sozialökonomischen Gerechtigkeit im Inland und dem Militarismus im Ausland hergestellt werden, sind demnach ebenfalls wichtige Vorboten. Zu hoffen ist, daß diese Akteure aus der Arbeiterklasse (an der Front und im Hinterland) gemeinsam mit weniger strategisch positionierten Protestteilnehmern, die in aller Welt in Massen demonstrieren, sich als stark genug erweisen, nicht nur die USA zum Kurswechsel zu bewegen, sondern auch einen relativ sanften Wechsel von einer verkommenen Hegemonialordnung zu einer friedlicheren und gerechteren Weltordnung zu befördern.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Joachim Wilke (Zeuthen).

---

<sup>36</sup> Siehe M. Lewtin, *Growth of Labor Anti-War Action*.

## Miszelle

# Otto Lünig, „Das Westphälische Dampfboot“ und die sozialkritischen Tendenzen der zeitgenössischen Malerei

Alfred Wesselmann

Das Westphälische Dampfboot (im folgenden WD)<sup>1</sup>, das der Arzt und Journalist Otto Lünig (1818–1868) von Januar 1845 bis Mai 1848 in Rheda bei Bielefeld herausgab, ist zweifellos eine ergiebige Quelle für die Vormärzforschung. Auf diesen Sachverhalt ist immer wieder hingewiesen worden. Auch ist das WD mehrfach Gegenstand monografischer Untersuchungen gewesen.<sup>2</sup> Dabei stand in der Regel der Kampf des Herausgebers mit den Behörden und dem politischen Gegner im Vordergrund. Als nächstes interessierten am WD seine Mitarbeiter und seine allgemeine Rolle als publizistisches Organ der sozialistischen Opposition. Weniger ausgeprägt ist in der Forschung die Betrachtung fortlaufender politischer Komplexe, die das WD behandelte. Diese konnten sich manchmal über einen längeren Zeitraum erstrecken, so beispielsweise die Berichterstattung über die deutsch-katholische Bewegung oder über die irischen Zustände im Verlauf der Potato Famine.

Doch auch singuläre Themen können ergiebige Objekte der Betrachtung sein. Um ein solches Thema soll es im Folgenden gehen. Im Jahr 1845 setzte sich Lünig ausführlich mit den gesellschaftspolitischen Tendenzen der zeitgenössischen Malerei auseinander. Die Beschäftigung damit paßte durchaus zu Otto Lünig, der kein

---

1 Das Westphälische Dampfboot. Eine Monatsschrift (Bielefeld 1845; Paderborn, 1846-1848; Nachdruck Glashütten im Taunus 1972).

2 Siehe Kurt Koszyk: Das ‚Dampfboot‘ und der Rhedaer Kreis. Die erste politische Zeitschrift Westfalens als Spiegel der Presse im Vormärz, in: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 2 (1958), S.1-60; Arno Klönne: Alles für das Volk, Alles durch das Volk! Die Frühsozialisten um das Westphälische Dampfboot 1845-1848, in: Elisabeth Gersdorff u. a. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Bielefelder Arbeiterbewegung (Bielefeld 1981), S.21-38; Herbert Brims: Das Westphälische Dampfboot. Eine politische Zeitschrift des wahren Sozialismus in Deutschland, Phil. Diss. Augsburg 1983; Uwe Synowski: Das Westphälische Dampfboot (1845-1848) und der Frühsozialismus im ostwestfälischen Raum, in: Westfälische Forschungen, Bd. 35 (1985), S.12-26; Gundi Frick-Lemmer: Das Westphälische Dampfboot. Eine radikaldemokratische Zeitung im vormärzlichen Westfalen, Münster 1986; Thorsten Hanson: Vom Westphälischen Dampfboot zum Volksfreund. Zwei ostwestfälische Zeitungen als Beispiele für Funktionalität von Medien im Kontext der Revolution von 1848/49, in: Westfälische Forschungen, Bd. 49/1999, S.191-224; Gero Wierichs: Zu progressiv für die Provinz? Otto Lünig, der Rhedaer Kreis und das Westphälische Dampfboot, in: Horst Walter Blanke (Hrsg.): Jede Umwälzung trägt den Charakter ihrer Zeit. Ostwestfalen-Lippe 1848/49 (Bielefeld 1999), S.93-120.

professioneller Journalist, sondern ein "Amateur" war – in der Bedeutung dieses Begriffs wandte er sich mit Liebe und Leidenschaft den sozialen Themen seiner Zeit zu. Auch als Dichter und Arzt verfocht er ein Menschenbild, das auf ganzheitliche und wahre Menschenbildung abzielte. Insoweit war Lünig ein "wahrer Sozialist".

Im Sommer des Jahres 1845 unternahm Otto Lünig eine Reise, die ihn ins Wuppertal, dann nach Köln und weiter rheinaufwärts führte. Als mehrteilige "Reisebilder" fand sie ihren Niederschlag im WD. Der sozialgeschichtliche Ertrag dieser Reise ins Tal der Wupper wurde schon einmal zum Gegenstand einer eigenen Betrachtung gemacht.<sup>3</sup> Lünings Ausflug in die bildende Kunst dagegen blieb unbeachtet. Sein Aufenthalt in Köln umfaßte auch einen Besuch der Kölner Kunstausstellung vom Sommer 1845. Dabei entwarf er in knappen Strichen seine Vorstellung von sozial engagierter Kunst: "Die Kunst soll in's volle Leben greifen; sie soll Gegenstände darstellen, die den ganzen Menschen erfassen, und um das zu können, müssen sie seinem Bewußtsein entsprechen und aus der lebendigen Gegenwart, nicht aus der todten Vergangenheit genommen werden. Aber der Künstler soll die Wirklichkeit nicht abschreiben, sondern er soll den Gegenstand poetisch verklärt durch sein Genie zur Anschauung bringen."<sup>4</sup>

Lünig verlangte also von der Kunst nicht naiven Realismus, sondern anschauliche Interpretation der sozialen Gegenwart. Mit diesem Anspruch an die Malerei stand Otto Lünig im Vormärz nicht allein. Mit einem deutlich erweiterten theoretischen Hintergrund äußerte sich Karl Grün – grosso modo dem gleichen politischen Lager wie Lünig zuzuordnen und auch mit ihm gut bekannt – zu den Aufgaben der Malerei: "Die Malerei könnte Kritik enthalten, könnte sich bei der Zersetzung beteiligen, sie stützt sich auf das vorliegende Wirkliche, ihr Feld ist das Gegenwärtige; sie übt unter den Künsten das aus, was innerhalb der Poesie speziell dem Epos aufgetragen ist; sie hat es mit Zuständen zu tun. Ist die Malerei daher selbstbewußt, d.h. zeitbewußt, so muß sie sich mit ihrem ganzen Wesen und Leben innerhalb der Kritik fühlen, sie braucht die Kritik nur zu kopieren und dann zu kolorieren. Es gibt nämlich auch eine faktische Kritik neben der ideellen, diese faktische Kritik ist der Mißstand, die Zustände erscheinen als Mißstände."<sup>5</sup>

Grün konstatierte sodann, daß die zeitgenössischen Maler sich dieser Möglichkeit bisher zu wenig angenommen hätten. Lünig dagegen stellte fest, daß hier doch

---

3 Siehe Jürgen Reulecke/Burkhard Dietz (Hrsg.): *Mit Kutsche, Dampfproß, Schwebbahn. Reisen im Bergischen Land II (1750-1910)* (Neustadt/Aisch, 1984), S.189-195. Die Herausgeber gehen von der Autorenschaft Lünings aus. Das ist berechtigt, da die letzte Fortsetzung der Reisebilder im Februar 1846 (S.80-84) mit "L." für Lünig gezeichnet ist. Die Reise hat wahrscheinlich im Juli oder August 1845 stattgefunden, da Gottfried Kinkel in dieser Zeit auch aus der Kunstausstellung berichtete (s.u. FN 6). Der erste Teil der Reisebilder erschien im Doppelheft September/Oktober (S.413-415); das November-Heft des WD brachte den zweiten und dritten Teil der Reisebilder (S.441-446). In diesem Teil besprach Lünig auch die Kölner Kunstausstellung.

4 WD 1845, S.444.

5 Karl Grün: *Neue Anekdoten* (Darmstadt, 1845), S.49-50.

schon Erhebliches geleistet worden sei. Zum Nachweis besprach er einige Werke aus der Kölner Kunstausstellung. Doch es gab auch warnende Stimmen gar nicht ferner politischer Freunde. Aus der Sicht der politisch distanzierenden, wenn auch nicht indifferenten, Kunstgeschichte betrachtete Gottfried Kinkel die Kölner Kunstausstellung und ihre Werke. Er warnte: "Die politisch-soziale Tendenz [steht] an der Gränze eines Abweges. Sie kann sich leicht ins Rohe, Unästhetische und Unsittliche verirren, sie kann Bilder des Elends erschaffen, die unser Gefühl für dasselbe eher abstumpfen als schärfen."<sup>6</sup>

Diese Befürchtung teilte Lüning ganz gewiß nicht, als er fünf Maler vorstellte, die in der Kölner Kunstausstellung vertreten waren: Carl Friedrich Lessing (1808-1880), Louis Gallait (1810-1887), Carl Wilhelm Hübner (1814-1879), Peter Schwingen (1813-1863) und Johann Peter Hasenclever (1810-1853). Außer Gallait sind alle der Düsseldorfer Malerschule zuzurechnen. Zwei – Lessing und Gallait – hatten sich historischen Themen zugewandt. Die anderen drei Maler hatten Szenen aus der zeitgenössischen Lebenswelt zum Gegenstand ihrer Gemälde gemacht. Lünings Interpretationen und Urteile über diese fünf Maler waren von ganz unterschiedlicher Länge. Teilweise begnügte er sich mit plakativen Einschätzungen, teilweise kleidete er die Bildinterpretationen in ausführliche Milieuschilderungen ein.<sup>7</sup>

Lüning begann mit Lessings "Hussitenpredigt" (1836).<sup>8</sup> Er nannte sie "herrlich", ohne auf weitere Details einzugehen. Wahrscheinlich gefiel es Lüning, daß in dem Gemälde der glühende tschechische Reformator dem Volk, in den Zuhörern des Johannes Hus in allen seinen Schichten anwesend, den Weg in die Befreiung von Hierarchie und religiösem Zwang wies. Damit hätte Lüning die "Hussitenpredigt" als ein antikatholisches, protestantisches Tendenzbild gedeutet, wie es später noch häufig geschehen sollte.<sup>9</sup> Diese Einordnung findet ihre Entsprechung in der pointierten Berichterstattung des WD über die Wallfahrt zum Heiligen Rock nach Trier oder die wohlwollende Schilderung der deutsch-katholischen Bewegung des Johannes Ronge, die im WD breiten Raum einnahmen.

---

6 Kölnische Zeitung, 19.9.1845. Dies ist der letzte Teil einer fünfteiligen Serie, die Kinkel über die Kölner Kunstausstellung veröffentlichte. Sie begann mit dem 24.8.1845. Kinkel besprach u.a. alle Bilder, die auch Lüning interessierten. Die Beschreibung von Hasenclevers "Polizeistunde" bei Lüning weist mit der von Kinkel (dort als "Die Fidelen" bezeichnet) so große Ähnlichkeit auf, daß man geneigt ist anzunehmen, Lüning habe einige Anleihen bei Kinkel gemacht (Kölnische Zeitung, 19.9.1845).

7 Dieses Vorgehen Lünings erfordert einige längere Zitate, ohne die seine Absicht verloren gehen würde.

8 Das Gemälde wird in Martina Sitt: Duell an der Wand: Carl Friedrich Lessing. Die Hussitengemälde, Dortmund 2000, auf einem Faltblatt im rückwärtigen Deckel abgebildet. Zu Lessings politischer oder religiöser Überzeugung siehe Sitt, S.32 u. 35, bzw. Lexikon der Düsseldorfer Malerschule 1819-1918, hrsg. vom Kunstmuseum Düsseldorf im Ehrenhof/Galerie Paffrath (im Folgenden als Paffrath zitiert), Bd. 2, München 1998, S.326-332.

9 Sitt, S.30. Die ex post-Interpretationen des Gemäldes als Parteinahme in den Kölner Wirren können nach Sitt nicht überzeugen (Sitt, S.31-34). Jacob Burckhardt nannte die "Hussitenpredigt" einerseits "epochemachend", andererseits auch "antihierarchisch" (zitiert nach Sitt, S.52).

Das Gemälde "Tasso" des belgischen Künstlers Louis Gallait fand nicht Lünings Gefallen. Seine Beschreibung holt hier (wie auch in anderen Fällen) weit aus, um dem Leser in Ermanglung einer Abbildung einen plastischen Eindruck zu geben: "Der *Tasso* da ist ein Todter; sein Auge ist schon leichenhaft gebrochen, seine Züge zeigen nicht mehr die Spannkraft des Lebens, sein Gesicht ist verwittert, fast verschimmelt. Will der Maler keine andere Situation aus dem vielbewegten Leben eines reich begabten Dichters wählen, gut, so mag er ihn auch im Kerker malen, um das Schicksal zu zeigen, welches dem Genie so oft in dieser bornierten Welt droht. Aber er soll ihn malen, wie er kämpft gegen das Geschick, wie er weint oder zürnt, wie er sich durch innere Größe über dasselbe erhebt oder wie er ihm erliegt: - nur nicht in dieser toden Apathie, in diesem Erlöschen der Lebenskraft, das schon nach Verwesung riecht. Das ist kein Gegenstand für die Kunst mehr."<sup>10</sup>

Hier überforderte Lünig offensichtlich einen Maler, der noch in romantischen Traditionen stand und der gerade das unverstandene Genie – Tasso – in seinem ausweglosen Elend gestalten wollte,<sup>11</sup> und erwartete zu viel Realismus.

Dann ging Lünig direkt auf die politisch engagierte Kunst zu, und zwar so wie sie die rohe Wirklichkeit schilderte, und die wahrheitsgetreue Abbildung wurde somit zwangsläufig zur Kritik an den bestehenden Zuständen. Carl Wilhelm Hübners Arbeiten "Die schlesischen Weber", "Das Jagdrecht" und "Der schlafende Holzdieb" waren dafür bestens geeignet. "Die schlesischen Weber" hatte Hübner noch vor dem Aufstand in Schlesien im Juni 1844 begonnen und dann im Laufe des Jahres fertig gestellt. Insofern war es ein hochaktuelles Bild, das allseits Beachtung fand. Es ist in der Literatur der letzten 150 Jahre immer wieder kommentiert worden.<sup>12</sup> Lünig lobte es in allgemeiner Form und wandte sich dann umso intensiver dem "Jagdrecht" zu: "Seht da ‚das Jagdrecht‘ von Hübener [!], das ist wieder ein Bild, das in der Brust jedes fühlenden Menschen Anklang findet und sein Blut rascher durch die Adern treibt. Das gräßliche Recht des Jagdberechtigten, den Wilddieb, der ihr Vergnügen

10 WD 1845, S.444. Das Gemälde "Le Tasse dans sa prison visité par Montaigne" (1836) ist in Serge le Bailly de Tillegem: Louis Gallait (1810-1887). La Gloire d'un Romantique. Brüssel 1987, S.106, abgebildet.

11 Le Bailly de Tillegem, S.107-110.

12 Karl Grün besprach "Die schlesischen Weber" in seinen Neuen Anekdoten, S.56-58, ganz in diesem Sinne und mit ähnlichen gesellschaftspolitischen Erwartungen an die Kunst. Friedrich Engels sagte über das Bild, daß es "wirksamer für den Sozialismus agitiert habe als hundert Flugschriften." (MEW, Bd. 2 [Berlin, 1972], S.510) Der etwaiger Sympathien für den Sozialismus unverdächtige "Rheinische Beobachter" in Köln sagte von Hübner, er sei "der eigentliche Maler des Proletariats" (15.8.1845). Heinrich von Treitschke qualifizierte das Bild als ein "Tendenzgemälde" ab, dem "nachher ähnliche, grob handgreifliche Bilder von Auspfindungen und Wilddieben folgten." (Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 5 [Leipzig 1927], S.511) Für eine heutige Einordnung des Gemäldes siehe Otfried Dascher/Everhard Kleinertz (Hrsg): Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolutionen 1848/49, Münster 1998, S. 222; und – im Zusammenhang der Neudeutung des Weber-Aufstandes – Christina von Hodenberg: Aufstand der Weber. Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos, Bonn 1997, S.115-119.

zu beeinträchtigen droht, niederzuschießen, einen Menschen, den oft der nagende Hunger treibt, für ein Thier des Waldes zu opfern, findet zwar zur Ehre der Menschheit nur selten noch Vertheidiger und die es vertheidigen, werden eben allgemein als total außer dem Bewußtsein der Gegenwart stehend betrachtet und demgemäß behandelt. Aber es gehört die plastische Darstellung einer Ausübung dieses Rechtes, von der inneren Glut eines Künstlers belebt, dazu, um die gräßliche Härte dieses Gesetzes einem Jeden fühlbar zu machen. Da haben zwei arme Bauern verzweifelnd zur Flinte gegriffen, um die Sau zu erledigen, die in wenigen Stunden ihr Feld und die Früchte ihres Fleißes, ihre ganze Hoffnung für den Winter, die Nahrung für sie und ihre darbenende Familie zerstört hat. Die Armen sind wenig vertraut mit ihrer Waffe und das Bewußtsein von der Gefahr ihrer ungesetzlichen Handlung hat auch wohl ihr Auge getrübt, ihre Faust zittern lassen. Sie haben gefehlt; aber der Schuß ist gefallen und drüben am Hohlweg sprengt der Jagdbesitzer, der ‚gnädige‘ Herr von seinem Jäger begleitet herauf. Todesangst auf den bleichen Gesichtern wenden sich die Unglücklichen zur Flucht. Der eine erreicht glücklich die arme Hütte; aber der andere stürzt dicht vor der Schwelle blutend zusammen, regelrecht in’s Blatt getroffen von der Kugel des geübten Schützen, welche dieser ihm kaltblütig nachjagte. Der gnädige Herr sieht beifällig zu; der Erschlagene wird seinen Wildstand nicht mehr kürzen. Freilich hinterläßt er eine verzweifelnde Frau und hungernde Kinder; aber wer hieß ihn wilddieben? Das Gesetz ist da und der Jäger hat Ansprüche auf eine Belohnung.“<sup>13</sup>

“Der schlafende Holzdieb”, ebenfalls von Hübner, war das nächste Bild, dem sich Lüning zuwandte: “Der Eindruck, den es macht, ist kein so gewaltig erschütternder, aber darum stimmt es uns nicht minder trübe, weil es ebenfalls einen empfindlichen Fleck unserer sozialen Zustände berührt. Da ist ein schwacher Greis, der seine Enkelchen nicht mehr konnte frieren sehen, hinausgegangen in den Wald, um ein Bündel Reisig zu holen. Aber das Gesetz ist unbeugsam und kennt keine Rücksicht. Den armen Greis haben seine Kräfte verlassen; ermattet ist er eingeschlafen auf dem gesammelten Reisig. Da erscheint oben am Rande des Waldes der Aufseher; Schrecken in allen Zügen kommt der Enkel des Greises herbeigestürzt, um den Schläfer, der im Traum seines Elendes vergaß, (sich) vor dem harten Arme des Gesetzes zu schützen. Umsonst! Schon hat der Aufseher den Holzfrevler erblickt und überliefert ihn nun der strafenden Gerechtigkeit. Und der arme Greis wandert in’s Gefängnis.“<sup>14</sup>

---

13 WD 1845, S.444.

14 WD 1845, S.444-445. Das Bild wird auch als “Das Forstrecht” bezeichnet (so bei Kinkel, Kölnische Zeitung, 19.9.1845). In der von mir eingesehenen Literatur wird nicht erwähnt, ob und wo es noch vorhanden ist.

Eine dritte Bildinterpretation, die des Gemäldes "Die Pfändung" von Peter Schwingen<sup>15</sup>, soll ebenfalls ausführlich zitiert werden. In ihr wird Lünings Gabe, genaue Bildbeobachtungen zu gesellschaftspolitischen Schlüssen zu verallgemeinern, besonders gut erkennbar: [Es] tritt uns die erbarmungslose Herrschaft des Götzen der Gegenwart, des Mammon, in grellen Farben entgegen. Ein Geldmann, ein Besizender ist eingedrungen in die Hütte eines armen Handwerkers, um sich mit dessen elenden Habseligkeiten für die Schuld bezahlt zu machen, die jener nicht abtragen kann. Freilich wird die Familie des armen Handwerkers dadurch rettungslos dem Bettelstab überliefert; aber was kann der Kapitalist dafür? Er kann sein Geld nicht einbüßen; wollte er das öfter tun, so wäre sein Reichthum bald verschwunden und er stünde auf demselben Fleck, wo jetzt der arme Handwerker steht, der mit verzweifelter Resignation, die Arme auf den Tisch gestemmt, vor sich nieder blickt, um den Jammer nicht anzusehen. Der Reiche kümmert sich nicht darum [...], er ist ein ganz gewöhnlicher Geldmann, wie sie zu Dutzenden herumlaufen. Er steht ganz ruhig mit seinem weingerötheten, etwas aufgedunsenen und nichtssagenden Gesichte, vom wallenden Mantel umflossen, dicke Petschafte an der Uhr und den goldgeknöpften Rohrstock in der Hand mitten im Zimmer unter den schon zusammen gehäuften Geräthen; und die Blicke, die er mit dem gleichmüthig dasitzenden Exekutor wechselt, sprechen zuversichtlich aus: Wir sind im Namen des Gesetzes hier, um unser gutes Recht wahrzunehmen. Deßhalb ist er auch in seinem Gewissen ganz und gar beruhigt, und die Prise zwischen seinen Fingern interessiert ihn weit mehr, als das junge Weib, welches mit ihrem Kinde zu seinen Füßen niedergesunken ist und um Aufschub und Erbarmen fleht. So was wird man gewohnt; daran kann sich kein Geschäftsmann kehren; wirklich nicht, das ist mein Ernst; er ist so gut der Herrschaft des Geldes unterworfen, als der Arme. Zweifelhaft sind die beiden Diener, die an der Thüre stehen und die gepfändeten Sachen forttragen sollen; aber der stämmige Bursche mit den Militairhosen und dem Schnurrbart, der dem andern in's Ohr flüstert, sieht so höhnißch und maliziös dabei aus, als wenn ihm sein Herr in dieser Situation gar schlecht gefiele."<sup>16</sup>

Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, Lünig habe sein ganzes Augenmerk verbissen auf bestimmte Gemälde gerichtet, deren sozialkritische Intention sich ihm aufdrängte und die er nur noch denunziatorisch in das Medium der Schrift zu übersetzen brauchte. Seine Interpretation des Gemäldes "Die Polizeistunde" von Hasenclever beschloß den Reigen mit einer vorgeblich unpolitischen Thematik. Lünig entwickelte das Deutungsangebot des Bildes fort zu einer komplexen Schilderung des Sozialmilieus des vermeintlich unpolitischen Philisters: "Da sitzen drei lustige alte Herren bei'm Champagner; die anderen Sorten sind abgethan und wie aus den

---

15 Das Gemälde ist in Pia Heckes/Horst Heidermann: Peter Schwingen (1813-1863). Leben und Werk, Bonn 1995, S.27, wiedergegeben.

16 WD 1845, S.445. Die Interpretation des Bildes bei Heckes/Heidermann, S.59-60, ist sehr nahe bei der Lünings.

leeren Stühlen und Gläsern zu sehen ist, sind auch schon mehrere Zechgenossen abgefallen. Diese drei aber sind ausgepicht und halten ritterlich Stand. So eben haben sie das geistreiche Lied: Eduard und Kunigunde, Kunigunde und Eduard angestimmt und man sieht namentlich an dem Fischmaul des Mittelsten, an den wulstigen Lippen, mit welcher Energie und welchem guten Willen er das Lied executirt. Die beiden anderen stimmen mit etwas schwankenden Köpfen ein. Entsetzt eilt der Wirth herbei und sucht die enthusiasmirten Sänger zum Stillschweigen zu bringen, indem er mit kläglicher Stimme auf die Uhr hindeutet, welche 1 Uhr Mitternacht zeigt. Vergebens! der Mittelste nimmt in seinem energischen Thatendurst, in seiner poetischen Exstase [!] nicht die mindeste Notiz von dem Warner; und der andere betrachtet den ängstlichen Philister mit höhnischem Stolz und vielem Selbstgefühl und singt nur um so entschiedener weiter. Wenn der Deutsche betrunken ist, dann verläßt ihn bekanntlich sogar die Scheu vor der hohen Polizei und er ist sehr rücksichtslos. Aber wehe! diesen Tapferen ist das Glück nicht hold. Das Schicksal ereilt sie in der Gestalt zweier Gensd'armen, welche auf ihrer Runde den nächtlichen Lärm gehört haben und selbigem ein Ende machen wollen. Für diesen Abend machen sich die Helden übrigens Nichts aus diesem Abgefaßwerden; sie sind wahrhaftig im Stande, die Sicherheitswächter – nicht zu verhöhnen, damit würde ich ihrem guten Herzen zu nahe treten, welches keine Fliege beleidigen kann – zum Mittrinken einzuladen. Aber morgen früh, wenn der Champagnermuth verraucht ist und die nüchterne praktische Wirklichkeit sie wieder mit ihren dürren Armen umfängt! Kommen sie mit einigen Gulden Strafe ab und können sie es so einrichten, daß ihre Weiber Nichts davon erfahren, so mag es noch drum sein. Aber wie, wenn sie gar auf die Wache geschleppt würden! Gräßliches Geschick! Sie riskierten wahrhaftig, daß ihre Gevattern im Kasino nicht mehr mit ihnen sprächen; vielleicht ermannten sie sich sogar so weit, sie auszuballotiren wegen unmoralischen Lebenswandels, obgleich das so leicht Nichts zu sagen hat. Aber ihre bürgerliche Reputation wäre auf immer dahin. Es ist Schade, daß Hasenclever [!] diese nüchterne Prosa, diese Verzweiflung des Katzenjammers nicht als Gegenstück zu der poetischen Schwärmerei, zu dem begeisterten Muthe der Trunkenheit gemalt hat.<sup>17</sup>

Ganz sicher hatte Hasenclever damit Lünings Forderung erfüllt und seinen “Gegenstand poetisch verklärt durch sein Genie zur Anschauung” gebracht: Die Schilderung der trinkfesten Weinkenner war keine l'art pour l'art, sondern lud den Betrachter ein, den Typus des Philisters zu durchschauen. Eigentlich konnte Lünig von Hasenclever nicht mehr erwarten. Eines Bildes der “Verzweiflung des Katzenjammers” bedurfte es nicht. Es ist aber auch denkbar, daß Lünig dem Maler Hasenclever keine Rückzugsmöglichkeit vor der Konsequenz der definitiven Parteinahme gestatten wollte. Lünig beharrte auf der unzweideutigen Inter-

---

17 WD 1845, S.445-446.

pretation. Ein ästhetisch reizvoller Überschuss an Ambivalenz vertrug sich nicht mit seinem politischen Engagement. Die Ästhetik hatte sich dem Primat der Politik zu unterwerfen. Was die politische Wirkung der Malerei Hasenclevers anging, hatte Lünig guten Grund zu dieser Skepsis. Hasenclevers künstlerisches Schaffen in den Revolutionsjahren 1848/49 war nämlich nicht frei von Widersprüchen, wie seine verschiedenen Fassungen des Gemäldes "Arbeiter und Stadtrath" aus diesen Jahren zeigen. So agieren die Arbeiter einmal im Sonnenlicht einer neuen Zeit und stellen selbstbewußt ihre Forderungen – der Stadtrat reagiert geduckt im Dunkel des Sitzungsraumes. In einer anderen Version übergeben die Arbeiter devot eine Petition an den Stadtrat, der auf einem erhöhten Podest – seiner Macht gewiß – residiert. Diese Ambivalenz im Werk Hasenclevers wurde schon von den Zeitgenossen erkannt, aber auch die heutige Kritik bestätigt sie.<sup>18</sup>

Lünings Skizze der künstlerischen und politischen Tendenzen der Düsseldorfer Malerschule, so wie sie sich ihm 1845 in der Kölner Kunstausstellung darbot, kann man alles in allem als gelungen betrachten. In den 1840er Jahren vollzog sich in ihr eine Wendung von der religiös-ästhetisierenden "nazarenischen" Malerei zur Genremalerei. Der Prozeß verlief nicht einheitlich und bruchlos oder ohne Widerstände. Aber für die Maler, die sich der Genremalerei zuwandten, war der Zugang zu politischen und sozialen Fragen geöffnet. Viele von ihnen, so auch die von Lünig behandelten Düsseldorfer Künstler, gehörten zu den Mitgliedern des "Vereins der Düsseldorfer Künstler zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe" von 1844. Aus diesem Kreis fanden sich 1848/49 viele wiederum in den Reihen der demokratisch-republikanischen Bewegung.<sup>19</sup>

Das WD begab sich mit diesem Beitrag Lünings zum einzigen Mal auf das Gebiet der bildenden Kunst. Doch darf man diesem Befund nicht zu viel Bedeutung beimessen. Das WD blieb seinem Anspruch ganzheitlicher Menschenbildung durchweg treu und veröffentlichte immer wieder literarische Arbeiten. Lünings gesamte Tätigkeit war zuerst demokratische und zunehmend auch sozialistische Bildungsarbeit. Sein Sozialismus hatte ein sehr menschliches Antlitz. Wo er Erfolg hatte oder scheiterte, wo er Anerkennung fand oder Kritik erfuhr, muß allerdings in einem anderen Rahmen dargestellt werden.

---

18 Siehe für die zeitgenössische Sicht Hasenclevers exemplarisch das positive Urteil von Marx (MEW, Bd. 9 [Berlin 1975], S.237); für die heutige Kritik siehe Paffrath, Bd. 2, S.65-71; ähnlich Knut Soine: Johann Peter Hasenclever. Ein Maler im Vormärz, Neustadt/Aisch 1990, S.166-190; Siegfried Kessemeyer: Hasenclever und die Revolutionsbilder 1848, in: Stefan Geppert/Dirk Soechting (Hrsg.): Hasenclever. Johann Peter Hasenclever - 1810 bis 1853. Ein Malerleben zwischen Biedermeier und Revolution, Mainz 2003, S.143-146. In diesem Ausstellungskatalog sind S.279-282 die verschiedenen Versionen von "Arbeiter und Stadtrath" abgebildet.

19 Siehe die verschiedenen Beiträge in Petitionen und Barrikaden, S.209-224; ähnlich Lutz Tittel: Carl Wilhelm Hübner. Abschied der Auswanderer, Regensburg 2001, S.9; Hasenclever. Ein Malerleben zwischen Biedermeier und Revolution, S.34.

# Diskussion

## Zur Kritik der Marxschen Philosophie<sup>1</sup>

Volker Riedel

Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ am Ende des 20. Jahrhunderts war nicht allein ein ökonomischer und politischer, sondern auch ein geistiger und moralischer Zusammenbruch. Er verführt leicht dazu, entweder zum einen die Philosophie von Karl Marx, auf die sich dieser Sozialismus berief und die er zu verwirklichen vorgab, als uneingeschränkt falsch zu verwerfen und ihren Urheber zur persona non grata zu erklären, oder zum anderen eine absolute Pervertierung des „wissenschaftlichen“ durch den „realen“ Sozialismus zu behaupten und alle Deformationen dem (mit Schiller zu sprechen) „kleinen Geschlecht“ anzulasten, das den „großen Moment“ verspielt habe<sup>2</sup>, und das Marxsche Denken selbst als generell oder zumindest prinzipiell richtig hinzustellen. Beide Haltungen werden dem vielschichtigen Sachverhalt nicht gerecht. Einerseits sind Erfolg oder Mißerfolg kein Kriterium für das Wesen eines historischen Phänomens („Siege [...] sind [...] sehr zweydeutige Beweise der gerechten Sache: oder vielmehr sie sind gar keine“, sagt Lessing – und an anderer Stelle: „Wenn der Ausgang die Seele der Geschichte seyn soll, wenn man nach diesem alles Vorhergegangene beurtheilen soll: so wäre es eben so gut, wir hätten gar keine Geschichte“<sup>3</sup>). Andererseits muß, wenn eine Idee derart mißbraucht werden kann, zwangsläufig auch nach der Beschaffenheit dieser Idee gefragt und vorbehaltlos analysiert werden, inwieweit bedenkliche Züge der Praxis bereits der Theorie selbst anhaften<sup>4</sup>.

Marx ordnet sich zum einen in eine zweieinhalbtausendjährige Entwicklung des europäischen philosophischen Denkens ein. Er hat auf hohem theoretischem Niveau „klassische“ Themen von Heraklit bis Hegel aufgenommen und knüpft insbesondere

---

1Belegstellen aus den Schriften von Marx und Engels werden – mit der Sigle MEW – nach der Ausgabe nachgewiesen: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Berlin 1958-1968. – Folgende Schriften werden mit Kurztiteln zitiert: Manifest der Kommunistischen Partei – Manifest; Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft – Anti-Dühring.

2Friedrich Schiller: Der Zeitpunkt, in: Schiller: Werke. Nationalausgabe, Weimar 1943 ff., Bd. 1, S.313.

3Gotthold Ephraim Lessing: Gedanken über die Herrnhuter, in: Lessing: Sämtliche Schriften. Hrsg. von Karl Lachmann, besorgt durch Franz Muncker. Stuttgart-Leipzig-Berlin, Leipzig 1886-1924, Bd. 14, S.154; Ders.: Von Adam Neusern, einige authentische Nachrichten, in: ebenda, Bd. 12, S.237.

4Siehe Karl Löwith: Nietzsche nach sechzig Jahren, in: Löwith: Der Mensch inmitten der Geschichte. Philosophische Bilanz des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1990, S.285-304.

an Fragestellungen der deutschen Philosophie aus dem späten 18. und dem frühen 19. Jahrhundert an. Zum anderen zieht er Schlußfolgerungen aus der zeitgenössischen Naturwissenschaft und aus einer Untersuchung der bisherigen Geschichte, wie sie seit dem Eintritt in das industrielle Zeitalter möglich geworden war.

Die dialektische Methode – die Analyse sämtlicher Erscheinungen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens als in sich widersprüchlich – trägt wesentlich zur Erkenntnis der Wirklichkeit bei. Marxens Weltbild im allgemeinen korrespondiert mit Tendenzen, die wir auch bei anderen Gelehrten des 19. Jahrhunderts verfolgen können – bis hin zu Schopenhauer, dessen Deutung des nach Kant eigentlich unerkennbaren „Dinges an sich“ als „Wille“ hochgradig materialistische Elemente enthält<sup>5</sup>. Seine Geschichtsauffassung aber hat nicht nur neue Einsichten in frühere Epochen der Menschheit vermittelt und es (laut Engels) erlaubt, mit der „Entdeckung des Mehrwerts“ „das spezielle Bewegungsgesetz der [...] kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft“ zu enthüllen<sup>6</sup>, sondern wir verdanken ihr auch wichtige Erkenntnisse über generelle Merkmale der historischen Entwicklung, über das Verhältnis von Materiellem und Ideellem und über den komplizierten und leidvollen Verlauf der menschlichen Geschichte. Nicht wenige Prozesse bis weit ins 20. Jahrhundert hinein sind auf ihrer Grundlage recht exakt vorausgesagt worden. Sogar die Diskrepanzen zwischen Ideal und Wirklichkeit des Sozialismus lassen sich mit ihrem – unvoreingenommen gehandhabten – methodischen Instrumentarium erklären.

Marx hat nachdrücklich auf den wissenschaftlichen Anspruch seiner Lehre hingewiesen. Im Vorwort zur Schrift „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ schreibt er, „daß meine Ansichten, wie man sie immer beurteilen mag und wie wenig sie mit den interessierten Vorurteilen der herrschenden Klassen übereinstimmen, das Ergebnis gewissenhafter und langjähriger Forschung sind“<sup>7</sup>. Und im Vorwort zum ersten Band des „Kapitals“ bekennt er, daß ihm „jedes Urteil wissenschaftlicher Kritik [...] willkommen“ sei.<sup>8</sup> Mehrfach haben sowohl Marx als auch Engels betont, daß ihre Aussagen über das Proletariat und über den Kommunismus nicht utopisch-doktrinäre Konstruktionen, sondern Schlußfolgerungen aus dem wirklichen Verlauf der Geschichte seien – am prägnantesten im „Kommunistischen Manifest“: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind

5 Siehe Arthur Schopenhauer: Die Welt als Wille und Vorstellung, in: Schopenhauer: Sämtliche Werke. Hrsg. von Ludger Lütkehaus, Leipzig 1979, Bd. 2, S.396-398. Siehe Alfred Schmidt: Schopenhauer und der Materialismus, in: Schopenhauer und Marx. Philosophie des Elends – Elend der Philosophie? Hrsg. und eingel. von Hans Ebeling und Ludger Lütkehaus, Frankfurt a. M. 1985, S.132-169.

6 Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.26; Ders.: Das Begräbnis von Karl Marx., in: MEW, Bd. 19, S.336.

7 MEW, Bd. 13, S.11.

8 MEW, Bd. 23, S.17.

nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.<sup>6</sup> Sie wandten sich „zunächst“, „vorzugsweise“ oder „soweit solche Kritik überhaupt eine Klasse vertritt“ an die Arbeiter, die am stärksten unter den Bedingungen ihrer Zeit litten und deshalb für revolutionäre Ideen am empfänglichsten waren.<sup>10</sup> Doch sie zielten nicht auf eine bloße „Weltanschauung“ oder ein Parteiprogramm, sondern auf eine intellektuell fundierte Theorie: “[...] je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht“, heißt es in Engels’ Feuerbach-Schrift, „desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter“.<sup>11</sup> Marx und Engels scheuten weder vor Kritik an den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ihrer Zeit noch vor radikaler Analyse ihrer eigenen Irrtümer zurück.<sup>12</sup> Als sein „Lieblingssmotto“ bezeichnete Marx den Satz „De omnibus dubitandum“ – „An allem ist zu zweifeln“.<sup>13</sup>

Programmatik und Methodik dieses Philosophen sind somit im Prinzip wissenschaftlich. Seine Fragestellungen, partiell auch seine Lösungsversuche, sind sowohl im Lichte seiner eigenen Zeit wie bis zu einem gewissen Grade von unserem heutigen Erkenntnisstand her bedeutsam – zumal wenn wir berücksichtigen, daß es zum Wesen theoretischer Aussagen gehört, nicht „absolute Wahrheiten“ zu verkünden, sondern im weiteren Prozeß der Forschung ergänzt, modifiziert, korrigiert zu werden.

Frühzeitig allerdings wurde dieser Denkansatz gegen Marxens ausdrücklichen Willen zum „Marxismus“ dogmatisiert: „Alles, was ich weiß, ist, daß ich kein Marxist bin.“<sup>14</sup> Später erklärte man den „Marxismus-Leninismus“ zu einer sakrosankten Ideologie. In ihr wurden die wissenschaftlichen Momente überlagert und verschüttet, nicht wenige Aussagen faktisch in ihr Gegenteil verkehrt – zu einer Ideologie, die sich zunehmend als unbrauchbar zeigte, neue Entwicklungen (wie die Herausbildung des Faschismus, die Modifizierungen der „sozialen Marktwirtschaft“ oder die fatalen Abweichungen des „realen Sozialismus“ von den theoretischen Voraussagen) zu erkennen und das eigene Handeln danach auszurichten. Die eigentliche Problematik,

---

9MEW, Bd. 4, S.474 f. Siehe auch Marx: Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, in: MEW, Bd. 1, S.344f.; Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.35; Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S.143; Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.26, 241 und 262.

10Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.250; Ders.: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, S.307; Marx: Das Kapital. Nachwort zur 2. Aufl. des ersten Bandes, in: MEW, Bd. 23, S.22.

11Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW, Bd. 21, S.307.

12Siehe besonders Engels’ Einleitung von 1895 zu Marxens Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850“ (MEW, Bd. 7, S.516 f.).

13Marx/Engels: Über Kunst und Literatur. Eine Sammlung ihrer Schriften. Hrsg. von Michail Lifschitz, Berlin 1948, S.480.

14„Tout se que je sais, c’est que je ne suis pas marxiste.“ Dieser Ausspruch wird von Engels im Brief an Conrad Schmidt vom 5. August 1890 zitiert (MEW, Bd. 37, S.436).

ja die Tragik der Marxschen Gesellschaftslehre besteht jedoch nicht in dieser Deformation des ursprünglichen Gehalts, sondern darin, daß die Deformierbarkeit bereits von vornherein in ihr angelegt war. Sie enthält nämlich neben ihren wissenschaftlichen Elementen Aussagen, die auf relativ schmaler Basis errichtet und folglich keineswegs als historisch gesichert anzusehen sind, zieht Schlußfolgerungen für den künftigen Verlauf der Geschichte in einer logisch nicht zwingenden Art und Weise, offenbart entgegen ihren Intentionen ideologische Vorgaben, ethische Postulate und utopische Menschenbildkonzeptionen und erhebt einen geradezu missionarisch wirkenden, quasi-religiösen Anspruch auf eine Erlösung der Menschheit von dem Übel.<sup>15</sup>

Zunächst einmal sind Marx gravierende historische Fehleinschätzungen im Hinblick auf den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unterlaufen. Er hat ebensosehr die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise unter- wie die Potenzen der sozialistischen überschätzt und dabei weder den Reformismus in der Arbeiterbewegung vorhergesehen noch die Eigendynamik bürokratischer Apparate in Betracht gezogen. Zudem hat er sowohl den Verlauf der proletarischen Revolution unrichtig prognostiziert als auch Probleme unberücksichtigt gelassen, die sich in der Folgezeit als äußerst schwerwiegend herausgestellt haben. Dabei handelt es sich nicht so sehr um Irrtümer im einzelnen, die an sich im Zuge neuer Erfahrungen korrigierbar gewesen wären, sondern um prinzipielle Mängel, die bei sorgfältigerer Handhabung wissenschaftlicher Methoden und bei einem Verzicht auf ideologische Vorurteile hätten vermieden werden können.

Marx hat – erschüttert vom Elend der arbeitenden Schichten unter den Bedingungen der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, der industriellen Revolution und der modernen Arbeitsteilung – angenommen, daß die bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse zur Fessel der Produktivkräfte geworden seien und daß sie insbesondere auf Grund der ihnen immanenten zyklischen Wirtschaftskrisen, der immer stärkeren Polarisierung der Gesellschaft in zwei große feindliche Klassen und der weiter fortschreitenden Verelendung des Proletariats in kurzer Zeit zusammenbrechen würden.<sup>16</sup> Doch weder die Krisen- noch die Polarisations- noch die Verelendungstheorie sind (wie spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts erkannt wurde) in den am weitesten entwickelten Industrieländern durch die Wirklichkeit

---

15Zur Kritik der Marxschen Philosophie wurden herangezogen: Leszek Kolakowski: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehen – Entwicklung – Zerfall, München 1977-1979 (insbesondere der Epilog); Erwin K. Scheuch: Muß Sozialismus mißlingen? In: Merkur. H. 347-348. 31 (1977), S.311-331, 420-434; die Diskussionsbeiträge von Giuseppe Tamburrano, Yiannis Papadatos, Sven Ove Hansson und Bert Tromp auf der Berliner Konferenz zum 100. Todestag von Karl Marx („Neues Deutschland“, 13., 14., 15. und 18.4.1983).

16Siehe Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.463, 467 f. und 473; Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S.675 und 790 f.; Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.253-262.

bestätigt worden<sup>17</sup>. Infolge vertiefter nationaler wie internationaler Bindungen zwischen Politik und Wirtschaft ist es gelungen, Stärke, Verlauf und Dauer von Überproduktionskrisen zu modifizieren und diese sogar zum Ausgangspunkt struktureller Wandlungen zu machen. Die „bisherigen kleinen Mittelstände“ sind keineswegs, wie im „Manifest“ vorausgesagt<sup>18</sup>, in das Proletariat „hinabgefallen“. Vielmehr besitzen die „alten Mittelschichten“ (Handwerk, Kleinhandel, Bauern) durchaus noch ein beträchtliches wirtschaftliches und politisches Gewicht. Der Anteil der Industriearbeiter hat mit der Intensivierung der Produktion immer mehr abgenommen. Es hat sich ein „neuer Mittelstand“ von technischer Intelligenz und Managern, von Angestellten im Dienstleistungssektor und Beamten zwischen den traditionellen Grundklassen etabliert. Schließlich konnten auf Grund einer enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität, einer langandauernden Erhöhung der Reallöhne, eines zielstrebigem gewerkschaftlichen Kampfes und einer taktisch geschickten Sozialgesetzgebung die Existenzbedingungen breiter Schichten der Bevölkerung gewährleistet werden.

Paradoxerweise hat sogar der „reale Sozialismus“ auf die bürgerliche Gesellschaft stabilisierend gewirkt: Einerseits haben das gemeinsame Interesse der untereinander konkurrierenden Kapitalisten gegenüber dem „sozialistischen Lager“ deren innere Gegensätze zurückgedrängt, jenes Maß an Organisiertheit hervorgebracht, das ausreicht, die sozialen Verhältnisse ohne Beseitigung ihrer grundlegenden Widersprüche erträglich zu gestalten, und Zugeständnisse an die unmittelbaren Produzenten beschleunigt. Andererseits verlor der „Marxismus“, der seinen Anhängern einst Selbstbewußtsein und Kampferfahrung zu vermitteln vermochte, angesichts der zahlreichen Unvollkommenheiten, mit denen die aus der revolutionären Umwälzung hervorgegangene Ordnung behaftet war, immer mehr an Anziehungskraft.

Die kapitalistische Produktionsweise hat, insgesamt gesehen, gewiß keine optimale oder gar humane Regelung der menschlichen Belange erreicht: Sie hat im 20. Jahrhundert zu zwei Weltkriegen und zu zahlreichen weiteren militärischen Konflikten geführt, hat faschistische und andere autoritäre Diktaturen hervorgebracht und funktioniert nur in den Industrieländern Europas und Nordamerikas (und auch dies im eigentlichen Sinne erst in den Jahrzehnten nach 1945), während sie im Zeichen sowohl des „klassischen“ wie des „Neo“-Kolonialismus katastrophale Auswirkungen auf die armen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat. Die Transformationsprozesse in den ehemals sozialistischen Staaten führen zu erheblichen Kollisionen. Die Konflikte mit der „Dritten Welt“ nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an – und selbst in den reichen Regionen des Nordens vermehren sich seit dem Ende des 20. Jahrhunderts wieder die sozialen Spannungen:

---

17Siehe Max Weber: *Der Sozialismus*, Wien 1918, S.19. Siehe auch Fritz Sternberg: *Der Faschismus an der Macht*. Neudr. der Ausgabe Amsterdam 1935, Hildesheim 1981.

18Siehe MEW, Bd. 4, S.469, 472 und 475.

Zusammenbrüche von Firmen und ganzen Wirtschaftszweigen, Arbeitslosigkeit, Armut, Vernachlässigung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, Rechtsextremismus und kulturelle Nivellierung, Nichtsdestoweniger erweist sich die auf privatem Eigentum beruhende, durch sachliche Abhängigkeitsverhältnisse charakterisierte und nur in deren Rahmen persönliche Unabhängigkeit gewährende, von den Prinzipien der Konkurrenz und Profitmaximierung bestimmte und durch Märkte gesteuerte bürgerliche Ordnung als produktiv und von langer Dauer, als fähig zu Modifizierungen und Selbstregulierungen. Dies hätte (nicht in ihren konkreten Ausprägungen, wohl aber als allgemeine Möglichkeit der historischen Entwicklung) durchaus erkannt werden können.

Sowohl die asiatische, die antike und die feudale Produktionsweise haben über lange Zeit geherrscht und sind zu mannigfachen Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens in der Lage gewesen, um die Dominanz der oberen und die Existenzbedingungen der unterdrückten Klassen zu sichern. Wie die Wandlung von den autarken griechischen Poleis zu den hellenistischen Großreichen, von der römischen Republik zum Kaiserreich und von der feudalen Zersplitterung zum zentralisierten absolutistischen Staat belegt, können sich Modifikationen größten Ausmaßes innerhalb einer Ordnung vollziehen. Durch die Gesetzgebung des Solon und späterer Reformer und durch den (in bestimmten Grenzen) erfolgreichen Kampf der Plebejer um einen angemessenen Anteil an Reichtum und Macht wurden Auswüchse eingedämmt, deren sich eine Gesellschaft in der naiven Brutalität ihres Jugendalters schuldig macht. Sollte ausgerechnet für die kapitalistische Produktionsweise bereits wenige Jahrzehnte nach dem Beginn der industriellen Revolution ein analoger Prozeß außerhalb aller Denkmöglichkeiten gelegen haben? So berechtigt Marxens Kapitalismus-Kritik in der Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen ist: Es war ein gravierender Fehler, nur die empirisch zu konstatierenden Tendenzen der eigenen Zeit in die Zukunft zu verlängern und die Vielschichtigkeit und Wandlungsfähigkeit historischer Phänomene außer acht zu lassen. Indem Marx die Spezifika aus der Phase der „freien“ Konkurrenz naiverweise auf die bürgerliche Ordnung insgesamt übertrug, leistete er letzten Endes sogar dem Leninschen Irrtum Vorschub, deren monopolistische Phase – die tatsächlich die Potenzen dieser Ordnung erst voll zur Geltung brachte – als parasitären, faulenden und sterbenden Kapitalismus zu klassifizieren.<sup>19</sup>

Fraglich sind auch mehrere Aspekte der Marxschen Revolutionstheorie. Sie ging davon aus, daß der Kommunismus „nur als die Tat der herrschenden Völker auf ‚einmal‘ oder gleichzeitig möglich“ sei. Sie hat die Frage, ob die sozialistische Revolution „in einem einzigen Lande allein vor sich gehen“ könne, ausdrücklich verneint: „Die kommunistische Revolution wird [...] keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern [...] gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein.

---

<sup>19</sup>Siehe W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin: Werke, Berlin 1955-1978, Bd. 22, S.189-309.

[...] Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.“<sup>20</sup> Tatsächlich verlief die Entwicklung anders: Während die westeuropäische und nordamerikanische Arbeiterbewegung im Zuge einer allmählichen Verbesserung der sozialen Lage ihren revolutionären Impetus verlor und immer mehr einen reformistischen Charakter annahm, reifte in Rußland, in dem es nur eine zahlenmäßig schwache, angesichts der anachronistischen historischen Bedingungen aber äußerst radikale Arbeiterklasse gab, eine Situation heran, die – verstärkt zum einen durch den für das Zarenreich fatalen Verlauf des Ersten Weltkrieges, zum anderen durch das energische und taktisch geschickte Auftreten Lenins – geradezu nach einem gesellschaftlichen Umsturz verlangte. Dabei betonte Lenin nachdrücklich, daß die russische das Fanal zu einer weltweiten Revolution sei, daß die Hegemonie nur „zeitweilig“, „nur für kurze Zeit“ an die russischen Arbeiter übergehe und daß Rußland bald wieder ein „rückständiges Land“ sein werde.<sup>21</sup>

Letzten Endes ist die Theorie von der sozialistischen Revolution sowohl in der Marxschen wie in der Leninschen Version inadäquat gewesen. Die ursprüngliche These, daß gerade in den am höchsten entwickelten Ländern der alten Ordnung die neue erwachse und ihrerseits wieder zur Blüte gelange, ist eine lineare Verallgemeinerung bestimmter Grundtendenzen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, wie er sich in „klassischer“ Form in der Französischen Revolution vollzogen hatte. Alle anderen Wechsel von gesellschaftlichen Ordnungen hingegen waren so verlaufen, daß sich zwar die Potenzen der alten Produktionsweise reduziert und Elemente der neuen in deren Rahmen herausgebildet hatten, daß aber zugleich Verlagerungen des geschichtlichen Schwerpunktes eintraten und innere Widersprüche sich mit äußeren Einwirkungen verquickten. Nichts sprach dafür, daß der Wechsel vom Feudalismus zum Kapitalismus paradigmatisch auch für den Wechsel vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. Bei genauerer Betrachtung verlief die Ablösung der Adels- durch die Bourgeoisieherrschaft etwas differenzierter, als es die Verabsolutierung des vorgeblichen Modellcharakters der Revolution von 1789 nahelegt. Selbst diese exemplarische politische Umwälzung des Bürgertums stand in keinem geradlinigen Verhältnis zum Entwicklungsniveau der Produktivkräfte.

Es ist demnach nichts Außergewöhnliches und hätte von exakten historischen Überlegungen her durchaus in Erwägung gezogen werden können, daß die Herausbildung des Sozialismus ungleich komplizierter sei, als Marx und Engels in ihrer ersten Begeisterung angenommen hatten. Wenn Lenin von deren Theorie abwich und die sozialistische Revolution in einem Land durchführte, das ökonomisch bislang am Rande stand, dann trug er grundsätzlich bis zu einem

---

20Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.34 f.; Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S.374 f.

21Siehe W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte, in: Lenin: Werke, Bd. 29, S.299; Ders.: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: ebenda, Bd. 31, S.5 f.

gewissen Grade geschichtlichen Erfahrungen Rechnung. Konkret freilich war diese Modifizierung ebenfalls spekulativ: Da angesichts der Prosperität der kapitalistischen Produktionsweise, die sich sogar nach den extremen Erschütterungen des Ersten Weltkrieges offenbarte, in keinem anderen Land die Bedingungen für eine siegreiche proletarische Umwälzung gegeben waren, konnte die Oktoberrevolution nur ein Vorstoß in ein zeitweiliges machtpolitisches Vakuum und kein Fanal für eine Weltrevolution sein. Der Sozialismus, den man zu errichten meinte, blieb zunächst auf ein einziges Land beschränkt, vermochte später nur im Zuge militärischer Konflikte exportiert werden und fand nur in jenen Ländern Anklang, deren industrielle Entwicklung noch weniger vorangeschritten war als in Rußland. So nahm er all jene makabren Züge an, die man, vereinfachend, mit dem Namen „stalinistisch“ zu bezeichnen pflegt. Er war auf Dauer nicht in der Lage, sich wirklich als neue Ordnung zu etablieren – sei es, daß er (wie in Europa) auf spektakuläre Weise implodierte, sei es, daß er (wie in China) allmählich in eine marktwirtschaftliche Ordnung übergeführt wird.

Die Problematik der Marxschen Revolutionstheorie wird dadurch verschärft, daß die Analogie zum Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus mit Aussagen verschmolzen ist, die auf simplifizierende Weise im Kontrast zur geschichtlichen Erfahrung stehen. Im Prinzip geht der Philosoph davon aus, daß neue Produktionsverhältnisse sich erst dann herausbilden können, wenn ihre materiellen Existenzbedingungen innerhalb der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind, und daß auch (wie es wörtlich heißt) „die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte [...] die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus“ schaffen.<sup>22</sup> Im Detail jedoch modifiziert er seine Erkenntnis: „Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erwerben, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören.“<sup>23</sup> Während die Bourgeoisie lediglich die politischen Verhältnisse den ökonomischen anzupassen brauchte, sollte in der sozialistischen Revolution etwas vollzogen werden, wofür die Voraussetzungen noch gar nicht vorhanden waren.

Hinzu kommt, daß, während alle früheren Gesellschaftsordnungen untergingen, als neue Produktivkräfte, Abhängigkeitsverhältnisse und Klassen von Eigentümern hervortraten (Sklavenbesitzer, Feudalherren, Kapitalisten), der Untergang des Kapitalismus auf Grund der ihm von Anfang an eigenen Produktionsweise erfolgen sollte. Während weder die feudalabhängigen Bauern noch die Sklaven noch die

22Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S.9.

23Marx/Engels: Manifes, in: MEW, Bd. 4, S.472.

Hörigen der orientalischen Stromkulturen in der Lage gewesen waren, die Gesellschaft auf revolutionärem Wege weiterzuführen, der Arbeiterklasse wird diese Aufgabe unbedenklich zugeschrieben – und dies bereits zu einem Zeitpunkt, da sie erst am Beginn ihrer Entwicklung stand und ihr Wesen oder gar ihre Differenziertheit noch längst nicht offenbart hatte.

Es sind dies alles Indizien dafür, daß es sich bei der Marxschen Revolutionstheorie nur in beschränktem Maße um Schlußfolgerungen aus der gesellschaftlichen Praxis handelt, daß Diskrepanzen zwischen den Zielvorstellungen und der Realität geradezu zwangsläufig sein mußten und daß die verkündete „neue Ordnung“ allzu neuartig gar nicht sein konnte.

Schwerwiegender noch als die Unterschätzung der kapitalistischen ist die Überschätzung der sozialistischen Produktionsweise. Jene widerlegt zwar wichtige Bestandteile, nicht aber den Grundgehalt der Marxschen Kapitalismus-Analyse. Diese stellt den gesamten „wissenschaftlichen Sozialismus“ in Frage. Es wirkt bedenklich, wenn im „Kapital“ die „Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches“ für langwieriger, härter und schwieriger gehalten wird „als die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches“.<sup>24</sup> Daß die jahrzehntelangen Ankündigungen eines baldigen Ausbruchs und eines siegreichen Verlaufs der sozialistischen Revolution auf Irrtümern beruhten, haben Marx und Engels in ihrem Alter unumwunden zugegeben. Doch auch die Aussagen seit den 1870er Jahren über die Möglichkeit eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus und einer Übernahme der Regierungsverantwortung durch Wahlen<sup>25</sup> haben sich angesichts der Stabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der konterrevolutionären und diktatorischen Energien seiner politischen Exponenten und des wirklichen Wahlverhaltens der Massen als hochgradig illusionär erwiesen.

Wo jedoch sozialistische Verhältnisse eingeführt werden konnten, geschah dies auf einem niedrigen Entwicklungsstand der Produktion, so daß – wie es schon in der „Deutschen Ideologie“ drastisch prophezeit worden war – „nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen“ mußte<sup>26</sup>. Der „reale Sozialismus“ konnte die fehlenden ökonomischen Grundlagen nur durch politisch-ideologischen Druck auszugleichen versuchen, vermochte (und auch dies nur vorübergehend) allein mittels straffer administrativ-zentralistischer Methoden eine Entwicklung der Produktivkräfte zu befördern.

---

24MEW, Bd. 23, S.790 f.

25Siehe Marx:: Rede über den Haager Kongreß, in: MEW, Bd. 18, S.160; Ders.: Konspekt der Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz, in: MEW, Bd. 34, S.498 f.; Engels: Einleitung zu Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: MEW, Bd. 7, S.519-525.

26Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.34 f.

So kam es zu einer erneuten Zweiteilung der Gesellschaft in die Schicht der bürokratischen Funktionäre, die die Macht ausübt und die Produktion organisiert, zugleich aber auch die Bevölkerung unterdrückt (bis hin zu Terror und Massenrepressalien) und sich selbst persönliche Privilegien verschafft, und in die breiten Schichten der unmittelbaren Produzenten, die in der neuen Ordnung zwar zeitweilig eine gewisse soziale Sicherheit erfahren, aber ihre Interessen und Bedürfnisse nur ansatzweise erfüllt sehen und von Macht und Eigentum entfremdet sind, die nur eine geringe Motiviertheit und Leistungsbereitschaft zeigen, weltanschaulich anderweitig gebunden sind und entweder passive Resistenz üben oder sich mit dem Gemeinwesen nur aus Opportunismus identifizieren. Folglich mußte sich zum einen die von Anfang an gegebene prekäre Situation im Laufe der Zeit gewaltig verschärfen. Zum anderen konnte sich nur eine Gesellschaft herausbilden, die den ursprünglichen Zielvorstellungen fern, ja entgegengesetzt war. Verfehlt freilich wäre es, die Problematik des Sozialismus allein aus seiner Genesis erklären zu wollen. Es offenbaren sich zugleich generelle Wesenszüge beim Aufbau einer neuen Ordnung. Marx hat nicht nur die Kompliziertheit und Langfristigkeit der Umwälzungsprozesse unterschätzt, sondern auch naive Gedanken über deren Ergebnis verkündet. Die Vorstellung, daß (wie einige programmatische Formulierungen lauten) „das moderne bürgerliche Privateigentum [...] der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte“ sei, „die auf Klassengegensätzen, die auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht“, daß „die bürgerlichen Produktionsverhältnisse [...] die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses“ seien, der Sozialismus folglich zwangsläufig Klassenherrschaft und soziale Abhängigkeitsverhältnisse aufhebe und durch nicht-antagonistische Gesellschaftsstrukturen ablöse<sup>27</sup> – durch „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Grundlage für die freie Entwicklung aller ist“, eine „Selbstregulierung der Produzenten“ bzw. eine „freie Selbstverwaltung durch das arbeitende Volk“<sup>28</sup> –: diese Vorstellung ist nicht durch eine historisch-konkrete Analyse bewiesen, sondern sie ist ein Axiom, aufgestellt nicht in Analogie, sondern im Kontrast zum bisherigen Verlauf der Geschichte.

Marx und Engels äußerten mehrfach, daß, während alle bisherigen Bewegungen „Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten“ gewesen seien, die proletarische Bewegung „die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl“ sei, daß, während alle bisherigen Revolutionen „auf die Verdrängung einer bestimmten Klassenherrschaft durch eine andere“ hinausgelaufen seien und die Majorität dabei nur „im Dienst einer Minorität“ mitgewirkt habe, es sich bei der sozialistischen Revolution „nicht um Vorspiege-

---

27Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.475; Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorvor, in: MEW, Bd. 13, S.9.

28Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.482; Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S.339; Engels: Brief an Ferdinand Domela Nieuwenhuis, 4. Februar 1886, in: MEW, Bd. 36, S.334.

lungen, sondern um die Durchführung der eigentlichen Interessen der großen Mehrheit selbst“ handele.<sup>29</sup> Sie übersahen dabei aber nicht nur, daß das Proletariat keineswegs die „ungeheure Mehrzahl“ der Bevölkerung ausmacht, sondern auch, daß einerseits Epochenumbrüche generell von der Masse der unmittelbaren Produzenten herbeigeführt werden und daß andererseits die Aktionen dieser Masse sich stets sehr bald als Mittel zur Durchsetzung der Interessen von Minoritäten erweisen.

Alle historischen Erfahrungen belegen, daß durch eine gesellschaftliche Umwälzung, sosehr das Volk auch Triebkraft der Entwicklung sein mag, nur eine relativ kleine Schicht an dessen Spitze, die über das Mehrprodukt verfügt und die Produktion organisiert, sich zum neuen Herrn aufschwingt. Ebenso zwangsläufig, wie ein Teil der mittelalterlichen Leibeigenen zu Pfahlbürgern und dann zur Bourgeoisie wurde<sup>30</sup>, ging aus der Masse der Proletarier die Schicht der Funktionäre hervor. Die Geschichte bietet keine Beispiele dafür, daß die unmittelbaren Produzenten für längere Zeit ihre Geschicke selbst in die Hand nahmen. Bestenfalls können sie, wie in den modernen Demokratien, auswählen, von welchem Teil der politischen Elite sie regiert werden wollen.

Nichts deutete darauf hin, daß es sich beim Proletariat anders verhalten werde als bei früheren Klassen, sobald sie zur Macht gelangten. Insbesondere war die Annahme illusionär, daß die Existenz von Gemeineigentum identisch sei mit dem Fehlen von sozialen Abhängigkeitsverhältnissen. Der entscheidende Punkt in der Auseinandersetzung zwischen den Organisatoren und den Produzenten ist in letzter Instanz nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern die Verfügungsgewalt über das Mehrprodukt. Wenn diese Verfügungsgewalt von bürokratischen Apparaten ausgeübt wird, dann entwickeln diese eine beträchtliche Eigendynamik. Ausbeutung, Unterdrückung und Elend können gleichermaßen von Privateigentümern wie von den Administratoren der gesellschaftlichen Produktion ausgehen. Auch hinsichtlich des Reichtums und der Macht besteht kein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem Streben nach Maximalprofit und dem Ehrgeiz nach einer Spitzenstellung im hierarchisch-bürokratischen Apparat. Wie das private hat auch das Gemeineigentum seine spezifischen Schranken: Klassegegensätze werden nicht beseitigt, sondern verlagert. Die Verwalter von kollektivem Eigentum pflegen, da die Produktion sich nicht durch das persönliche Interesse der einzelnen Bürger ökonomisch „von selbst“ regelt, sondern durch politischen und ideologischen Druck „von oben“ geregelt werden muß, oft sogar eine extreme Härte zu entfalten.

Paradigmatisch für eine Ordnung, in der die soziale Stellung des einzelnen nicht vom Eigentum, sondern direkt von der Verfügungsgewalt abhängt, war die altorientalische Gesellschaft gewesen. Diese war charakterisiert durch den gemeinschaftlichen Besitz an Grund und Boden in der Dorfgemeinde und zugleich durch das Ober-

---

29Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.472; Engels: Einleitung zu: Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850, in: MEW, Bd. 7, S.514-516.

30Siehe Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.463.

eigentum an Grund und Boden, das durch das ökonomische und politische System der Despotie verkörpert wurde, mithin durch die soziale Abhängigkeit der Produzenten von einer nahezu allmächtigen, in sich hierarchisch gestaffelten Bürokratie.<sup>31</sup>

Die Zerteilung der sozialistischen Gesellschaft in die Masse der unmittelbaren Produzenten und in eine Schicht von machtausübenden wirtschafts- und politbürokratischen Funktionären sowie der unversöhnliche Züge annehmende Widerspruch zwischen diesen Gruppen sind nicht nur aus bestimmten historischen Bedingungen hervorgegangen, sondern gehören vielmehr zum Wesen dieser Ordnung. Die konkreten Eigentümlichkeiten waren natürlich in der Mitte des 19. Jahrhunderts ebensowenig vorauszusehen wie die Lebensfähigkeit des Kapitalismus; die allgemeine Dialektik historischer Epochenumbrüche aber wäre durch ein unvoreingenommenes Studium der Geschichte durchaus erschließbar gewesen, zudem hatte es im alten Orient bereits eine Gesellschaft gegeben, in der das gemeinschaftliche Eigentum sich sehr wohl mit der Existenz von Klassen vertrug. Die Parallelen zwischen dieser Ordnung und dem „realen Sozialismus“ sind (wie seit den 1930er Jahren erkannt worden war) in der Tat frappierend.

Wenn Marx im „Kapital“ das „Bild einer plan- und autoritätsmäßigen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit“ entwickelt und von der „Arbeit der Oberaufsicht und Leitung“ spricht, die überall dort notwendig sei, „wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat und nicht als vereinzelte Arbeit der selbständigen Produzenten auftritt“, dann ist darin nicht nur ein Widerspruch zur Konzeption der „Assoziation freier Produzenten“ zu erkennen, sondern zu fragen, welche Naivität dazu gehört, die Probleme nicht zu sehen, die (wie es dann im „realen Sozialismus“ geschah) durch den „Zusammenhang und die Einheit des Prozesses in einem kommandierenden Willen“ hervorgerufen wurden.<sup>32</sup>

Zu den historischen Fehleinschätzungen von Marx und Engels gehören weiterhin ein ausgesprochener Europazentrismus, ein unkritisches Verhältnis zum Krieg und ein auffälliges Verkennen des Nationalismus. Sie haben – sei es auf Grund des damaligen Wissensstandes, sei es auf Grund einer traditionellen, insbesondere in der Hegelschen Geschichtsphilosophie ausgeprägten Geisteshaltung – die Bedeutung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas außer acht gelassen und einfach gemeint, daß die „halbzivilisierten Länder“ nach einer sozialistischen Revolution in Europa und Nordamerika „ganz von selbst ins Schlepptau“ kommen würden.<sup>33</sup> Namentlich in Marxens Aufsätzen über die britische Herrschaft in Indien aus dem Jahre 1853 offenbart sich eine leichtfertige Arroganz gegenüber außereuropäischen Spezifika und

---

31 Siehe Irmgard Sellnow u. a.: Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus. Ein Abriss. Berlin 1977, S.141-143.

32 Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S.377 und Bd. 25, S.397.

33 Engels: Brief an Karl Kautsky, 12. September 1882, in: MEW, Bd. 35, S.358.

gegenüber dem Leid der Individuen überhaupt.<sup>34</sup> Die Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“ haben nicht nur (wie im 19. Jahrhundert üblich) den Krieg als ein legitimes und unproblematisches Mittel der Politik akzeptiert, sondern auch erklärt, daß man in einem revolutionären Krieg sich „nicht auf die gewöhnlichen Kriegsmittel beschränken“ dürfe und „weder [...] den allgemein anerkannten Regeln der regulären Kriegführung [...] noch [...] irgendeinem anderen abstrakten Maßstab“ verpflichtet sei<sup>35</sup>. 1891/92 hat Engels sogar mit dem Gedanken gespielt, durch einen Krieg gegen das gehaßte Rußland die sozialistische Revolution (deren Sieg er für die Jahrhundertwende als gesichert ansah) zu befördern<sup>36</sup>. Schließlich sind die beiden Theoretiker von einem baldigen Verschwinden der „nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker“ ausgegangen und verkündeten prononciert: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“<sup>37</sup> Auf diese Weise haben Marx und Engels einerseits wichtige Triebkräfte, die das politische Leben des 20. Jahrhunderts prägten, verkannt und andererseits dazu beigetragen, daß sozialistische Funktionäre (von der Kriegsbegeisterung der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1914 bis zum Afghanistan-Abenteuer der Sowjetunion) ideologisch wie praktisch sich unbedenklich kriegerischer Mittel bedienten.

Nicht zuletzt hatte Marxens allzu starre Fixierung auf die Zustände des 19. Jahrhunderts zur Folge, daß sich die auf ihn berufenden Funktionäre als unfähig erwiesen, rechtzeitig die neuartigen globalen Probleme zu erkennen, die – jenseits aller Spezifika der Eigentumsverhältnisse – im Wesen der modernen Industriegesellschaft wurzeln: die Zerstörung des natürlichen Lebensmilieus, die Vernachlässigung ökologischer Aspekte, das Bevölkerungswachstum, das drohende Versiegen der Rohstoffquellen, die menscheitsgefährdenden Konsequenzen ungehemmter Rüstungspolitik oder die ambivalenten juristischen und moralischen Aspekte des technischen Fortschritts.

Trotz ihrer wissenschaftlichen Programmatik und trotz mancher richtigen Detailerkenntnis in der kritischen Analyse des Kapitalismus hat sich die Marxsche Lehre insgesamt als nicht der Realität adäquat und als theoretisch nicht mehr ausbaufähig erwiesen. Die Abweichungen des „realen Sozialismus“ von ihr hätten einerseits nach allen bisherigen Erfahrungen erwartet, aus stärkerem Problembewußtsein heraus vorhergesagt und durch größere Behutsamkeit bis zu einem gewissen Grade vielleicht sogar vermindert werden können – andererseits aber sind sie angesichts der gravierenden Fehleinschätzungen geradezu zwangsläufig.

---

34Siehe Marx: Die britische Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S.132 f., Ders.: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S.230-236.

35Marx/Engels: Die Niederlage der Piemontesen, in: MEW, Bd. 6, S.387, Engels: Persien – China, in: MEW, Bd. 12, S.214.

36Siehe Engels: Der Sozialismus in Deutschland, in: MEW, Bd. 22, S.256; Ders.: Brief an August Bebel, 24.-26. Oktober 1891, in: MEW, Bd. 38, S.188; Ders.: Brief an Laura Lafargue, 5. Dezember 1892, in: MEW, Bd. 38, S.545 f.

37Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.179.

Die historischen Irrtümer kulminieren auf staats-theoretischem Gebiet. Marx und Engels hatten gelehrt, daß nach der sozialistischen Revolution an die Stelle der „Regierung über Personen“ „die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen“ treten, das eigentlich politische Moment damit wegfallen und der Staat absterben werde.<sup>38</sup> Tatsächlich aber hatten die Verwalter ihres „Erbes“ einen Staat von bisher ungeahnter Machtfülle errichtet. Doch auch hier muß betont werden: Es handelt sich nicht nur um eine Pervertierung des ursprünglichen Anliegens, sondern in der Theorie selbst sind bereits die Ansatzpunkte für deren Deformation vorhanden.

Nachdem Marx zunächst in der Schrift „Zur Judenfrage“ die These von der „menschlichen Emanzipation“ aufgestellt hatte, durch die „der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurückerkämpft und [...] die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt“<sup>39</sup>, gelangte er sehr bald dazu, den vorerst politischen Charakter der proletarischen Bewegung zu betonen und die Lehre von den zwei Phasen der sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln. Deren erste Phase charakterisierte<sup>40</sup> er bereits frühzeitig als „despotisch“, deren Wesen schilderte er Ende der 1840er Jahre als Diktatur<sup>41</sup> und bezeichnete sie seit Anfang der fünfziger Jahre auch mit dem Terminus „Diktatur des Proletariats“<sup>42</sup>. Der Akzent verlagerte sich zunehmend vom Ziel (der staats- und klassenlosen Gesellschaft) auf den Weg: die politische Herrschaft der Arbeiterklasse – eine Konzeption, die im Umfeld der Pariser Kommune noch einmal bekräftigt wurde.<sup>43</sup>

Zwar dachte Marx offenbar an eine Diktatur im altrömischen Sinne, d. h. auf gesetzlicher Grundlage und von beschränkter Dauer. Die konkreten Maßnahmen,

38Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.262. Siehe weiterhin Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.62 und 77; Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S.182; Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.182; Engels: Brief an Theodor Cuno, 24. Januar 1872, in: MEW, Bd. 33, S.388; Ders.: Brief an August Bebel, 18.–28. März 1875, in: MEW, Bd. 19, S.7.

39MEW, Bd. 1, S.353–356, 366 und 369 f.

40Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Erg.-Bd. 1, S.534–536. Siehe auch Marx: Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, in: MEW, Bd. 1, S.345; Ders.: Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen, in: MEW, Bd. 1, S.409; Ders.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Erg.-Bd. 1, S.521; Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.34. 41Siehe Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S.182; Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.481.

42Siehe Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: MEW, Bd. 7, S.33–89; Ders.: Brief an Joseph Weydemeyer, 5. März 1852, in: MEW, Bd. 28, S.508; Ders.: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S.197.

43Siehe Marx: Brief an Ludwig Kugelmann, 12. April 1871, in: MEW, Bd. 33, S.205; Ders.: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S.336; Marx/Engels: Manifest. Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872, in: MEW, Bd. 4, S.574; Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S.28. Siehe W. A. Turetzki: Die Entwicklung der Anschauungen von Marx und Engels über den Staat, Berlin 1956.

die er an der Kommune hervorhob, sind gerade das Gegenteil dessen, was später sozialistische Realität wurde (Wahl- und Absetzbarkeit der Funktionäre, Öffentlichkeit der Regierungshandlungen, Zahlung von Durchschnittsgehältern an die höchsten Beamten<sup>44</sup>). Marx hat das Instrument geschaffen, das dann Lenin, unter den Verhältnissen des zaristischen Absolutismus und während der Interventions- und Bürgerkriege nach der Oktoberrevolution, mit der Ideologie von der „Partei neuen Typus“ und den „Trupps von Berufsrevolutionären“, mit dem Pochen auf „eiserne Disziplin“ und „unbedingte Unterordnung unter den Willen einer Person“ ausbaute<sup>45</sup>. Stalin schließlich, nachdem die proletarische Revolution im eigentlichen Sinne gescheitert war und angesichts der fatalen Notwendigkeit, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen, vollendete es.

Das Problem der Macht ist die entscheidende *crux* der sozialistischen Gesellschaft. So wie die bürgerlichen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an den Schranken des „Geldverhältnisses“ und der „baren Zahlung“ zerschellten<sup>46</sup>, so verkümmerten die sozialistischen Ideale vom „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“<sup>47</sup> an den Eigengesetzlichkeiten der Apparate und ihrer administrativen Separatinteressen.

Daß der Staat nicht verschwand, sondern sich wiederum zum Machtinstrument einer Minorität verwandelte, daß die „Diktatur des Proletariats“ sukzessive zur Diktatur der Partei, des Parteiparats, des Zentralkomitees, des Politbüros und schließlich faktisch eines Spitzenfunktionärs wurde, daß eine extreme Personalisierung sachlicher Vorgänge einsetzte, daß innerhalb einer Diktatur sowie zwischen mehreren sozialistischen Staaten heftige Konflikte entstanden, daß die Repräsentanten eines „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ Bündnisse mit ihren Antipoden eingingen und sich ihnen sogar in den Formen der verbrecherischen Machtausübung verdächtig annäherten: all dies konnte natürlich konkret und in seiner Wirklichkeit nicht vorausgesehen werden, hätte aber allgemein und als Möglichkeit der historischen Entwicklung durchaus in Betracht gezogen werden können.

Die politische Gewalt wird zwar wesentlich durch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse bestimmt, steht mit diesen aber in einer Wechselwirkung und nimmt auch ihrerseits konstituierend auf sie Einfluß. Bereits von seiner Entstehung her ist der Staat nicht einfach das Produkt, sondern auch der Urheber von sozialen

---

44Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S.340, 343 und 348. Siehe auch Engels' Einleitung zu dieser Schrift (MEW, Bd. 17, S.624 f.).

45W. I. Lenin: Was tun? In: Lenin: Werke Bd. 5, S.467; Ders.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Ebenda, Bd. 27, S.259-262 (Zitat: S. 262); Ders.: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. Ebenda, Bd. 28, S.234; Ders.: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. Ebenda, Bd. 31, S.8 und 30. Siehe weiterhin Ders.: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. Ebenda, Bd. 24, S.71 f.; Ders.: Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 23. Juli 1920. Ebenda, Bd. 31, S.223.

46Marx/Engels: Manifest, in: MEW, Bd. 4, S.464 f.

47Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.264.

Gegensätzen<sup>48</sup>. Die „Leitung von Produktionsprozessen“, die gerade unter den Bedingungen des Gemeineigentums und einer planmäßigen und bewußten Organisation die Verfügbarkeit über die Arbeitskräfte in sich einschließt und ein hohes Maß an Spezialkenntnissen verlangt, tendiert zu einer Entwicklung von Schichten, die mit der Regelung der gemeinschaftlichen Aufgaben betraut sind und sich mehr und mehr gegenüber der Gesellschaft verselbständigen.

Der „reale Sozialismus“ hat die Marxschen Blümenträume ebenso gnadenlos zerpflückt wie die reale Bourgeoisie die heroischen Selbsttäuschungen des Bürgertums. Bürgerliche wie sozialistische Ideologen reduzierten die komplexe Struktur der Wirklichkeit auf ihr wesentliches Moment (auf das Privileg der Geburt bzw. auf das Privileg des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln) und unterstellten, daß die Negation dieses Moments die Aufhebung aller Schranken bedeute. Nun bilden aber die Menschen, die dieses Gegenbild verwirklichen sollen, nur insofern, als sie von den Privilegierten ihrer Zeit einheitlich unterdrückt werden, deren einheitlichen Gegenpol. Das heißt, sie stellen nur eine negative Einheit dar, eine Einheit, die charakterisiert ist durch ein gleiches Verhältnis zu einem äußeren Tatbestand. Sobald das Privileg gefallen, die bloß äußerliche Ursache ihrer Einheit beseitigt ist, sobald sie selbst sich als herrschende Klasse konstituiert haben, entwickeln sie sich in ihrer eigenen Differenziertheit, ja Gegensätzlichkeit. Die Einheit des Proletariats enthüllt sich als eine zeitweilige Identifizierung der Interessen eines Teils mit dem Ganzen. Ein Moment, das unter dem Druck der alten Zustände als sekundär empfunden wurde (das Privateigentum gegenüber der Gleichheit vor dem Gesetz, die politische Macht gegenüber dem Gemeineigentum) wird zum wesentlichen Moment der künftigen Gesellschaft, zum Kriterium eines neuen Antagonismus.

Die unzureichende Subtilität der Beweisführung, die sich in den historischen Fehleinschätzungen offenbart, kommt sogar in einem theoretischen, ja formal-logischen Mangel zum Ausdruck: Marx sieht im Privateigentum an den Produktionsmitteln die Wurzel für die Unterdrückung der Menschen in der bisherigen Geschichte und zieht daraus den Schluß, daß mit der „Aufhebung des Privateigentums [...] die Befreiung jedes einzelnen Individuums“ durchgesetzt werde.<sup>49</sup> Er schließt demnach von einer nicht vorhandenen Ursache auf eine nicht eintretende Wirkung. Schlüsse dieser Art sind logisch nicht zwingend, da ein Ereignis verschiedene Ursachen haben kann.<sup>50</sup> Alle Voraussagen auf eine künftige Gesellschaft haben folglich nur einen hypothetischen Charakter und hätten niemals mit jener apodiktischen Gewißheit verkündet werden dürfen, die ihnen von

---

48Siche Beiträge zur Entstehung des Staates. Hrsg. von Joachim Herrmann und Irmgard Sellnow. Berlin 1976

49Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.37.

50Siche Georg Klaus: Moderne Logik. Abriss der formalen Logik, Berlin 1964, S.70-75.

vornherein anhaftete und die die Voraussetzungen für ihre spätere Dogmatisierung schuf.

Hypothetische Schlüsse sind um so beweiskräftiger, je vollständiger die Kausalanalyse ist, je genauer alle oder zumindest viele Ursachen einer Erscheinung berücksichtigt werden. Nun haben Marx und Engels zwar allgemein-philosophisch anerkannt, daß die Ökonomie nicht das einzige, sondern das in letzter Instanz entscheidende Moment der gesellschaftlichen Entwicklung ist und daß es sich in der Geschichte um eine Wechselwirkung politischer, juristischer, moralischer, philosophischer, religiöser, künstlerischer und anderer Tendenzen auf der Grundlage der sich durchsetzenden wirtschaftlichen Belange handelt<sup>51</sup> – die konkret-historischen Schlußfolgerungen aber werden allein aus ökonomischen Sachverhalten abgeleitet. Wenn die Befreiung der Produktionsmittel aus den Banden der kapitalistischen Produktionsweise als „die einzige Vorbedingung“ einer „praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion“ bezeichnet wird<sup>52</sup>, dann ist der Vorwurf der Simplifizierung wahrlich nicht von der Hand zu weisen.

Die historischen Fehleinschätzungen und theoretischen Mängel der Marxschen Gesellschaftslehre sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die vom Ansatz her wissenschaftliche Weltanschauung unlösbar gekoppelt und überlagert war mit ideologisch-illusionären Vorurteilen, Wunschbildern und Selbsttäuschungen, die in teleologisch-spekulativem Sinne auf eine harmonische Lösung sozialer Konflikte zielten.

Die Marxschen Forderungen, die Befreiung des Menschen „auf dem Standpunkt der Theorie“ vorzunehmen, „welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt“, und „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“<sup>53</sup>, sowie die Zielvorstellungen von einer „Freie[n] Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität“<sup>54</sup>, von einem „Reich der Freiheit“, das sowohl auf der Grundlage wie „jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion“ als eines „Reich[s] der Notwendigkeit“ steht<sup>55</sup> und durch Kunst und Wissenschaft bestimmt ist<sup>56</sup>. Diese Forderungen und Zielvorstellungen sind zwar Ausdruck des Protestes gegen Elend und Entfremdung unter den Zwängen der kapitalistische

---

51 Siehe Engels' Briefe an Joseph Bloch, Conrad Schmidt, Franz Mehring und W. Borgius vom 21./22. September 1890, 27. Oktober 1890, 14. Juli 1893 und 25. Januar 1894, in: MEW, Bd. 37, S.462 und 492 f. sowie Bd. 39, S.98 und 206.

52 Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S.263.

53 Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S.389 und 391.

54 Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. 2.Berlin 1974, S.75, S.79. – Zur Marxschen Zielvorstellung einer freien und universellen Entwicklung der Individuen siehe Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie, Berlin 1982, S.127 f.

55 Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 25, S.828.

56 Siehe Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S.505 und 593.

Arbeitsteilung und entspringen ethisch hochstehenden humanistischen Intentionen, doch sie wurzeln nicht in einer vorbehaltlosen Analyse der Wirklichkeit, sondern es handelt sich (nach einer Formulierung von Adam Schaff) um einen „Idealtypus, der sich aus Werten zusammensetzt, die durch Negation des bekämpften Zustands gewonnen werden“<sup>57</sup>. Sie knüpfen an große Traditionen an: etwa an die antike Vorstellung von der Muße und von der allseitig entwickelten Persönlichkeit<sup>58</sup>, an das Renaissance-Ideal des homo universale und ganz besonders an Gedanken der Aufklärung und der „klassischen“ bürgerlichen Philosophie über die „Ausbildung aller Kräfte des Menschen“, „die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen“<sup>59</sup>. Die Überzeugung, daß es eine gerechte Weltordnung gebe, daß die Mehrzahl der Menschen daran interessiert sei, sie zu verwirklichen, und daß die geschichtliche Entwicklung ein ständiges Fortschreiten und eine Vervollkommnung der Menschheit in Richtung auf Bewußtheit und Freiheit sei, geht im wesentlichen auf den Vernunftglauben des deutschen Idealismus zurück<sup>60</sup>. Die Gegenüberstellung vom „Staat der Not“ und vom „Staat der Freiheit“ ist bei Schiller vorgebildet<sup>61</sup> – ja, sogar die Lehre vom Absterben des Staates war von Denkern wie Lessing, Herder, Fichte oder Hölderlin (übrigens auch Schopenhauer) entwickelt worden<sup>62</sup>. Letztlich aber sind es reine Postulate – und der Hunger beweist (wie es bei Nietzsche heißt<sup>63</sup>) nicht, „daß es zu seiner Sättigung eine Speise gibt“.

---

57Adam Schaff: Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen, Berlin 1965, S.120.

58Siehe Elisabeth Charlotte Welskopf: Probleme der Muße im alten Hellas, Berlin 1962, S.7, 278-317.

59Friedrich Schiller: Die Gesetzgebung des Lykurgus und des Solon, in: Schiller: Werke, Bd. 17, S.423; Wilhelm von Humboldt: Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, in: Humboldt: Gesammelte Schriften, Berlin 1909-1935 (Nachdr. 1968), Bd. 1, S.106.

60Siehe Manfred Buhr: Zur Geschichte der klassischen bürgerlichen Philosophie. Bacon, Kant, Fichte, Schelling, Hegel, Leipzig 1972, S.98-100, 105, 111 und 119.

61Friedrich Schiller: Über die ästhetische Erziehung des Menschen, in: Schiller: Werke, Bd. 20, S.318.

62Lessings in einem Gespräch mit Friedrich Heinrich Jacobi geäußerter Gedanke, „die bürgerliche Gesellschaft müsse noch ganz aufgehoben werden“, wurde von Jacobi ergänzt: „Die Menschen werden erst dann gut regiert werden, wenn sie keiner Regierung mehr bedürfen.“ (Friedrich Heinrich Jacobi: Brief an Elise Reimar, 15. März 1781, in: Jacobi: Auserlesener Briefwechsel. Bd. 1, Leipzig 1825, S. 320.

Siehe Richard Daunicht: Lessing im Gespräch. Berichte und Urteile von Freunden und Zeitgenossen, München 1971, S.520.) – „Der edelste Zweck derselben [der Regierung] ist also, daß sie entbehrlich werde und jeder sich selbst regiere.“ (Johann Gottfried Herder: Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit, in: Herder: Sämtliche Werke. Hrsg. von Bernhard Suphan, Berlin 1877-1913, Bd. 13, S.456.) – „Der Staat geht [...] auf seine eigene Vernichtung aus: es ist der Zweck aller Regierung, die Regierung überflüssig zu machen.“ (Johann Gottlieb Fichte: Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten, in: Fichte: Gesamtausgabe der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Stuttgart 1964 ff., Abt. 1, Bd. 3, S.37.) – „Wir müßen also auch über den Staat hinaus! – Denn jeder Staat muß freie Menschen als mechanisches Räderwerk behandeln; u. das soll er nicht; also soll er aufhören.“ (Das älteste Systemprogramm. Studien zur Frühgeschichte des deutschen Idealismus. Hrsg. von Rüdiger Bubner, Bonn 1973, S.263.) – „Die Menschheit auf der höchsten Stufe bedarf also auch

Ein wesentlicher Bestandteil der ethisch rigorosen Marxschen Kapitalismus-Analyse ist die Polemik gegen die „Entfremdung“.<sup>64</sup> Dieser Begriff aber setzt voraus, daß wir genau wissen, was das „Wesen“ des Menschen sei. Er zielt somit erstens auf einen statischen, überzeitlichen, ein für allemal gegebenen Sachverhalt, läßt unberücksichtigt, daß das „Wesen“ sich historisch entfaltet und verschiedene, auch einander entgegengesetzte Nuancen annehmen kann – und er enthält zweitens Momente, die nicht aus der Erfahrung, sondern spekulativ gewonnen sind, auf einem utopischen Menschenbild beruhen. Auf der einen Seite nämlich fühlen sich die meisten Menschen, sobald ihnen selbst ein relativ angenehmes Lebensniveau gesichert werden kann und unbekümmert um das Elend ihrer Nachbarn, innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Aneignungsweise durchaus wohl. Auf der anderen Seite ist es ein durch nichts bewiesenes Vorurteil, daß die Mehrheit der Bevölkerung nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel daran interessiert sei, die Produktivkräfte zu entfesseln und eine „Assoziation freier Produzenten“, ein „Reich der Freiheit“ zu errichten.

Die Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“<sup>65</sup> ist angesichts der biologisch-sozialen Zwiennatur des Menschen kaum ernst zu nehmen und pflegt deshalb in der Praxis stets modifiziert zu werden. Engels z. B. spricht von einer „Befriedigung aller rationellen Bedürfnisse“.<sup>66</sup> Dies aber verlangt nach einer Instanz, die darüber entscheidet, was „rationell“ ist, und die Macht hat, ihre Entscheidungen durchzusetzen. Und so steht die Konzentration der Mehrheit auf ihre persönlichen Belange in unlösbarem Zusammenhang mit den Bestrebungen einer Minderheit, die die allgemeinen Interessen wahrnimmt, sich vom Diener zum Herrn der Gesellschaft aufzuschwingen.

Selbst wenn die sozialen Beziehungen im Weltmaßstab vom Prinzip her so geregelt sein sollten, daß Hunger und Existenzangst keine Ursache von Konflikten mehr sind, bleiben die biologischen Spezifika des Menschen bestehen: die innerartliche Aggressivität, der Kampf um die Rangordnung, persönlicher und kollektiver Egoismus, Rivalitäten bei der Verteilung der Güter und bei der Geschlechtsbefriedigung. Mit Recht hat Sigmund Freud bereits 1929 zwar sein Verständnis für die Situation der unteren Schichten bekundet, jedoch die „psychologische Voraussetzung“ der kommunistischen Theorie, daß die Aufhebung des Privateigentums den „Weg zur Erlösung vom Übel“ bedeute, als „haltlose Illusion“ bezeichnet. Man entziehe damit der menschlichen Aggressionslust ein

---

nicht [...] eines Staats.“ (Arthur Schopenhauer: Studienhefte 1811-1818, in: Schopenhauer: Der handschriftliche Nachlaß. Frankfurt a. M. 1966-1975, Bd. 2, S.264.)

63Friedrich Nietzsche: Menschliches Allzumenschliches, in: Nietzsche: Werke in sechs Bänden. Hrsg. von Karl Schlechta, München, Wien 1980, Bd. 2, S.531.

64Siehe Leszek Kolakowski: Die sogenannte Entfremdung, in: Merkur. H. 353, 31 (1977), S.925-928.

65Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S.21.

66Engels: Karl Marx, in: MEW, Bd. 19, S.104.

starkes Werkzeug – aber man ändere nichts an den „Unterschieden von Macht und Einfluß“ und am Wesen der Aggression, die nicht an das Eigentum, sondern an unser genetisches Erbe gebunden sei. Und mit prophetischer Voraussicht fährt er fort: „Man fragt sich nur besorgt, was die Sowjets anfangen werden, nachdem sie ihre Bourgeois ausgerottet haben.“<sup>67</sup>

Ein zentraler Bestandteil der Marxschen Gesellschaftslehre ist die Vorstellung, daß mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht nur eine rationale und humane Regelung der menschlichen Belange, sondern auch eine totale Umwälzung aller bisherigen Geschichte eintrete (der Abschluß der „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“, das Ausscheiden der Menschen aus dem Tierreich<sup>68</sup>), daß die Arbeiterklasse die Aufgabe habe, „die ganze Gesellschaft ein für allemal von aller Ausbeutung und Unterdrückung, von allen Klassenunterschieden und Klassenkämpfen zu befreien“<sup>69</sup>, und daß der Kommunismus „die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbetätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung“, kurz: „das aufgelöste Rätsel der Geschichte“ sei<sup>70</sup>. Diese Vorstellung ist – wie sich aus einer Analyse der Marxschen Frühschriften nachweisen läßt<sup>71</sup> – zunächst spekulativ gewonnen und erst nachträglich mehr oder weniger ökonomisch begründet worden. Sie ist nicht nur ein ethisches Postulat, sondern im Grunde eine Übertragung religiöser Erwartungen auf einen innerweltlichen Prozeß und entlarvt damit zumindest einen Teil der sozialistischen Geschichtsauffassung als eine säkularisierte Heilslehre.<sup>72</sup>

Engels hatte diesen Aspekt des Marxschen Denkens nicht zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen seines Freundes gezählt, sondern ihn ausdrücklich dem Revolutionär

67Sigmund Freud: Das Unbehagen in der Kultur, in: Freud: Studienausgabe. Frankfurt a. M. 1969-1975, Bd. 9, S.141-243.

68Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S.9; Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW, Bd. 8, S.582.

69Engels: Vorwort zur englischen Ausgabe des Manifests von 1888, in: MEW, Bd. 4, S.581.

70Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, Erg.-Bd. 1, S.536.

71Siehe Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S.379-390; Ders.: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, in: MEW, Bd. 2, S.38; Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S.68.

72Wenn auch eine direkte Analogie zu jedem Detailspekt des Christentums – etwa in dem Sinne, daß an die Stelle Gottes der dialektische Materialismus und an die des Messias Marx getreten sei, daß die Erlösung an das Proletariat geknüpft und die Kirche zur kommunistischen Partei werde oder daß die Wiederkehr mit der Revolution, die Hölle mit der Bestrafung des Kapitalismus und das Tausendjährige Reich mit der kommunistischen Weltherrschaft verglichen werden könne (siehe Bertrand Russell: History of Western Philosophy and its Connection with Political and Social Circumstances from the Earliest Times to the Present Day. London 1947, S.383) überzogen sein dürfte, so ist die mittelbare Herkunft von den Grundtendenzen einer religiösen Weltanschauung doch unverkennbar.

zugeschrieben<sup>73</sup> – für Lenin jedoch ist er der eigentliche Kern des Marxismus<sup>74</sup>. Auch haben Engels und vor allem Marx selbst im allgemeinen verhältnismäßig nüchterne Aussagen getroffen und von „weltgeschichtlicher Rolle“, „weltbefreiender Tat“ und „geschichtlichem Beruf“ des Proletariats gesprochen<sup>75</sup>. Spätere Formulierungen wurden immer überschwenglicher, und es bürgerten sich die religiös getönten Termini „geschichtliche Sendung“<sup>76</sup> und „historische Mission“<sup>77</sup> ein – so wie die sozialistische Ideologie generell religiöse Züge übernahm oder neu entwickelte.

Der „reale Sozialismus“ ist in vielen Punkten eine Verkehrung der Marxschen Gesellschaftslehre in ihr Gegenteil – ebensowohl jedoch hat er problematische Züge dieser Lehre verwirklicht und auf die Spitze getrieben. Was als systemstabilisierende Ideologie auftrat, war einst revolutionäre Wissenschaft gewesen – aber die Prämissen dieser Wissenschaft waren utopisch-illusionärer Art. Die Realität des 20. kehrte sich ab vom wissenschaftlichen Denkansatz des 19. Jahrhunderts – und legte zugleich dessen ideologische Wurzeln bloß. Die allein auf Machtgewinnung und Machterhalt bedachten Söhne verrieten den revolutionären Impetus der Väter – und erfüllten damit das Gesetz aller progressiven Ideen, aus Leitbildern ehemals Beherrscher zu Instrumenten der neuen Herren zu werden. Trotz des unbestreitbaren Erkenntnisgewinns bei der Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit ist Marxens Philosophie auf Grund ihrer utopischen Zielvorstellungen letztlich ein zwiespältiges Phänomen – Ideologie im Sinne von „falschem Bewußtsein“<sup>78</sup> – und brachte bei dem Versuch ihrer Verwirklichung viel Leid mit sich, nahm einen dogmatischen Charakter an und trug selbst zu ihrer Deformierung bei.

Am Ende des 20. Jahrhunderts stellte sich sogar heraus, daß diese Lehre nicht nur, wie andere Ideologien auch, Vergröberungen und Pervertierungen erfahren hat und, gemessen an ihrem Anspruch, als Idee gescheitert ist, sondern daß sie sich auch in der gesellschaftlichen Praxis auf längere Zeit als nicht lebensfähig zeigte – im Unterschied etwa zum Christentum oder zum bürgerlichen Liberalismus, die, bei allen Abweichungen von ihren ursprünglichen Intentionen und trotz aller

---

73Siehe Engels: *Anti-Dühring*, in: MEW, Bd. 20, S.26; Ders.: *Das Begräbnis von Karl Marx*, in: MEW, Bd. 19, S.336.

74Siehe W. I. Lenin: *Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx*, in: Lenin: *Werke*, Bd. 18, S.576.

75Marx: *Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik*, in: MEW, Bd. 2, S.38; Engels: *Anti-Dühring*, in: MEW, Bd. 20, S.265.

76Georg Lukács: *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik*, Berlin 1923, S.81.

77Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S.9.

78Siehe Marx/Engels: *Die deutsche Ideologie*, in: MEW, Bd. 3, S.20, 26 f., 82 f., 180, 229, 263, 339, 405, 441f. und 539; Marx: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S.10; Engels: *Anti-Dühring*, in: MEW, Bd. 20, S.89, 419 und 574; Ders.: *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, in: MEW, Bd. 21, S.303; Ders.: *Brief an Conrad Schmidt*, 27. Oktober 1890, in: MEW, Bd. 37, S.488 und 491 f.; Ders.: *Brief an Franz Mehring*, 14. Juli 1893, in: MEW, Bd. 39, S.97.

Verbrechen, die auch sie sich in ihrer realen Geschichte zuschulden kommen ließen, über Jahrhunderte das menschliche Leben zu gestalten vermochten. Ideologien, die sich an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen und sie sukzessive zu humanisieren versuchen, die entweder dem Gefühl breiter Volksmassen entsprechen oder zumindest in populärer Form deren Interessen entgegenkommen und die – sei es auf Grund ihrer transzendenten Ausrichtung, sei es auf Grund des regulativen Charakters ihrer Prinzipien – nicht im direkten Sinne widerlegbar sind, erweisen sich somit auf Dauer einer Theorie überlegen, die radikale Veränderungen bewirken will, dem Volk zunächst von einigen Intellektuellen, später sogar von einer Funktionärskaste nur übergestülpt wird und deren als konstitutiv angesehene Prinzipien unmittelbar und offenkundig im Diesseits ad absurdum geführt werden können.

All dies soll weder mit Triumph noch mit Häme gesagt werden. Die bedenklichen Züge der vorerst siegreichen kapitalistischen Produktionsweise für einen großen Teil der Menschheit sind nicht zu bestreiten – und der Untergang des Sozialismus ist, zumindest soweit er in den Mängeln der Theorie selbst wurzelt, ein zutiefst tragischer Vorgang: Er bekundet das Scheitern einer von hohen sittlichen Zielen bestimmten, nach Freiheit, Menschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit strebenden Emanzipationsbewegung, das Scheitern jeglichen progressiv-utopischen Denkens seit der Renaissance, ja, im Grunde seit der Antike und das Scheitern des Versuchs, die Welt auf wissenschaftliche Weise zu erklären. Es ist ein Scheitern, das nicht in zufälligen subjektiven Unvollkommenheiten wurzelt, sondern der geschichtlichen Entwicklung selbst immanent ist und somit auf die Unmöglichkeit hindeutet, das menschliche Leben nach ethischen und intellektuellen Maßstäben zu gestalten.

# Entscheidung für die SED 1946 – ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen? \*

Steffen Kachel

Die Zahl der möglichen Kombinationen des Wortes Sozialdemokratie mit dem Wort Verrat scheint ziemlich groß zu sein.<sup>1</sup> Der SPD wurde und wird abwechselnd vorgeworfen, ihre eigene Revolution, ihre eigenen Opfer oder auch ihre eigenen Wähler verraten zu haben. Nicht zuletzt wurde die aktive Beteiligung von Sozialdemokraten an der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der SBZ im April 1946 zum Anlaß für Verratsvorwürfe an Sozialdemokraten genommen.<sup>2</sup> Hier ging es um das Vertrauen der Mitglieder, das verraten worden sei, um die Identität der Funktionäre als Sozialdemokraten, um ihre Standfestigkeit gegenüber sozialdemokratischen Idealen. Minutiös arbeiten heute Studien die schrittweise machttechnische Durchsetzung des Führungsanspruchs der kommunistischen Moskau-Emigranten in Partei und entstehendem Staat nach 1945 heraus. Konnte man, mußte man dies alles nicht sehen und durchschauen und stand diese Entwicklung nicht sozialdemokratischen Idealen diametral entgegen? War da bewußt gehandelt worden, hatten die Führer der Ost-SPD die sozialdemokratische Mitgliedschaft mit der Zustimmung zur Vereinigung „verkauft“? Dieser Verratsvorwurf an die Führung der SPD in der SBZ besitzt eine gewisse Plausibilität, und nicht erst seit dem Fall der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung. Die Entwicklung in der SBZ/DDR widersprach vielfach den sozialdemokratischen Idealen und es gab dafür frühzeitig Gefahrenzeichen. Aber so leicht sollten wir es uns nicht machen.

Was wurde da verraten? Es ging in der Tat um verpflichtendes Erbe und um eine Reihe zentraler, mit dem Namen SPD verbundener Werte. Aber sehen wir genauer hin: War dieses Erbe nicht sehr widersprüchlich? Gehörten zu ihm nicht gleichermaßen der 1. Mai 1889 und der 4. August 1914, Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg, die Freidenkerbewegung und die religiösen Sozialisten? Das alles war verbindend: Sozialismus und Demokratie zusammenzubringen sowie das Bestreben, das Los der arbeitenden Menschen durchgreifend zu verbessern. Das Erfurter Programm sah das Endziel der sozialdemokratischen Bewegung in der Aufhebung

---

\*Diskussionsbeitrag auf der wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Verrat? Fakten, Fiktionen, Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts“ am 26. September 2003 in Berlin. Siehe dazu den Bericht von Rolf Apel in diesem Heft. – Die Red. -

1 Siehe z.B. Sebastian Haffner: Der Verrat. Die Revolution 1918/19 und die Sozialdemokratie, Berlin 1995; „Verrat!“, Brief des Arbeitskreises „Soziale Demokratie“ an alle Berliner Landesvorstandsmitglieder und Abgeordneten der SPD, 12. 6. 2001 in: <http://www.konservativ.de/gfsd/berlin.htm>; Michael Jäger: Flagge verbrannt. Verrat von oben. Es ist Zeit, die SPD zu spalten, in: Freitag, 6.6.2003.

2 Siehe u.a. Helmut Bärwald: Verrat und Verräter. Anmerkungen zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED, in: [http://www.konservativ.de/ksk/p\\_eraus.htm](http://www.konservativ.de/ksk/p_eraus.htm).

„jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse“.<sup>3</sup> Bereits im wilhelmschen Deutschland und dann in der Weimarer Republik hatten sich in der Partei Flügel herausgebildet, die, wie u. a. die Revisionismusdebatte und die Massenstreikdebatte zeigten, die Wege zur Verwirklichung dieser Ideale verschieden interpretierten.

Auch nach 1933 war die Sozialdemokratie gespalten.<sup>4</sup> Den „freiheitlichen Sozialisten“ ging Freiheit im Angesicht der sowjetischen Entwicklungen ausdrücklich vor Sozialismus, und sie lehnten sich deswegen an die westlichen Mächte an, ungeachtet deren kapitalistischer Gesellschaftsstruktur. Die „revolutionären Sozialisten“ forderten dagegen nach dem ruhmlosen Untergang der Arbeiterbewegung 1933 die 1918 versäumte befreiende revolutionäre Tat. Das schloß bei ihnen eine kritische Position zur Sowjetunion ein. Ursula Langkau-Alex zitiert das damalige Parteivorstandsmitglied Paul Hertz (1936): „Ich glaube, daß die Freiheit im Sozialismus anders aussehen muß als im Liberalismus. Sie wird wahrscheinlich zugunsten der Gesellschaft eingeschränkt werden müssen.“<sup>5</sup> Auch Sozialdemokraten der Parteimitte wie Wilhelm Sollmann teilten diese Einschätzung, Paul Hertz weiter an den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler: „Viele haben sich nach dem Moskauer Urteil gefragt, ob für Sozialisten überhaupt noch eine positive Stellung zur Sowjetunion möglich ist. Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß die SU nach wie vor die wichtigste und mächtigste Festung der Arbeiterklasse im Krieg sein wird, und daß wir uns nicht von ihr abwenden dürfen und durch positive Kritik dazu beitragen müssen, das zu überwinden, was mit unseren Grundsätzen von Freiheit und Sozialismus unvereinbar ist.“<sup>6</sup> Ähnliche Auffassungen sind aus dem sozialdemokratischen Widerstand bekannt. Es dominierte das Bestreben, Lehren zu ziehen, die sozialdemokratischen Ideale jedenfalls aktiver zu interpretieren, die Chance auf durchgreifende Gesellschaftsveränderung nach dem Ende des Krieges diesmal nicht zu verspielen.

Symptomatisch als Beleg für solche Verschiebungen im sozialdemokratischen Wertesystem war nicht zuletzt das Handeln Hermann Brills, der im Mai und Juni 1945, aus dem KZ-Buchenwald kommend, die Thüringer Sozialdemokraten sammelte: „Das sozialdemokratische Zeitalter ist vorüber“, schmetterte er seinen Genossen entgegen, als er sie Anfang Juli zur ersten Bezirkskonferenz begrüßte.<sup>7</sup> Als Zeichen des Bruchs mit dem alten Verständnis sozialdemokratischer Ziele und Werte gründete er mit seinen Mitstreitern in Thüringen anstelle der SPD den „Bund

---

3 Siehe Erfurter Programm der SPD, in: Lothar Berthold, u.a. (Hrsg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin 1964, S.84. Mindestens sechs Neuauflagen zwischen 1946 und 1948 sprachen für die ungebrochene Aktualität dieses Programms in der Sicht der Nachkriegssozialdemokraten.

4 Siehe u. a. Peter Grasman: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945, München 1976.

5 Siehe Ursula Langkau-Alex: Rezension zu Rainer Behring: Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933-1945, Düsseldorf 1999, in: IWK, H. 2/2002, S.254.

6. Siehe ebenda.

7 Siehe Rede des Genossen Dr. Brill auf der 1. Landeskonferenz des Bundes demokratischer Sozialisten, HStAW, SED-BL Erfurt, II/1-001.

demokratischer Sozialisten“, in dem er gemeinsam mit den Haftkameraden der Thüringer KPD etwas Neues beginnen wollte. Auf jeden Fall sollte es demokratisch, revolutionär-sozialistisch und konsequent sein. Im Mittelpunkt stehe „nicht die soziale Demokratie, sondern der Sozialismus in demokratischer Gestalt“. <sup>8</sup> Obwohl sich die Thüringer Kommunisten diesem Projekt nicht angeschlossen hatten und Brill den Bund zum Zwecke der Lizenzierung in einen Landesverband der SPD umwandeln mußte, beabsichtigte er, einen kommenden Reichsparteitag der SPD für sein an der britischen Labour Party orientiertes Konzept einer Einheitspartei zu gewinnen. Sein Weggang aus Thüringen Ende 1945 angesichts der Einschränkung politischer Spielräume durch die sowjetische Besatzungsmacht <sup>9</sup> war ein schwerer Schlag. Es war aber sicher kein Verrat seiner Genossen an ihm, die es ihm nicht gleich taten. Und zugespitzt gefragt: War sein Weggang andererseits ein Verrat an Otto Grotewohl, der für seine Linie der Einigung der Arbeiterparteien über deren Reichsparteitage <sup>10</sup> dringend Brills Unterstützung in Thüringen gebraucht hatte? Denn daß die Aussichten, sozialdemokratische Ideale und Ziele mit einer solchen Reichs-Partei verfolgt werden konnten, steht fest. Aber kehren wir wieder zur Ausgangsfrage zurück. Für Hermann Brill hieß sie: Wäre sein Bleiben und weiteres „Mitmachen“ Verrat an sozialdemokratischen Idealen gewesen? Und für Berlin: Hätte die Berliner Führung der SPD, um nicht Verrat zu begehen, Schumachers Empfehlung vom Februar 1946 <sup>11</sup> folgen sollen, die SPD in der SBZ aus Protest aufzulösen?

Um diese Frage zu beantworten ist es nötig, zu erörtern, was unter „sozialdemokratische Ideale“ im Jahr 1945 konkret zu verstehen war. Da gab es eine beachtliche Bandbreite an Einstellungen, Auffassungen und Hoffnungen. Einige wesentliche übergreifende Aspekte waren:

- die Hoffnung auf ein sozialistisches Deutschland, wie sie im Aufruf des Zentralausschusses ebenso zum Ausdruck kam wie in den Reden Schumachers und in vielen anderen Zeugnissen sozialdemokratischer Politik 1945;
- der Wille, die Nazis und die hinter ihnen stehenden und mit ihnen paktierenden gesellschaftlichen Kräfte von der Macht zu entfernen;
- der Wille zur Kooperation mit den Kommunisten <sup>12</sup>;

---

8 Siehe ebenda.

9 Angesichts zunehmenden Drucks auf seine Person und attraktiver Positionsangebote von ihm bekannten verantwortlichen US-Offizieren in Hessen entschloß er sich Silvester 1945, aus Thüringen wegzugehen.

10 Otto Grotewohl hielt bis zu der entscheidenden Sitzung des Zentralausschusses am 11.2.1946 an der Voraussetzung fest, Reichsparteitage von SPD und KPD über die auch von ihm gewünschte Einheit entscheiden zu lassen. Erst die Aufkündigung der Disziplin durch die Bezirke - nicht zuletzt von Brills Nachfolger Hoffmann - hatte den Zentralausschuß zum Einlenken gezwungen.

11 Siehe Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der SBZ und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996, S.56.

12 Der Wille zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten war an der sozialdemokratischen Basis, zumindest bis zur Vereinigung, in allen Zonen da. Davon zeugen die Antworten auf die 2. Frage bei der Urabstimmung in Berlin (62 Prozent der Teilnehmer sprachen sich für die Zusammenarbeit mit Kommunisten aus) ebenso wie die Tatsache, daß auch Schumacher sich in dieser Frage zunächst noch bedeckt hielt.

- der Wille, demokratische Grundsätze im deutschen gesellschaftlichen Leben durchzusetzen;

- aber auch eine große Skepsis gegenüber der Sowjetunion und der Wille, sich das dort herrschende politische System nicht überstülpen zu lassen.

Und wie war der Blick in die Zukunft: Wovon konnten und mußten die Sozialdemokraten ausgehen?

Da war zunächst die zahlenmäßige Stärke der SPD: Da die Sozialdemokraten deutlich mehr als die Hälfte der künftigen SED-Mitglieder ausmachten, rechneten viele Funktionäre damit, sich innerhalb der kommenden Einheitspartei gegen die KPD behaupten oder sogar durchsetzen zu können.<sup>13</sup>

Da war der Glauben an einen ernstgemeinten demokratischen Neuanfang der Kommunisten: Diese hatten in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 erklärt, daß „der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre“; Ackermann hatte im Februar 1946 den Artikel „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ veröffentlicht, der einen „demokratischen Weg zum Sozialismus“ propagierte.<sup>14</sup> Ein Teil der kommunistischen Funktionäre teilte die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, die relativ offene Situation in Deutschland nach Kriegsende, der gemeinsame Antifaschismus, die Notwendigkeiten des demokratischen Aufbaus im Nachkriegsdeutschland würden zu relativ weiten Spielräumen für eine eigenständige Politik deutscher Antifaschisten führen. Helmut Lehmann sprach nicht nur für sich, wenn er im Frühjahr 1946 meinte, „daß es nicht nur taktische Überlegung sein könne, wenn die Kommunistische Partei heute die Demokratie als ihren Kampfboden anerkennt“.<sup>15</sup> „In den Grundsätzen und Zielen der SED“ hieß es denn auch: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“<sup>16</sup>

Freilich waren da auch Bedenken und Mißtrauen gegenüber den Zielen der Sowjetunion. Aber hatte die UdSSR nicht fundamentale Interessen, sich ausgleichend zu verhalten, wollte sie nicht Reparationen aus den Westzonen, Beteiligung an der Verwaltung des Ruhrgebiets? Hatte nicht Georgi Shukow Grotewohl versichert, er wisse wohl, daß er sich mehr auf die Sozialdemokraten stützen müsse?<sup>17</sup>

Die meisten Chancen räumten die führenden Sozialdemokraten der SBZ ihren weitgespannten politischen Zielen freilich für den Fall ein, wenn es gelingen würde, eine sozialdemokratische Reichspartei und in ihrem Gefolge eine einige sozialistische

13 Zu den Erwartungen der SPD-Mitglieder an ihre Rolle in der neuen Partei siehe Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ, Berlin 1996, S.XCVIff. Nach Aussagen von Zeitzeugen kam es z.B. in ehemaligen SPD-Hochburgen in Ostthüringen in etlichen Orten dazu, daß die Sozialdemokraten den Einigungsprozeß dominierten.

14. Siehe Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Heft 1, 1946, S.21.

15 Siehe ebenda, S.22. In die gleiche Richtung äußerte sich Friedrich Ebert. Siehe Malycha, S.XXXVII.

16 Siehe Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S.552-554.

17 So jedenfalls Shukow noch im August 1945, wie Grotewohl dem Zentralausschuß berichtete. Siehe Markus Jodl: Amboss oder Hammer? Otto Grotewohl – eine politische Biografie, Berlin 1997, S.86.

Partei in ganz Deutschland zu schaffen. Dann schien es ihnen möglich, zwischen den Besatzungsmächten eine gewichtige vermittelnde Rolle zu spielen und die gewünschte Einheitspartei in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Der plötzliche kommunistische Druck hin zur Vereinigung seit Herbst 1945 führte wohl bei vielen Sozialdemokraten, die zu radikalem revolutionär-demokratischem Handeln bereit waren, zu einem deutlichen Unwohlsein und ließ neue Bedenken aufkommen. Aber statt die Einberufung eines Reichsparteitags zu unterstützen, lehnte Kurt Schumacher diesen ab und schlug den Ost-Sozialdemokraten als heroisches Fanal und Abgesang ihres Kampfes die Selbstauflösung vor...

Es war eine Zeit der Entscheidungen. War es mit Blick auf die spätere Stalinisierung der SED ein Verrat der sozialdemokratischen Ideale, Schumachers Empfehlung nicht zu folgen?

Ich meine: Nein. Verrat setzt nicht ein Handeln trotz bestehender Zweifel, sondern ein Handeln gegen bestehendes Wissen voraus. Der Schritt in die Einheit bedeutete nicht mit Notwendigkeit die Aufgabe auch nur eines der oben genannten Ideale. Für ihre Verwirklichung schienen sich in den Augen vieler Sozialdemokraten damals die Voraussetzungen zu verbessern!

In Thüringen und Sachsen war die dort in der Weimarer Zeit starke linke SPD bereits 10 Jahre vor dem Machtantritt der Nazis vom Bürgertum und dem „eigenen“ Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, mit Waffengewalt an einer durchgreifenden sozialen Reformpolitik gehindert worden. Gerade hier stellte ein konsequenter und machtbewußter Kurs auf sozialökonomische Veränderungen die Konsequenz aus der erlebten und verarbeiteten Parteigeschichte dar. Vor diesem Hintergrund sind die Übertritte zahlreicher Ostthüringer Sozialdemokraten in die KPD im April/Mai 1945 ebenso zu bewerten wie Brills Versuch eines völlig neuen organisatorischen Anfangs oder andernorts der Brief Fechners an die Berliner Kommunisten vom Mai 1945, die radikalen Ansätze des Prager Manifestes 1934 oder die strikte Ablehnung einer führenden Rolle ehemaliger Parteivorstände in der Nachkriegs-SPD seitens vieler sozialdemokratischer Emigranten und Widerständler.

Solche Schritte der Abkehr von Teilen des alten Profils der SPD entsprangen nicht einem Bekenntnis von Sozialdemokraten zum Moskauer Parteimodell. Sie bedeuteten vielmehr eine Verschiebung innerhalb der sozialdemokratischen Werteskala. Dieser Wille zur Konsequenz aus der Geschichte (wie er in gleichem Maße bei der KPD nicht zu beobachten war) hatte den Strategen um Walter Ulbricht das Spiel erleichtert. Ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen kann aber - zumindest für 1946 - daraus nicht abgeleitet werden.

# Zu einigen Problemen der Neubefragung der DDR - Militärgeschichte

Günther Glaser

Die folgenden Darlegungen beziehen sich bis auf eine Ausnahme auf die Monographie „*Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956*“<sup>1</sup>. Darin wird zum ersten Male jener Abschnitt der Militärgeschichte der DDR wissenschaftlich vorgestellt, der seinerzeit in den ostdeutschen Veröffentlichungen nur propagandistisch behandelt wurde. Offiziell hieß es im Widerspruch zu den Tatsachen, die DDR habe bis 1955/56 über keine bewaffneten Streitkräfte verfügt.<sup>2</sup> So stellten es auch wir Militärhistoriker dar. Wenn in diesem Beitrag auf Darlegungen im Buch zurückgegriffen wird, so geschieht dies nicht in der Absicht, das Werk zu besprechen.<sup>3</sup> Vielmehr sollen Aussagen zu Grundfragen des Themas konzeptionell und methodologisch hinterfragt werden, zumal darin Vorstellungen enthalten sind, die m.E. für die weitere Arbeit auf dem Gebiet von allgemeiner Bedeutung sind und zur Debatte anregen.

## I.

Die zeitgeschichtliche Forschung über die DDR ist in einer geradezu einmaligen Situation, verordneten doch die beiden letzten DDR-Regierungen unter Hans Modrow und Lothar de Maiziere die Öffnung der Archive ohne langjährige Archivsperren, woraus für Militärhistoriker eine außergewöhnliche Lage entstand. Darüberhinaus stehen Filme, Fernsehbeiträge, statistische Erhebungen und Zeitzeugenbefragungen faktisch unbegrenzt als weitere Quellen zur Verfügung. Und nicht zuletzt handelt es sich bei der DDR um eine abgeschlossene Entwicklung.

Bereits aus diesen Voraussetzungen erwachsen Ansprüche an die Untersuchung der Militärgeschichte der DDR. Bekanntlich werden aber geschichtliche Visitationen und Darstellungen entscheidend von der politisch-wissenschaftlichen Position des Historikers und von seiner Konzeption für die betreffende Arbeit bestimmt.

Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg kann die Militärgeschichte nicht mehr auf Kriegs- und Teilstreitkraftgeschichte reduziert bzw. sogar damit gleichgesetzt

---

1 Torsten Diedrich, Rüdiger Wenzke: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MFGA) mit einem Vorwort von Friedhelm Klein und einer Einführung in die Reihe „Militärgeschichte der DDR“ von Hans Ehlert, Ch. Links Verlag, Berlin 2001, 921S. (im Folgenden: KVP-Geschichte).

2 Noch zu einem Zeitpunkt, als in den Landtruppen der KVP bereits Übungen im Regimentsmaßstab stattfanden und eine Divisionsübung unter modernen Bedingungen als Lehrvorführung geplant wurde, gab Ministerpräsident Grotewohl im Bericht über den Abschluß des Warschauer Vertrages vor der Volkskammer am 20. Mai 1955 als Grund für die Noch-Nicht-Regelung der „Wehrhaftigkeit“ der DDR durch den Vertrag an, daß diese „keine Streitkräfte besitzt, sondern lediglich Polizeikräfte“. Siehe: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. II, Berlin 1955, S.250.

3 Siehe die Rezension von Paul Heider in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 2001, H.2, S.579ff.

werden. Dies trifft besonders auch auf die militärische deutsche Zeitgeschichte zu. Es entwickelte sich weithin ein Grundverständnis von Militärsgeschichte, das die Vf. als „moderne Militärsgeschichtsschreibung“ charakterisieren. Darunter verstehen sie, die Untersuchung der politischen, ideologischen, ökonomischen Strukturen des Organs „mit der Darstellung der Wechselbeziehungen und Zwänge sowie der Impulse und Belastungen zwischen dem Militärbereich und anderen Bereichen der Gesellschaft“<sup>4</sup> zu verbinden. Davon geleitet werden in dem Buch auf der Basis internationaler und nationaler Veränderungen sowie der Entwicklung der Hauptbereiche der DDR die Grundfragen und spezifischen Probleme des Aufbaus der KVP und seiner Sicherstellung dargestellt.

Dieses Grundverständnis von Militärsgeschichte bietet die Aussicht, auch die anderen Zeitabschnitte der Militärsgeschichte der DDR - Ereignisse, Prozesse, Probleme - informativ und realistisch zu bearbeiten. Zumal wenn man darin die Aussagen einbezieht, mit denen die Autoren sich weiter positionieren. So gehen sie bei ihren Darlegungen von vier „Grundparametern“ aus. Verkürzt wiedergegeben, sind dies:

„1. Die Entwicklung des militärischen Aufbaus in der DDR vollzog sich vor dem Hintergrund eines von beiden Seiten erbittert geführten Kalten Krieges sowie der Herausbildung zweier antagonistischer Staaten- und Militärböcke in Europa. Die DDR besaß bis Mitte der 50er Jahre im sicherheits- und militärpolitischen Bereich weder souveräne Rechte, noch verfügte sie über eine Wehrverfassung oder eigene Vorstellungen zur Militärdoktrin. ...

2. Bis 1951/52 waren alle relevanten militärpolitischen Entscheidungen ausschließlich in Moskau getroffen worden. Das blieb im wesentlichen auch später so, obwohl die SED im Umfeld der Stalin-Note 1952 mit dem ‚grünen Licht‘ aus Moskau mehr Spielraum für eine eigenständige, sozialistische Entwicklung, zu der eine Forcierung des bewaffneten Schutzes der DDR und ihres politisch-gesellschaftlichen Systems gehörte, zu bekommen glaubte. ...

3. Die KVP bildete einen entscheidenden Bezugspunkt für die zu dieser Zeit einsetzende Militarisierung der ostdeutschen Gesellschaft, die sich u.a. in der Instrumentalisierung und Funktionalisierung des Jugendverbandes FDJ durch die Partei für die Rekrutierung Zehntausender Jugendlicher sowie in der Heranziehung enormer materieller Ressourcen für die Aufrüstung zeigte. ...

4. Der Aufbau der KVP befand sich von Anfang an in einem Dilemma zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wichtige politische Voraussetzungen sowie die wirtschaftlichen Ressourcen der DDR für einen raschen und kontinuierlichen Aufbau modern ausgerüsteter und professionell ausgebildeter ‚Nationaler Streitkräfte‘ mit sozialistischem Anspruch waren im Grunde nicht gegeben. Dennoch wurde versucht, den Aufbau der KVP weiterzuführen und schrittweise zu forcieren.<sup>5</sup>

Weiter wird nach der Konstatierung der Unterstützung der SED-Politik durch „den größten Teil des Personalbestandes“ eingeschätzt: „Die meisten KVP-Angehörigen vermochten es nicht, die SED-Propaganda und das ihnen vermittelte Feindbild zu durchschauen. Im Glauben daran, daß der erste ‚Arbeiter- und Bauern-Staat auf

---

4 KVP-Geschichte, S.7.

5 Ebenda, S.7-9.

deutschem Boden' verteidigungswürdig war und sie ihren Dienst im Interesse der Friedenserhaltung zu leisten hatten, verrichteten sie - wenn auch oftmals unter schwierigen Verhältnissen - engagiert ihren Dienst<sup>66</sup>. Hinsichtlich eines entscheidenden Schwerpunktes bei der Untersuchung der Militärgeschichte der DDR, der Stellung und Rolle der SED gegenüber und in dem stärksten bewaffneten Organ, hatten sie in einer anderen Publikation geschrieben: „Obwohl ein sehr hoher Prozentsatz der Führungskorps der jeweiligen bewaffneten Organe - in der NVA nahezu 100 Prozent der Offiziere - der SED angehörte und viele in dieser Gruppe sich verpflichtet fühlten, deren Ziele und Interessen auch im täglichen Dienst umzusetzen, kann man große Teile der Angehörigen der verschiedenen bewaffneten Organe oder Wehrorganisationen - etwa den wehrpflichtigen Soldaten in der NVA oder das jugendliche GST-Mitglied nicht als willfähige Diener der Partei bezeichnen. Dennoch gilt uneingeschränkt: Die bewaffnete Macht in ihrer institutionalisierten Form bildete das stählerne Korsett des SED-Staates.“<sup>67</sup>

Dies sind Omina, für die Begriffe wie Erhellung der Bedingungen der handelnden Akteure, wissenschaftliche, von Sachlichkeit und Differenziertheit getragene Kritik und Beachtung der Rolle des Tatbestandes im weiteren geschichtlichen Verlauf stehen. Sie kennzeichnen das Streben der Autoren. Sind nicht insbesondere diese und ähnliche Grundforderungen an die Untersuchungen zu stellen, um die Wirklichkeit der militärpolitischen und militärischen Entwicklung der DDR möglichst echt erfassen und wiedergeben zu können?

## II.

Wie die Vf. zeigen, unternahm die DDR nicht erst 1952 militärpolitische und militärische Anstrengungen. Vielmehr bildeten die Jahre 1951/52 den Schnittpunkt zwischen der militärähnlichen und sehr bald militärischen Ausbildung der territorialen kasernierten VP-Einheiten seit 1948/49 (see- und luftgestützt seit 1950) und dem Beginn der Formationsentwicklung zur Befähigung für militärische Handlungen im Bestand sowjetischer Streitkräfte.<sup>8</sup> Allseitig belegen sie, daß die Kasernierte Volkspolizei (KVP) - diese Bezeichnung wurde offiziell durch Befehl des Innenministers der DDR vom 1. August 1952 eingeführt - ihrer Bestimmung, Struktur, Organisation, Ausstattung sowie fachlichen und politischen Ausbildung nach kein polizeiliches, sondern ein militärisches Organ war. Sie weisen nach, daß der Auf- und Ausbau dieses Organs und die Einbeziehung anderer Bereiche der Gesellschaft und des Staates in seine Sicherstellung die Republik völlig überforderten, wodurch die Protest- und Widerstandsaktionen im Juni 1953 mit verursacht wurden. Überzeugend wird dargestellt, daß diese Aufrüstung trotz der Erschütterungen durch die Juni-Ereignisse auch danach zielstrebig weitergeführt

6 Ebenda, S.8.

7 Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S.XI. Vgl. auch: „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49. Hrsg. und eingeleitet von Günther Glaser, Frankfurt a.M. u.a 1995.

8 Siehe KVP-Geschichte, S.20ff.

wurde. Dabei lassen die Autoren nie den Eindruck aufkommen, daß die Maßnahmen zu Aggressionszwecken geschehen wären. Doch wie ordnen sie die Aufrüstung der DDR international und national ein und welche Faktoren waren ihrer Auffassung nach für diese Anstrengungen maßgebend?

Grundsätzlich machen die Vf. deutlich: die militärpolitische und militärische Entwicklung der DDR war vor allem ein fester Bestandteil des Kalten Krieges zwischen den Hauptmächten der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme in der Welt und ihren schrittweise gebildeten Militärblocken. Deutschland spielte in diesem „Krieg“ eine wesentliche Rolle, und die beiden deutschen Staaten wirkten aktiv darin mit. Auf beide Momente wird noch näher zurückzukommen sein.

Zugleich arbeiten die Autoren ein Weiteres heraus: Sie schreiben für die Zeit bis 1952, daß sich die SED-Spitze auch vom kommunistischen Selbstverständnis des Schutzes der „sozialistischen Revolution“ leiten ließ - was in früheren Arbeiten kaum beleuchtet wurde und zu weiteren Untersuchungen anregt. Ohne hier auf ihre theoretischen Untersuchungen selbst einzugehen, ist den Vf.n darin beizupflichten, daß Ulbricht und andere KPD-Führer auch in der Anfangszeit der gesellschaftlichen Umgestaltung Ostdeutschlands an ihrer nicht zuletzt von Militanz geprägten sowjetkommunistischen Auffassung von Revolution und Macht festhielten. Doch von daher können nicht a priori der Inhalt und die Bewertung staats- und sicherheitspolitischer Maßnahmen der ersten Jahre abgeleitet werden. 1945/46 wurden keine „Polizeiformationen“<sup>9</sup>, sondern eine allgemeine Polizei aufgebaut, die mit den entsprechenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens übereinstimmte. Sie hatte unter der direkten Anleitung und Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht für öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Zugleich fungierte sie als allgemeines Überwachungsorgan. Und was die Spitzenfunktionäre der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) mit ihrem Apparat im Auftrage der SMAD und der SED-Führung für die Zukunft erstrebten und ab 1948 in der Tat aus der Verwaltung und den Polizeiorganen machten, ist mit deren Charakter und Rolle bis dahin nicht gleichzusetzen. Deshalb ist es nicht zutreffend, jene Schritte von 1945/46 den „Anfänge(n) der verdeckten Aufrüstung in der SBZ/DDR“<sup>10</sup> zuzurechnen und die sicherheitspolitische Entwicklung der SBZ bis 1948 als deren Teil darzustellen. Indem die Vf. den Eindruck vermitteln, die allgemeine VP sei der unmittelbare und dafür geplante Vorläufer der kasernierten Polizei und die DVdI der der Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA) gewesen, widersprechen sie auch einem von ihnen gezogenen, voll zutreffenden Resümee: „Praktische Schritte zum Aufbau militärischer Formationen blieben aber nach wie vor aus ... (und) für das Jahr 1948 (zeichnete sich) eine veränderte politische Lage in Europa und damit eine neue sicherheits- und militärpolitische Weichenstellung für Deutschland ab.“<sup>11</sup>

Prägnant machen die Vf. explizit für die Zeit 1952-1955 deutlich, daß es nicht *den einen* Grund für die gravierenden militärisch-politischen Veränderungen in der

---

9 Ebenda, S.19.

10 Ebenda, S.13.

11 Ebenda, S.20.

DDR bis Mitte der 50er Jahre gab, sondern daß mehrere Faktoren im Komplex dafür ausschlaggebend waren.

Zur 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wird nachgewiesen, daß die UdSSR-Führung vorgab, „die pazifistische Phase der DDR-Politik zu beenden und nationale Streitkräfte und eine Rüstungsindustrie zu schaffen“<sup>12</sup>. Dem folgte die SED-Führung. Dabei ordneten sich ihre Denkweisen und Zielstellungen „auf der Grundlage des leninistischen Grundverständnisses vom Schutz der sozialistischen Revolution den gegebenen Rahmenbedingungen in der SBZ/DDR unter, ohne daß die Staatspartei ihr Ziel der bewaffneten Absicherung des Gesellschaftssystems aus den Augen ließ. Richtig ist, daß die KVP als ein Produkt sowjetischer Sicherheits- und Machtinteressen in der Zeit des Kalten Krieges entstand. Die DDR-Führung hat in diesem Prozeß jedoch, insbesondere in der Entwicklung der staatlichen Gewaltmittel nach innen sowie militärischer Formationen zur Systemabstützung, nicht nur geduldet, sondern aktiv die Aufrüstung des ostdeutschen Staates betrieben, so daß ihr in keiner Weise die Verantwortung für die zunehmende Durchherrschung und Militarisierung der Gesellschaft zu erlassen ist.“<sup>13</sup>

Demnach waren für jenen Beschluß der 2. Parteikonferenz unter den vor allem vom Kalten Krieg bedingten Umständen das sowjetische Sicherheits- und Herrschaftsinteresse und das Machtverständnis der SED-Spitze maßgebend, das die Autoren auf das leninistische Grundverständnis von Staat, Schutz und Gewalt zurückführen. Dem ist m.E. prinzipiell zuzustimmen. Doch halte ich bei manchen Aussagen den Faktor Kalter Krieg mit seinen diversen Facetten noch für unterbelichtet.

Sachbezogen gehen die Autoren auf das bis in die Gegenwart hinein kontrovers erörterte Problem des sowjetischen Angebots vom März 1952 ein, unverzüglich einen Friedensvertrag mit Deutschland unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung zu erarbeiten und abzuschließen. Dazu geben sie die Positionen der beiden Seiten wieder. Sie erwähnen auch, daß die Stalin-Note „alle Optionen der Verhandlungen offen ließ“<sup>14</sup> und die UdSSR in ihrer zweiten Note „‘freien gesamtdeutschen Wahlen‘ unter einer Viermächtekontrolle“ zustimmte<sup>15</sup>. Aber in dem von ihnen gezeichneten Gesamtbild geht dies unter. Und wenn die Seriosität des zuletzt Angeführten mit dem Argument angezweifelt wird, daß Stalin „in der Woche zuvor ... bereits die Aufrüstung der DDR angewiesen“ hatte<sup>16</sup>, so bleibt dabei unberücksichtigt, daß die Westmächte die sowjetische Initiative nicht auf die Probe stellten. Dann hätte Stalin Farbe bekennen müssen, und die von den Weltmächten beschlossene Aufrüstung der beiden deutschen Staaten wäre unter Umständen zu stoppen gewesen. Wer wollte dies nicht? Wollten es beide Seiten nicht? Ist da nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nachzufragen?

---

12 Ebenda, S.86.

13 Ebenda, S.98.

14 Ebenda, S.84.

15 Ebenda, S.85.

16 Ebenda.

Prononcierter ist auch die deutsch-deutsche Seite aufzuarbeiten. In ihrem Sicherheits- und Machtinteresse wollte die UdSSR in dem Friedensvertrag die Neutralität Deutschlands festschreiben. Von ihrem Sicherheits- und Machtinteresse geleitet, strebten die Westmächte hingegen nach der politischen und militärischen Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis unter vorläufiger Zurückstellung einer Vereinigung Deutschlands. Die Adenauerregierung unterstützte dies aktiv, um die CDU-Dominanz zu sichern und die Souveränität der BRD zu erlangen. Herausgefordert, mußte die SED-Führung stark befürchten, in einem vereinigten Deutschland nicht die Herrschaft zu erlangen.

Und wenn es heißt, daß sich jene von der UdSSR und der DDR-Führung 1952 getroffenen Maßnahmen zum „Aufbau des Sozialismus“ und zur Schaffung von Streitkräften „als voreilige Antwort auf die EVG-Verhandlungen herausstellen sollten“<sup>17</sup>, dann ist dazu zu bemerken: Zum einen wird hier der Deutschlandvertrag als ein bedeutendes Element der Auseinandersetzungen zwischen Ost und West in und um Deutschland außer Acht gelassen. Er hob nicht allein das Besatzungsstatut von 1949 auf und verankerte nicht nur die gesellschaftliche und staatliche Ordnung der Bundesrepublik, sondern er legte vor allem auch die Integration der BRD in die Europäische Gemeinschaft und ihre Beteiligung an der Verteidigung des Bündnisses fest. Bekanntlich wurde er mit einigen Veränderungen in Gestalt eines Protokolls der Pariser Verträge gültig. Zum anderen ist zu fragen, ob die Verfasser ihre Bewertung „voreilig“ nicht vom späteren Resultat her treffen.

Die kritischen Anmerkungen zu der hier erörterten Problematik können jedoch das wissenschaftliche Vorankommen auch in methodologischer Hinsicht nicht abschwächen. Es ist m.E. darin zu sehen, daß die Autoren die Geschichte der KVP und der Schaffung weiterer Elemente der Landesverteidigung der DDR in jenem Zeitraum nicht verselbständigt und nicht einseitig darstellen, sondern in ihren Zusammenhängen als Resultat des Zusammen- und Ineinanderwirkens einer Reihe von Faktoren, insbesondere der Auseinandersetzung der Großmächte um und in Deutschland im Kalten Krieg, ihrer Ansprüche an ihre deutschen Parteigänger und die beiden deutschen Staaten sowie deren Eigeninteressen, geleitet von den jeweiligen politischen und weltanschaulichen Grundpositionen der Repräsentanten der DDR und der BRD. Es wäre der Erörterung wert, ob diese Merkmale nicht als allgemeine Kriterien für Untersuchungen und Darstellungen von Zeitabschnitten auf dem Gebiet gelten könnten, wobei ihre Rolle und Gewichtung im einzelnen auf Grund der Nichtgleichheit der Geschehnisse und ihrer Zusammenhänge gewiß verschieden wäre.

### *III.*

Es dürfte eine Verallgemeinerung von Forschungen der Autoren und anderer Militärhistoriker des Bereichs sein, wenn im Vorwort zu dem Buch ausgeführt wird: „Die frühzeitige Einbeziehung der Deutschen in Ost und West in die sicherheitspolitischen Überlegungen und militärischen Planungen der Siegermächte

---

17 Ebenda, S.96.

verschärfte den Kalten Krieg. Die Frage, wer in welchem Ausmaße das Anwachsen der Spannungen letztlich zu verantworten hatte, wird bis heute kontrovers diskutiert. Fest steht, dass sowohl die Westmächte wie die Sowjetunion seit Ende der 40er Jahre durch die Aufrüstung beider Teile Deutschlands die militärische Stabilisierung und Arrondierung ihrer Einflussbereiche betrieben.

Die Kenntnis dieser frühen sicherheits- und militärpolitischen Entwicklungen sowie der Anfänge des Streitkräfteaufbaus in beiden deutschen Staaten ist für das Verständnis der Entwicklung von NATO und Warschauer Pakt, der Frühgeschichte beider deutscher Staaten und letztlich der Entstehungsgeschichte von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee (NVA) und deren Integration in das jeweilige Bündnis von herausragender Bedeutung.<sup>18</sup>

Diesen Darlegungen kann die Auffassung entnommen werden, daß es eine Gemeinsamkeit der damaligen beiden Teile Deutschlands war, seit Ende der 40er Jahre durch die jeweilige Siegermacht aufgerüstet worden zu sein, die damit ihr Einflußgebiet stärkte. Weiter wird konstatiert, daß damit der Kalte Krieg durch beide Seiten verschärft wurde. Die Frage der Verantwortung für das Anwachsen der Spannungen wird offen gelassen. Sie ist m.E. vor allem konkret-historisch zu beantworten. Schließlich wird der Kenntnis der Frühgeschichte der sicherheits- und militärpolitischen Veränderungen in beiden deutschen Staaten bis hin zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr und der NVA eine außerordentliche Bedeutung beigemessen, wenn vertreten wird, daß ihre Kenntnis sogar für das Verständnis der Entwicklung der beiden Bündnisse und der beiden deutschen Staaten Aufschluß gibt. Ergeben sich aus den zitierten Ausführungen nicht konzeptionelle Schlußfolgerungen für die historische und politikwissenschaftliche Forschungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Bundesrepublik über die Streitkräfte hinaus?

Doch um beim Thema zu bleiben, sei noch einmal die These vom Kalten Krieg als einem der o.g. Faktoren, die zusammengenommen die militärhistorische Entwicklung der DDR realitätsnah aufhellen können, für den gesamten Zeitraum dieser Geschichte aufgegriffen. Dieser „Krieg“ war kein Nebeneinander-, sondern ein Aufeinandereinfließen, ein Wechselverhältnis mit einer wesentlichen deutsch-deutschen Komponente. Ist daraus an die militärhistorische Arbeit nicht der Anspruch abzuleiten, die militärpolitische und militärische deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Bündniszusammenhang zu erforschen oder zumindest beim jeweiligen Sujet nach deutsch-deutschen Komplementären zu fragen? Hinsichtlich des Letzteren werden in dem Werk deutliche Zeichen gesetzt, indem bei einer Reihe von militärpolitischen Maßnahmen des Warschauer Bündnisses und der DDR auf Zusammenhänge der ostdeutschen mit der westdeutschen Entwicklung aufmerksam gemacht wird.<sup>19</sup> Die Autoren vertreten, daß „die Vorgänge in Westdeutschland in nicht unerheblichem Maße das Vorgehen und das Tempo der schrittweisen Militarisierung in der DDR“ beeinflussten. Schließlich heißt es: „Alles in allem zeichnete sich damit für die DDR ein Szenarium der Bedrohung ab, was

18 Ebenda, S.IX.

19 Siehe ebenda, S.10, 52f., 226, 516, 562-564, 630.

sich zudem vortrefflich für die ideologische Aufrüstung nutzen ließ.<sup>20</sup> Weist dieses Herangehen nicht weit über die KVP-Geschichte hinaus, sollte es für die Neubefragung der DDR-Militärgeschichte nicht mit tonangebend werden?

Vorstellungen aufnehmend, die auf einer Podiumsdiskussion anlässlich des Geschichtsforums „Getrennte Vergangenheit - gemeinsame Geschichte?“ Ende Mai 1999 in Berlin entwickelt wurden<sup>21</sup>, ist weiter zu fragen: Ist es aus wissenschaftlichen und politischen Gründen nicht an der Zeit, im Rahmen jedes Themas nach der Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung der Aktivitäten auf der jeweils anderen Seite, nach der Einflußnahme darauf und/oder nach (asymmetrischen oder symmetrischen) Parallelen bzw. Nichtparallelen zu suchen? Sollte es schließlich nicht zur Forschungsstrategie gehören, die aus erklärbaren Gründen getrennt erfolgende Untersuchung und Darstellung der ost- und der westdeutschen militärpolitischen und militärischen Entwicklung schrittweise zu überwinden? Wäre darüber nicht in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zu diskutieren? Eine möglichst realitätsnahe Erfassung und Wiedergabe der militärgeschichtlichen Ereignisse und Prozesse in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit in ihren vielfältigen und vielschichtigen Verflechtungen erfordern eine Gesamtschau. Und ihre Erarbeitung sollte sich von nichts anderem leiten lassen als „von ihren eigenen (also wissenschaftlichen - G.G.) Kriterien und den professionellen Standards“<sup>22</sup>. Dies ist jedoch nur auf der Grundlage von Akten *beider* Regierungen jener Zeit und ihrer Verteidigungsministerien möglich. Gewiß, an der gesetzlich festgelegten Sperrfrist für die Verwendung von Aktenbeständen und anderen Schutzbestimmungen ist nichts zu ändern. Aber kann man nicht im Hinblick auf die Notwendigkeit, eine Schiefelage zu beseitigen und damit auch auf militärhistorischem Gebiet zu einem authentischen Gesamtbild zu kommen, über Modalitäten und Sonderfälle verhandeln? Und sind nicht zuletzt nach dem Erscheinen der KVP-Geschichte und nachdem mit der Publikation von Bd. 4 das Reihenwerk „Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945 bis 1956“ seit langem abgeschlossen ist, bereits grundlegende Voraussetzungen gegeben, um zu beraten, ob und wie mit einer gesamtdeutschen Darstellung der sicherheits- und militärpolitischen Nachkriegsentwicklung bis 1955/56 zu beginnen ist? Vielleicht gibt es auf Teilgebieten oder in Teilfragen<sup>23</sup> bereits verwertbare Erfahrungen.

Notwendigkeiten und viele Fragen verlangen Disput und Antworten.

---

20 Ebenda, S.563.

21 Siehe: Getrennte Vergangenheit - Gemeinsame Geschichte? Protokoll einer Podiumsdiskussion vom 20. Mai 1999 mit Prof. Dr. Mary Fulbrook u.a., in: Potsdamer Bulletin, Nr. 15, März 1999, S.13ff.

22 KVP-Geschichte, S.XI.

23 Z.B. haben ost- und westdeutsche Autoren begonnen, die Anfänge der deutschen Marinen in der Nachkriegszeit gemeinsam vorzustellen. Siehe: Stationen deutscher Marinegeschichte (II: Deutsche Seeverbände 1945-1956). Vorträge des 2. Forums Wilhelmshaven zur Marine- und Schifffahrtsgeschichte vom 3.-4.November 2000, in: Beiträge zur Schifffahrtsgeschichte, Bd.4. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Schifffahrts- und Marinegeschichte, Düsseldorf 2000. In einer vergleichenden Studie, die mir jedoch noch nicht vorlag, untersucht F.H. Bauer: Bundeswehr und Nationale Volksarmee in der Aufstellungsphase 1947 bis 1956, Diss., Universität Frankfurt a.M., 1999.

## Leserbrief

Zum Beitrag von Elke Scherstjanoi „Zur ‚Sowjetisierung‘ in Agrarwissenschaft und Agrarwirtschaft der DDR“ (JBzG 2003/II, S.168-174) äußerte sich Prof. Dr. Erich Rübensam. Zum einen korrigierte er fehlerhafte Angaben zu seiner Person: Seine Kriegsgefangenschaft dauerte nur von Februar bis November 1945; er war kein Pflanzenzüchter. Die Professur hatte er nicht an der Rostocker, sondern an der Berliner Universität inne; in das Zentralkomitee der SED kam er erst ab 1953 als Kandidat und acht Jahre später als Mitglied. Zum anderen verwahrte sich Prof. Rübensam dagegen, als „Anhänger von Lysenkos Lehren“ bezeichnet zu werden, und berichtete über die Propagierung des Trawopolnaja-Systems in der DDR. Seiner umfangreichen Zuschrift entnehmen wir das Folgende.

Die Red.

Falls das Befassen mit dem Trawopolnaja-System unbegründet dem „Lysenkoismus“ zugeordnet wird, weil es von der KPdSU unter Stalin und von der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften der UdSSR unter Präsidentschaft Lysenkos propagiert und mit Weisung für dogmatische Anwendung auch auf ungeeigneten Standorten diskreditiert wurde, soll hier die Handhabung in der DDR dargestellt werden, weil ich mich am umfassendsten damit befaßte und die von mir dazu erarbeiteten Empfehlungen als offizielle Orientierung galten. Von meiner ersten Publikation an (Das Trawopolnaja-System von Wiljams. Seine Anwendung in der deutschen Landwirtschaft, Landwirtschaftsverlag, 2. Auflage 1951) habe ich betont: „Die Anwendung des Trawopolnaja-Systems, das von Wiljams für die sozialistische Landwirtschaft der Sowjetunion erarbeitet wurde, darf in unserer Landwirtschaft keineswegs schematisch und dogmatisch erfolgen. Weder das Gesamtsystem noch einzelne Teilsysteme können wir ohne weiteres übernehmen. Auf das Grundsätzliche muß das Hauptgewicht gelegt werden, nämlich auf die zielbewußte, planmäßige und systematische Anwendung aller Maßnahmen, die unter unseren Verhältnissen zur Erhaltung und Mehrung der Bodenfruchtbarkeit und damit zur Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft beitragen. Durch Auswertung der grundlegenden Wiljamsschen Erkenntnisse sowie der bei uns bereits vorliegenden Forschungsergebnisse und vor allen Dingen auch der Erfahrungen unserer Praxis ist es möglich, das Trawopolnaja-System schöpferische anzuwenden.“ [...] Was das Jarowisieren von Getreidesaatgut anbetrifft, so muß der Feststellung, das komplizierte System sei der Praxis nicht zumutbar gewesen, hinzugefügt werden: Die Bauern in der DDR nutzten die Erkenntnis, daß eine Frosteinwirkung auf keimende Sommergetreidesamen gesicherte Mehrerträge bringt, und zwar durch Frühsaat von Hafer auf leichten Böden. [...] Als Züchtungsmethode bei Getreide wird nicht zuletzt von allen erfolgreichen Getreidezüchtern der Welt bis heute die Jarowisation von Getreidesaatgut genutzt. [...] Auf der ersten Konferenz junger Agronomen der FDJ am 28./29.10.1952 referierte ich zum Thema „Erhöht die Wissenschaftlichkeit der Arbeit der Klubs und Zirkel jungen Agronomen“ und führte unter anderem aus, „daß wir die großen Erfahrungen unserer sowjetischen

Berufskollegen auswerten müssen, indem wir die gefundenen Erkenntnisse und die erarbeiteten Erfahrungen schöpferisch bei uns anwenden und nicht schematisch übertragen, denn damit tun wir den sowjetischen Wissenschaftlern und den sowjetischen Bauern und Jugendlichen keinen Gefallen, weil wir damit Gefahr laufen, Mißerfolge zu erhalten und nicht die gewünschten Ertragssteigerungen. Es kann deshalb nicht genug darauf hingewiesen werden, daß man sich die wissenschaftlichen Grundlagen erarbeiten muß, um einzelne Maßnahmen richtig einschätzen zu können.“ Die von der Konferenz erarbeitete Orientierung wurde als Broschüre allen Bezirks- und Kreisleitungen sowie Grundorganisationen der FDJ auf dem Lande und den Klubs junger Agronomen übergeben.

# Helle Panke

zur Förderung von

**Politik, Bildung und Kultur e.V.**

**Publikationen 2003 (Auswahl)**

**Reihe „hefte zur ddr-geschichte“**

**Heft 78 Dieter Schiller**

Hoffnung auf Tauwetter

Von der Kritikerkonferenz zum Schriftstellerkongress  
(April 1955 bis Januar 1956)

**Heft 79 Goethe in der DDR**

Konzeptionen – Streitpunkte – neue Sichtweisen. *Konferenzbeiträge*

***Vortragsreihe zum 17. Juni 1953 (vier Hefte)***

**Heft 80** Deutschlandpolitische Rahmenbedingungen  
(Beiträge von S. Schwarz, G. Judick, W. Buschfort)

**Heft 81 Siegfried Prokop**

Der 17. Juni 1953 – Geschichtsmythen und historischer Prozess  
Konzepte – Zeitzeugen – Chronik der Ereignisse

**Heft 82 Jörg Roesler**

Der 17. Juni 1953 – Aufstand gegen die Norm?

**Heft 83 Dieter Schiller**

Ein Buch als Ärgernis

Stefan Heyms Roman „Der Tag X“ und die Parteiprominenz der SED

**Heft 84 Erich Hahn**

Positionen zum SED/SPD-Dialogpapier von 1987

**Reihe „Pankower Vorträge“**

**Heft 51 Der Weg in den Abgrund (Teil I): Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg**

Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung  
(E. Reuter, K. Kinner, H. Helas, B. Hoppe)

**Heft 52 Der Weg in den Abgrund (Teil II): Biographische Forschungen zur KPD-Geschichte (1928-1933)**

Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung  
(T. Puschnerat, H. Tittel, J. Becker, P. Ruben, O. Kirchner)

**Heft 54 Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden**

Rückblicke und Erlebnisse von Marx-Engels-Forschern und Historikern der Arbeiterbewegung - Kolloquium, **Teil 1**  
(R. Hecker, H. Gemkow, R. Merkel-Melis, M. Neuhaus)

**Heft 55 Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden**

Rückblicke und Erlebnisse von Marx-Engels-Forschern und Historikern der Arbeiterbewegung - Kolloquium, **Teil 2**  
(W. Schmidt, W. Schröder, M. Schöncke, U. Herrmann, R. Dlubek, F. Melis)

Jedes Heft kostet 3 Euro (zzgl. Versand)

Zu bestellen bei „Helle Panke e.V., Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin  
[info@helle-panke.de](mailto:info@helle-panke.de) oder Tel: 030/47538724 Fax: 030/47378775

Gesamtübersicht über alle 170 lieferbaren Hefte unter [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)  
Im Internet finden Sie uns auch unter [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

## Biographisches

### Familiengeschichten – Erinnerungen an die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung\*

Gerd Kaiser

Weder die Analyse noch die Dokumentation parteikommunistischer politischer Strukturen und theoretischer Debatten sind das Anliegen von Roman Bortnowskis Blick auf seine Kindheit und Jugendjahre. Es sind Erinnerungen eines „Kindes der KPP“, wie sich der Verfasser nennt, an Tatsachen, Begegnungen und Stimmungen in der Familie und in deren Umkreis. An Hand der sozialen und politischen Erfahrungen seiner kommunistischen Familie beschreibt er Zeitgeschichte zwischen Mitte der 20er und Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts. Die Familie verschlug es aus Wloclawek nach Warschau und Berlin, Kopenhagen und Moskau sowie in die sowjetische Provinz zwischen Wolga und Weißmeer.

Roman Bortnowskis Erinnerungen ermöglichen einen differenzierten und vielschichtigen Einblick in das Familienleben und die politische Atmosphäre im engen Kreis polnischer Berufsrevolutionäre in Polen und in der Emigration sowohl in West- als auch in Osteuropa. Sie schildern aus ureigenem Erleben die Uneigennützigkeit und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder und die Folgen der sowjetischen Repressionspolitik gegen eine kommunistische Partei und gegen deren Mitglieder sowie die Folgen, die diese Politik für den künftigen Lebensweg von Kindern und Jugendlichen aus Familien hatte, denen das Milieu der kommunistischen Bewegung von Kindesbeinen an vertraut war.

Roman Bortnowski ist der Sohn Henryk Henrykowskis (1898-1937) und der Stiefsohn von Bronislaw Bortnowski-Bronkowski (1894-1937). Vater wie Stiefvater engagieren sich noch vor dem ersten Weltkrieg in der linken Arbeiterbewegung Polens. Beide sind 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens, die sich ab 1924 Kommunistische Partei Polens (KPP) nennt. Seit Mitte der 20er Jahre ist Henrykowski Anhänger der „Minderheit“ in der KPP und wirkt u. a. als Mitglied des Politbüros an der Seite ihres letzten Generalsekretärs Julian Lenski (1889-1939). Die Mutter Stella ist ebenfalls aktiv in der polnischen Arbeiterbewegung. Auch Bortnowski wirkt in den höchsten Führungsgremien der KPP, u. a. ist er Vertreter seiner Partei beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (Komintern). Sowohl Henrykowski als auch Bortnowski wirkten außerdem in der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) bzw. der Komintern; zeitweise auch als Vertreter der Komintern in den KP Griechenlands und der Tschechoslowakei. Mit einem Wort - Berufsrevolutionäre von Jugend an.

Roman Bortnowski lag noch im Kinderwagen, als seine Mutter und Celina Budzyska während illegaler Zusammenkünfte bei Warschau diesen für den

Transport illegaler Schriften und Manuskripte nutzen. Später war er dabei, wenn Mutter Stella und Justyna Sierp - sie diente ihrer Partei wie Celina in jenen Jahren im „Technischen Apparat“ - sich im Berliner Vorort Grünau illegal mit Bronislaw Bortnowski trafen. Von Kindesbeinen an kannte das Kind Karl Radek und Julian Lenski (der in der kurzen Zeitspanne zwischen der Verhaftung Bortnowskis 1937 und seiner eigenen Verhaftung die Familie in der damaligen Moskauer Wohnung am Kusnezki Most 19 moralisch unterstützte). Roman kennt auch Lenskis Vorgänger in der Parteiführung Adolf Warski, begegnet als Kind dem Generalsekretär der KP Jugoslawiens und Vorgänger Jozip Broz-Titos Milan Goricz (dem Lebensgefährten Justyna Sierps), der wie seine polnischen Genossen in der UdSSR erschossen wird, dem Spanienkämpfer aus Polen Gustaw Rwal und vielen, vielen anderen. Unter ihnen ist auch eines der wenigen den großen Terror überlebenden ZK-Mitglieder der KPP Franciszek Fiedler und dessen Frau, die ihn als Ärztin betreut. Ihren selbstgewählten Weg gingen Henrykowski, Bortnowski wie die meisten ihrer Mitstreiter, bis sie im Namen „der Sache“, der sie bis zur Selbstaufgabe dienten, erschossen wurden bzw. - die Mutter Stella und viele andere politisch engagierte Frauen, z. B. Justyna Sierp und Celina Budzinska - für viele Jahre in Lager nördlich des Polarkreises kamen.

Roman Bortnowski erinnert daran, daß diejenigen Polinnen und Polen, die ins Lager kamen, sich - sofern das Lager in der ASSR der Komi lag - mit schwarzem Humor „Komiker“ nannten. „Dramatiker“ wurden diejenigen genannt, die erschossen wurden. Das waren ausnahmslos alle in der sowjetischen Emigration lebenden Mitglieder des Politbüros der KPP. Das einzige Mitglied des Politbüros der KPP, das überlebte - weil er in den Jahren des Großen Terrors in Polen inhaftiert war - war Alfred Lampe, der Stella für den Eintritt in die organisierte Arbeiterbewegung gewonnen hatte. Von den 19 auf dem VI. Parteitag gewählten Mitgliedern des Zentralkomitees überlebten fünf. Die Kommunistische Partei Polens, 1918 durch Zusammenschluß von SDKPiL, Poale Zion-Lewica und PPS-Lewica gegründet, wurde durch einen von Stalin initiierten Beschluß 1938 unter haltlosen Anschuldigungen (die Partei befände sich angeblich in der Hand von Provokateuren und Verrätern, sie sei von Spionen und Provokateuren durchsetzt) aufgelöst. Von den 1936 in der Emigration in der UdSSR lebenden 3.817 registrierten Mitgliedern überlebten nicht mehr als hundert den „Großen Terror“.<sup>1</sup> Bevor Bronislaw Bortnowski im Juni 1937 und ein Vierteljahr später seine Frau Stella verhaftet wurden, hatte er der Familie Budzynski, die er aus gemeinsamer Parteiarbeit ausgezeichnet kannte, politische Vorhaltungen gemacht, weil Celina Budzynska sich selbstverständlich um die beiden Kleinkinder der befreundeten Familie Korecki kümmerte, deren Vater und Mutter im November 1936 verhaftet worden waren. Celinas damaliger Lebensgefährte Stach (Stanislaw Budzynski, politisch aktiv bereits

---

1 Siehe Eva Seeber: Die Beseitigung der Kommunistischen Partei Polens und die Mitwirkung des Präsidiums des EKKI 1937-1940. In: Moskauer 1938. Szenarien des Großen Terrors, Leipzig, 1999, S.111.

in der SDKPiL, 1937 erschossen) wurde zum Vertreter der KPP bei der Komintern, zu Bronislaw Bortnowski, einbestellt. Dieser verlangte, die Hilfe zu unterlassen, handle es sich doch um Kinder von „Volksfeinden“. Stanislaw und Celina lehnten rundweg ab: „Bortnowski hat es nicht für möglich gehalten“, erinnert sich Celina Budzynska, „daß in Bälde, wenn man ihn und seine Frau verhaften würde, es schon keinen Genossen mehr geben werde, um seinen Kindern (dem seinerzeit 13jährigen Roman und der erst dreijährigen Maria -G. K.) dieses Mindestmaß an Hilfe zu erweisen“. Daß die Repressionen, einschließlich Sippenhaftung, bei den Familien Bortnowski, Budzinski, Korecki u. a. typische Familienschicksale für zahlreiche kommunistische Emigrantenfamilien aus Polen, Lettland, Deutschland usw. in der UdSSR, aber auch für russische, ukrainische u. a. Familien waren, analysierte am Beispiel seiner z. T. in sowjetischer Emigration lebenden Familie Witold Leder. In den Familien seines Vaters Wladyslaw Leder und der Mutter Lilly Hirschfeld waren im ersten Drittel des 20. Jhds. insgesamt 17 Familienmitglieder mit der revolutionären Bewegung verbunden. „Davon werden 12 von Stalins Knochenmühle erfaßt. Drei Familien werden fast vollständig zermalmt“.

Die beiden Kinder der Familie Bortnowski werden wie auch andere Kinder aus gleichfalls verfolgten Familien in das „Kinderaufnahmeheim“ des NKWD in der Moskauer Straße Danilowski wal gebracht. Hier begegnet Roman neben vielen anderen Juri Pjatakow, Olgierd Putna, Juri Wagner (unter diesem Namen wird Tuchatschewskis Sohn hier geführt), Andrzej Budkiewicz, dessen Vater ebenfalls in der Roten Armee dient und wird - so sie nicht wie z. B. die Söhne Tuchatschewskis und Putnas ins Lager kommen und dadurch von den übrigen getrennt werden - z. T. deren Freund fürs Leben. Roh wird seine dreijährige Schwester Maria, die den Verlust der Mutter nur sehr schwer verwindet, nun auch noch von ihrem Bruder für die nächsten Jahre getrennt. Erst nach Jahren, im Winter 1939/40, erreicht Roman ein erstes Lebenszeichen der Mutter. Am Danilowski wal hat für alle Kinder die Aufnahme, der Anfang eines neuen Lebensabschnitts, mit der „erkennungsdienstlichen Bearbeitung“ begonnen: Fragebogen, Fotos en face und en profil, Fingerabdrücke...

Der meisten Lehrer und Lehrerinnen im Kinderheim Knjagino am Oberlauf der Wolga, wohin eine große Gruppe der Kinder von „Volksfeinden“ aus dem Moskauer Aufnahmeheim des NKWD verlegt wird, erinnert sich Roman Bortnowski mit Sympathie und Dankbarkeit. Hier leben die ihren Familien entrissenen Kinder jahrelang unter dem übergroßen Porträt Stalins mit der Losung: „Wir danken dem Genossen Stalin für unsere glückliche Kindheit“.

Nach Abschluß der Schule mit ausgezeichneten Noten nimmt Roman ein Studium in Gorki auf, das er nach Kriegsende in Moskau an der Hochschule für Hüttenwesen als Walzwerkingenieur abschließt. Die Lebensverhältnisse der Studienjahre, Lerninhalte, „Komfort“ der Studentenwohnheime, „Neben-“ verdienste als Transportarbeiter, um „über die Runden zu kommen“, sind ebenso lebendig geschildert wie die vorhergehenden Schuljahre. Roman Bortnowski sucht hartnäckig und findet seine Schwester wieder, er macht sich schließlich auf den langwierigen Weg durch die Behörden und letztendlich in die ASSR der Komi. Von dort holt er

seine Mutter aus dem letzten Lag(er)Punkt ab, in dem sie gefangen gehalten wird; denn inzwischen hat „Herr Bierut“ (wie ein NKWD-Oberst Celina Budzynska erklärt) bei Stalin interveniert. Nach Zwischenaufenthalt im Heim des in der UdSSR 1943 gegründeten Verbandes Polnischer Patrioten (ZPP) für polnische Heimkehrer fahren Stella Bortnowska und ihre Kinder nach Polen zurück.

Zu den frühen Heimkehrerinnen gehört auch Celina Budzynska (1907-1993). Sie war nach der Verhaftung von Stanislaw Budzynski ebenfalls in Haft genommen und für acht Jahre von ihren Kindern getrennt worden. Noch dreckiger behandelt wurde ihr Lebensgefährte (nach dem Tod von Stanislaw Budzynski) Zygmunt Trawinski. Dieser Warschauer Arbeiter, Kommunist seit 1921, wurde in der UdSSR 21 Jahre im Lager festgehalten, davon allein fünf Jahre in Workuta und zehn Jahre an der noch schlimmeren Kolyma im äußersten Nordosten des Landes. In sein Heimatland Polen kehrte er „rehabilitiert“ zurück mit der bürokratischen Begründung, es habe „kein Grund für eine Anklage“ vorgelegen. Demnach war er aus politischer Willkür und Berechnung für zwei Jahrzehnte in die Gewalt der Hauptverwaltung Lager gekommen.

Celina Budzynskas Lebensbericht zeichnet sich - wie auch Bortnowskis Erinnerungen - durch Wahrhaftigkeit aus. Die Autorin benennt Tatsachen und nur Tatsachen, beschreibt Gefühle der Freude und der Trauer, der Hoffnung und der Hoffnungslosigkeit. Ihre Lebensgeschichte hat literarische Qualitäten.

Da die Verfasserin, der Vater entstammt polnischem Adel, die Mutter der Familie eines wohlhabenden Tabakwarenfabrikanten, der Generation von Stella Bortnowski angehörte, umfaßt der Zeitraum dieser Lebenserinnerungen weit über die Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Autorin hat in den zwanziger Jahren im illegalen „Technischen Apparat“ der KPP gewirkt und gehörte nach dem zweiten Weltkrieg der Leitung der Parteihochschule der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) als Prorektor an. Ihre Erinnerungen geben Aufschluß über wesentliche Entwicklungsabschnitte der polnischen Arbeiterbewegung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Ihren und vielen aus ihrer Generation Anschluß an die kommunistische Jugendbewegung begründet sie mit lebensgeschichtlichen Erfahrungen: „Not, Arbeitslosigkeit, eine bisher unbekannte Inflation, das Fehlen jedweder Perspektive...Willkür - all dies bewog die denkende und über Ideale verfügende Jugend zur Suche nach neuen Wegen. Wir stammten aus unterschiedlichen Kreisen. Unter uns waren viele Arbeiter, Jugendliche aus Intellektuellenfamilien oder aus Familien der Kleinbourgeoisie, aus armen jüdischen Familien, aber unter uns gab es auch Söhne und Töchter wohlhabender bourgeois Familien. Die soziale Herkunft, die Unterschiede unserer Bildung waren für uns ohne Belang; allerdings gab es intellektuellenfeindliche Stimmungen unter jugendlichen Arbeitern. Die gemeinsame Idee begründete das Gefühl der Brüderlichkeit, vertieft wurde es durch die polizeilichen Verfolgungen, die Gemeinschaftszellen in den Haftanstalten... Es einte uns eine gemeinsame Ideologie, aber in bestimmten Fragen gab es unterschiedliche Ansichten, wurden heftige Diskussionen geführt.“ Diese Diskussionen gingen um

die Strategie und Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung in Polen und dabei um die Abkehr von der dogmatischen Orientierung der Parteiführung um Julian Lenski. Diese repräsentierte eine Minderheit in der Partei, besetzte jedoch durch brüske Einmischung der Komintern ab der zweiten Hälfte der 20er Jahre alle Führungspositionen der KPP. Nur zögerlich und nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen löste sie sich von der falschen und schädlichen „Sozialfaschismus“orientierung und verwirklichte eine Politik der Zusammenarbeit mit linken Kräften der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) oder in Intellektuellenverbänden und damit eine politisch vielversprechende polnische Volksfrontpolitik.

Die bereits zu Beginn der 30er Jahre anrollende „polnische Welle“ der Verhaftungen in der UdSSR war der Anfang vom Ende der KPP. In einer einzigen Nacht des Jahres 1937 wurden die polnischen Kommunisten Bronislaw Bortnowski, Stanislaw Budzynski, Jakub Hanecki, Jozef Unszlicht und viele andere verhaftet; Jakub Dolecki (Chef zuerst von ROSTA, dann von TASS und zugleich zuständig für Veröffentlichungen zur Geschichte der KPP) entzog sich der Verhaftung durch Freitod. Die Haftbefehle waren durch die Bank von dem ebenfalls polnischen Kommunisten Stanislaw Redens unterzeichnet, der nicht nur - bis zu seiner eigenen Verhaftung - dem Kollegium des NKWD angehörte, sondern auch Josif Stalins Schwager war. „Der Mechanismus des Terrors funktionierte konsequent.“ Die dicht auf dicht folgenden Verhaftungswellen verschlangen nicht nur nahezu alle polnischen Kommunisten in der sowjetischen Emigration, sondern auch deren Familienangehörige. (Auch Celina Budzynskas Mutter verstarb in einem Lager in Kasachstan an Typhus.) Selbst wenn die Kinder überlebten bzw. wieder zu Vater oder Mutter zurückfanden - was bei weitem nicht in allen Fällen der Fall war -, blieben tiefe psychische Wunden.

Die systematische und bis in kleinste Einzelheiten reglementierte Verfolgung der Frauen und Kinder war jahrelang erklärte und praktizierte Politik der UdSSR und der KPdSU. Sie erfolgte im Rahmen der gesetzwidrigen Befehle der Volkskommissare für Innere Angelegenheiten Nr. 00486 vom 15. August 1937 und 00689 vom 17. Oktober 1938 sowie eines entsprechenden Beschlusses des Politbüros der KPdSU vom 5. Juli 1937.<sup>2</sup> (Celina Budzynska wurde im Zuge dieser repressiven Politik der Sippenhaftung Mitte der 30er Jahre verhaftet.) Die physische Vernichtung des politischen Aktivs der KPP und die Auflösung der Partei wertet Budzynska als einen frühen Schritt auf dem Weg zur Vorbereitung für den Pakt Stalins mit Hitler im August 1939. Ihre politischen Lebenserfahrungen zusammenfassend, kommt die Verfasserin zum Schluß: „Das Schicksal dieser Partei war tragisch. Sie wollte das Beste, irrte jedoch häufig; war geblendet von dem Ideal, das sie im ‚Vaterland der Werktätigen‘ verwirklicht sah. Tragisch war das Schicksal ihres politischen Führungskerns, der Menschen, die ihr Land im Guten wie im Schlechten liebten, in dem man sie als Agenten Moskaus betrachtete, während sie in der UdSSR als ‚Agenten‘ der polnischen Spionage, ‚Residenten‘ der POW (der

---

2 Siehe *Jahrhundertsschicksale. Frauen im sowjetischen Exil*, Hrsg. Simone Barck, Anneke de Rudder, Beate Schmeichel-Falkenberg, Berlin, 2003, S.47-53.

Polnischen Militärorganisation -G. K.), als ‚Speichellecker‘ Pilsudskis umkamen.“ Celina Budzynska kam 1938/39 zum 23. Sonderlagerpunkt Tjemnikowo, einer „... kleinen Insel im Gulag... Hier war die Erde nackt und bloß. Ein armseliger Sandstreifen, umgeben von Stacheldrahtzäunen und Postentürmen. Schiefe Hütten, vom Abend bis zum Morgen ägyptische Finsternis, schwach erhellt von einem Kienspan oder einer qualmenden Petroleumlampe... Der Lagerchef, ein nichtswürdiger Mensch, ein Spitzbube. Alle Wachmannschaften stahlen. Unbeschreiblicher Hunger herrschte. Man fütterte uns mit Hafer ab; mit dünnen Haferflockensuppen oder mit Haferbrei, niemals ein einziges Fettague. Die Baracken waren nicht nur dunkel, sondern auch kalt... Auf Befehl des Lagerchefs mußten wir Sand von einer Seite des Lagers zur anderen tragen und anschließend wieder zurück...“ Auf dieser kleinen Insel lebten in „einer Internationale en miniature“ die Lebensgefährtinnen und Mitsreiterinnen von „Volksfeinden“; gebildete und schöne Frauen (Budzynska: „nicht alle Schönen waren intelligent und nicht alle Intelligenten schön“) zusammengepfertcht, „wie eine Hammelherde“. Unter ihnen nicht nur Roman Bortnowskis Mutter Stella und zahlreiche weitere Polinnen wie Natalia Siemkowska und Anka Granowska, sondern auch die Frau Michail Tuchatschewskis und Karl Radeks Frau Rosa; Ter-Waganjans Frau, einige deutsche Kommunistinnen und drei Ungarinnen, die Französin Regina Staszewska (deren Mann Artur aus Spanien zurückgerufen und erschossen worden war), die Belorussin Lida Chackiewicz, Frau des Vorsitzenden des Obersten Nationalitätensowjets; Frauen aus Georgien und Turkmenien...

Die längste Zeit ihres Lagerlebens verbrachte Celina Budzynska in den abgelegenen Lagern Mordowiens und im Talag am Weißen Meer, zumeist bei schwerster körperlicher Arbeit im Freien, z. B. bei Waldarbeiten. In Talag traf sie im November 1939 ein. „Das war ein ganz gewöhnliches Arbeitslager... War es Sklavenarbeit, die wir zu leisten hatten?... Uns schien immer noch die Arbeit die einzige Rettung vor Depressionen zu sein, vor dem Verfall, dem Abgleiten in den Irrsinn.“ An den Abenden, nach schwerster körperlicher Arbeit im Moor, kehren die Frauen für Stunden in ihr früheres Leben zurück, beschäftigen sich mit Literaturgeschichte, Musik, Malerei, Sprachen u. a., denn nahezu jede der hier isolierten Frauen hatte die entsprechende Ausbildung und berufliche Erfahrungen.<sup>3</sup>

Nach Interventionen Boleslaw Bieruts heimgekehrt nach Polen, wirkt Celina Budzynska bis 1967 an der Zentralen Parteischule nunmehr der PPR bzw. ab 1948 der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), anfangs in Lodz, später in Warschau. Für sie stellte sich, wie für die Handvoll überlebender polnischer Kommunistinnen und Kommunisten, die Frage nach ihrem Tun nach all dem, was sie erlebt hatten. Viele hielten es für ihre Pflicht, aktiv am Prozeß der Umgestaltung Polens mitzuwirken. Auch deswegen, um sie nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten vor jener Entartung zu bewahren, deren Zeugen und Opfer sie in der UdSSR geworden waren.

---

3 Siehe auch Ulla Plener: Eine brach mit der zähen Hoffnung – Wanda Bronska, in: dies. (Hrsg.): *Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin*, Frankfurt/Oder 1997, S. 98 – 108.

Am 1. Januar 1990 notiert Celina Budzynska: „Ich weiß wirklich nicht, wen das schwerere Los getroffen hat: jene, deren Knochen im ewigen Frostboden von Norilsk oder in den Weiten Workutas ruhen, oder jene, denen man auf dem Hof von Lefortowo ins Genick geschossen hat, und die Schüsse von Traktormotoren, die auf Vollgas geschaltet waren, übertönen ließ und die irgendwo im Raum Moskau begraben liegen. Die meisten von ihnen allen sind doch mit der Überzeugung gestorben, daß sie für eine gerechte Sache gekämpft hätten... Und die Handvoll Überlebender? Sie kehrten heim nach Polen, glücklich, daß sie noch lebten, dankbar der Partei (PPR), daß sie sich ihrer erinnert hatte. Und nahezu alle reihten sich in den Aufbau des Sozialismus in Polen, in Volkspolen, ein - hatten sie doch dafür gekämpft. Hatte nichts sie klüger gemacht? Hatten sie aus ihren Erfahrungen keine Lehren gezogen? Die meisten waren der Ansicht, daß die Deformationen, die Entartungen Rußland geschuldet seien, dessen asiatischen, byzantinischen Zügen, dem Fehlen demokratischer Traditionen usw. Aber in Polen werde es anders werden, hier würden wir den ‚richtigen‘ Sozialismus errichten, einen für die Menschen.“<sup>4</sup>

Das gelang nicht. Deshalb trat Celina Budzynska Ende der siebziger Jahre aus der PVAP aus. Sie engagierte sich in der sozialen Betreuung von Familien derer, die als Mitglieder bzw. Anhänger der KOR, d. h. der Komitees zur Verteidigung der Arbeiter oder der Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“, verhaftet bzw. interniert wurden. Nicht lange vor ihrem Tod sagte sie im November 1990 dem Verfasser: „Ich habe mit der MOPR (der Internationalen Roten Hilfe -G. K.) begonnen; als Fünfzehnjährige illegal Geld für die Verfolgten gesammelt, und mit der Hilfe für ungesetzlich Verfolgte höre ich auch auf.“

Zu ihren Lebenserfahrungen gehört die Einsicht, daß es nicht um Verbesserungen eines Systems gegangen sei, um einen Sozialismus, den man nach den Worten eines Arbeiters aus Poznan 1956, „lieben könnte“, nicht um die „Überwindung von Deformationen einer richtigen Idee, die an einem falschen Ort und zu einer falschen Zeit“ praktiziert worden sei, sondern „um die Idee des Kommunismus selbst, die Revolution, die Diktatur einer ‚Partei neuen Typs‘. Im März 1981 notierte sie in diesem Zusammenhang: „Jetzt ist die letzte Chance. Wenn sie nicht genutzt wird, müßte man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß dieses System nicht zu verbessern ist, und die nächste Krise wird zur letzten Katastrophe.“

Ein Jahrzehnt später hatte sich diese Prophezeiung nicht nur in Polen bestätigt.

In den „Garten der Erinnerung“ von sechs Generationen ihrer weitverzweigten jüdisch-polnisch-deutsch-russisch-amerikanischen Familie führt die Familien-geschichte von Joanna Olczak-Ronikier, die seit ihrem Erscheinen zur literarisch-historischen Sensation in Polen wurde. Sie ist das Ergebniss von familienge-schichtlicher Forschung und Erinnerung gleichermaßen. Die Autorin erzählt mit Sinn sowohl für liebevoll beschriebene Details als auch mit dem Rüstzeug einer Wissenschaftlerin von den tief einschneidenden historischen Linien, die die Lebenswelt ihrer Familie prägten und an deren Verlauf Mitglieder der Familie

---

<sup>4</sup> Siehe ebenda, S. 110.

aktiven Anteil hatten. Als Anhänger und als Vorkämpfer der sozialistischen und der kommunistischen internationalen Arbeiterbewegung, als Opfer nicht nur des Stalinschen Terrors sondern in doppelter Tragik auch als Opfer von repressiver Willkür in der VR Polen.

Hier soll im folgenden allein von einem der vielen Zweige der Familie die Rede sein, von Maksymilian Horwitz und den Seinen. Für die Verfasserin der kollektiven Familienerinnerung war „Maks“ „über viele Jahre hinweg eher das Symbol einer bestimmten Haltung denn ein Mensch von Fleisch und Blut. Als ich mich in sein Schicksal einfühlte, erkannte ich, daß er eine Persönlichkeit mit dramatischer Geschichte war, die eigentlich Mitgefühl verdiente.“

Maksymilian Horwitz (1877-1937?) bediente sich zahlreicher Pseudonyme; beispielsweise H. M., H. Orwicz, Wit, H. Wal und H. Walecki.<sup>5</sup> Vor allem als Walecki ging er in die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung ein. Weil er in Gent Mathematik studierte, trat er 1895 dort in die Belgische Arbeiterpartei ein, 1897 wurde er Mitglied der PPS. Ebenso wie Jozef Pilsudski war er Mitbegründer dieser Partei. 1898 promovierte er und kehrte nach Warschau zurück, wo er in der Führung der PPS wirkte. Von Anfang an verfocht er seine politischen Ansichten - im Unterschied zu Pilsudski - auf dem linkem Flügel.

Mehrfach verhaftet, an spektakulären Befreiungsaktionen politischer Häftlinge aus zaristischen Gefängnissen beteiligt und verbannt, vertrat er die PPS-Linke, die sich 1906 auf einem Parteitag formiert hatte, auch auf Kongressen der sozialistischen Internationale. Im ersten Weltkrieg gehörte er zur internationalen Antikriegspartei und nahm 1917 Kontakt zur Zimmerwalder Linken und zur SDKPiL auf, gegen deren Ansichten vor allem in der nationalen Frage er vor dem ersten Weltkrieg polemisiert hatte. Er gehörte im Dezember 1918 zu den Mitbegründern der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens und zu deren Zentralkomitee. Seit 1920, nach Haft nunmehr in Polen, lebte er ständig in der Emigration, anfangs in Berlin, wo der Sohn Stanislaw eine vorzügliche Schulbildung erhielt, seit 1927 in Moskau. In Berlin gehörte er nicht nur weiterhin der Emigrationsleitung der KAPP bzw. seit 1924 KPP an, sondern arbeitete auch in der „Roten Fahne“, zeitweise als deren Chefredakteur.

1922 hatten parteiinterne Auseinandersetzungen um Strategie und Taktik der KP Polens begonnen. Insbesondere nach Lenins Tod 1924 wurde die Partei auch von der Komintern scharf wegen tatsächlicher und wegen vorgeblicher politischer Fehler angegriffen. An der Spitze der KPP standen in den ersten Jahren die „drei W“, Henryk Walecki, Adolf Warski und Wera Kostrzewa. Nachdem eine von der KI eingesetzte Polnische Kommission der KPP eine richtige politische Linie bestätigt hatte, veranlaßte Josif Stalin die Einsetzung einer neuen Kommission. Diese, und nicht ein Parteitag der KPP, entschied im Juli 1924, nachdem die polnischen

---

<sup>5</sup> Detaillierte biografische Angaben enthält der Band 2 des inzwischen auf drei Bände und einen ersten Ergänzungsband angewachsenen „Biografischen Nachschlagewerks“ über Funktionäre der polnischen Arbeiterbewegung. - Słownik Biograficzny Działaczy Polskiego Ruchu Robotniczego. (Biografisches Nachschlagewerk über Funktionäre der Polnischen Arbeiterbewegung). T. (Bd.) 2. Warszawa. 1987.

Kommunisten ihrerseits die Situation in der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) KPR (B) kritisch beurteilt hatten, die „drei W“ aus dem ZK auszuschließen und eine Parteiführung von außen einzusetzen. Die Auseinandersetzungen gingen um die Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten, die nationale und die Agrarfrage, auch um die Politik der KPD, der in einem in Moskau gefaßten Beschluß aufgetragen worden war, die Revolution in Deutschland am 9. November 1923“ zu beginnen. Wera Kostrzewa wandte sich auch in diesem Zusammenhang gegen die Politik der sogenannten „Linken“ in der Führung der KPD um Ruth Fischer, die wie die Minderheit der polnischen KP von Stalins damaliger Führungsriege, zu der u. a. Wjatscheslaw Molotow und Grigorij Sinowjew gehörten, an die Spitze der Partei gehievt worden war. Die „drei W“ übten auch Kritik an der Entwicklung der bolschewistischen Partei in Rußland. Sinowjew drohte daraufhin der Führung der KPP, so sie nicht einlenken werde, werde man ihr „die Knochen brechen“. Daraufhin antwortete ihm Wera Koszutska zugleich im Namen von Warski und Walecki, gefährlich seien nicht jene „denen man wie uns die Knochen brechen kann“, sondern jene kommunistischen Politiker „die überhaupt kein Rückgrat haben“.

Nach der Übersiedlung nach Moskau wohnten „Maks“ Horwitz, nunmehr Henryk Walecki, und seine Lebensgefährtin Stefania Heryng, nunmehr Stefania Bielska, im Wohnheim für zahlreiche Familien von Kominternfunktionären, dem Hotel „Lux“. „Die Zimmer von Maks und Stefa waren winzig... Das Zimmer von Maks war vollgestopft mit Büchern und Zeitschriften. Da auf den Bücherbrettern kein Platz mehr war, häuften sie sich auch in der unbenutzten Badewanne. Da es kein warmes Wasser gab, badete man in einem Gemeinschaftsbad für alle Bewohner der Etage... Im ‚Lux‘ lebte man bescheiden. Die Kominternfunktionäre erhielten monatlich dreihundert Rubel. Das war das sogenannte ‚Part(ei)maximum‘. Galt doch der Beschluß, daß auch der höchste Funktionär kein höheres Einkommen erhält, als ein qualifizierter Industriearbeiter. Das reichte gerade. Um so mehr, da Intellektuelle die niedrigste Lebensmittelkarte erhielten... Die wurde im Speisesaal des „Lux“ abgegeben. Dafür erhielt man dort ein ziemlich armseliges Essen.

Die Situation für Maks war schwierig. Stalin hatte nicht vergessen, daß Walecki es sich erlaubt hatte, gegen ihn aufzutreten. Er verzieh keinem seiner Opponenten. Je stärker seine Positionen wurden, um so isolierter wurde Maks im Parteiapparat. Und je geringer dessen öffentliche Rolle war, um so unverträglicher, despotischer, wurde er im Familienleben.“

Als eine Verwandte am 21. Juni 1937 spät in der Nacht Maks und Stefa verlassen hatte (Maks hatte sie zum Abschied gedrängt, umarmt und gesagt, „es ist schon spät“), sah sie ein Kommando des NKWD das Haus betreten und dachte bei sich: „Wen wird es heute Nacht treffen.“ Als sie am Morgen des 22. Juni anrief, nahm Stanislaw, der Sohn, den Hörer ab und antwortete auf die Frage nach dem Befinden der Mutter: „Komm nicht hierher“ und legte auf.

Stach Bielski, seit 1926 in der UdSSR, war zu diesem Zeitpunkt ein junger Mann von knapp 30 Jahren, Flugzeugingenieur. Seit einem Jahr arbeitete er im Generalstab der Roten Armee. Umgehend wurde er nach der Verhaftung des Vaters entlassen, in

die Reserve versetzt und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen (seit 1922 hatte er dem Kommunistischen Jugendverband angehört). Fünf Monate wartete er. Ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne Kontakte, um niemanden zu gefährden. Im November holte ihn das NKWD. „Er erfuhr die Hölle schimmster Torturen im Gefängnis Lefortowo. Er verließ sie mit gebrochenen Rippen, nahezu alle Zähne waren ihm ausgeschlagen worden, und auf einem Ohr hörte er nicht mehr. Aber er hatte nichts gestanden. Nichts unterschrieben. Sie gaben ihm 10 Jahre, in den Bergwerken Workutas, von wo selten jemand zurückkehrte.“

Stanislaw Bielski, der wie die gesamte Familie, die Familie seiner Tante Kamila Kancewicz und hunderte weitere Familien polnischer Kommunisten, den Golgathaweg in der UdSSR durchschritt, kehrte nach siebeneinhalb Jahren, 1946, ins Leben zurück. Seiner Überzeugung und seiner Ausbildung nach diente er in der Polnischen Volksarmee, wurde Oberst im Generalstab. Er gehörte zu jenen, die sich nicht von jedweden politischem Engagement zurückziehen wollten, die den erlebten Verlauf der Ereignisse für vermeidbar, das politisch-polizeiliche und sozial-ökonomische System des Stalinismus für eine Entartung hielten. Er wurde Mitglied der PPR sowie der PVAP. Als 1953 dieses System in Polen wiederum nach ihm griff, wählte er den Freitod.

In Rußland verblieb Pjotr, ein zweiter Sohn von Maksymilian Horwitz. Er entstammte einer lang andauernden Verbindung zwischen Horwitz und der Österreicherin Josephine Swarowski. Geboren wurde er 1932 in Moskau. Pjotr war eines der frühen und zahlreichen Pseudonyme Maksymilians noch aus der Zeit des Kampfes gegen den Zarismus, in der Erinnerung daran erhielt der zweite Sohn diesen Namen. Nach der Verhaftung von Maks 1937 wurden Josephine und der fünfjährige Sohn auf die Straße gesetzt. Einige Jahre später erkrankte die Mutter und wurde invalidisiert. 1941 fanden und unterstützten Katarzyna, eine Tochter von Maks, und ihr Bruder Stanislaw, die beiden. Im Herbst 1941, nach dem Vorstoß der Wehrmacht bis vor Moskau, wurden Josephine, Pjotr und Katarzyna in den Ural evakuiert. 1943 blieb Josephine infolge der Hungersnot keine andere Wahl, als den 11jährigen Sohn alleine nach Moskau um Hilfe zu schicken. Er landete letztendlich im Kinderheim Nr. 1 in der Stadt Swerdlowsk (jetzt Jekaterinburg) im Ural. Dessen Leiterin suchte ihm, dem vor allem die naturwissenschaftlichen Fächer lagen, zu helfen, so gut es unter den Umständen möglich war. Der „trozkistische“ Vater und die Mutter, Lebensgefährtin eines „Volksfeinds“, waren ebenso zu verschweigen wie der „abgeurteilte“ Stiefbruder Stanislaw und die 1944 ebenfalls inhaftierte Stiefschwester Katarzyna. Aus ihm wurde der „Russe“ Pjotr Walezki. Auf Grund seiner vorzüglichen schulischen Leistungen nahm ihn die Moskauer Mendelejew-Hochschule für Chemie ohne Aufnahmeexamen an; postgradual arbeitete er zwei Jahre am Institut für organische Chemie an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. Er wurde ein geachteter Wissenschaftler, stieg zum Institutsdirektor auf. Erst 1989 gelang es ihm, mit Hilfe der Organisation „Memorial“ die Wahrheit über Leben und Tod seines Vaters in Erfahrung zu bringen. „Einen schrecklichen Eindruck machten die Verhörprotokolle. Jeden Morgen, nach einer Nacht des

Verh rs, unterschrieb Walecki die erzwungenen Geständnisse. Manche Buchstaben sind so unleserlich, daß der Eindruck entsteht, er sei nicht mehr in der Lage gewesen, die Feder zu führen... Am folgenden Tag zog er die Geständnisse des Vortags zurück: Ich bin unschuldig. Ich erkläre, daß meine Unterschrift durch Folter erzwungen wurde. Das erklärte er auch in seinem letzten Wort, bevor ihn das Oberste Militargericht aburteilte.“

\* Ausgewertet und reflektiert werden folgende Erinnerungen:

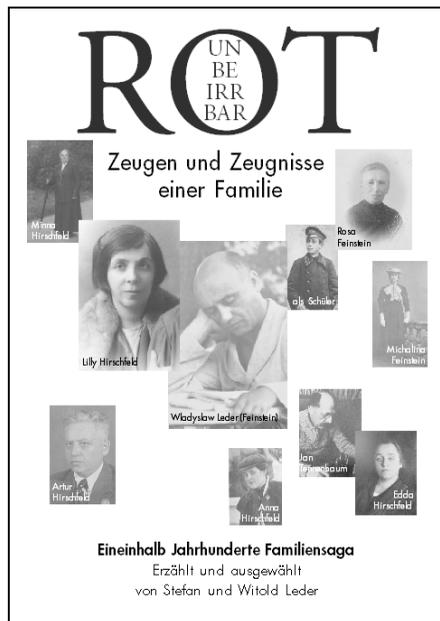
1 Roman Bortnowski: Z archipelagu pamieci. (Vom Archipelag der Erinnerung), Warszawa, 2002, Wydawnictwo Rosner i Wspolnicy, 232 S.

2 Celina Budzynska: Strzepy Rodzinnej Sagi. (Bruchstücke einer Familiensaga), Warszawa, 1997, Zydowski Instytut Historyczny, 537 S.

3 Joanna Olczak-Ronikier: W ogrodzie pamieci. (Im Garten der Erinnerung), Krakow, Wydawnictwo Znak, 2001, 359 S.

4 Joanna Olczak-Ronikier: Dzieło w toku. (Ein Werk in Bewegung). In: „Tygodnik Powszechny“, Krakow, 22. September 2002. S.12.

5 Stefan Leder (†), Witold Leder: Unbeirrbar Rot. Zeugen und Zeugnisse einer Familie, Berlin, edition bononi, 2002, 375 S.



+ eine große familie in einem großen format +  
+ herausgegeben von gerd kaiser +

+ zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie + viele abbildungen +  
+ 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 + im buchhandel erhältlich +

# Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute – Opfer des Nazi-Terrors

Ruth Weihe

## *Redaktionelle Vorbemerkung*

Die nachfolgende Liste enthält Namen von 131 Hamburger Antifaschisten, die zwischen 1932 und 1945 von SA-Kommandos ermordet, von den Nazis hingerichtet, in Zuchthäusern oder Konzentrationslagern umgebracht oder in den Tod getrieben wurden, die an den Folgen der Haft bzw. der Mißhandlungen verstorben oder bei militärischen Aktionen im sog. Strafbataillon 999 umgekommen sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um Hafenarbeiter, Fischer und Seeleute, Berufsgruppen, die im antifaschistischen Widerstand besonders aktiv waren. Die meisten waren Mitglieder der KPD, einige Mitglieder der SPD. Sie hatten sich entweder schon vor 1933 antifaschistisch betätigt oder sich nach dem 30. Januar 1933 aktiv am Widerstand gegen das Nazi-Regime beteiligt. U.a. brachten sie gefährdete Widerstandskämpfer und Kinder ins Ausland, transportierten Literatur nach Deutschland oder leisteten Kurierdienste.

In dieser Liste finden sich bekannte Namen, wie der des Leiters des Roten Frontkämpferbundes, Bezirk Wasserkante, Friedrich (Fiete) Schulze oder die der Mitglieder des Reichstages Reinhold Jürgensen und Jonny Reith. Viele dieser Frauen und Männer und ihr Schicksal waren bisher nicht einmal in lokal- bzw. regionalhistorischen Darstellungen über den antifaschistischen Widerstand präsent.

Es ist das Verdienst Ruth Weihes, sie der Vergessenheit entrissen zu haben. In langjährigen Recherchen hat sie ein umfangreiches biographisches Material zusammengetragen, das das *JahrBuch* hiermit der Öffentlichkeit zugänglich macht. Die vorliegenden Lebensdaten erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Autorin und Redaktion sind für weiterführende Hinweise dankbar.

## *Verwendete Abkürzungen*

ADGB - Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund;

AEL - Arbeitserziehungslager;

ALN - Abschnittsleitung Nord der KPD;

**BJA-Gruppe** - Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe;

BL - Bezirksleitung;

DMV – Deutscher Metallarbeiterverband;

ISH - Internationale Seemannshilfe;

ITF - Internationale Transportarbeiter-Föderation;

KI - Kommunistische Internationale;

KJVD - Kommunistischer Jugendverband Deutschlands;

KPD - Kommunistische Partei Deutschlands;

**KZ** - Konzentrationslager;  
**Lfrb.** - Landfriedensbruch;  
**LV** – Landesverrat;  
**MdHB** - Mitglied der Hamburger Bürgerschaft;  
**MdR** - Mitglied des Reichstages;  
**MS** – Motorschiff;  
**OLG** - Oberlandesgericht;  
**Org.-Leiter** – Organisationsleiter;  
**Pol.-Leiter** - Politischer Leiter;  
**rass.** - verfolgt aus rassistischen Gründen;  
**RB** - Reichsbanner;  
**RFB** - Roter Frontkämpferbund;  
**RH** - Rote Hilfe;  
**RM** - Rote Marine;  
**SAJ** - Sozialistische Arbeiterjugend;  
**Schuf** - Schutzformation;  
**SPD** - Sozialdemokratische Partei Deutschlands;  
**VzH** - Vorbereitung zum Hochverrat;  
**Wehrz.** - Wehrkraftzersetzung;  
**ZK** - Zentralkomitee.

*Name, Vorname*, Geburtsdatum, -ort, Beruf, letzter Wohnort;  
 Organisationszugehörigkeit;  
 Grund der Verfolgung, Inhaftierungen, Verurteilungen;  
 Todestag, Todesart.

---

*Abshagen, Robert*, 12.01.1911, Hamburg, Seemann, Hamburg, Billdeich 155,  
 Gartenhaus;  
 KPD, RFB (1931);  
 VzH, BJA-Gruppe, 1. Haft 1933/34 (KZ Sachsenhausen), 2. Haft ab 19.10.1942  
 (Hamburg);  
 10.07.1944, Hinrichtung (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Amter, Herman*, 28.04.1897, Hamburg, Seemann, Hamburg-St. Pauli, Heinestraße;  
 KPD, ISH (Hafeninstrukteur der illegalen ISH);  
 VzH;  
 24.01.1944, Hinrichtung (Zuchthaus Brandenburg/Görden).

*Anasch, Robert*, 22.11.1907, Celle, Werftarbeiter, Hamburg;  
 KPD;  
 VzH, BJA-Gruppe;  
 15.04.1945, gestorben auf dem Transport in das Zuchthaus Dreiebergen.

**Appelt, Georg**, 20.12.1901, Hallerwettern b. Brockdorf, Elbfischer, Hamburg;  
SPD, Reichsbanner;

Wehrz;

15.05.1944, Hinrichtung (Frankreich).

**Bähre, Richard**, 25.02.1906, Hannover, Angestellter, Hamburg, Hardenstraße 6;  
KPD (Gruppe Funksprüche);

VzH, verhaftet 28.10.1936, am 14.02.1939 zu lebenslänglicher Haft verurteilt;  
01.01.1945, verstorben (Zuchthaus Brandenburg/Görden).

**Bargen, Heinrich Rudolf Peter von**; 21.11.1904 Altona, Altona, Gardemannstr. 23  
KPD, RM, ISH;

VzH, Lfrb;

04.12.1939, ermordet von der SS (KZ Sachsenhausen).

**Baumann, Otto**, 27.05.1903, Hamburg, Schiffsschmied, Hamburg;  
KPD;

unbekannt, vermißt seit dem 12.02.1945 (Jugoslawien, Strafbataillon 999).

**Becker, Hans-Joachim Paul**, 30.05.1911, Hamburg, Seemann;

„Schutzhaft“;

20.12.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen).

**Bellgardt, Josef**, 22.03.1904, Bornitt (Ostpr.), Hafenarbeiter;

KPD, ISH, Spanienkämpfer;

VzH, KZ Neuengamme;

03.05.1945, ertrunken beim Untergang des MS „Thielbeck“.

**Berlinski, Ernst**, 25.06.1901, Rosenow, Seemann, Hamburg;

RM;

Lfrb. (verurteilt zu 5 Jahren Zuchthaus);

September 1942 (?), verstorben an den Haftfolgen.

**Biermann, Dagobert**, 13.11.1904, Hamburg, Schlosser, Hamburg, Schwabenstraße  
50 (lt. Urteil: Hohestraße 41);

KPD, Antifa, DMV;

VzH, LV, rass.;

22.02.1943, verstorben (KZ Auschwitz).

**Brandt, Gustav**, 04.04.1894, Wolsdorf/Elbing, Seemann;

KPD, MdHB, RM (Leiter der RM Wasserkante), ISH;

Lfrb. (im „Adlershofprozeß“ verurteilt zu 12 Jahre Zuchthaus);

Frühjahr 1945, verstorben auf dem Transport von Werl nach Celle.

**Brix, Franz**, 07.01.1907, Hamburg, Nieter;

KPD, RM;

Lfrb.;

14.09.1933, verstorben (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Bruer, Jonny*, 15.06.1888, Hamburg, Schiffsheizer, Hamburg;  
KPD;  
VzH;  
unbekannt.

*Bumke, Franz Otto Heinrich*, 05.12.1911, Münster, Steward, Hamburg,  
Grünerdeich (16.05.1900);  
26.07.1944, verstorben an Lungentuberkulose (KZ Sachsenhausen).

*Burmeister, Carl*, 12.03.1901, Hamburg, Schiffszimmermann, Hamburg,  
Schlittstädterstraße 5;  
KPD, ISH (ISH-Reichsleitungsmitglied), Leiter des illegalen Transports von  
Literatur auf dem Schiffsweg bis Berlin;  
VzH, „Schutzhaft“;  
17.09.1934, in den Tod getrieben im Stadthaus Hamburg.

*Carlsson, ?*, 15.07.1863, Schaueremann, Hamburg;  
VzH;  
14.03.1934, verstorben (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Cielsielski, Willi Max*, 28.02.1901, Halle, Seemann, Hamburg;  
KPD, Exil: Dänemark, UdSSR, Spanien, Spanienkämpfer;  
03.05.1945, erschossen auf dem Todesmarsch vom KZ Sachsenhausen.

*Christel, Friedrich Karl*, 10.02.1896, Hamburg, Steward, Kraftfahrer;  
Exil: Dänemark, Schweden, Spanien, Schweden;  
unbekannt.

*Christiansen, Friedrich*, Seemann, Hamburg, Weichenstraße 44/III;  
ISH (ISH-Reichsleitungsmitglied);  
03.05.1945, ertrunken beim Untergang der „Kap Arkona“.

*Christoffers, Hans*, 24.09.1905, Hamburg, Schiffszimmermann, Hamburg,  
Rappstraße 22 (bei Weißmann);  
KPD, RM;  
VzH, BJA-Gruppe;  
01.01.1942, verstorben als Soldat bei der Pflege typhuskranker sowjetischer Soldaten  
(Lager Wietgendorf).

*Dabelstein, Hermann*, 15.07.1893, Hamburg, Seemann, Oberheizer, Hamburg 36,  
Kurzestraße 3.II;  
26.04.19??, verstorben im Zuchthaus.

*Dabelstein, Jonny*, 04.11.1900, Oberheizer, Hamburg;  
RM;  
Lfrb.;  
26.06.1941, verstorben (Zuchthaus Olslebshausen).

*Dabelstein, William*, 15.07.1898, Hamburg, Seemann, Hamburg;  
SPD, dann KPD;  
„Schutzhaft“;  
1943, verstorben während der Haft.

*Dabms, Max Heinrich Werner*, 14.02.1914, Hamburg, Seemann, Hamburg,  
Zimmerstraße 45;  
RFB, Feuergruppe (Verband „Einheit“ des RFB);  
durch Sondergericht am 13.11.1933 zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt;  
16.10.1940, verstorben im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses „Kola-Fu“  
(Zuchthaus „Kola-Fu“).

*Dahnke, Ernst*, 15.11.1883, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
19.01.1940, verstorben wegen „Körperschwäche“ (KZ Sachsenhausen).

*Daunicht, Carl Adolf Albert*, 19.07.1898, Hamburg, Schiffszimmerer;  
KPD, Vertrauensmann („Stülckenwerft“), BJA-Gruppe;  
verurteilt durch Hanseatisches OLG am 24.02.1944 zu 2 Jahren, 6 Monate  
Zuchthaus;  
30.03.1945, verstorben (Zuchthaus Celle).

*Dechow, Karl*, 16.08.1907, Hasseldorf, Süd-Hamburg, Seemann, Hamburg;  
KPD, RM (V. Verband der 3. Sektion Neustädt);  
VzH, Lfrb., verurteilt zu 8 Jahren Zuchthaus;  
19.04.1945, verstorben (KZ Bergen-Belsen).

*Dettmer, Jonny Ludwig*, 11.01.1901, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg, St. Pauli,  
Marktstraße;  
KPD, RM (Pol.-Leiter);  
VzH, Lfrb.;  
19.05.1934, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Dittmann, Robert*, 02.01.1908, Schönhausen/Elbe, Schiffsschlosser, Hamburg;  
RM;  
Lfrb. (Zuchthaus Fuhlsbüttel, Emslandmoor, Zuchthaus Waldheim, KZ  
Sachsenhausen);  
01.05.1942, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Domke, Paul*, Hafenarbeiter, Hamburg;  
KPD;  
VzH;  
28.03.1945, verstorben (KZ Bergen-Belsen).

*Eggeling, Wilhelm*, 21.04.1885, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
18.03.1939, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Ehren, Hans*, 23.10.1922, Hamburg, Schiffsheizer, Hamburg;  
24.03.1945, hingerichtet (Zuchthaus Bützow-Dreibergen).

*Eisenschneider, Paul*, 05.05.1901, Fischbach, Seemann, Hamburg;  
RM, Exil in Luxemburg;  
Lfrb.;  
1943, verstorben (Zuchthaus?).

*Engels, Paul*, 10.02.1877, Essen, Seemann, Hamburg, Obdachlosenheim;  
02.02.1939, verstorben (KZ Sachsenhausen) an einem Schlaganfall.

*Fischer, Erwin Julius alias Dr. Ernst*, 17.08.1907, Frauendorf/Krs. Randow,  
Werftarbeiter;  
KPD (Mitglied der Bezirksleitung);  
Exil in den Niederlanden, Vaterlandsverrat; 09.12.1942, hingerichtet (Berlin-  
Plötzensee).

*Fischer, Hermann Paul*, 03.11.1901, Hamburg, Werftarbeiter;  
KPD (Pol.-Leiter), RM (V. Verband der 3.Sektion Neustädt);  
Lfrb., durch Hanseatisches OLG (Sondergericht) zum Tode verurteilt;  
19.05.1934, hingerichtet (Hamburg).

*Friese, Willy Theodor Paul*, 16.05.1899, Hamburg, Schiffer, Hamburg-Bramfeld,  
Grootenmoor Nr. 42;  
05.05.1942, verstorben (KZ Sachsenhausen) an Herz-Kreislaufschwäche.

*Frydrich, Emil*, 1903, Seemann, Hamburg, Seilerstraße 22;  
KPD, ISH (Leiter der Zelle im Interklub Hamburg);  
17.07.1932, erschossen (zusammen mit 17 anderen Personen) während eines SA-  
Aufmarsches in Hamburg.

*Genkel, Herbert Kurt*, 04.09.1917, Hamburg, Steward, Hamburg, Norderstraße 87;  
10.05.1942, verstorben (KZ Sachsenhausen) an Kreislaufschwäche.

*Gode, Wilhelm Max Bernhard Emil*, 12.11.1903, Barth/Krs. Franzburg, Nieter,  
Hamburg, Brüderstraße 9;  
06.08.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen) an Grippe.

*Goetzke, Otto*, 28.11.1890, Anklam, Werftarbeiter, Hamburg;  
KPD;  
VzH, BJA-Gruppe;  
März 19??; umgekommen auf einem Transport vom Zuchthaus Celle.

*Grigorjef, Gregor*, 15.08.1901, Wucksa (Rußland), Hafentechniker, Hamburg;  
VzH;  
umgekommen im Zuchthaus „Kola-Fu“.

*Grützner, Walter Alwin Hermann*, 25.05.1899, Hamburg, Seemann, Kutscher,  
Hamburg;  
KPD, RM;

Exil in Dänemark, Tschechoslowakei, VzH;  
22.07.1945, verstorben an den Haftfolgen.

*Haefner, Johannes*, 17.08.1901, Altona, Bauarbeiter, Hamburg;  
RM;  
Lfrb.;  
15.08.1936, umgekommen (Zuchthaus ?).

*Häußler, Wilhelm*, 18.04.1907, Hamburg, Kaiarbeiter, Hamburg;  
SPD, Schufo, Staffel 10 (Leiter);  
VzH;  
22.03.1945, umgekommen bei einem Luftangriff (AEL Wilhelmsburg).

*Hagen, Wilhelm*, 24.11.1880, Gören, Hafenarbeiter, Hamburg;  
03.11.1944, verstorben (Zuchthaus Bützow-Dreibergen).

*Hecht, Hugo*, 22.01.1905, Hafenarbeiter, Hamburg;  
KPD, Sportverein „Fichte“;  
VzH, rass.;  
nach dem 17.01.1945, verstorben (KZ Auschwitz).

*Heitmann, Otto Christoph*, 06.10.1908, Seemann, Hamburg, Werstraße 15;  
RM (V. Verband der 3.Sektion Neustädt, Leiter der ISH-Zelle Seefahrt),  
Nachrichtenmann der polnischen Marine;  
22.10.1933, verstorben (KZ Fuhlsbüttel).

*Heller, Richard Otto*, 26.10.1908, Dessau, Hafenarbeiter;  
KPD (Hafeninstrukteur in der BL Hafen der KPD);  
VzH, BJA-Gruppe;  
06.07.1944, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Herrmann, Herbert Arthur*, 06.10.1908, Leipzig, Steward, Hamburg;  
KJVD, RM (V. Verband der 3.Sektion Neustädt);  
Juli 1943, verschollen (Strafbataillon 999).

*Hoff, Wilhelm*, 14.01.1889, Hamburg, Schiffsheizer, Altona, Adolfstraße 144;  
17.06.1940 (KZ Sachsenhausen).

*Hoffmann, Erich Otto*, 12.01.1885, Werftarbeiter, Hamburg;  
KPD, MdHB;  
07.07.1936.

*Hoffmann, Friedrich Wilhelm*, 19.08.1889, Schiffskellner, Hamburg, Meynspassage  
6;  
VzH;  
14.08.1935, verstorben (KZ ?).

*Hoffmann, Karl Franz (Chinesen-Karl)*, 01.11.1905, Lübs (Pommern), Seemann,  
Hamburg;

KPD, ISH;  
Exil in Belgien;  
umgekommen (Arbeitslager?).

*Holt, Hans von*, Seemann, Hamburg;  
KJVD, ISH;  
VzH (Verhaftung in Aarhus);  
verschollen.

*Irmischer, Paul*, 24.05.1913, Bützow (Mecklenburg), Bote, Kraftfahrer, Hamburg;  
KPD;  
verurteilt (im RFB-Prozeß) zu 8 Jahren Zuchthaus;  
03.05.1945, umgekommen auf dem MS „Thielbeck“.

*Jasper, Johannes Wilhelm*, 28.01.1898, Meldorf b. Hamburg, Hafenarbeiter,  
Hamburg;  
KPD, ISH-Funktionär, RM (V. Verband der 3.Sektion Neustädt, Org.-Leiter der 3.  
Sektion der RM);  
Lfrb., durch Sondergericht am 02.05.1934 zumTode verurteilt;  
29.09.1934, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Holstenglacis).

*Jürgensen, Reinhold*, 18.03.1898, Elmshorn, Elmshorn;  
KPD (BL Wasserkante), MdR;  
unbekannt.

*Karges, Amandus*, 30.01.1888, Hamburg, Schaueremann;  
KPD;  
Wehrz;  
16.03.1944, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Karges, Wilhelm*, 27.11.1889, Hamburg, Nieter, Hamburg, Pinneberger Weg 54;  
23.02.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen) wegen Körperschwäche.

*Keiz, Gustav Alfred*, 06.03.1910, Mühlhausen (Elsaß), Schiffskoch;  
06.03.1945, hingerichtet (Zuchthaus Bützow-Dreibergen).

*Kerpel, Heinrich*, 23.05.1903, Treuen (Krs. Zwickau), Werftarbeiter, Seemann,  
Hamburg;  
KPD;  
VzH, BJA-Gruppe;  
01.05.1945, verstorben auf dem Transport von Celle ins Zuchthaus Bützow-  
Dreibergen.

*Klatt, Johann*, 06.06.1881, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg, Billhorner  
Kanalstraße 49;  
27.03.1941, verstorben (KZ Sachsenhausen).

**Kleinhaus, Bernhard**, 08.01.1876, Papenburg/Ems, Schaueremann, Hamburg,  
Langer Georg 25;  
16.05.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen).

**Köster, Friedrich**, 27.11.1890, Hamburg;  
KPD, RM;  
VzH;  
verstorben an den Haftfolgen.

**Kröger, Hans**, 27.04.1903, Bergedorf, Seemann;  
ISH;  
VzH, verurteilt zu 2 Jahren Zuchthaus;  
25.04.1937, verstorben (KZ Esterwegen).

**Krüger, Willy Israel**, 09.08.1907, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
rass.;;  
20.06.1942, Freitod (KZ Sachsenhausen).

**Krützer, Heinrich Otto**, 07.06.1909, Stadtfeld, Seemann, Hamburg, Venusberg  
8/34;  
RM-Funktionär;  
28.03.1941, umgekommen bei Bombenräumungsarbeiten (KZ Sachsenhausen).

**Krunkenbaum, Rudolf Fritz**, 17.05.1904, Hamburg, Schiffsheizer, Hamburg,  
Allenwerder 107;  
17.04.1941, verstorben (KZ Sachsenhausen) an Herz- und Kreislaufversagen.

**Kruse, Hans Werner**, 22.10.1910, Kiel, Schiffsheizer, Hamburg;  
RM;  
verurteilt durch Sondergericht am 18.02.1935 zu 15 Jahren Zuchthaus;  
verstorben (Krankenhaus Wandsbeck) an den Haftfolgen.

**Kubbos, David**, Hafenarbeiter, Hamburg;  
22.03.1943, verstorben (Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Hamburg).

**Kühle, Karl**, 18.08.1910, Magdeburg, Schiffsheizer, Hamburg;  
ISH;  
09.02.1945, verstorben (Zuchthaus Bützow-Dreibergen)

**Lampe, Gustav**, 26.03.1893, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
KPD, RM;  
Lfrb.;;  
10.11.1936, erschossen (KZ Sachsenhausen).

**Laue, Hermann**, 26.12.1909, Seemann, Hamburg;  
Exil in der Tschechoslowakei, Dänemark, Spanien (Kämpfer der XI. Internationalen  
Brigade);  
1938, gefallen in Spanien.

*Lehmann, Klaus*, 31.03.1894, Werftarbeiter, Hamburg;  
KPD, BL Wasserkante;  
verurteilt wegen „Heimtücke“;  
umgekommen (AEL Kiel-Hassle).

*Lesch, Carl Heinrich Johann*, Hamburg, Hafenarbeiter, Venusberg 17;  
KPD, RM, ISH-Funktionär;  
VzH;  
30.11.1933, in den Tod getrieben (KZ Fuhlsbüttel).

*Lütgens, August*, 16.12.1897, Lübeck, Seemann, Altona, Kleine Mühlenstraße;  
KPD, RFB, ADGB, RM;  
im 1. Altonaer Blutsonntagsprozeß zum Tode verurteilt;  
01.08.1933, hingerichtet.

*Lux, Friedrich Albert*, 28.09.1912, Imten/Ostpr., Hafenarbeiter, Hamburg, Neuer  
Steinweg 74;  
KPD (Mitglied des ZK und der BL Wasserkante), ISH (Mitglied der Reichsleitung),  
MdHB;  
Lfrb., Schutzhaft;  
06.11.1933, in den Tod getrieben.

*Mahlmann, Adolf*, 06.11.1878, Hamburg;  
KPD, BJA-Gruppe;  
als Geisel für seinen Sohn Hans Mahlmann verhaftet;  
28.02.1945, verstorben (KZ Buchenwald).

*Mantbe, Richard Ferdinand*, 20.02.1885, Pöhlitz/Pommern, Schiffskoch, Hamburg,  
Katharinenstraße 14;  
13.02.1942, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Mende, Carl Hans Otto*, 10.02.1907, Zwickau, Werftarbeiter, Hamburg;  
Vertrauensmann (Stülpen-Werft), BJA-Gruppe;  
am 03.05.1944 zum Tode verurteilt;  
26.06.1944; hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Michaelis, Dr. Hubert*, 03.09.1898, Hamburg, Rechtsanwalt, Hamburg;  
KPD, Leiter der Gruppe Signaldienst;  
VzH, LV, rass.;  
14.06.1939, hingerichtet (Zuchthaus Plötzensee).

*Möbius, Henry Willy*, 15.05.1902, Altona, Hafenarbeiter, Altona, Breitestraße 105;  
01.07.1941, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Möller, Walter Ferdinand*, 28.01.1905, Altona, Hafenarbeiter, Hamburg,  
Kegelhoffstraße 13;  
im 1. Altonaer Blutsonntagsprozeß am 02.06.1933 zum Tode verurteilt;  
01.08.1933, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Altona).

*Neumann, Siegfried*, 26.01.1900, Hamburg, Schaueremann, Hamburg,  
Cassonadenreihe 80;  
13.01.1940, Freitod (KZ Sachsenhausen).

*Nickel, Egon*, 05.08.1893, Lübeck, Hafenarbeiter, Hamburg, Renzelstraße 10;  
KPD (Mitglied der BL);  
VzH;  
28.03.1941, umgekommen bei Bombenräumungsarbeiten (KZ Sachsenhausen).

*Nieter, Karl*, 05.11.1888, Egelu (Krs. Wanzleben), Schiffsheizer;  
KPD;  
VzH, ALN;  
02.10.1942, hingerichtet (Zuchthaus Plötzensee).

*Paradowski, Ludwig Karl*, 20.10.1888, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
KPD, RFB-Funktionär;  
VzH;  
03.02.1944, verstorben (KZ Mauthausen).

*Peper, Walfred Walter*, Hafenarbeiter, Hamburg;  
KPD, RM-Funktionär;  
VzH;  
19.05.1934, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Pilz, Richard Ernst Heinrich*, 31.08.1902, Bettlern (Krs. Breslau), Kochmaat,  
Hamburg;  
KPD, ISH;  
Emigration in Belgien, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, VzH;  
05.03.1945, verstorben (Zuchthaus Brandenburg/Görden).

*Pohlmann, Gustav Adolf Johann Wilhelm*, 30.05.1914, Altona, Schiffsheizer, Altona,  
Böhmkenstraße 3;  
17.04.1942, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Prussat, Ernst Friedrich*, 19.10.1898, Pieskheim/Pr. Eylau, Seemann, Hamburg;  
KPD, RM, ISH (Reichleitungsmitglied);  
VzH;  
19.05.1943, umgekommen (Zuchthaus Oslebsleben/Bremen).

*Rast Richard*, 27.03.1894, Hamburg;  
KPD, ISH-Funktionär;  
Exil in Dänemark, Frankreich;  
22.04.1945, verstorben (KZ Neuengamme).

*Reetz, Franz*, 23.03.1884, Binnenschiffer, Hamburg;  
ISH (Reichleitungsmitglied);  
VzH;  
24.04.1945, erhängt (KZ Neuengamme).

**Reichardt, Hans Karl Hermann** (*alias Goldjunge*), 18.12.1904, Hamburg, Seemann, Hamburg, Teichweg 9;

Exil in Dänemark, Spanien, Frankreich;

03.05.1945, ertrunken beim Untergang der „Kap Arkona“. (?)

**Reichelt, Heinz**; Seemann;

25.04.1945, verstorben (Zuchthaus Bützow-Dreibergen).

**Reith, Dietrich**, 07.12.1900, Altona, Seemann;

KPD, ISH;

VzH, „Schutzhaft“;

12.10.1933, in den Tod getrieben (Zuchthaus „Kola-Fu“).

**Reith, Jonny**, Binnenschiffer;

KPD, ISH (Reichleitungsmitglied), MdR;

VzH, „Schutzhaft“;

12.10.1933, ermordet (Zuchthaus „Kola-Fu“).

**Reitz, Martin**, 25.12.1908, Hamburg, Binnenschiffer, Hamburg;

23.01.1942, verstorben (KZ Sachsenhausen).

**Renken, Hermann**, Hafenarbeiter, Wohnschiff Arceas;

KPD, RM, ISH;

28.10.1933, ermordet (mit glühenden Kohlen).

**Retzlag, Arthur**, 23.01.1901, Hamburg, Hafenarbeiter;

KPD, RM, RFB (Mitbegründer);

Lfrb., verurteilt zum Tode;

09.02.1934, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

**Röhrs, Christian Karl**, 07.09.1901, Altona, Schiffsheizer, Hamburg, Donnerstraße 35;

ISH;

24.01.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen).

**Rosin, Martin**, 15.11.1888, Gunenz (Krs. Rummelsburg), Schiffsheizer, Hamburg;

KPD, RM;

VzH, verhaftet am 18.12.1935;

07.01.1936, verstorben (Zuchthaus „Kola-Fu“).

**Runge, Richard**, 21.01.1890, Jägerhof, Hafenarbeiter, Hamburg;

SPD, SAJ, RB;

VzH, Haft seit 1934;

22.01.1938, verstorben an den Haftfolgen.

**Runow, Franz Emil Paul**, 25.01.1910, Jastrow, Seemann, Hamburg, Graumannsweg 60;

KPD, RM, ISH (V. Verband der 3.Sektion Neustadt);

VzH, Lfrb., „Schutzhaft“;  
1942, umgekommen bei einem Minensuchkommando.

*Schade, Alwin*, 16.09.1905, Kühnhausen, Hamburg;  
KPD, RM;  
VzH;  
1945, gefallen im Strafbataillon 999.

*Schmidt, Arthur Wilhelm*, 24.01.1908, Hamburg, Tischler, Hamburg;  
KPD, RM (Org.-Leiter der Sektion 2 Elmsbüttel);  
Lfrb., verurteilt zum Tode;  
19.05.1934, enthauptet (Untersuchungsgefängnis Hamburg Holsterglasis).

*Schmidt, August*, 13.07.1884, Königsau/Harz, Kaiarbeiter, Hamburg;  
KPD, MdHB;  
VzH;  
03.08.1939, ermordet.

*Schulz, Carl Johann Friedrich*, 28.04.1894, Straßer Meistenbuch, Schiffer, Hamburg,  
Borgesstraße (1900);  
03.07.1941, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Schulz, Erich*, 05.08.1920, Hamburg, Hamburg;  
KPD, ISH (Reichsleitungsmitglied);  
VzH, Etter-Hampel-Gruppe;  
umgekommen im Strafbataillon 999.

*Schulz, Margarete*, 18.03.1910 Hamburg, Hamburg;  
KPD, ISH-Funktionärin;  
12.01.1942, umgekommen in Dänemark.

*Schulze, Friedrich (Fiete)*, 22.10.1894, Schiffsbeck, Hafenarbeiter, Seemann,  
Hamburg;  
KPD, RFB (RFB-Leiter Wasserkante);  
VzH, Lfrb.;  
06.06.1935, hingerichtet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Schup (oder Tschub bzw. Tschupp), Josef Rudolf*, 11.03.1893, Lodz, Hafenarbeiter,  
Hamburg, Freihafenstraße 21, Marienstraße 23;  
KPD, RM, RFB (Pol.-Leiter);  
VzH, verurteilt zu 3 Jahren Zuchthaus;  
11.10.1944, erschossen (KZ Sachsenhausen).

*Schywalsky, Leo*, 27.06.1899, Ollmuth (Oberschlesien), Schiffer, Hamburg,  
Weststraße 29;  
24.03.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Soltau, Willi*, 04.04.1903, Expedient, Hamburg;  
KPD, ISH (Org.-Leiter, Reichsleitungsmitglied);

VzH, „Schutzhaft“;  
32.08.1944, gefallen in Rumänien im Strafbataillon 999.

*Stemmann, Karl*, 19.07.1897, Hamburg, Matrose;  
20.12.1941, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Stolt, Walter Hermann*, 31.10.19??, Bremerhaven, Schiffsheizer, Hamburg, Am  
Brunnenhof 11;  
KPD, RM, ISH;  
ab 1934 Haft (Hamburg), ab 09.10.1937 „Schutzhaft“ (KZ Sachsenhausen);  
11.02.1942, Freitod (KZ Sachsenhausen).

*Subling, Carl*, 26.09.1904, Hamburg, Seemann, Kraftfahrer, Hamburg Langenhorn  
II, Wattkorn 7;  
KPD, RH;  
„Schutzhaft“;  
31.03.1945, gefallen in Jugoslawien im Strafbataillon 999.

*Szcepanski, Willi*, 19.04.1903, Dresden, Hamburg;  
KPD, ISH (Instrukteur für die Niederlande und Belgien);  
23.05.1937, verstorben (KZ Fuhlsbüttel).

*Trieglaff, Willi Albert Fritz*, 12.03.1913, Stettin, Leichtmatrose, Hamburg;  
RM (V. Verband der 3.Sektion Neustädt);  
Lfrb. (Verurteilung durch Hanseatisches Sondergericht am 02.05.1934);  
09.12.1944, umgekommen (KZ Dachau).

*Uschkoreit, Otto*, 16.03.1899, Langatten (Ostpr.), Schiffsheizer, Hamburg,  
Hüttenstraße;  
02.02.1940, verstorben, (KZ Sachsenhausen).

*Warnecke, Carl Johannes*, 05.08.1896, Cuxhaven, Seemann, Hamburg, Hausweg 54;  
RM;  
Verurteilung am 02.06.1934;  
10.04.1940, verstorben (KZ Sachsenhausen).

*Warnke, Willi*, 22.05.1902, Binnenschiffer, Hamburg, Bodinwerder Kleinstraße  
206;  
KPD, ISH (Reichsleitungsmitglied), Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe;  
Sept. 1943, umgekommen bei einem Schiffstransport des Strafbataillons 999 im  
Mittelmeer.

*Wegener, Erich Berthold Hans*, 13.08.1914, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
RFB, RM (3. Verband, Sturm Hammerbrook);  
„Schutzhaft“, Strafbataillon 999;  
verstorben während der Kriegsgefangenschaft.

*Wehrenberg, Alfred*, 11.07.1898, Altona, Schiffsheizer, Hamburg;  
KPD, RM (V. Verband der 3.Sektion Neustädt, Leiter der RM Hamburg);

am 02.05.1934 durch Hanseatisches Sondergericht zum Tode verurteilt;  
19.05.1934, enthauptet (Untersuchungsgefängnis Hamburg).

*Weitkowitz, Hans Werner*, 12.01.1909, Insterburg, Schiffskoch, Hamburg;  
KPD, KI-Kurier;

am 26.08.1942 durch 2.Strafsenat zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt;  
13.04.1945, verstorben an TBC (Zuchthaus Brandenburg-Görden).

*Witbold, Karl*, 27.08.1894, Hamburg, Schaueremann, Hamburg;  
SPD, ITF;

Untersuchungshaft seit 1937;  
1943, umgekommen bei einem Bombenangriff.

*Woblers, Werner Ernst*, 22.12.1915, Hamburg, Seemaschinist, Hamburg;  
VzH;

08.05.1944, hingerichtet (Zuchthaus Brandenburg-Görden).

*Wolf, Bruno*, 26.02.1911, Hamburg, Hafenarbeiter, Hamburg;  
KJVD-Funktionär, RFB, Kampfbund gegen den Faschismus;  
VzH, Lfrb., verurteilt am 22.07.1933 zu 15 Jahren Zuchthaus;  
11.08.1939, im Untersuchungsgefängnis Hamburg in den Tod getrieben.

*Willenweber, Fritz*, 26.09.1904, Hamburg, Binnenschiffer, Hamburg,  
Karolinenviertel, Lachsstraße 18;  
KPD, RM, ISH (Reichsleitungsmitglied);  
Dezember 1933, ermordet (Zuchthaus „Kola-Fu“).

## Dokumente

### Clara Zetkins „Märzentag“ – Der erste internationale Frauentag 1911

„Gegen Junker, gegen Pfaffen Schleuderst Du des Geistes Waffen,  
Gegen schnöden Wucherzoll, Der das Brot vertheuern soll,  
Stehst Du stolz auf Deiner Schanze  
Als ein Weib mit Schwert und Lanze,  
Als ein Vorbild für so Viele,  
Auf! Ihr Frauen, auf zum Ziele!“

„Die Gleichheit“, Jg. 11, Nr. 25, 4.12.1901, S.197.

Der internationale Frauentag geht bekanntlich auf einen namentlich von Clara Zetkin (1857-1933) und Käthe Duncker (1871-1953) eingebrachten Antrag auf der zweiten Konferenz der sozialistischen Fraueninternationale 1910 in Kopenhagen zurück. Hier wurde beschlossen, nach US-amerikanischem Vorbild jährlich eine Massenveranstaltung für das allgemeine Frauenstimmrecht durchzuführen. Brillante Neuerung gegenüber den USA sollte die zeitgleiche massenhafte Mobilisierung der proletarischen Frauen aller Länder sein – also erstmals eine Massenveranstaltung „internationalen Charakter[s]“<sup>1</sup> für das Frauenwahlrecht.

#### *Mehr als nur ein Datum*

Fälschlicher Weise wird in vielen Artikeln und Nachschlagewerken immer noch behauptet, der erste internationale Frauentag sei von jeher an jedem 8. März eines Jahres begangen worden. Tatsächlich aber variierten die Veranstaltungstermine der ersten Frauentage ebenso wie ihre internationale Resonanz.

Der Sachverhalt um die Auswahl des 19. März 1911 als Termin für den ersten internationalen Frauentag ist nur bruchstückhaft nachvollziehbar. Fest steht, daß Clara Zetkin es ausgezeichnet verstanden hatte, einen bedeutungsschweren politischen Bezug zu diesem Datum herzustellen: In der „Gleichheit“ (erschien 1891 bis 1923) – dem von ihr bis 1917 herausgegebenen Zentralorgan der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands und nach der Konferenz in Kopenhagen 1910 auch Zentralorgan der gesamten internationalen proletarischen Frauenbewegung – wies sie in dem ausdrucksvollen Ankündigungsartikel „Unser Märzentag“ auf „unzerreiß-

---

1 Siehe Anträge deutscher Genossinnen zur Frage des Frauenwahlrechts an die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zu Kopenhagen, in: Die Gleichheit - Aus der Bewegung, Jg. 20, Nr. 24, 29.8.1910, S.377-378, S.378.

bare Fäden der organischen geschichtlichen Entwicklung<sup>2</sup> hin: In diesem Fall spangen sich diese Fäden zwischen der proletarischen Frauenbewegung und den „Märzgefallenen“ der 1848er Revolution, derer traditionell am 18. März gedacht wurde.

Ein in diesem Artikel enthaltener kurzer Abriss über die Anfänge der politischen Frauenbewegung von der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in England, der Französischen Revolution, den utopischen Sozialismus bis hin zu eben dieser ersten deutschen Revolution, in der die deutsche Frauenbewegung wurzelt, betonte sie die zentrale Rolle der Frau in den gesellschaftsverändernden revolutionären Ereignissen der Weltgeschichte. Mary Wollstonecraft, Olympe de Gouges, Malvida von Meysenbug und Luise Otto sind nur einige der von Zetkin angeführten Vorbilder, eingedenk derer die proletarischen Frauen die revolutionäre Stimmung des Vormärzes verspüren und in eine solidarische Gemeinschaft verwandeln sollten: „Unser Märzentag“ sollte ein Tag der Frauen sein.

Obwohl mit der Tradition des Bürgertums verbunden, wandte sich Clara Zetkin vehement gegen jede Möglichkeit, diesen Tag für die „bürgerliche Frauenrechtelei“ zu vereinnahmen. Der internationale Frauentag sollte ein Tag der proletarischen Frauen und des allgemeinen Frauenwahlrechts sein – mit den Zielen der bürgerlichen „Damen“ unvereinbar. Denn deren Klassenzugehörigkeit ließ auch in puncto Wahlrechtsfrage keine Geschlechtersolidarität zu, da manche von ihnen in eigennütziger Weise anstelle eines allgemeinen und gleichen Frauenwahlrechtes eines nach den bestehenden, d.h. klassendiskriminierenden Wahlgesetzen – ein „Geldsackwahlrecht“ - favorisierten.<sup>3</sup>

So fand der erste internationale Frauentag unter Beteiligung der proletarischen Frauenorganisationen Deutschlands, Österreichs, Dänemarks und der Schweiz<sup>4</sup> und fast gänzlich ohne Teilnahme bürgerlicher Frauenorganisationen statt. Seine Resonanz war trotzdem überragend: „In vielen Hunderten von Versammlungen über die Landesgrenzen hinweg sind viele Hunderttausende, sind sicher über eine Million von Frauen und Männern eins gewesen [...]“<sup>5</sup>

Die Termine und die Art der Ausrichtung der nachfolgenden internationalen Frauentage<sup>6</sup> sollten nach Zetkins Meinung flexibel gehandhabt und vom SPD-Vorstand

2 Unser Märzentag in: Die Gleichheit, Jg. 21, Nr. 12, 13.3.1911, S.177-179, S.177.

3 Siehe dazu Clara Zetkin: Unsere Kundgebung für das Frauenwahlrecht, in: Die Gleichheit, Jg. 21, Nr. 11, S.161-162 und dies.: Unser Tag, in: ebenda, Nr. 13, 27.3.1911, S.193-194.

4 Zuvor am 26. Februar zum dritten Mal auch wieder in den USA. Siehe Meta L. Stern: Internationale Grüße zum sozialdemokratischen Frauentag, in: Die Gleichheit, Jg. 21, Nr. 13, 27.3.1911.

5 Clara Zetkin: Unser Tag, in: Die Gleichheit, Jg. 21, Nr. 13, 27.3.1911, S.193-194, S.193.

6 Nach den internationalen Frauentagen am 12. Mai 1912 (zusätzlich in Schweden, Frankreich und Holland), am 2./3. März 1913 (zusätzlich in Rußland und in der Tschechoslowakei) und am 8. März 1914 verlor der Tag durch den Ersten Weltkrieg seinen international-solidarischen Charakter. In Deutschland fanden Frauentagsveranstaltungen erst wieder 1921 statt. Die ersten, die diese Tradition wieder aufgriffen, waren die Kommunistinnen. Ein Umstand, der im Wesentlichen erneut an der Person Clara Zetkin festzumachen ist. 1917 der USPD und 1919 der KPD beigetreten, war sie von 1921 bis 1925 Herausgeberin der „Kommunistischen Fraueninternationale“, dem Organ, das der Koordination internationaler Aktionen der kommunistischen Frauen diente. Und es waren wiederum die Kommunistinnen, die auf ihrer zweiten Internationalen Konferenz in Moskau einen Antrag der bulgarischen Delegierten annahmen und „ihren“ Frauentag einheitlich auf den 8. März bzw. auf die entsprechende Märzwoche festlegten. Die

entschieden werden. Sie wollte damit vermeiden, daß der Frauentag die Kräfte der Partei zersplittern oder den Frauen eine Sonderstellung vorgeworfen würde.<sup>7</sup> Der Parteivorstand trug sich allerdings schon bald mit dem Gedanken, den Frauentag nur noch sporadisch oder gar nicht mehr auszurichten. Clara Zetkin und ihre Genossinnen mussten noch mehrmals die großen Vorzüge des deutschen Frauentages als leuchtendes Beispiel für die sozialistischen Parteien anderer Länder und seine Wirksamkeit bei der Mitgliederwerbung hervorheben, um seine Veranstaltung durchzusetzen.

Neben der Berichterstattung vor und nach dem Frauentag gab Zetkin zu diesem Tag auch eine Frauenwahlrechtszeitung heraus. Sie forderte dafür Artikel von den Leiterinnen der verschiedenen proletarischen Frauenbewegungen an, darunter auch von Kata Dalström (1858-1923), der Anführerin der schwedischen Frauenbewegung. Der an sie am 20. Januar 1911 maschinenschriftlich abgefaßte Brief gibt beispielhaften Aufschluß über die von Clara Zetkin geleitete Redaktions- und Koordinationsarbeit und wird hier zum ersten Male abgedruckt.<sup>8</sup>

Mirjam Sachse

Liebe Genossin Dalström!

Wie oft sind seit Kopenhagen meine Gedanken bei Ihnen gewesen! Wie gern hätte ich gerade von Ihnen Nachrichten über die Entwicklung der Frauenbewegung in Schweden erhalten. Ich kann jedoch begreifen, weshalb gerade Sie bei Ihrer aufreibenden Tätigkeit am letzten zum Schreiben kommen. Immerhin möchte ich Sie dringend bitten, zu veranlassen, daß – falls Sie selbst nicht schreiben können – eine Genossin beauftragt wird, regelmässig mit mir zu korrespondieren und alles Wissenswerte über die Entwicklung und die Aktionen der schwedischen Schwestern zu melden. Ich habe verschiedenes, was mir wichtig schien, durch Uebersendung von Drucksachen Genossin Gustafson mitgeteilt. Da „Morgenbries“ in der Person des Genossen Jansson einen Mitarbeiter hat, nehme ich an, daß sie einen Artikel über Genossin Ihrer erhalten hat. Die „Gleichheit“ hat ja Material dazu an die Hand gegeben und wird noch weiteres Material veröffentlichen.

Nun ein anderes, eine Bitte. Ich weiss nicht, ob Sie aus der „Gleichheit“ ersehen haben, daß am 19. März in Deutschland der erste sozialdemokratische Frauentag statt-

---

Festlegung dieses Datums erfolgte in Erinnerung an die russischen Arbeiterinnen, die am 8. März 1917 – nach dem russischen Kalender der 23. Februar – mit ihren Straßendemonstrationen für mehr Brot die russische Februar-Revolution einleiteten. Unter der Nazi-Diktatur 1933-1945 wurden alle Frauentagsveranstaltungen in Deutschland verboten.

<sup>7</sup> Siehe die Redebeiträge Zetkins auf der Sozialdemokratischen Frauenkonferenz 1911 und auf dem SPD-Parteitag 1913.

<sup>8</sup> Original in: Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek (ARAB), Stockholm, Samling Kata Dalström, Vol. 15. Wir danken dem Archiv für die von Prof. Aleksander Kan vermittelte Übersendung der Kopie des Briefes und die Erlaubnis, ihn zu veröffentlichen.

findet, wie wir ihn in Kopenhagen beschlossen haben. Sie ersehen aus der beiliegenden Notiz, daß er in grosszügiger Weise durchgeführt werden soll. Eine besondere Wahlrechtszeitung soll der Agitation unter den breitesten Massen dienen. Die Herausgabe ist mir übertragen worden. Ich möchte dem Blatt einen internationalen Charakter geben. Daher sollen in ihm die sozialistischen Frauen aller Länder durch Beiträge ihrer Führerinnen vertreten sein. Ich möchte Sie daher herzlich bitten, einen kurzen Beitrag für dieses Blatt zu schreiben. Es wäre mir lieb, wenn der Artikel auch kurz sagte, wie es mit der Sache des Frauenwahlrechts in Schweden steht, wie sich die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie sich die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu der Forderung des allgemeinen Wahlrechts stellen. Zusammen mit der Bekundung der internationalen Solidarität würde das unsere Agitation sehr wirksam unterstützen. Die Nummer soll ja zeigen, nicht bloß warum wir das Frauenwahlrecht fordern, sondern auch, daß in Deutschland die Sozialdemokratie die einzige Macht ist, die mit Treue und Ernst für das Recht der Frauen eintritt. Dieser Nachweis würde natürlich um so wirksamer sein, wenn er durch die Beiträge der Genossinnen anderer Länder unterstützt wird. Für den Fall, daß es Ihnen nicht möglich wäre, den Artikel schicken zu können, haben Sie wohl die Güte, eine andere autorisierte Genossin zu beauftragen, im Namen der schwedischen Genossinnen einen kurzen schwesterlichen Gruss zu senden. Der Artikel muss bis zum 15. Februar in meinen Händen sein und darf nicht länger als 3 Seiten Manuskript werden. Es versteht sich, daß er auch englisch oder französisch geschrieben sein kann, wenn das Ihnen oder der betreffenden Genossin bequemer ist.

Mit herzlichen Dank im voraus grüsst Sie in grosser Sympathie und Verehrung

Ihre

Clara Zetkin<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Eigenhändige Unterschrift.

## Berichte

### Über den schwierigen Umgang mit dem Begriff "Verrat"

Rolf Apel

„Verrat? – Fakten, Fiktionen, Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts“ lautete das Thema einer wissenschaftlichen Tagung, die gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 26. September 2003 in Berlin durchgeführt wurde. In einer durch Sachlichkeit und Toleranz geprägten Atmosphäre entwickelte sich in dem vorwiegend aus Historikern und Literaturwissenschaftlern bestehenden Forum eine lebhafte Diskussion. Sichtbar wurde, wie notwendig und aktuell die Themenstellung war, da bisher eine umfassende, interdisziplinäre Auseinandersetzung um diesen zentralen, vielfach mißbrauchten Begriff in der Arbeiterbewegung ausgeblieben ist. Die Tagung konnte somit nur ein Anfang sein, vieles erfordert eine weitere Diskussion.

Durchgängig in den Vorträgen und in der Diskussion war das Bemühen um definitive Aussagen zum Verratsbegriff, um die Aufhellung seiner größtenteils fiktiven Inhalte, um die sachliche, wahrheitsgetreue Darstellung seiner tragischen Folgen für die Arbeiterbewegung insgesamt und für ungezählte Einzelschicksale sowie die Erörterung wichtiger theoretischer und ethischer Aspekte der Verrats-These. Wenn auch auf Deutschland konzentriert, ging der Blick auf die internationalen Zusammenhänge nicht verloren. Als markante Zäsur in der Entstehung von Feindbildern und deren Langzeitwirkung wurde in verschiedenen Beiträgen der Verratsvorwurf der kommunistischen Linken gegenüber den Sozialdemokraten („Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“) genannt. Nachwirkungen, die bis heute erkennbar sind, zeigten die Notwendigkeit, aus der historischen Anwendung des Verratsbegriffs Erfahrungen für eine sachliche politische Streitkultur und für mehr Toleranz zu gewinnen.

Mit seinen Ausführungen zum Thema „Das Trauma des Verrats in der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis heute“ gab *Jürgen Hofmann* (Berlin) dem Forum einleitend eine sachliche Diskussionsgrundlage. Die Kategorie des Verrats sei in der Geschichte und Historiographie nicht neu. Sie beschreibe eingrenzbarer Vorgänge und beziehe sich auf Entscheidungen und Handlungen von Personen und Personengruppen, die im Gegensatz zu vorher deklarierten Zielen und Auffassungen stehen. Für Hofmann impliziert der Verratsvorwurf stets eine moralische Wertung, die, abhängig vom Blickwinkel des Betrachters, einen Frontwechsel erkennen lassen, der entweder begrüßenswert sei oder die „Opfer“ traumatisiere. Die Kategorie des Verrats sei daher für eine sachliche historische Analyse ungeeignet.

Hofmann zeigte an Beispielen, wie die marxistische Geschichtsschreibung die These vom Verrat verwendete und welche Folgen sich daraus ergaben. So habe es lange gedauert, die Auffassung vom Verrat der Bourgeoisie in der 1848er Revolution zu

relativieren. Auch die These vom nationalen Führungsanspruch der Arbeiterklasse aufgrund des nationalen Verrats der Bourgeoisie müsse eingehender diskutiert werden.

Eine Zäsur im Gebrauch des Verratsbegriffs leitete der Referent - wie auch weitere Redner - aus der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten 1914 sowie aus den Ereignissen der Novemberrevolution 1918 in Deutschland ab. Der hiervon ausgehende pauschale Verratsvorwurf an die deutsche Sozialdemokratie und seine „gedankenlose Kolportierung“ habe zu einem Trauma in der Arbeiterbewegung geführt und sich dauerhaft zu einem Feindbild verdichtet. Gleichzeitig sei in diesem Zusammenhang auch ein Zivilisationsbruch erkennbar. Nach 1914 habe die Auseinandersetzung militante Formen angenommen. Mit dem Entstehen verschiedener Arbeiterparteien könne man von einer neuen Dimension des Verratsvorwurfs ausgehen, der auch eine „Sündenbock-Funktion“ erhalten habe, um von eigenen Fehlleistungen abzulenken. Der Vorwurf des Verrats sei zudem dazu benutzt worden, um Kontrahenten in der eigenen Partei auszuschalten. Damit verbunden sei das tragischste Kapitel in der Arbeiterbewegung: der Stalinismus und die unter dem Deckmantel des Verrats inszenierte Säuberungswelle in kommunistischen Parteien. Des weiteren ging Hofmann auf den Verratsverdacht in der antifaschistischen Widerstandsbewegung ein. Es handele sich größtenteils um persönliche Schicksale, die als Sonderfälle erörtert werden müßten. (Dieser Problematik war daher ein besonderer Abschnitt der Tagung gewidmet.)

Nach dem Zweiten Weltkrieg, so der Referent, lebte die Verratskomponente wieder auf. Sie richtete sich in den kommunistischen Parteien gegen Politiker und Funktionäre, die Ende der 40er Jahre den Stalinschen Kurs nicht mitgehen wollten. So wurde J. Broz Tito als Verräter abgestempelt. Auch in der SPD gab es den Verratsvorwurf. Das sei am aggressiven, militanten Auftreten von Kurt Schumacher wie auch in der Anwendung des Verratsbegriffs auf die Befürworter der Einheitspartei sichtbar geworden. In jüngster Zeit tauchte der Begriff Verrat im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Wirken Michail Gorbatschows wieder auf. Hofmann resümierte, daß der Vorwurf des Verrats eine verheerende Wirkung in der Arbeiterbewegung hatte und immer in historisch entscheidenden Etappen eine Aufwertung erhielt.

Mit dem Beitrag „Verrat und Denunziation. Intellektuelle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ erläuterte *Karol Sauerland* (Professor für deutsche Literatur und Ästhetik an den Universitäten Warschau und Torun) die Verratsproblematik an der Haltung und den inhaltlichen Darlegungen in den Werken ausgewählter Schriftsteller (u.a. André Gide, Leo Trotzki, Klaus Mann, Lion Feuchtwanger, Bertolt Brecht, Georg Lukács). Ausführlich ging er auf das 1936 von Lion Feuchtwanger in seinem „Reisebericht für meine Freunde“ in Auseinandersetzung mit André Gide gezeichnete Stalinbild sowie auf die kritische Erwiderung durch Klaus Mann ein. Feuchtwanger und andere Stalinverehrer wären fähig gewesen, zu erkennen, daß die Vereinfachungen Stalins und seiner Anhänger gegen jegliches Denken und gegen jegliche Kritik gerichtet waren. Sauerland schlußfolgerte, daß die

Taktik des „Verschleierns, des Beschönigens, Fälschens; Umlügens“ eine Voraussetzung für die Lebensfähigkeit des Stalinkults, für den Verrat der Intellektuellen an jeglicher Intellektualität war. Ihr Denken erfolgte in einem Freund-Feind-Schema, einem Schema des Entweder-Oder, das bis heute anhalte. Auch der Hang zur Vereinfachung sei Voraussetzung des Verrats gewesen. Westliche Intellektuelle seien auf banale Argumentationen nicht hereingefallen, sondern wären ihre Miterfinder. Während einige den Weg zu ihrem früheren Kritizismus zurückfanden, wären andere wie z.B. Georg Lukács nicht mehr in der Lage gewesen, ihre Vereinfachungen aufzugeben. Lukács habe aber niemanden denunziert. In diesem Zusammenhang erläuterte Sauerland seine Auffassung zum Unterschied zwischen Verrat und Denunziation. Während man beim Begriff Verrat davon ausgehen müsse, daß jemand einen bestimmten Kreis von Menschen, z.B. den der Kommunisten, verlässt, beinhalte die Kategorie Denunziation, daß man jemanden einer Instanz ausliefert, die dann über dessen Schicksal entscheide.

„Der Intellektuelle verrät sich allemal. Anmerkungen zu einem Kampfbegriff“ war das Thema von *Jens-Fietje Dwars* (Jena). Sein Ausgangspunkt war der heutige Umgang mit Fakten und Informationen. Die Aufgabe des linken Intellektuellen sei nicht das Sammeln von Fakten, er habe Deutungen zu liefern, Angebote zum Verstehen, weil sich das Faktum nicht von allein verstehe. Dwars bezog sich im weiteren auf den französischen Philosophen und Schriftsteller Julien Benda, insbesondere auf dessen Werk „La trahison des clercs“, das 1926 erschien und erst 50 Jahre später in Deutschland unter dem Titel „Der Verrat der Intellektuellen“ veröffentlicht wurde. Benda sah die Aufgabe der „clercs“, der Männer des Geistes, darin, ewige und interessefreie Werte – wie Freiheit, Gerechtigkeit, Humanität und Vernunft - zu wahren und zu verteidigen. Mit Entsetzen habe Benda festgestellt, wie sich die Intellektuellen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr zu Vertretern partikularer Interessen erhoben und als Sprecher von Nationen, Rassen, Klassen oder politischer Parteien im Kampf gegen andere ihr „Amt als Verteidiger ‘ewiger und interessefreier Werte’“ vergaßen. Angesichts der faschistischen Gefahr habe Benda dieses Konzept radikal in Frage gestellt. Abschließend betonte Dwars als Aufgabe des Intellektuellen, „Wanderer zwischen den Welten zu sein, ein Übersetzer, der die Eigenart des anderen, des Fremden verstehbar macht, um aus ihrer Spannung heraus an der Gestaltung und Umgestaltung einer menschlichen Welt teilzuhaben“.

In einem weiteren Schwerpunkt befaßte sich die Tagung mit den Vorgängen, die unter dem Signum des Verrats die kommunistische Bewegung von sogenannten Abweichlern oder Renegaten reinigen sollten. Die Geschichte zeige, so *Mario Kefler* (Berlin/Potsdam), daß die Termini austauschbar waren, der Zweck immer der gleiche blieb: „Die kommunistischen Organisationen ... sollten aus radikal-marxistischen Umsturzparteien zu Werkzeugen der Moskauer Führung werden, die längst auf Stalin als angemessenen Nachfolger Lenins eingeschworen war“. Dieser Prozeß war nach Meinung des Referenten zu Beginn der dreißiger Jahre abgeschlossen. Die Mehrzahl der kritisch Denkenden, soweit sie sich nicht anpaßten, war zu dieser Zeit

aus den kommunistischen Parteien entfernt und wurde als Verräter diffamiert. Eine sachliche Einschätzung solcher Personen verlange aus heutiger Sicht eine an Einzelschicksale angebundene Herangehensweise. Keßler tat dies anhand von zwei Persönlichkeiten: Arthur Rosenberg (1889-1943) und Franz Borkenau (1900-1957). Rosenberg wie Borkenau waren Historiker, die eine Zeit lang in der KPD aktiv waren, sich aber Ende der zwanziger Jahre von ihr trennten und danach ihre politischen Erfahrungen in wissenschaftliche Abhandlungen einfließen ließen. Rosenberg sei im New Yorker Exil als kritischer Marxist, Borkenau in Zürich als erbitterter Antikommunist gestorben. Der Referent verwies zugleich auf zeitgenössische kritische Untersuchungen über die Sowjetunion und die Komintern, die damals zwar kein größeres Echo fanden, heute aber wie z.B. Leo Trotzki's Schrift „Verratene Revolution“ als „Klassiker“ der politischen Literatur gelten würden.

Abschließend schätzte Kessler ein, daß die Anwendung des Verratsvorwurfs Gegenstand eines politischen und soziologischen Interesses sein sollte und bezweifelte, daß er zur historischen Beurteilung von Personen sinnvoll sei. Er bezog sich dabei auf eine Unterscheidung zwischen Ketzern und Renegaten, wie sie von Isaak Deutscher vorgenommen worden war.

*Werner Abel* (Chemnitz) befaßte sich ausführlich mit dem Leben von Maria Reese und deren Weg vom SPD- und KPD-Mitglied zur kommunistischen Reichstagsabgeordneten. Er beschrieb ihre beginnende kritische Haltung zur KPD und zu Ernst Thälmann, ging auf ihren Briefwechsel mit Clara Zetkin, ihre Verbindung zu Trotzki und ihre 1938 erschienene Broschüre „Abrechnung mit Moskau“ ein. Reese landete schließlich bei der Mitarbeit in der Antikomintern und ließ ihre antikommunistische Haltung von der Nazi-propaganda mißbrauchen. Der Vorwurf des Verrats bestünde ihr gegenüber zurecht.

Einen Themenkomplex der Tagung bildete die Verratsproblematik im illegalen Kampf gegen den Faschismus. Sie war in der von der SED-Führung geprägten Geschichtsschreibung weitgehend ein Tabu-Thema und wurde unterbunden, wenn sie nicht dem vorgegebenen Stigma der Vorbildfunktion entsprach. Menschen, die Widerstand leisteten und der Gestapo in die Hände fielen, gaben in Einzelfällen in ihren unter Folter erzwungenen Aussagen notgedrungen oft nur solche Fakten preis, die der Gestapo bereits bekannt waren. Dennoch wurden sie in der DDR totgeschwiegen und Rehabilitationsverfahren nicht zugelassen. In ihren Vorträgen gingen *Ulla Plener* (Berlin) und *Simone Barck* (Berlin/Potsdam) auf solche Schicksale ein. Erstere befaßte sich mit dem Kommunisten Max Hannemann, dem ehemaligen politischen Leiter des KPD-Unterbezirks Frankfurt/Oder, und der dort tätigen illegalen Widerstandsgruppe. Auf der Grundlage von Gestapoprotokollen wurde gegen Max Hannemann in der DDR der Verratsverdacht erhoben. Eine von seiner Witwe, Helene Hannemann, beantragte Rehabilitation wurde abgelehnt. Es ist dem inzwischen verstorbenen *Hans Joachim Nauschütz* zu verdanken, daß Max Hannemann in der Broschüre „Max Hannemann und Genossen“ (1995) ein spätes Denkmal gesetzt wurde. Simone Barck erinnerte in ihren Ausführungen an jene Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs als Fallschirmspringer im Auftrage

der Moskauer KPD-Zentrale und der Roten Armee eingesetzt wurden. Zu ihnen gehörte auch Erna Eifler, die zwar im Band 5 der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung kurz erwähnt wird, ihr weiteres Schicksal bis zum Tod im KZ Ravensbrück jedoch weitestgehend unerforscht blieb. Es gebe zudem Indizien dafür, daß die Fallschirmaktionen von einer undichten Stelle im Moskauer Verteidigungsministerium verraten wurden.

*Gerd Kaiser* (Berlin) erläuterte bisher unbekannte Fakten des antifaschistischen Widerstandes im Gebiet des Thüringer Waldes. Er verwies darauf, daß mutige Antifaschisten hier von einem aus Meiningen stammenden Agenten und Provokateur, der als Gestapospitzel eingeschleust war, verraten wurden.

Herausgearbeitet wurden, wenn auch nicht in der erforderlichen Tiefe ausdiskutiert, Verratsvorwürfe und auf dieser Grundlage durchgeführte „Säuberungen“ in der SED und in von ihr beeinflussten Organisationen. *Michael Herms* sprach über „Drei ‘Verräter’ aus den Reihen der FDJ“. An den unterschiedlichen Biographien der ehemaligen Jugendfunktionäre Fred Dellheim, Wolfgang Seiffert und Heinz Lippmann stellte er dar, unter welchen Umständen die Verratsvorwürfe zustande kamen, in welchen Fiktionen sie wurzelten und welche Folgen sie für das weitere Leben der drei Genannten hatten.

Zu einer Schlüsselfigur in den Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre stattfindenden Schauprozessen und Parteisäuberungen in den osteuropäischen Staaten wurde der Amerikaner Noel Field. Darüber referierte *Bernd-Rainer Barth* (Berlin) in seinem Vortrag „Verratene Verräter? Einige Fallbeispiele aus dem Kontext der Noel-Field-Affäre“. Er legte dar, wie die Stalinsche Justiz Noel Field zu einem angeblichen amerikanischen Top-Agenten und damit zum perfekten Hauptbelastungszeugen in den Budapester und Prager Schauprozessen kürte und wie sein Schicksal aufs engste mit zahlreichen anderen Kommunisten in Europa, auch in der DDR, verknüpft war. *Steffen Kachel* (Erfurt) beleuchtete in seinem Beitrag „Entscheidung für die SED 1946 – Verrat an sozialdemokratischen Idealen?“ den Verratsvorwurf in der SPD an jene Mitglieder, die sich 1946 für eine Vereinigung von KPD und SPD in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, vor allem in Thüringen, einsetzten. Sie wurden deshalb vor allem des Verrats an sozialdemokratischen Idealen bezichtigt. Zugleich erläuterte Kachel Beweggründe wie auch vorhandene Skepsis dieser SPD-Mitglieder: Sie hofften auf ein neues Deutschland und eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, hatten aber Bedenken gegenüber dem sowjetischen System. Sie hätten ihre Hoffnung auf den hohen Anteil an SPD-Mitgliedern sowie auf die kommunistische Funktionäre, die einen demokratischen Weg zum Sozialismus befürwortet hätten, gesetzt. (Siehe in diesem Heft, S. 127-131.)

Mit einem interessanten Podiumsgespräch fand die Tagung einen würdigen Abschluss. Gesprächsleiterin Simone Barck konnte zum Thema „Wer verrät den Sozialismus?“ *Gerhard Zwerenz* begrüßen, der in seinem Leben oft des Verrats bezichtigt wurde. Der einstige Schüler von Ernst Bloch wurde 1957 wegen kritischer Äußerungen zur SED-Politik aus der Partei ausgeschlossen und entzog sich der drohenden Verhaftung durch Flucht in die BRD. Er wurde von da an in der DDR

als „Renegat“ abgestempelt. Auf die Frage „Was ist Verrat und wann beginnt der Verrat in der Arbeiterbewegung?“ gab er die pragmatische wie verblüffende Antwort: „Der Verrat hat begonnen, als die Marxschen Aussagen dogmatisiert wurden.“ Mit der Entstehung verschiedener Parteien sei die Abweichung programmiert gewesen. Mögliche Alternativen zum realen Sozialismus sah Zwerenz in Ideen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland und Leo Trotzki in der Sowjetunion. Das Jahr 1956 hätte einen geistigen Umbruch in den Köpfen signalisiert, seine Ideen konnten sich aber nicht durchsetzen. Zwerenz führte das auf ein „fehlendes humanes Bewegungsgesetz im Innern des realen Sozialismus“ zurück. Auch heute stünde noch die Frage nach einer „anderen Welt als die, die das Kapital produziere“.



### Horst Klein

Zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe  
Strausberg 1920 – 1946  
Kein Anlass zum Jubeln – kein Grund  
zum Vergessen /  
Dokumente einer Sonderausstellung im  
Museum Strausberg vom 15.2. –  
8.3.2001. -  
hrsg. v. der Interessengemeinschaft  
Geschichte der Strausberger  
Arbeiterbewegung e. V. ; mit einem  
Geleitwort von Ralf Christoffers. -  
Strausberg, 2003. - 246 S. / 1. CD-ROM  
Microsoft Word Windows 97-200XP

Strausberger Studien zur Geschichte ;  
29

Zu beziehen in der Strausberger  
Stadtinformation für 5 Euro oder Tel.  
Frau Matte, 0334 1-22401

## „Arbeiter im Staatssozialismus“

Peter Hübner

„*Arbeiter im Staatssozialismus – Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Die DDR im ostmitteleuropäischen Vergleich*“ war das Thema eines Kolloquiums, zu dem sich vom 25. bis 27. September 2003 rund 30 Historiker aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn in Potsdam trafen, darunter ein erfreulich hoher Anteil jüngerer Vertreter der Zunft. Eingeladen zu dieser von der Volkswagen-Stiftung geförderten Tagung hatten das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und das Institut für soziale Bewegungen (ISB) der Ruhr-Universität Bochum.

Zur einleitenden Abendveranstaltung begrüßte *Christoph Kleßmann*, Direktor des ZZF, die Tagungsteilnehmer und weitere Gäste. Er bezeichnete es als wichtiges Ziel, die bestehenden Kontakte zu Forschern im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa zu vertiefen und zu erweitern. Den anschließenden Einführungsvortrag hielt *Klaus Tenfelde*, Leiter des ISB, zum Thema „Arbeiter, Arbeiterbewegung und Staat im Europa des ‚kurzen‘ 20. Jahrhunderts“. Deren Geschichte „von ihrem Ende her“ betrachtend, schlug er einen Bogen von der Krise der Gewerkschaften in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas hin zum Beginn des 20. Jahrhunderts, als wichtige Impulse für die Arbeiterbewegungen Europas von Deutschland ausgingen. Es sei wichtig, die Geschichte der einzelnen Arbeiterbewegungen ihrer Mythen zu entkleiden. Die strukturorientierte Sozialgeschichte habe hierfür schon viel getan, gleichwohl bestünden noch erhebliche Defizite. So sei es wichtig, die unterschiedlichen Bedingungen näher zu beschreiben, aus denen unterschiedliche Strukturen und Ziele erwachsen. Aus ihnen erkläre sich auch eine deutliche Differenz zwischen den Arbeiterbewegungen Ost- und Westeuropas. Damit kam Tenfelde auf den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zurück: Arbeiter und Arbeiterbewegungen stünden zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor neuen Herausforderungen, so dem Wandel der Beschäftigungsarten, der Globalisierung des Wirtschaftslebens und der Individualisierung der Lebensweise. Doch deute sich damit nicht das Ende der Arbeitergeschichte an. Allerdings hätten sich die Arbeiterbewegungen auf solche Veränderungen einzustellen.

Das Tagungsprogramm sah drei Sektionen vor, die durch jeweils ein bis zwei Vorträge eingeleitet wurden. Die einzelnen Beiträge lagen, bis auf wenige Ausnahmen, den Teilnehmern schriftlich vor. So konnten sich ihre Autoren zugunsten einer ausführlicheren Diskussion auf knappe erläuternde Statements beschränken, während die Moderatoren der Sektionssitzungen durchaus auch in die Rolle von Kommentatoren schlüpften.

Gegenstand der ersten, von *Jürgen Danyel* (Potsdam) moderierten, Sektion war der „Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung“. Hierzu hielt *Dietrich Beyrau* (Tübingen) das erste Einführungsreferat. Unter dem Thema „Vom

bolschewistischen zum sowjetischen Projekt“ beschrieb er begriffliche, politische und soziale Dimensionen der sowjetischen Arbeitergeschichte. In der Revolution zeitweise historisches Subjekt, seien Arbeiter unter Stalin zum Objekt geworden. Eine Verstaatlichung der Arbeit habe stattgefunden. In der Chruščev-Zeit sei es zu einer Aufwertung der produktiven Sphäre und zu einer Homogenisierung der Gesellschaft gekommen. Immer stärker entwickelten die Betriebe ein Eigenleben, während sich bei der Parteiführung vermehrt Steuerungsdefizite zeigten. Im zweiten Einführungsreferat stellte *Christoph Boyer* (Berlin/Frankfurt am Main) konzeptionelle Überlegungen zum Thema des Kolloquiums an. Mit kritischem Blick auf einen modischen Kulturalismus plädierte er dafür, die Sozialgeschichte der Arbeiter stärker in der politischen Ökonomie zu „erden“. Im Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft habe sich im Staatssozialismus eine systemische Selbstblockade entwickelt, eine „Interessengemeinschaft ‚Weiche Pläne““. Die Entwicklung dahin sei als Systemevolution bzw. als Trift der Aufbaugesellschaft in die Stagnation zu beschreiben.

Der Frage, ob der sozialistische Staat ein Arbeiterstaat gewesen sei, ging *Lerka Kalinová* (Prag) in ihrem schriftlich eingereichten Beitrag am Beispiel der Tschechoslowakei nach. In ihren von *Květa Jechová* (Prag) vorgestellten und kommentierten Ausführungen konzentrierte sie sich auf die politischen Funktionen von sozialer Sicherheit. Die zunächst zugunsten der Arbeiterschaft angelegte Einkommens-, Sozial- und Beschäftigungspolitik wurde seit den sechziger Jahren auf nahezu die gesamte Bevölkerung ausgeweitet. Die ČSSR sei unter dieser Voraussetzung zwar nicht als Arbeiterstaat zu bezeichnen, dennoch aber erwies sie die sozialpolitisch moderierte Beziehung zwischen Machtzentrum und Arbeiterschaft als konstitutives Element des politischen Systems. Waren die Arbeiter im realsozialistischen Bulgarien gar eine Modernisierungsbremse? Dieser Frage wandte sich *Ivo Georgiev* (Sofia/Hamburg) zu. Seiner Meinung nach führten soziale Privilegien der Arbeiter zu einer reservierten Haltung gegenüber den Reformexperimenten der sechziger Jahre. Alle Versuche, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, seien durch eine informelle Koalition von Belegschaften und Betriebsleitern abgewehrt worden. Das habe sich auch bei der als „Neuer Ökonomischer Mechanismus“ 1981 eingeleiteten Wirtschaftsreform gezeigt. Der Systemwechsel von 1989 traf die bulgarischen Arbeiter unvorbereitet und ließ sie ohne die bisherigen Privilegien in einem Zustand der Orientierungslosigkeit zurück. „Arbeiter und Bauern-Arbeiter (Peasant-Workers) im Arbeiterklassen-„Paradies““ betitelt *Dragoș Petrescu* (Bukarest) seinen Beitrag, in dem er auf das Verhältnis von Arbeiterprotest und politischem Arrangement während des Ceaușescu-Regimes einging. Er unterschied zwei Hautgruppen der Arbeiterschaft, die Bauern-Arbeiter und die „eigentlichen“ Arbeiter (the commuters or the peasant-workers, and the „genuine“ workers). Im Zuge der Industrialisierung seien letztere bevorzugt worden, während gleichzeitig immer mehr Arbeiter bäuerlicher Herkunft in die Industrieorte strömten. Auf dem Lande sei die Versorgungskrise der achtziger Jahre besser kompensiert worden. In den Industriestädten hingegen habe der Mangel an Lebensmitteln die revolutionäre Welle von

1989 ausgelöst. „Sonderfall Jugoslawien? Arbeiter im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus“, unter dieser Überschrift widmete sich *Wolfgang Höpken* (Braunschweig) in seinen schriftlich vorliegenden Ausführungen einem nahezu unerforschten Thema. Das bisherige Desinteresse erklärte er zu einem guten Teil aus „der realhistorischen Entwertung des Sozialismus“. Mit der seit 1950 entwickelten Arbeiterselbstverwaltung habe Jugoslawien unter den sozialistischen Staaten Osteuropas eine Sonderrolle gespielt. Im Hinblick auf ihre Genese und ihr soziales Profil unterschieden sich die meist aus ländlichem Milieu stammenden Arbeiter Jugoslawiens kaum von anderen sozialistischen Ländern, mit Ausnahme der DDR und der ČSSR. Traditionale ländliche Mentalitäten und Verhaltensweisen hielten sich zäh. Die formelle Entscheidungskompetenz im Selbstverwaltungssystem konnte die Machthierarchie der Partei nicht wirklich beeinflussen. Allerdings habe der hohe Koordinationsaufwand zum Niedergang dieses Systems beigetragen. Als „jugoslawische Arbeiterklasse“ blieb die Arbeiterschaft eine ideologische Fiktion. *Anikó Eszter Bartha* (Budapest) lenkte den Blick am Beispiel Ungarns auf das Verhalten der Arbeiter in der Krisenperiode des Staatssozialismus. Als Besonderheit hob sie die Lage des Landes an der zentraleuropäischen Semiperipherie hervor. Ausgehend von einem kritischen Forschungsüberblick wandte sie sich dem eigenen Forschungsprojekt zu, in dem sie die ambivalente Wahrnehmung der Krisenperiode durch ungarische Arbeiter aus der Perspektive der Transformationsperiode untersucht. Vergleichsinterviews mit ostdeutschen Arbeitern ließen eine nahezu identische Sicht der Dinge erkennen. Unter dem Thema „Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR“ wandten sich *Simone Barck* (Potsdam) und *Dietrich Mühlberg* (Berlin) der Frage nach der Funktion von Arbeiterbildern in der realsozialistischen Gesellschaft zu. Bei den in der DDR-Gesellschaft produzierten und wirkenden Arbeiterbildern könne man vier Phasen analysieren: In der ersten Phase der vierziger und fünfziger Jahre wurde um ein „wahrhaftiges“ Menschenbild gerungen. Eine zweite Phase bilden die sechziger Jahre, „die eigentliche Blütezeit von Arbeiter-Bildern in den Künsten und Medien“. Sie waren bestimmt durch Grundsatzdebatten zwischen den Generationen über die Stellung der Arbeiter in der neuen Gesellschaft. In der dritten Phase der siebziger Jahre erwiesen sich Arbeiterbilder der Sechziger für viele Künstler als illusionär, und sie versuchten, sie kritisch aufzuheben. In der vierten Phase der achtziger Jahre habe sich das sozialistisch- industriegesellschaftliche Arbeiterbild der DDR schließlich aufgelöst. Der von *Rainer Gries* (*Jena/Wien*) eingereichte Beitrag „Rituale: Dramaturgie der Utopie. Eine zusammenfassende Skizze“ weitete diesen Themenkreis aus. Am Beispiel der Demonstration zum 20. Jahrestag der DDR untersuchte er Ritualisierungen des Alltags als Ritualisierungen der Politik. Diese Ritualisierungen wurden von ideologischen, sozialen und politischen Utopien durchzogen. Rituale dienen der Kommunikation der Herrschenden mit den Beherrschten. Der Anteil solch einer politisch intendierten Kommunikation an der Herausbildung von Werten, Orientierungen und Haltungen müsse aber noch genauer untersucht werden, betonte Gries.

Den Einführungsvortrag zu der von *Jennifer Schevardo* (Potsdam) moderierten zweiten Sektion „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ hielt *Peter Hübner* (Potsdam) zum Thema „Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter im sowjetischen Block“. Als einen zentralen Punkt der in den „realsozialistischen“ Ländern bestehenden Arbeitsverfassungen und Arbeitsbeziehungen bezeichnete er das Postulat einer Übereinstimmung persönlicher und kollektiver Interessen. Auch wenn diese Annahme so nicht stimmte, habe sie aber wohl konsensorientierte Elemente bei Konfliktlösungen gestärkt. Ein Vergleich der sozialen Sicherungssysteme zeige im Fall der DDR ein traditionsbedingt stärkeres Festhalten am Bismarck-Modell. Insgesamt erfuhren Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungssysteme im Nachhinein eine relativ positive Bewertung, woraus sich vielleicht auch das Beharrungsvermögen der Sozialsysteme im Transformationsprozeß erkläre.

Ihre Betrachtungen zur „Sozial- und Kulturgeschichte politischer Herrschaft in der Arbeitswelt“ leitete *Sandrine Kott* (Paris) mit einem Hinweis auf die begrenzte Erklärungsfähigkeit der verschiedenen totalitarismustheoretischen Ansätze ein. Der Versuch, gesellschaftliche Machtträger differenziert zu systematisieren und ihre Herrschaftstechniken zu beschreiben, führe zu ambivalenten Ergebnissen. Das betreffe auch die Frage nach dem Ausmaß der in der DDR ausgeübten Herrschaft und Unterdrückung. Besonders Arbeiter hätten die Herrschaftspraktiken zu ihren Gunsten instrumentalisiert, wobei sie sich erkennbar auch an gesellschaftliche Rituale hielten. *Annette Schuhmann* (Potsdam) wandte sich in ihrem Beitrag „Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Betrieben der DDR: Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betriebspolitischer Traditionen?“ einem Vorgang zu, der als wichtige Achse der „kulturellen Massenarbeit“ galt. Die betriebliche Kulturarbeit in der DDR knüpfte nicht nur an sowjetische Vorbilder an, sondern nahm auch ältere deutsche Praktiken auf. Allerdings hätten Versuche einer Ideologisierung und Ökonomisierung der Betriebskultur schon früh zu einem Traditionsbruch geführt. Seit den sechziger Jahren sei man aber wieder zu in dieser Hinsicht weniger aufgeladenen Programmen zurückgekehrt. Unter dem Thema „Sozialistisch arbeiten – sozialistisch leben. Gewerkschaften und betriebliche Sozialpolitik in der Tschechoslowakei in den Jahren 1948 bis 1953“ ging *Jiří Mašata* (Ostrava) den Zusammenhängen zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung nach. Besonders interessierte ihn dabei die gezielte Vergabe sozialer Privilegien, die zum einen als Leistungsanreize dienten, zum anderen die Arbeiter an das neue Regime binden sollten. So wurde die Mitgliederwerbung für die „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“ (ROH) durch soziale Zuwendungen und Versprechen unterstützt. Den „Betriebsalltag am Beispiel eines Warschauer Werkes 1956-1958“ betrachtete *Malgorzata Mazurek* (Warschau). Besonders ging sie auf die Bedeutung administrativer Strukturen, technologischer Determinanten und sozialer Kontrolle für den betrieblichen Alltag ein. Sie demonstrierte dies an den Zusammenhängen von Arbeitszeitregelungen und Arbeitsdisziplin, den Arbeitsbedingungen und der Gesundheitspolitik sowie am seit der Kriegszeit verbreiteten Phänomen der kleinen

Diebstähle. *Mazurek* verdeutlichte, daß sich auch in einer Phase zeitweiliger Liberalisierung nach Gomulkas Machtantritt soziale Kontrolle und Disziplinierungsmaßnahmen vor allem auf Produktionsarbeiter konzentrierten. Dem gleichen Zeitraum wandte sich auch *József Ö. Kovács* (Miskolc) zu. Sein Beitrag „Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der Mikro- und Makrogeschichte“ zielte darauf ab, die Grenzen der Diktatur im Arbeitermilieu aufzuzeigen. Zunächst zeichnete *Kovács* anhand statistischen Materials ein soziales Porträt der ungarischen Arbeiterschaft in den fünfziger und sechziger Jahren, wobei er die Herkunft großer Gruppen aus der Landwirtschaft, anderen Berufen und von bisher nicht erwerbstätigen Frauen hervorhob. Handelte es sich hier um einen Mobilisierungserfolg, mußte die Parteiführung aber in der Folge erhebliche Anstrengungen zur „Erziehung der Arbeiterklasse“ unternehmen. Hier lagen Anspruch und Realität weit auseinander. Das traf auch auf die Praxis der Arbeitswettbewerbe zu. Ein abschließender Vergleich der Entwicklung in Ungarn und der DDR macht eine permanente Spannung im Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Parteiregime sichtbar.

Die dritte Sektion „Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen“ wurde mit dem Vortrag „Politische und soziale Konflikte im Ostblock“ von *Christoph Kleßmann* (Potsdam) eingeleitet. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche spezifische Rolle die Arbeiterschaft dabei spielte. Jeder soziale Konflikt sei im sowjetischen Block aus der Sicht der Machteliten als politische Bedrohung wahrgenommen worden. Entsprechend reagierten sie. Kleßmann plädierte dafür, die Verbindung von sozialen und politischen Konfliktlagen als Leitlinie vergleichender Längsschnittanalysen zu nutzen. Generell sei der kommunistische Zweig der Arbeiterbewegung integraler Bestandteil ihrer Gesamtgeschichte. Das Modell des Arbeiterstaates gehe auf die Axiome der Diktatur des Proletariats und der Avantgarde-Partei zurück. In dieser Konfiguration entstanden charakteristische Konfliktmuster. Um sie systematisch zu vergleichen, schlug *Kleßmann* eine Reihe von Leitfragen vor, als deren wichtigste Stichworte Tradition, Gewerkschaften, Zusammensetzung der Betriebsbelegschaften, Lerneffekte, Konfliktinhalte und die Rolle der Intelligenz zu nennen seien. Er exemplifizierte dann diese Zugänge an einzelnen Konfliktfeldern der Jahre nach 1945, 1956 und 1970.

Auf „Konfliktlagen und Konfliktformen in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR“ ging *Helke Stadtland* (Bochum) ein. Anhand dominanter Interessenlagen von Arbeitern zeigte sie, daß die SED-Führung weniger auf den Druck politischer Forderungen als auf den durch materielle Ansprüche erzeugten zu reagieren hatte. Interessen und Ideologie fanden hier ein gemeinsames Feld, auf dem es ebenso zu Arrangements wie zu Konflikten kommen konnte. Soziale Zugeständnisse hätten zwar ein Stillhalten, nie aber eigentliche Zufriedenheit bewirkt. Immerhin habe die SED durch die Kanalisierung von Konflikten ihre Herrschaft mittelfristig sichern können. *Renate Hürtgen* (Berlin) beschrieb das „Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel“, wobei sie insbesondere auf Streiksituationen einging. Sie bestätigte die empirisch gesicherte

These vom defensiven Charakter der meisten in der DDR ausgebrochenen Arbeitskonflikte. Der Betrieb sei ein Herrschaftszusammenhang gewesen, der sich nicht allein auf die Tätigkeit der Staatssicherheit reduzieren lasse. Abschließend formulierte sie Fragen, die von der Forschung noch genauer zu beantworten seien, so nach Unterschieden im Belegschaftsverhalten, nach den Gründen für das exzessive Kontrollsystem in den Betrieben, nach dem Verhältnis zwischen Betriebsleitungen und Belegschaften und schließlich nach den Merkmalen des Konfliktverhaltens. Bernd Gehrke (Potsdam) präsentierte Thesen zu „Opposition und Arbeiterschaft in der DDR“. Der Umbruch 1989 habe gezeigt, daß DDR-Opposition und Arbeiterschaft unterschiedliche Zielvorstellungen hatten. 1990 hätten insbesondere Arbeiter die DDR mit Vehemenz verabschiedet, während im Gegensatz zum Juni-Aufstand 1953 die Betriebe und Baustellen in diesem Umbruch keine vordergründige Rolle spielten. Lediglich eine Minderheit in der Opposition habe der Arbeiterbewegungskultur entstammende Riten und Symbole verwendet. Dies deute auf einen Kontinuitätsbruch, der nur durch die Entwicklung der DDR selbst bewirkt worden sein konnte. Auf ähnliche Probleme gingen auch Jędrzej Chumiński und Krzysztof Ruchniewicz (beide Wrocław) in ihrem Beitrag „Arbeiter und Opposition in Polen“ ein. Anhand neuerer Forschungen arbeiteten sie auf den Rekrutierungsprozeß der polnischen Industriearbeiterschaft und seine Bedeutung für die Akzeptanz des PZPR-Regimes hin. Nur ein Drittel der nach 1945 beschäftigten Arbeiter sei vor dem Zweiten Weltkrieg schon Arbeiter gewesen. In den alten Industriestandorten hätte die neuen Machthaber nur schwer Fuß fassen können. Bei jüngeren, vor allem aus der Landwirtschaft kommenden Arbeitern fiel ihnen das leichter. Das Thema sei für die ersten Nachkriegsjahre relativ gut erforscht, dagegen wurden die ersten fünfziger Jahre nur wenig berücksichtigt. Eine intensivere Beschäftigung mit der Geschichte des Arbeiterprotests in Polen setze beim Jahr 1956 ein. In einem längeren Beitrag zum Thema „Arbeiter, industrieller Konflikt und Staatssozialismus im sozialistischen Ungarn 1948-1989“ stellte Mark Pittaway (London/Milton Keynes) Erträge seiner langjährigen Forschungen vor. Er stellte eine zunehmende Formalisierung des Protestverhaltens der Arbeiter fest, wobei die Tendenz von spontanen Aktionen zu Aushandlungsprozessen ging. Ein Vergleich mit anderen staatssozialistischen Ländern zeige grundsätzlich ähnliche Entwicklungen. Das bestätigte auch Peter Heumos (Moosburg) mit Anmerkungen „Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945-1968“. Bemerkenswert sei ein Bestreben der Arbeiter zur Entpolitisierung der Produktion gewesen, um eine staatliche Intervention in die betriebliche Sphäre möglichst gering zu halten. Auf der Betriebsebene hätte sich ein informeller „Planerfüllungspakt“ durchgesetzt. Das Bestreben, industrielle Konflikte auf den Einzelbetrieb zu beschränken, sei aber nicht nur eine Folgeerscheinung kommunistischer Praxis, sondern man könne darin auch die Wiederaufnahme einer industrie-gesellschaftlichen Tradition der Ersten Republik sehen. Als Moderatorin bot Mary Fulbrook (London) einen systematisierenden Überblick zu den unterschiedlichen Formen des Arbeiterprotestes und der staatlichen Reaktionen darauf. Sie skizzierte ein Spektrum, das von harten,

konfrontativen Auseinandersetzungen bis zu weichen, um Ausgleich bemühten Arrangements reichte. Im Hinblick auf letztere könne man den Begriff eines „geheimen Sozialpaktes“ aufnehmen. Die Proteste der Arbeiter spannten sich von kollektiven bis zu individuellen Formen, wobei auch Fulbrook bestätigte, daß auf längere Sicht eine zunehmende Formalisierung erkennbar sei.

An die Zusammenfassungen der Moderatoren und die Einführungsvorträge schloß sich nach jeder Sektion eine angeregte Diskussion an. Ohne sie hier im einzelnen rekapitulieren zu können, seien einige Schwerpunkte hervorgehoben, die auch in der weiteren Forschung Beachtung finden dürften. So ging es um das Verhältnis von Arbeitern und Machtelite in den sozialistischen Ländern und darum, wie weit das sowjetische Modell übertragbar war. Gefragt wurde, welche Bedeutung die Erscheinungsformen von Trade-Unionismus hatten und wie sich die Existenz unterschiedlicher Arbeitermilieus auf das Konfliktverhalten auswirkte. Auch ging es um die Rolle der Partei in den Betrieben. Ihre Aufgaben überschneiden sich teilweise mit denen der Betriebsleitungen und der Gewerkschaften. Die Diskussion tendierte dahin, dem Argument von Allmacht und Allgegenwärtigkeit der Staatsparteien und ihrer Repressivorgane ein an den Quellen orientiertes differenzierteres Bild entgegenzuhalten. Zudem sprach einiges für eine stärkere Gewichtung von kulturellen Prägungen, nationalen Traditionen und sozialen Milieus, wenn man das Verhalten von Arbeitern im Staatssozialismus beurteilen will. Im Hinblick darauf wurde aber auch vor einem Überhandnehmen kulturalistischer Erklärungsversuche gewarnt und eine stärkere Rückbesinnung auf „harte“ Fakten verlangt.

In kurzen abschließenden Statements faßten *Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde* einige Gesichtspunkte zusammen, unter denen das Thema des Kolloquiums weiter zu diskutieren wäre. Hübner hielt es für angezeigt, vor einer romantischen Idealisierung der Arbeitsbrigaden zu warnen und ihre Existenz von unterschiedlichen Seiten her zu beleuchten. Ebenso regte er an, die sozialistischen Arbeitsgesellschaften auch unter dem Aspekt der Nicht-Arbeit genauer zu betrachten, also nach Formen von Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und anderen Arten der Exklusion von der Erwerbsarbeit zu fragen. Kleßmann unterstrich die Notwendigkeit des synchronen und diachronen Vergleichs, um die Modernisierungseffekte und -defizite des sowjetischen Modells in Mittel- und Osteuropas genauer auszuloten. Mehr Beachtung verdienten seiner Meinung nach auch die Übergänge aus der ländlichen Bevölkerung in den Industriearbeiterstatus, die Pfade und Barrieren sozialer Aufstiege von Arbeitern in die Macht- und Funktionsebenen wie auch der Wandel im Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz. Tenfelde sprach sich neben methodisch ausgefeilten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Zugängen zur Arbeitergeschichte für einen kulturhistorischen Ansatz aus. Kulturelle Faktoren hätten eine wichtige Vermittlungsfunktion nicht zuletzt auch für soziale und ökonomische Zusammenhänge. Er bewertete das Kolloquium als einen gelungenen Auftakt, dem weitere Veranstaltungen mit schärfer begrenzten Themen und im engeren Teilnehmerkreis folgen sollten.

Der Aufsatz

Elke Scherstjanoi

Kolloquium "DDR-Zeitgeschichtsforschung vor und nach der Wende"

Seite 185-187

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

# Zur juristischen Aufarbeitung von Nazi-Verbrechen und DDR-Geschichte

Horst Klein

„Das rechte und das linke Auge. Zur juristischen Aufarbeitung von NS-Staat und DDR“ so lautete das Thema einer wissenschaftlichen Fachkonferenz der Berliner Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. und 29. August 2003. Mehr als zwanzig Rechtswissenschaftler, Juristen, Publizisten widmeten sich mit bemerkenswert hoher Sachkenntnis sachlich und kritisch dem Thema, dem ein ebenso sachkundiges Forum aufmerksam folgte. Daß die juristische Aufarbeitung der DDR-Geschichte in der Öffentlichkeit eine sehr unterschiedliche Resonanz findet, mag einer der Gründe für die Themenwahl gewesen sein. Während die einstigen Opfer strafrechtlicher Verfolgung in der DDR die Nachsichtigkeit der bundesdeutschen Justiz beklagen, beschwören nicht wenige betroffene DDR-Bürger das Gegenteil und sprechen von Siegerjustiz. Die westdeutsche Justiz arbeite an der DDR ab, was sie nach 1945 an den Nazis versäumt habe. Das skandalöse Versagen der bundesdeutschen Justiz bei der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen begleitete so auch nahezu alle Beiträge. Indessen setzten Generalstaatsanwalt a. D. *Christoph Schaefgen*, einst Ankläger im Prozess gegen Erich Honecker, und Hansgeorg Bräutigam, Vorsitzender Richter a. D. am Landgericht Berlin, in ihren Ausführungen ganz auf das nunmehr notwendige Lernen aus dem Versagen der westdeutschen Justiz im Umgang mit NS-Tätern.

Doch die Metapher, wonach die Justiz auf dem rechten Auge blind und auf dem linken Auge schärfer blicken würde, bestätigte sich so einfach nicht. Gastgeber *Axel Schmidt-Gödelitz* wandte sich mit seinen einführenden Gedanken gegen eine Gleichsetzung von NS- und DDR-Justiz oder gar der Gesellschaftssysteme, zumal dies auch eine ideologische Verharmlosung sowohl des verbrecherischen Charakters der NS-Diktatur als auch deren Opfer bedeute. Mit Fakten verwies er darauf, daß keines der 60.000 Todesurteile der NS-Justiz gesühnt wurde, aber 32 DDR-Juristen wegen Rechtsbeugung verurteilt wurden. Während ein Großteil der DDR-Richter und Staatsanwälte nach 1990 ihren Beruf aufgeben mußten, wurde in Westdeutschland nach 1945 nicht einer der zahlreichen NS-Blutrichter zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die NS-Juristen konnten unbekümmert ihre Rechtsauffassungen in die Bundesrepublik einbringen. Trotz dieser noch immer schwer zu verstehenden Geschichte sollten wir, so Schmidt-Gödelitz, den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik nicht in Zweifel ziehen lassen.

*Dr. Bernd Stöver* vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, befaßte sich dann mit dem „Kalten Krieg als Rahmenbedingung für Justiz und Politik in beiden deutschen Staaten“. Die widersprüchliche Nachkriegsentwicklung könne nur in diesem Kontext objektiv nachvollzogen werden. Der Begriff des „Kalten Krieges“, der bereits 1946 auftauchte und sich auf die Auseinandersetzung zwischen zwei

unvereinbaren Weltanschauungen sowie politische und wirtschaftliche Systeme (Sowjetunion und USA) beziehe, habe deutlich signalisiert, daß sich beide führenden Großmächte vom ursprünglich gemeinsamen Ziel der Vernichtung des Faschismus entfernt hatten. Eigenständige imperiale Interessen traten in den Vordergrund, und dies sei so bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion geblieben. Den eigentlichen Zeitraum des Jahrzehnte andauernden Ost-West-Konfliktes datierte er mit der russischen Oktoberrevolution 1917 bis zur Auflösung der Sowjetunion 1991. Der Kalte Krieg habe sich in dieser Zeit vor allem und sehr vielschichtig als ideologische, politische, ökonomische und technologische Auseinandersetzung zwischen zwei unversöhnlichen bzw. feindlichen Systemen entfaltet. Zum Kalten Krieg zählte Stöver auch den „kalten Bürgerkrieg“ wie etwa die Dissidentenverfolgung, die politischen Prozesse in den Ostblockländern und die politische Strafjustiz in der BRD, von der ca. 200.000 Bürger betroffen waren, das KPD-Verbot sowie die Berufsverbotspraxis. Auftrieb habe der Kalte Krieg mit Beginn des Korea-Krieges 1950 bekommen. Als besonders schwerwiegend bezeichnete er im Weiteren, daß vor Gorbatschow kein Generalsekretär der KPdSU zu einer politischen Öffnung nach Westen bereit gewesen sei.

*Dr. Volkmar Schöneburg*, 1987–1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR und jetzt Rechtsanwalt in Potsdam, widmete sich dem Thema „Staatlich verübtes Unrecht im Nationalsozialismus und in der DDR – ein Vergleich“. Unbehagen verspüre er beim Vergleich und bei der Frage nach dem Unrecht. Während das NS-Regime von Anbeginn terroristisch und mörderisch (Weltkrieg und Holocaust, die Kriminalisierung von Homosexualität und „Rassenschande“, die Ermordung Tausender Behinderteter) gewesen sei, in dem der Übergang von Rechtsnormen zu Unrechtsnormen sehr fließend und die Möglichkeit der Todesstrafe geradezu grenzenlos war, habe es in der DDR keine Politik zur Vernichtung von Individuen gegeben. Dennoch sei auch staatliches Unrecht in der DDR kritisch zu thematisieren. Beispielsweise sei mit der Verfolgung von Kriegshetze, was immer man darunter verstand, auch die Verfolgung jeglicher Kritik am Gesellschaftssystem mit dem Vorwurf des Antikommunismus und Antisowjetismus etc. begründet worden. Es sei nicht zu bestreiten, daß das Strafrecht von den politischen Interessen der SED abhängig war. Er erläuterte, daß nach Artikel 6 der DDR-Verfassung von 1949 Oppositionelle wie Zeugen Jehovas wegen „Boykotthetze“ für Meinungsäußerungen ins Zuchthaus kamen. Das DDR-Strafrecht sei auch für Enteignungen instrumentalisiert worden. Indessen rechtfertigte gesetzliches Unrecht nicht die These bzw. den Begriff „DDR-Unrechtsstaat“. Dieser sei unwissenschaftlich und ein politischer Kampfbegriff. Dem schloß sich auch *Prof. Müller* mit der Bemerkung an: „Offenbar wollte man allem, was in diesem Staat geschehen war, jegliche Rechtsqualität absprechen.“ Dagegen habe man der „Naziherrschaft schon immer eine gewisse Legitimation zuerkannt“.

*Dr. Helmut Kramer*, einst Richter und Lehrstuhlinhaber an der Universität Bremen, derzeit Vorsitzender des Forums Justizgeschichte e. V., referierte über „Die Aufarbeitung von Justizverbrechen – eine verpaßte Chance“ und forderte zu mehr Nach-

denklichkeit auf. Man stelle sich einmal vor, die Wiedervereinigung wäre nicht erst 1990, sondern schon 1960 vollzogen worden. Dann hätten in der BRD noch die mit Justizverbrechen belasteten Richter aus der NS-Zeit gewirkt und schließlich über ihre Kollegen in der DDR gerichtet. In Hinblick auf die „Waldheim-Prozesse“ der 50er Jahre in der DDR sei zu beachten, daß die dort tätigen Richter überwiegend keine ausgebildeten Juristen und oft von den Nazis selbst verfolgt waren. Dagegen konnten NS-Juristen auf eine solide juristische Ausbildung in der Weimarer Republik verweisen und wurden ungeachtet dessen zu gewissenlosen Verbrechern, die später noch unter dem heiteren Himmel des Rechtsstaates ihre Erfahrungen in die politische Strafjustiz der Bundesrepublik einbringen konnten. An Beispielen verdeutlichte Kramer, daß „man keine Gesetzesnorm, keine Rechtsfigur, keinen Denkansatz“ finden könne, die nicht gegenüber NS-Tätern einerseits und DDR-Tätern andererseits mit gravierend entgegengesetzten Ergebnissen bei gleichen Sachverhalten entgegengesetzt angewandt wurden. So rechtfertigte der Bundesgerichtshof die noch im April 1945 ausgesprochenen Todesurteile mit dem „Recht des Staates auf Selbstbehauptung“, das er auch dem NS-Regime zubilligte, während er das DDR-Grenzregime als unvereinbar mit höherrangigem Recht und internationalen Menschenrechtsstandards erklärte, da es das Staatsinteresse an Grenzsicherung über das Lebensrecht des Einzelnen stellte. Alle Versuche des Vergleiches führen zu der Einsicht, daß der so genannte Zeitgeist sein Unwesen immer in der Vergangenheit treibe. Der schlimmste Feind der Gerechtigkeit sei die Selbstgerechtigkeit.

Auch der Strafrechtsprofessor *Dr. Dr. Ingo Müller* von der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Hamburg, thematisierte „Zweierlei Maß in Rechtsbeugungsverfahren“. Entschieden wandte er sich gegen jeden Versuch einer Gleichsetzung von NS-Blutjustiz mit der DDR-Rechtssprechung. Es sei bezeichnend für eine gewisse Kultur der Geschichtsaufarbeitung, daß man die DDR als Unrechtsstaat, aber so nicht das NS-System bezeichnet. In der BRD habe man juristisch fundiert gebildeten NS-Richtern, die Todesurteile verhängt hatten, „Rechtsblindheit“ zugestanden, da sie fanatische Nazis gewesen waren, aber DDR-Juristen hätte man einen solchen Rechtfertigungsgrund verweigert. Sogar von DDR-Grenzsoldaten habe man erwartet, daß sie in wenigen Sekunden erkennen sollten, daß der Schußwaffengebrauch gegen Flüchtlinge „gesetzliches Unrecht“ bedeuten würde. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß DDR-Richter belastete NS-Richter nicht unbestraft ließen und gerade deshalb 1995 vom 5. Senat des Bundesgerichtshofs wegen Rechtsbeugung gerügt wurden. Zwar habe es nur 32 Verurteilungen, aber mehr als 20.000 Vorermittlungen bei nur 2.500 DDR-Richtern gegeben. Ähnlich kritisch analysierte *Prof. Dr. Christiaan F. Rüter* von der Universität Amsterdam „Die Ahndung von NS-Verbrechen im deutsch-deutschen Vergleich“.

In der im Plenum folgenden Diskussion und gebotenen Gelegenheit für Nachfragen wurde der These der an Prozessen gegen DDR-Bürger beteiligten Richter und Staatsanwälte, man habe aus den Fehlern im Umgang mit der NS-Vergangenheit gelernt und sich deshalb um die rechtsstaatliche Aufarbeitung von Straftaten in der DDR bemüht, mit spürbarem Zweifel begegnet. Das konnten auch einzelne Diskus-

sionsredner mit Hinweisen auf Verbrechen der Stasi und Unrechtsurteile von DDR-Richtern nicht beeinflussen. So blieben die von *Angelika Barbe*, einst SPD-Vorstandsmitglied und nun Fundamentalistin in der CDU, mit ausschließlich rechtem Auge und militant besserwissend vorgetragenen „Ergänzungen“ zum „DDR-Unrechtsstaat“ weitgehend ohne die von ihr erhoffte Resonanz des Forums. Die Diskussion folgte weiterhin dem sachlichen Interesse der vorgegebenen Thematik. Es wurden u. a. Beispiele genannt, die belegen, daß in den 90er Jahren in der DDR verurteilte NS-Täter später mit gleichen Begründungen „rehabilitiert“ wurden, mit denen „Mörder im Talar“ auch in den 50er und 60er Jahren in der BRD freigesprochen worden waren. Moderator *Prof. Dr. Detlef Kraus*, von 1972 bis 1992 Professor für Strafrecht an der Universität Basel, derzeit Prof. für Strafrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, nannte dafür folgenden Grund: „Die Richtergeneration der damaligen Zeit war zugleich die Tätergeneration, da verfolgt es sich schwierig. Später, als es um die DDR ging, waren hier die guten Richter und da die bösen Täter“. Mehrere Teilnehmer, die in den 50er Jahren in der Bundesrepublik der politischen Strafjustiz zum Opfer gefallen waren, schilderten ihre damalige Lebenssituation, die in einzelnen Fällen von einer 12-jährigen politischen Verfolgung und noch immer zu Buche schlagende Einbußen bei den Rentenansprüchen begleitet wird. Die rechtsstaatliche Aufarbeitung der Vergangenheit müsse die Rehabilitierung aller Opfer des Kalten Krieges einschließen. Auch in diesem Zusammenhang wurde auf hohe Pensionszahlungen an Nazis und Karrieren von NS-Tätern in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht.

*Prof. Dr. Norbert Frei*, Dekan der Fakultät für Geschichtswissenschaft an der Universität Bochum, beleuchtete in seinem Beitrag „Die Vergangenheit als Gegenstand der politischen und juristischen Auseinandersetzung“ die verschiedenen Erklärungsmuster westdeutscher Juristen für genannte Unterschiede im Umgang mit NS-Verbrechen und Unrecht in der DDR. Dafür gebe es im Wesentlichen drei Erklärungsvarianten: 1. den Antikommunismus, 2. ein politisches Rachebedürfnis und 3. das gut gemeinte Empfinden, diesmal richtig zu handeln. Das heutige Rechtsempfinden werde auch noch immer von der aus der 1968er Bewegung vorgetragenen Kritik an der Art und Weise des juristischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit beeinflusst. Die westdeutsche Justiz habe nach der Wiedervereinigung die gleiche Rolle übernommen, die nach 1945 die Besatzungsmächte praktizierten. Bis 1949 seien von den Alliierten 4.400 NS-Täter verurteilt worden. Zunächst seien 1945 auch etwa 100.000 Personen interniert gewesen. 1950 habe es dann eine große Amnestie für NS-Täter gegeben. Die Begnadigung von NS- und Kriegsverbrechern sei auf Forderung der Adenauer-Regierung erfolgt. Dagegen sei es in der sowjetischen Besatzungszone zu einer rigorosen Ausschaltung von NS-Juristen gekommen. In Hinblick auf die DDR sollte man nicht übersehen, daß nach 1990 etwa 35 Prozent der Richter und 30 Prozent der DDR-Staatsanwälte übernommen wurden. *Dr. Andrea Feth*, Potsdam, stellte Erkenntnisse ihrer Dissertationsschrift „Über den Zusammenhang von Lebensschicksalen und späteren DDR-Karrieren: Beispiel Hilde Benjamin“ vor. *Prof. Dr. Inga Markovits*, University of Austin/Texas, USA, nannte

seinen Vortrag „Das selektive Gedächtnis – Der Einfluß des Rechts auf unser Bild der Vergangenheit“. Er schloß sich all jenen Rednern an, die einen grundlegenden Unterschied zwischen NS- und DDR-Staat herausgestellt haben. Im Weiteren berichtete er über Erfahrungen im kritischen Umgang mit Gerichtsakten. Die in Archiven auffindbaren Urteile enthalten kaum noch die menschliche Geschichte, das eigentliche Vorspiel fehle. Erschwerend wirken auch einschlägige Datenschutzbestimmungen. *Dr. Klaus-Detlev Godau-Schüttke*, Richter am Landgericht Itzehoe, bekräftigte die von mehreren Rednern herausgestellte Kontinuität der Justiz nach 1945 in den alten Bundesländern. Die hierzu in der DDR veröffentlichten Brauntbücher seien im Prinzip richtig gewesen.

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen von *Prof. Dr. Diether Posser*, von 1968 bis 1988 Minister für Bundesangelegenheiten und Finanz- und Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen a. D., der bereits mit seinem Buch „Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968“ einen beachtlichen Beitrag für die sachliche und kritische Aufhellung der hier besprochenen Thematik erbracht hatte. Er erläuterte Fakten und Hintergründe für die Einführung der politischen Strafjustiz 1951 in der BRD und hob hervor, daß diese viele Übereinstimmungen mit dem politischen Strafrecht der NS-Diktatur aufgewiesen hatte. Während in den USA der McCarthyismus nach wenigen Jahren überwunden wurden, habe die Verfolgungswelle in der Bundesrepublik über 17 Jahre andauert. Mehr als 250.000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wurden nach neuen Straftatbeständen eingeleitet, denen 10.000 Verurteilungen folgten, für die es in keinem westeuropäischen Staat ein Beispiel gab. Mit dem Vorwurf der verfassungsfeindlichen Tätigkeit einer als kommunistische Tarnorganisation verdächtigten Vereinigung wurde diese von den politischen Strafgerichten als „gerichtsbekannt“ oder als „allgemeinkundig“ festgestellt und damit jeder Beweisführung entzogen. Um angebliche Tatzeugen in der Hauptverhandlung vor Fragen oder Vorhaltungen der Angeklagten und ihrer Verteidiger zu bewahren, sei mehr und mehr der „Zeuge vom Hörensagen“ eingeführt worden. Das sei eine Rechtspraxis gewesen, die bis Ende 1968 uneingeschränkt gegolten habe. Im Jahre 1996 habe, so Diether Posser, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Rechtspraxis in der alten BRD als unvereinbar mit den europäischen Menschenrechten erklärt.

*Prof. Dr. Christoph Gusy*, Gastprofessor an den Universitäten Paris und Strasbourg, seit 1998 Prorektor an der Universität Bielefeld, ging der Frage nach, „wie politisch neutral können Richter und Staatsanwälte sein?“ Er zog in Betracht, daß Juristen kein homogener Block seien, sondern immer der Querschnitt einer bestimmten Summe von Anschauungen. Die politischen und juristischen Kenntnisse und Erfahrungen bzw. Bindungen, insbesondere die persönliche Betroffenheit, schlossen eine Neutralität der Rechtsfindung aus.

Die abschließende Podiumsdiskussion, die sich, bisher Gesagtes zusammenfassend, mit dem Thema „Die Politbüroprozesse: rechtlicher Anspruch und politische Wirklichkeit“ befaßte, moderierte *Alfred Eichhorn* von InfoRadio Berlin. Die Juristen Bräutigam und Schaeffgen bekräftigten nochmals ihre Auffassung, wonach es richtig

sei, als Lehre aus dem grundsätzlichen Versagen der Justiz bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen nunmehr rechtsstaatlich die „DDR-Straftaten“ auch juristisch zu ahnden und so alles besser zu machen. Die Justiz habe gelernt. Dem hielt die Schriftstellerin *Daniela Dahn* entgegen, daß die Art und Weise, wie mit der DDR-Geschichte und mit den Bürgern umgegangen werde, zur Entwertung des Lebens in der DDR und zur Mißachtung von Lebenswegen beitrage. Hier klangen, wenn auch zaghaft, Zweifel an der Aufrichtigkeit der zuvor beteuerten rechtsstaatlichen Lernfähigkeit der deutschen Justiz an. Mit einigen Beispielen unterlegte sie diese: „Die Altersbezüge eines DDR-Professors haben sich durch Einbeziehung seiner Dienstjahre in der NS-Zeit bei der Neuberechnung seiner Rente auf 4.995 DM mehr als verdoppelt, er erhielt 149.000 DM Nachzahlung, weil ein Dienstjahr in der Nazizeit 5,7 Entgeltpunkte zählt, die in der DDR nicht mal 2 Punkte wert sind“. Dahn fragte auch, wie sich der vermeintliche juristische Lernprozess auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik, beispielsweise auf die weitere Ausdehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, auswirken könnte. Wenngleich der aktuelle Zusammenhang mit der Krieg- und Friedenfrage und dem Völkerrecht im Nebel haften blieb, so kam wohl doch die Erinnerung an die verfassungswidrige Haltung der Bundesregierung zum NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien 1999 auf: Könnte doch die Argumentation der Bundesregierung gegen den USA-Krieg im Irak mit Hinweis auf ein Fehlen des laut Völkerrecht erforderlichen UNO-Mandats auch als Eingeständnis begangener Kriegsverbrechen der NATO und somit der Bundesrepublik Deutschland von 1999 gewertet werden. Da wäre auch zu fragen und juristisch zu bewerten, warum deutsche Soldaten in diesem Aggressionskrieg nicht von der laut Grundgesetz in diesem Falle auferlegten Verweigerungspflicht Gebrauch machten. Rechtsstaatliche Positionen zu Kriegsverbrechen, das kann man heute sogar nach mehr als 20 bzw. 30 Jahren in Chile und Argentinien beobachten, schleichen den Straftätern oftmals hinterher und sie verjähren nicht. In diesem Zusammenhang kam Michail Gorbatschow in seinem neuen Buch „Mein Manifest für die Erde“ zu einer bemerkenswerten Feststellung: Er begrüßt, daß Slobodan Milosevic vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt wird, aber genau so deutlich stellt er die Frage: Warum werden nicht auch diejenigen angeklagt, die Serbien bombardiert haben?<sup>1</sup> Soweit gingen die Überlegungen der hier vorzustellenden Fachtagung allerdings nicht. Sie thematisierte wenigstens abstrakt die Lernfähigkeit der deutschen Justiz und warf die Frage nach der theoretisch gegebenen Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung hochrangiger Politiker und Militärs, im Interesse der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie, auf.

Mit dem Erscheinen des Protokolls dieser wissenschaftlich und politisch bedeutsamen Tagung ist demnächst in der Schriftenreihe Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechnen.

---

<sup>1</sup> Siehe Michail Gorbatschow: *Mein Manifest für die Erde. Jetzt handeln für Frieden, globale Gerechtigkeit und eine ökologische Zukunft*, Frankfurt/NewYork, 2003, S.35.

## „Making History“. Eine Tagung des „Arbeitskreises Kritische Geschichte“ in München

Bernd Hüttner

Nicht nur interpretieren, verändern! Unter diesem Motto hatte der Arbeitskreis Kritische Geschichte zu der Tagung „Making History“, der ersten bundesweiten Tagung, an die Universität München vom 10. Bis 12. Oktober 2003 geladen. „Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft“ sollten in insgesamt vierzehn Veranstaltungen ausgelotet und diskutiert werden. Zielgruppe waren vor allem jüngere Historikerinnen und Historiker, aber auch Nicht-Historiker, die historisch arbeiten, oder ihre politische Arbeit in einen historischen Kontext stellen. Der Kongreß wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, verschiedenen Fachschaften von Geschichtsfakultäten, Allgemeinen Studentenausschüssen von Universitäten, dem Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, der Stiftung Sozialgeschichte, dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und dem Argument-Verlag unterstützt. Er stieß offensichtlich in eine „Marktlücke“. Mit über 100 Teilnehmern war er gut besucht, zeigte aber auch die Schwäche einiger Mitveranstalter auf, die kaum mobilisierungsfähig waren.

Im Mittelpunkt der dreitägigen Tagung standen zwar die angebotenen Veranstaltungen, aber sehr wichtig war auch der gegenseitige Austausch. Die gute und konstruktive Stimmung wurde allseits gelobt. Eingeladen waren von den jungen Wissenschaftlern auch namhafte Professoren wie der emeritierte Berliner Philosoph *Wolfgang Fritz Haug*, *Richard Evans* (Historiker, Cambridge) und *Marcel van der Linden* (Historiker, IISG Amsterdam). Die beiden letztgenannten bestritten die Eröffnung und diskutierten über das Ende der Arbeitergeschichtsschreibung und die Relevanz „des Marxismus“ für eine kritische Geschichtsschreibung. Haug sprach zu „Objektivität und Parteilichkeit“.

An den nächsten beiden Tagen arbeitete der Kongreß dann in parallelen Arbeitsgruppen und Diskussionen. Einige seien genannt: *Manuela Bojadzijev*, *Peter Birke* und *Lars Stubbe* diskutierten in einem stark theorielastigen Vortrag neue Konzeptionen einer „kritischen Geschichte“ anhand ihrer Forschungen zu wilden Streiks in Norddeutschland (Birke), zu Kämpfen von Migranten und ausländischen Arbeitern im Westdeutschland der 60er und 70er Jahre (Bojadzijev) und zu Kampf- und Organisationsformen der Studentenbewegung in Mexiko (Stubbe). *Dagmar Engelken* berichtete über südafrikanische radikale Geschichtsschreibung seit den 1970er Jahren in international vergleichender Perspektive, während *Bernd Hüttner* eine „Geschichtslosigkeit“ der Linken und den neuen sozialen Bewegungen kritisierte. *Ralph Klein* und *Regina Mentner* stellten sehr anschaulich und unterhaltsam ihr Verständnis historisch-politischer Arbeit vor: Historische Forschung und

politische Aktion seien gleichgewichtig. Sie intervenieren mit ihrer Kampagne „Angreifbare Traditionspflege“ geschichtspolitisch gegen die Traditionspflege deutscher Gebirgsjäger und klären über deren Kriegsverbrechen auf. *Christoph Jünke* referierte über Wissenschaft und Engagement am Beispiel des deutsch-österreichischen aktivistischen Philosophen Leo Kofler.

Mit diesem Kongress hat der Arbeitskreis Kritische Geschichte eine längst überfällige Initiative ergriffen, die unter den überwiegend studentischen Teilnehmern auf Resonanz stieß. Sie kann aber nicht über die Schwäche linker Geschichtswissenschaft hinwegtäuschen, die sich zusehends auf einige wenige akademische Nischen, meist im Rahmen von Promotionen, zurückziehen muß und in aktuellen geschichtspolitischen Debatten (Jörg Friedrich, Zentrum gegen Vertreibungen, etc.) jenseits einer liberalen Position kaum öffentlich wahrnehmbar ist.

Das Spektrum des Gros der Teilnehmer war altersmäßig vorwiegend auf Mitte 20 bis Mitte 30 begrenzt. Diese Gruppe war erstaunlich heterogen und reichte von Wuppertaler Antiimperialisten über Berliner oder Leipziger postmoderne Autonome bis zu bayerischen Uni-Linken. Der Wunsch, sich zuzuhören und zu lernen, stand bei allen im Vordergrund. Einen festen Verband wollte niemand gründen, so wird es jetzt ein loses Netzwerk geben, dem sich alle zuordnen können, die dies wollen. Als Themen der zukünftigen Diskussion wurden drei näher bestimmt: erstens Geschichte der Linken und der neuen sozialen Bewegungen, zweitens das Selbstverständnis kritischer Historiker, und drittens, damit zusammenhängend, Theorie- und Methodenfragen kritischer Geschichtswissenschaft.

Die Arbeitskreiseigene Internetseite (<http://www.kritische-geschichte.de>) wird als ein Knotenpunkt kritischer und linker Geschichtswissenschaft auf jeden Fall weiterbetrieben. Geplant ist auch eine Buchpublikation zu Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft. Ein Nachfolgetreffen wird im Sommer oder Herbst 2004 in Bremen stattfinden. Der Arbeitskreis ist offen für neue Mitstreiter und bittet Interessierte um Kontaktaufnahme (Website des Arbeitskreises – s. oben – oder postalisch: Richard Heigl, Ostengasse 10, 93047 Regensburg, Email: [richard.heigl@web.de](mailto:richard.heigl@web.de)).

## Informationen

### Zum 85. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs. Neuere internationale Publikationen zu Leben und Werk

Es ist erstaunlich. Das Interesse am Leben und Werk Rosa Luxemburgs ist über acht Jahrzehnte nach ihrem Tode nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern wach.

In den USA, wo in den 1990er Jahren Eric Bronner sowie Paul Le Blanc englischsprachige Übersetzungen von R. Luxemburgs Schriften mit profunden Begleittexten veröffentlicht hatten, wird im Februar 2004 eine umfangreiche 432 Seiten umfassende Ausgabe ihrer Werke erscheinen: Peter Hudis & Kevin B. Anderson - THE ROSA LUXEMBURG READER, New York: Monthly Review Press, 2004.

In Japan arbeitet eine Gruppe von Wissenschaftlern unter der Leitung von Narihiko Ito an einer auf 12 Bände angelegten japanischen Ausgabe der Werke R. Luxemburgs, wobei eine Vervollständigung gegenüber der deutschen Standardpublikation unter Einschluss all ihrer polnischen Schriften angestrebt wird. Die ersten zwei Bände sollen in Japan im April 2004 erscheinen.

In Frankreich ist das Interesse für R. Luxemburg noch immer groß, wie mehrere Editionen ihrer Schriften, herausgegeben von ausgewiesenen Kennern des politischen Wirkens R. Luxemburgs, sowie eine neue Biographie und außerdem eine neue Ausgabe der Briefe R. Luxemburgs an Leo Jogiches beweisen:

- Rosa Luxemburg, *La révolution russe*, übers. u. vorgestellt v. Gilbert Badia, Pantin 2000
- Rosa Luxemburg, *Réforme sociale ou révolution ? Grève de masse, partie et syndicats*, Einführung von Irène Petit, Paris 2001
- Rosa Luxemburg, *La question nationale et l'autonomie*, übers. u. vorgestellt von Claudie Weill, Pantin 2002
- Rosa Luxemburg, *Sur la révolution, écrits politiques, 1917-1918*, übers. und eingel. v. Claudie Weill, Paris 2002
- Alain Guillermin, *Rosa Luxemburg, la rose rouge*, Paris 2002
- Rosa Luxemburg, *Lettres à Leon Jogiches (1894-1914)*, übers. von Claire Brendel, wiss. Bearbeitung Feliks Tych, Paris 2001

In Norwegen untersucht Tania Storlokken im Rahmen ihrer Habilitationsarbeit den Revolutionsbegriff in Rosa Luxemburgs Schriften und ist gerade dabei, die umfangreichen archivalischen Materialien auszuwerten.

Sogar ein neues belletristisches Werk ist zu vermelden:

- Ingeborg Kaiser, *Roza und die Wölfe*, biographische Recherchen zu Rosa Luxemburg, Basel 2002

In Deutschland sind die Bände der Gesammelten Werke – teilweise als Neuauflage – genauso wie die Gesammelten Briefe – auch der Bd. 6 aus dem Jahre 1993 – noch im Buchhandel erhältlich. Bei den Gesammelten Werken ist ein Ergänzungsband mit deutschen Schriften und einer mit polnischen Arbeiten (in deutscher Übersetzung) geplant. Nach zwei Auflagen in gebundener Form (1996) hat Annelies Laschitzas Rosa-Luxemburg-Biographie „Im Lebensrausch, trotz alledem“ als preiswerte Taschenbuchausgabe 2000 eine 1. und 2002 sogar eine 2. Auflage erfahren.

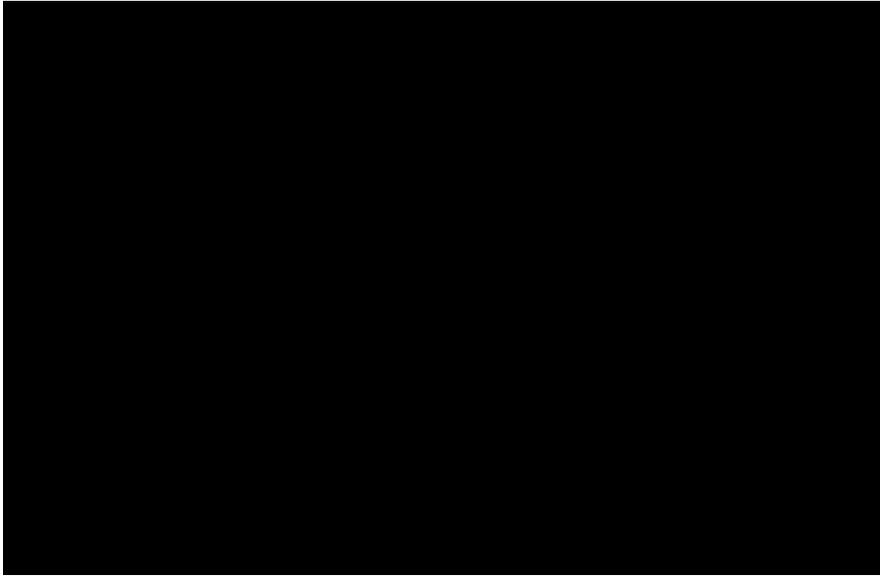
Manfred Scharrers Doppelbiographie über Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus dem Jahre 2002 stellt bedauerlicherweise – insbesondere im Vorkriegskapitel – ein unwissenschaftliches polemisches „Pamphlet“ (so Volker Ullrich in der „Zeit“) dar in der Art einer politischen Kampfschrift eines rechten Gewerkschafters der 1920er Jahre gegen die „rote Rosa“.

Eine Vielfalt von Aspekten aus Rosa Luxemburgs Leben und Wirken ist den Sammelbänden mit Referaten der Konferenzen der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“ von 1998 bis 2000 sowie der Tagung im Jahre 2002 in Bochum zu entnehmen. Ein weiterer vorzüglich edierter inhaltsreicher Tagungsband gibt die Referate einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im März 2001 veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz in Leipzig wieder: Rosa Luxemburg – Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, hrsg. Von Klaus Kinner und Helmut Seidel, Berlin, 2002.

Auch über die Mitkämpfer Rosa Luxemburgs gibt es neue Biographien bzw. sind solche Arbeiten in Vorbereitung, so Biographien über Leo Jogiches von Feliks Tych, über Karl Liebknecht von Annelies Laschitzka, über August Thalheimer von Theodor Bergmann. Gerade erschienen: Tania Puschnerat, Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen, 2003.

Neben der wissenschaftlichen Konferenz in China im November 2004 wird es im Februar 2004 eine internationale Tagung in Moskau über Rosa Luxemburg bei der Russischen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Jakov Drabkin geben, wohl die erste Veranstaltung zu diesem Thema in Russland. Rosa Luxemburg hat sich immer und selbstverständlich als eine internationale Sozialistin verstanden. Das lebhafteste Interesse an ihrem Werk in verschiedenen Teilen der Welt zeigt die Aktualität ihrer Ideen.

*Ottokar Luban*



*Am 20. November 2003 wurde in Berlin am Potsdamer Platz der Grundstein eines Denkmals für Karl-Liebknecht wieder aufgestellt. Auf einer Tafel wird daran erinnert, daß Karl Liebknecht während des ersten Weltkrieges am 1. Mai 1916 an dieser Stelle eine Antikriegsdemonstration organisiert hatte, verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.*

*Der Grundstein wurde am 13. August 1951 anlässlich Liebknechts 80. Geburtstag vom damaligen Oberbürgermeister von Groß-Berlin/Ost, Friedrich Ebert, enthüllt, zur Errichtung eines Denkmals kam es aber nicht. 1995 wurde der Denkmalsockel abgeräumt und eingelagert. Im Jahr 2002 setzte sich die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte dafür ein, den Sockel wieder aufzustellen.*

*(Foto: Burghard Lange / „Neues Deutschland“, Berlin)*

## Das Finnische Arbeiterarchiv (Työraen Arkisto/The Finnish Labour Archives)

Das Finnische Arbeiterarchiv wurde 1909 von der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (SDP) gegründet. Gegenwärtig wird es von der Stiftung Arbeiterarchiv unterhalten, dessen Leiter vom Vorstand der SDP für jeweils fünf Jahre bestimmt wird. Die Finanzierung erfolgt durch per Gesetz festgelegte staatliche Haushaltsmittel und durch private Spenden.

Das Archiv sammelt und verwaltet Archivalien und mündliche Überlieferungen zur Geschichte der finnischen Arbeiterbewegung, insbesondere der sozialdemokratisch orientierten, einschließlich Gewerkschaften. Es ist das älteste und umfangreichste private Archiv nationaler und sozialer Bewegungen in Finnland. Etwa ein Drittel des Bestandes umfaßt die politische Arbeiterbewegung, ein Drittel die Gewerkschaftsbewegung, der Rest die mit der Arbeiterschaft verbundenen kulturellen Organisationen sowie persönliche Nachlässe und Spezialsammlungen. Bei den Letzteren geht es um Dokumente aus dem Bürgerkrieg 1918, Memoiren von und Interviews mit Aktivisten der Arbeiterbewegung sowie Photos und Plakate. Die Sammlungen enthalten Materialien der nationalen sowie der örtlichen und Gebietsebene.

Das Archiv ist öffentlich zugänglich.

Es ist Mitglied verschiedener internationaler Verbände, darunter der ITH/Linz. Besonders eng ist die Kooperation mit Arbeiterarchiven der skandinavischen Länder. Das Archiv und seine Mitarbeiter beteiligen sich an Projekten, Ausstellungen, Publikationen im In- und Ausland. Über die Arbeit des Archivs wird jährlich ein Bericht veröffentlicht. (Siehe u. a.: Das Arbeiterarchiv in Finnland, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, H. 20/2001.)

*Gerd Schulze*

Adressen:

Työraen Arkisto/The Finnish Labour Archives

Paasivuorenkatu 5 B, 00530 Helsinki

Tel.: (00358)-(0)9-77 43 1110; Fax: ...-77 43 1111

e-mail: info&tyark.fi oder www.tyark.fi

## Rezensionen

**Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation. Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle "Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850", Bd. 33, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2002, 840 S.**

Die Autoren sind renommierte Wissenschaftler und haben durch ihre Forschungen unsere Kenntnisse über frühsozialistische und kommunistische Bestrebungen und Bewegungen vom Ende des 18. Jh. bis hinein in die Mitte des 19. Jh. erheblich bereichert. Dies gilt auch für deren bedeutendste Repräsentanten. Der vorliegende Bd. ist ein neuer, bemerkenswerter Beitrag zur Erschließung dieser wichtigen Tradition der Arbeiterbewegung, denn es handelt sich um die erste deutschsprachige Gesamtdarstellung des politischen Werdeganges und Reifeprozesses Cabets sowie seiner Initiative zur Verwirklichung eines kommunistischen Gesellschaftsideals durch Kolonisation in den USA. Vorliegende Ergebnisse der jüngeren französischen, italienischen und kanadischen Forschungen werden berücksichtigt und gewürdigt. Gegenüber den sowohl in der bürgerlichen als auch marxistischen Historiographie bislang verbreiteten Vorurteilen und Kurzschlüssen hinsichtlich der Wertung des Kommunisten Cabet, die sich bis zu dem verhärteten Klischee verstiegen hat, er sei ein heillos weltfremder Utopist und theoretischer Flachkopf gewesen, der nicht anders als

Weitling in der Arbeiterbewegung nur Unheil angerichtet habe, repräsentiert die vorliegende Arbeit eine deutlich neue Qualität. Denn hier wird mit Konsequenz auf der Basis neuer Forschungsergebnisse der Weg weiter beschritten, den der Amerikaner Johnson und der Italiener Tumminelli angemahnt haben. So ist ein neues Geschichtsbild dieser historischen Phase frühkommunistischer Bewegungen entstanden, das zudem durch die Publikation des Fundes von 61 Briefen deutscher Mitglieder der kommunistischen Kolonie "Ikaria" ein neues Gesicht erhält und außerdem noch durch die beigelegten wichtigen Dokumente zu ihrer Gründung, Verfassung und Organisation abgerundet wird.

Der Inhalt der Arbeit ist in vier Komplexe gegliedert. Nach der Schilderung des Weges von Cabet vom Linksliberalen zum Kommunisten folgt ein eindrucksvolles Bild des Aufbaus der Kolonie Ikarien bis zu ihrer Auflösung. Die Farbigeit verdankt dieses Bild vor allem der umfangreichen Briefdokumentation im letzten Abschnitt des Buches, dem eine Charakteristik der Briefpartner vorangestellt wurde.

Die Biographie Cabets beginnt mit der Untersuchung, warum und auf welchem Wege ein konsequenter Demokrat in der ersten Hälfte des 19. Jh.s den Weg zu grundsätzlich kommunistischen Überzeugungen beschritt, die er dann in seinem Hauptwerk, der "Reise nach Ikarien", publizierte. Diese "berühmteste Utopie des 19. Jahrhunderts", die aus den "Bedürfnissen der proletarischen Kämpfe der 30er Jahre" (S.49) hervorging, charakterisiert jenes "Modell einer gütergemeinschaftlichen Ordnung" (S.103), das dem verbreiteten Verlangen der werktätigen Mas-

sen entsprach und ihnen als realisierbar erschien. Die Autoren verfolgen Cabets Werdegang, der, aufbauend auf linksjakobinischen und babouvistischen Ideen und Erfahrungen, auch "Elemente des Chartismus und Owenismus" aufgriff und zu einer "Synthese von demokratischer Bewegung und kommunistischer Bestrebung" (S.52) verschmolz. Dieser Prozeß wurde in der internationalen Literatur mit der vorliegenden Arbeit erstmalig detailliert sichtbar gemacht. Auf dieser Grundlage wird Cabets politisches Engagement in Frankreich vor der 48er Revolution überzeugend erklärt und ein bislang in der Forschung unterbelichteter Einfluß bei der Herausbildung des ikarischen Kommunismus hervorgehoben. Cabet erforschte demnach sehr gründlich die Geschichte revolutionärer und sozialer Bewegungen, verallgemeinerte deren Erfahrungen, hob sie "auf zeitgemäßen Erkenntnisstand und entwickelte sie in vieler Hinsicht weiter" (S.85). Damit legte er "die Sonde an soziale Wunden, die der sozialökonomische Umbruch aufwirft, der mit der bürgerlichen Revolution einsetzt, und sucht nach Heilmitteln, mit denen sich in der Folge alle Parteien auseinandersetzen müssen, wenn ihnen um Einfluß im arbeitenden Volk zu tun ist" (S. 83). Es war ein in seiner Zeit bemerkenswerter Versuch, ein kommunistisches Gesellschaftsideal zu konzipieren, das "in seinen Vorzügen und seinen Mängeln gleichermaßen" eine Problematik widerspiegelt, die "der aufbrechende soziale Gegensatz des kapitalistischen Industriezeitalters" (S.95) hervorgebracht hat. Sachkundig abwägend werden in Cabets Biographie die Verdienste und die für die Arbeiterbewegung nützlichen Erkenntnisse herausgearbeitet, aber auch subjektive

Schwächen nicht verschwiegen und letzliches Scheitern historisch begründet. Während Cabet in der deutschsprachigen Historiographie vorrangig nur als Verfasser eines utopischen Romans gilt, heben die Autoren sein Bemühen um eine enge Verbindung von politischem Kampf um Demokratie und die Forderung nach grundlegender Umwandlung des sozialen Systems der Gesellschaft seiner Zeit als bleibendes Verdienst hervor. Cabet hat dies in der Forderung zusammengefaßt: "Ich möchte das Bündnis zwischen allen Kommunisten und Wahlreformern, weil die politische Reform in meinen Augen der erste Schritt auf dem Wege zur sozialen Reform oder zur Gütergemeinschaft ist" (S.160). In dieser Auffassung äußerte sich eine Neuorientierung der sozialistischen Vormärzbewegung - weg von Geheimbündelei zu neuen Formen des politischen Kampfes. Obwohl diese Konzeption grundsätzlich richtig war, denn sie holte, wie die Autoren betonen, "die kommunistische Bewegung der 40er Jahre aus ihren sektiererischen Kinderschuhen und stellt sie auf den Boden der Tagespolitik" (S.162), mußte sie dennoch damals in Frankreich scheitern, denn Cabets "Fiktion vom Kommunisten in jedem echten Demokraten erweist sich als Illusion" (S.150). Der Verlauf der Revolution im Jahre 1848, an der er sich aktiv beteiligte, hat dies schmerzhaft bestätigt. "Sein Auswanderungsplan zur Gründung eines kommunistischen Gemeinwesens in Amerika vom Mai 1847 entspricht einer Bankrotterklärung seiner Konzeption des demokratischen Weges zum Kommunismus in Frankreich" (S.170), aber eine andere Möglichkeit, wirksam zu werden, gab es für ihn nicht.

Ins Blickfeld der Darstellung rückt nun die mehr oder minder aus der Not gebo-rene Gründung eines kommunistischen Gemeinwesens in Übersee. Auch sie erwies sich als eine Illusion, denn Cabet glaubte "wirklich, er könne in dem erst wenig zentralisierten republikanischen Staatenbund der USA ungehindert einen eigenen Staat mit einem eigenständigen Wirtschaftssystem errichten, in dem die Ikarier ungeschmälert die Früchte ihrer Arbeit genießen, die sich in Frankreich das Kapital aneignet" (S.195). Obwohl die Kolonie einer der "langlebigsten und bemerkenswertesten aller kommunitären Versuche" (S.352) auf diesem Felde gewesen ist, gelang es den Kolonisten nicht, "mit der allgemeinen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion mitzuhalten, geschweige denn, sie (zu) überholen" (S.278). Die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit, die in der wirtschaftlichen Lage der Kolonie am deutlichsten hervortrat, produzierte letztendlich auch den politischen Konflikt, an dem das Unternehmen schließlich scheiterte. 1895 wurde die Kolonie von den letzten noch verbliebenen Ikarieren aufgelöst. Immerhin war die erste Koloniegründung vor mehr als 40 Jahren erfolgt. Cabet selbst, der 1856 verstarb, hat das Ende nicht erlebt. Doch der Ausgang hatte sich bereits in den 50er Jahren abgezeichnet, und Cabet war daran nicht schuldlos. Hatte er sich doch bereits in den früher erfolgten Auseinandersetzungen als ein Theoretiker erwiesen, der seine Lehre wie kein anderer Kommunist der 40er Jahre "autoritär mit dem Dogma persönlicher Unfehlbarkeit" (S.121) umgab. Und diese Charaktereigenschaft konnte er auch in der Praxis der Leitung der Kolonie nicht verleugnen. So

hatte er seiner Leistung und auch seiner Idee selbst geschadet. Doch dem subjektiven Faktor weisen die Autoren mit Recht eine sekundäre Rolle zu.

Lautstark werteten bereits zeitgenössische Gegner der Unternehmung Cabets generell "das Scheitern aller kommunistischen Koloniegründungen für eine Bankrotterklärung des Kommunismus" (S.363). Daraus erwächst die bedrückend aktuelle Frage: "Hat der Reibungsprozeß mit einer reformbedürftigen Gesellschaft das Ideal eines harmonischen menschlichen Zusammenlebens nutzlos verschlissen, die sozialistische Idee als Utopie diskreditiert und weitere Suche nach Weg und Gestalt entmutigt, oder erbrachten solche Versuche trotz ihres Fehlschlagens und enttäuschter Erwartungen auch Resultate, die das Interesse rechtfertigen, mit dem nicht nur Sozialisten deren Entwicklung verfolgten?" (S.379) Die vorliegende Arbeit über Leben und Werk Cabets ist ein überzeugender Beweis dafür, daß diese Frage bejahend zu beantworten ist.

Nicht nur neue Forschungsergebnisse und daraus resultierende Wertungen rechtfertigen die Arbeit auf diesem Felde. Es ist vor allem auch der Dokumententeil, im besonderen Maße die Briefe der damaligen Kolonisten, der Seltenheitswert in der internationalen Literatur besitzt. Ist es doch auch heute noch interessant, was die Menschen dachten und empfanden, die vor über einem Jh. den Worten und dem Aufruf eines Cabet folgten und den Versuch unternahmen, bei aller Mühsal und aller Entbehrung ein neues, zukunftsträchtiges Leben zu gestalten. Darüber geben die in diesen Bd. aufgenommenen Zeitzeugnisse Antwort. Und großen Respekt verdient ohne Einschränkung ihre Über-

zeugung, "Pioniere eines neuen Zeitalters" (S.385) gewesen zu sein, auch wenn sie ihr großes Ziel nicht erreichen konnten.

*Wolfgang Büttner*

**Heinrich Gemkow: Sigismund Ludwig Borkheim: Vom königlich-preußischen Kanonier zum Rußland-Experten an der Seite von Marx und Engels.** (= Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.: Wissenschaftliche Mitteilungen, Heft 2.) Argument Verlag, Hamburg 2003, 170 S.

In dem umfangreichen Œuvre von Heinrich Gemkow, dessen wissenschaftlicher Lebensweg in einem kurzen Editorial knapp nachgezeichnet wird, stellen den Hauptanteil neben einer regen Herausgeber Tätigkeit - bis 1989 vor allem als Mitglied der Gesamtdredaktion der Marx-Engels Gesamtausgabe - biographische Arbeiten über Marx, Engels und eine ansehnliche Reihe ihrer Familienangehörigen, Weggefährten und Mitstreiter.<sup>1</sup> Sie zeichnen sich aus durch gründliche Recherchen, sichere Wertungen und eine bemerkenswerte Darstellungskraft. Diese Vorzüge kennzeichnen auch die Biographie, mit der G. seine Leser zu seinem 75. Geburtstag beschenkte.

<sup>1</sup> Siehe jetzt auch Auswahlbibliographie von wissenschaftlichen Veröffentlichungen Heinrich Gemkows zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Marx-Engels-Forschung (1953–2003), in: Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden. Rückblicke und Erlebnisse von Marx-Engels-Forschern und Historikern der Arbeiterbewegung. Kolloquium anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. Heinrich Gemkow am 28. Juni 2003 in Berlin. Teil 1 (=Pankower Vorträge. H. 54), Berlin 2003. S.46–53.

Sigismund Ludwig Borkheim gehörte zu den regsten demokratischen und sozialdemokratischen deutschen politischen Publizisten des 19. Jh.s und zu den engsten Vertrauten von Marx und Engels. Bisher war man aber für seine Biographie - abgesehen von der gekürzten und nur bis in die 1850er Jahre reichenden Autobiographie, die Reinhold Rüegg 1890 in der "Neuen Zeit" veröffentlichte - auf die knappe Skizze angewiesen, die Engels dem Freund 1887 bei der Neuausgabe von Borkheims Schrift "Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806/1807" widmete. Das ist wohl daraus zu erklären, daß das Quellenmaterial weit verstreut und dessen Verarbeitung schwierig ist, da Borkheims Aufenthaltsorte und Tätigkeitsbereiche vor allem in den ersten drei Jahrzehnten oft wechselten, er den größten Teil seines Lebens in England verbrachte und nie eine Leitungstätigkeit in einer deutschen oder internationalen politischen Organisation innehatte.

G. hat alle daraus für den Biographen resultierenden Schwierigkeiten gemeistert. Erstmals ermittelte und erschloß er die meisten der zahlreichen Artikel, die Borkheim für deutsche, englische und Schweizer Zeitungen schrieb, und das halbe Dutzend selbständiger Schriften Borkheims. Ebenso wertete er dessen Briefwechsel aus, in dem 376 Briefe an Marx bzw. Engels den Hauptanteil ausmachen, zu dem aber auch 71 Briefe an Johann Philipp Becker sowie Briefe an Wilhelm Liebknecht und Louis Kugelmann gehören. G. leuchtete auch für die meisten Wirkungsperioden sorgfältig das Umfeld aus, in dem Borkheim jeweils tätig war, angefangen von der Kindheit, die der Sohn einer jüdischen Familie erst in Glogau, später in

Berlin durchlebte, und seinem Studium in Breslau, Greifswald und Berlin. Eingehend verfolgt er die Herausbildung der politischen Überzeugungen Borkheims.

Wie der Autor zeigt, vertrat Borkheim schon in den ersten Monaten der Revolution von 1848/49 - in dieser Zeit Kanonier in Glogau - radikal-demokratische Positionen. Erstmals genutzte Presseberichte über Borkheims Reden belegen dies eindeutig. Das gleiche gilt für seine anschließende Tätigkeit in Berlin. Prägend für die revolutionären Überzeugungen Borkheims wurde dann nach G.s Darstellung seine Teilnahme am Septemberaufstand 1848 in Baden, seine Haft in Bruchsal und vor allem seine Teilnahme an den Kämpfen der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee 1849, die er als Kommandeur der einzigen Volkswehr-Batterie, der viel erwähnten "Blusen-Batterie", mitmachte. Etwas blasser bleibt die Darstellung von Borkheims Aufenthalt als Emigrant in der Schweiz, 1849 bis Sommer 1850, zumal G. das Organ von Borkheims Freundeskreis in Genf, genannt die "Schwefelbände", das kurzlebige Witzblatt "Rummeltipuff!" - wie bis dahin alle Forscher - für verschollen hielt.<sup>2</sup>

Weit über die Autobiographie hinausgehend beleuchtet der Autor Borkheims Tätigkeit in den 1850er Jahren, als er im Krimkrieg durch einen vielseitigen Zwischenhandel für die englischen und französischen Truppen sein Glück zu machen suchte und gleichzeitig für die Berliner

"National-Zeitung" bemerkenswerte Berichte über den Kriegsverlauf bzw. vom Kriegsschauplatz schrieb, erst Kriegsgewinne erzielte und dann alles wieder verlor.

Politisch war Borkheim bis Ende der 1850er noch mit bürgerlich-demokratischen Emigrantenkreisen verbunden. Er fand jedoch Anschluß an Marx in der schwierigen Situation, als Carl Vogt versuchte, die Enthüllung seiner probonapartistischen Aktivitäten durch eine üble anti-kommunistische Hetze zu entkräften und Marx zu isolieren. Mit seinen Freunden Victor Schily und Johann Philipp Becker (der ehemalige Kommandeur der badischen Volkswehr stand ihm persönlich am nächsten) gehörte Borkheim zu Marx' wichtigsten Helfern bei der Ausarbeitung der Streitschrift "Herr Vogt". Anfang der 1860er Jahre war er - wie bisher wenig beachtet wurde, aber die Briefbände der MEGA<sup>2</sup> belegen werden - sogar der weit-aus-regsamste Briefpartner von Marx und Engels.

Mit dem Werdegang zeichnet G. prägnant das Persönlichkeitsbild Borkheims nach, eines eigenwilligen und trotz mancher skurriler Züge liebenswerten Charakters. Er war kein Kind von Traurigkeit, ein guter Gesellschafter und Schachspieler, aber auch ein streitbarer Mann, der manches Duell bestritt und gleichsam als Visitenkarte ein von vielen Säbelhieben zerschnittenes Gesicht zeigte. Durch großen Fleiß und harte Arbeit verschaffte er sich ein einträgliches Einkommen als First Commis, dann als Kompagnon, zeitweise sogar als Prinzipal einer Londoner Weinfirma. Aber damit verband er eine rege politisch-publizistische Arbeit. Häufig saß er dazu vor Beginn seiner Geschäftstätigkeit

<sup>2</sup> Siehe Rolf Dlubek: Ein Fund aus den journalistischen Anfängen von Sigismund Ludwig Borkheim: Der "Rummeltipuff" (Genf 1849/1850), in: Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden. Teil 2. (=Pankower Vorträge. H. 55). Berlin 2003. S.35-44.

ab fünf Uhr früh am Schreibtisch. Er sprach und schrieb nicht nur gut Englisch, er pflegte sein Griechisch und Latein, lernte Französisch, Spanisch und später Russisch. Er war nicht frei von Eitelkeit, und seine Neigung zur Ironie und Satire, die er wohl schon als Redakteur des "Rummeltipuff" entwickelt hatte, geriet oft zur Burleske. Doch war er ein versierter Publizist. Er hielt stets auch Verbindungen mit liberalen und demokratischen Flüchtlingen in England und anderen Ländern, seit 1860 stand er aber stets treu zu Marx und Engels.

Das publizistische Interessengebiet Borkheims wurde während der Auseinandersetzung mit Carl Vogt zunächst die internationale Politik. Als erste selbständige Publikation verfaßte er 1860 mit Marx' Unterstützung eine Polemik gegen eine Schrift des bonapartistischen Soldschreibers Edmond About. Seine zweite Broschüre war die ebenfalls von Marx inspirierte Rede auf dem Gründungskongreß der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga 1867 in Genf, in deren Titel er sich als "proletarischer Diplomat" bezeichnete.

Der Autor würdigt Borkheims publizistische Leistungen vor allem auf zwei Gebieten: bei der Analyse der sozialen, politischen und geistigen Entwicklungen in Rußland und bei der Kritik des preußisch-deutschen Militarismus und der Verfechtung der revolutionär-demokratischen Traditionen vor allem der Reichsverfassungskampagne. Borkheims einzigartige Rolle als Rußlandexperte, die G. mit Recht hervorhebt, entsprang politischen Motiven. Wie viele 1848er und vor allem Marx und Engels betrachtete er den Zarismus als Hauptgegner der demokratischen und

Arbeiterbewegung in der internationalen Arena. Zunehmend studierte er auch die russische revolutionäre Bewegung, wobei ein hervorstechender Zug eine scharfe Polemik gegen alle panslawistische Bestrebungen in deren Reihen wurde. Angeregt durch Friedrich Engels, lernte er Russisch und seit den 1860er Jahren verfolgte er die russische Literatur, informierte Marx und Engels über wichtige Neuerscheinungen und setzte sich mit ihnen publizistisch auseinander. Zeitweise versuchte er sogar, sich beruflich als Russisch-Übersetzer zu etablieren.

Im "Demokratischen Wochenblatt", im "Volksstaat" und in der "Zukunft" publizierte Borkheim 1868-1870 mehrere große Artikelserien, darunter "Russische Briefe" sowie eine Reihe Artikel mit dem Untertitel "Michael Bakunin", und 1872 erschien in Zürich die von Borkheim übersetzte und mit einer Einleitung versehene Abhandlung eines englischen Autors, "Parteien und Politik des modernen Rußlands". Wichtige Impulse für diese Arbeiten erhielt Borkheim durch den Černyševskij-Schüler A. A. Serno-Solov'ev, von dessen 1871 in Leipzig erschienener Schrift "Naši domašnje dela" er eine deutsche Übersetzung besorgte, die 1871 in Leipzig veröffentlicht wurde. Diese Arbeiten waren allerdings, wie G. zeigt, nicht frei von Russophobie und deutsch-nationaler Phraseologie. Borkheim war auch der erste und einer der heftigsten Kritiker M. A. Bakunins aus dem Freundeskreis von Marx und Engels. Das Verdienstvolle daran ist nicht zu mindern. Wie aus heutiger Sicht eine differenziertere Beurteilung von A. I. Gerzen nötig ist, als sie Borkheim möglich war, ist allerdings auch nicht jeder aus dem Kreis

von Marx und Engels gegen Bakunin erhobene Vorwurf aufrechtzuerhalten.

Wie G. zeigt, war Borkheim stets stolz auf seine Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen von 1848/49 und Zeit seines Lebens ein erbitterter Gegner des preußischen Militarismus. Seine publizistische Hauptleistung auf diesem Gebiet ist die als Separatabdruck einer umfangreichen Artikelserie aus dem "Volksstaat" erstmals 1871 publizierte Broschüre "Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806/1807", in der er angesichts des nationalen Größenwahns gegenüber Frankreich in Erinnerung rief, wie schmählich Preußen einst vor den napoleonischen Armeen zusammengebrochen war. Um das Andenken an die revolutionären Kämpfe von 1848/49 hochzuhalten, schrieb Borkheim zahlreiche, oft polemische Artikel in demokratischen Blättern, aber auch in der "Neuen Preußischen [Kreuz]-Zeitung". Im "Volksstaat-Kalender für 1875" veröffentlichte er die aufschlußreichen Erinnerungen des Adjutanten der Hanauer Turnerwehr Heinrich Damerow.

Das von G. gezeichnete Persönlichkeitsbild wird abgerundet durch einen Abschnitt "Borkheim privat", der erstmals auch Frau Hannah und Sohn Frederick vorstellt, sowie durch die Darstellung des schweren letzten Lebensjahrzehnts von Borkheim, über das bisher kaum etwas bekannt war. Schon 1870 hatte er wegen Überarbeitung einen Zusammenbruch erlitten. An einer chronischen Lungenentzündung leidend und seit 1875 durch einen Schlaganfall einseitig gelähmt, verarmte er und mußte den größten Teil des Tages im Bett verbringen. Trotzdem verlor er nicht den Humor und die Energie

zum Schreiben. Er verfaßte seine Autobiographie, zunächst in englisch, dann noch in deutsch, und sie schwoll in dieser Fassung auf 1200 eng beschriebene Folioseiten an.

Wie bei einer solchen weit ausholenden Darstellung unvermeidlich enthält G.s Biographie auch einzelne Ungenauigkeiten. So kann der von Borkheim zum Leutnant in der Blusenkompanie von 1849 ernannte ehemalige badische Unteroffizier, von Borkheim auch einmal als Gamm bezeichnet, als Sigmund Gnam identifiziert werden, und Victor Schily übersiedelte nicht 1851, sondern im April 1852 von Genf nach London. Insgesamt zeichnet sich die Biographie jedoch wie durch Quellenreichtum und plastische Darstellung auch durch große Zuverlässigkeit im Detail aus. Erwähnenswert ist schließlich die Beigabe von 23 Illustrationen, zu denen neben manchem Bekannten auch Faksimiles von Briefen und Schriften bisher unveröffentlichter Lebenszeugnisse Borkheims und ein Bild seiner Frau gehören. Mit der Herausgabe der Schrift hat sich der rührige Verein zur Förderung der MEGA-Edition erneut ein Verdienst erworben.

*Rolf Dlubek*

**Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49.** FIDES Verlag, Berlin 2003, 1009 S.

Aus Anlaß des hundertfünfzigsten Jahrestages der Revolution von 1848/49 erschien eine kaum übersehbare Anzahl von Publikationen, die sich mit diesem Ereignis beschäftigten, darunter auch einige Biogra-

fien von Teilnehmern der Revolution. Biografische Sammelbd.e, wie der hier zu besprechende, stellen aber eher eine Ausnahme dar. Die Hrsg. sehen ihn als Fortsetzung der bereits 1970 und 1987 erschienenen zwei Bd.e "Männer der Revolution von 1848". Alle drei Bd.e bringen es - zusammen mit den jetzt vorgelegten 23 Beiträgen (die hier - abgesehen von sechs Ausnahmen - erstmals publiziert werden) - auf immerhin 60 Biografien von Männern und - nunmehr auch Frauen - der Revolution.

Letzteres ist besonders erfreulich, weil die Porträts der fünf Frauen *Marie Norden* (Marion Freund), *Louise Otto* (Johanna Ludwig), *Bettina von Arnim* (Uwe Lemm), *Amalie Krüger* (Katja Münchow), *Malwida von Meysenbug* (Werner Broer), die überwiegend - wie übrigens dreiviertel der Beiträge des gesamten Bd.es - auf der Auswertung von Archivalien, Zeitungsberichten und anderer zeitgenössische Quellen basieren, zumindest das Bemühen erkennen lassen, nunmehr auch den Aktivitäten von Frauen während der Revolutionszeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei stellt der Beitrag von Susanne Schötz (Sächsische Schneiderinnen in der Revolution von 1848/49. Ein Gruppenporträt) ohne im eigentlichen Sinne eine biographische Skizze zu sein, gewissermaßen das einigende Band dar, in dem sowohl die eigenständigen Forderungen der Frauen und ihr engagiertes Auftreten in der Revolution dargestellt, zugleich aber auch die Schwierigkeiten und Besonderheiten bei der Erforschung von Frauenporträts benannt werden. Möglicherweise wäre es aber sinnvoller gewesen, die Frauen in einem eigenen Abschnitt vorzustellen.

Wie bereits in den vorangegangenen zwei Bd.en waren die Hrsg. bemüht, Repräsentanten aus unterschiedlichen politischen Lagern vorzustellen, so daß neben feudalaristokratischen Vertretern wie *Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha* (Gerd Fesser), *Fürst Felix Schwarzenberg* (Gunther Hildebrandt) und *Ernst von Pfuel* (Harald Müller), großbürgerliche Liberale, wie *Karl Heinrich Jürgens* (Karl Traupe) vertreten sind. Vor allem aber dominieren Vertreter des gesamten Spektrums der demokratischen Bewegung. So werden *Julius Berends* (Kurt Wernicke), *Michail Bakunin* (Erhard Hexelschneider), *Heinrich Bürgers* (François Melis), *Adolf Glassbrenner* (Wilfried Forstmann), *Gustav Julius* (Heinz Warnecke), *Karl Nauwerck* (Lars Lambrecht), *Arnold Ruge* (Helmut Reinalter), *Friedrich Wilhelm Schläffel* (Helmut Bleiber), *Franz Schmidt* (Walter Schmidt), *Robert Schweichel* (Ursula Herrmann), *Jacob Selenka* (Karl Traupe) *Friedrich Ludwig Urban* (Dorothea Minkels) und *August Willich* (Rolf Dlubek) vorgestellt. Die Hrsg. begründen diese, wie sie selbst betonen "überproportionale Bevorzugung der Vertreter der demokratischen Linken" zu Recht mit den "nach wie vor vorhandenen großen Forschungsdefiziten auf diesem Gebiet" (Vorwort, S.9). Es ist erfreulich, daß - entgegen dem herrschenden Zeitgeist - auch in diesen Bd. Biografien von Vertretern der frühen Arbeiterbewegung aufgenommen worden sind. Der Umfang der Beiträge bewegt sich zwischen zehn und 82 Seiten. Diese für einen derartigen Sammelbd. ungewöhnliche Spannbreite begründen die Hrsg. damit, daß "bei der Handhabung der Aufnahmekriterien [...] wissenschaftliche Substanz letztlich den Vorrang gegenüber

vorgegebenen Normen bezüglich Umfang und Gestaltung" (Vorwort, S. 11) erhalten habe. In der Tat stellt die Solidität der Mehrzahl der Beiträge vergleichbare Publikationen in den Schatten. Umso mehr verwundert es jedoch, daß die Skizze von Wilfried Forstmann über *Adolf Glasbrenner* Aufnahme finden konnte, die sich fast ausschließlich auf Arbeiten von Ingrid Heinrich-Jost stützt und bestenfalls als Seminararbeit zu bezeichnen ist. Unverständlich ist auch, warum die Hrsg. von ihrer - durchaus berechtigten - ursprünglichen Orientierung abgegangen sind, den Schwerpunkt der Biografien auf die Revolutionszeit zu legen. Am frapierendsten wird diese Diskrepanz bei der Ruge-Biografie von Helmut Reinalter deutlich, der nach knapp vierzehn Seiten seiner (insgesamt 22 Seiten umfassenden) Darstellung mit dem Geständnis herausrückt: "Ruges Tätigkeit in der Revolution 1848/49 ist in ihrem ganzen Umfang bis heute noch nicht gründlich erforscht, sie ist aber noch einmal ein Höhepunkt in seinem Leben" (S. 576). Über ganze dreieinhalb Seiten weiß er dann noch über Ruges Aktivitäten in den Jahren 1848/49 zu berichten.

In anderen Fällen wäre eine behutsame und dennoch konsequente Abstimmung der Hrsg. mit den Autoren gewiß nicht von Schaden für das Gesamtstück gewesen. So mag es zwar im Rahmen einer Lehrveranstaltung durchaus angehen, über die Frage zu meditieren, ob es denn sinnvoll sei, eine vorzustellende Persönlichkeit noch als "unbekannt" oder "vergessen" zu bezeichnen - wenn aber Lars Lamprecht in seiner vorzüglichen, auf einen umfangreichen Nachlaßfund gestützten Skizze über Karl Nauwerk auf drei Seiten über

dieses Thema nachdenkt, erscheint das doch etwas überzogen.

Zudem hätte eine Vereinheitlichung bei der Darstellung der Ausgangssituation zu einer Straffung beitragen können, etwa wenn die herangezogene Sekundärliteratur durchgängig in die Fußnoten verlagert worden wäre, wie das übrigens bei der Mehrzahl der Beiträge geschehen ist. Nicht in jedem Fall ist der Umgang mit den Quellen auch überzeugend, wie beispielsweise die Skizze von Erhard Hexelschneider über Michael Bakunin zeigt. Der wiederholte Hinweis auf die und das Zitieren aus der umstrittenen Bakunin-Biografie von Madeleine Grawitz (*Bakunin. Ein Leben für die Freiheit, Hamburg 1999*) läßt die Frage aufkommen, ob es nicht ratsam gewesen wäre, wenn der Autor den Leser wenigstens darüber informiert hätte, warum er sich dennoch dafür entschieden hat, aus diesem Werk zu zitieren. Mit besonderem Interesse werden Historiker zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Marx-Engels-Forscher die biografischen Skizzen von Heinrich Bürgers und August Willich zur Kenntnis nehmen. Dabei handelt es sich übrigens mit 82 bzw. 80 Seiten um die am breitesten angelegten Porträts des Bd.es. François Melis, der bislang mit Forschungen über die "Neue Rheinische Zeitung" hervorgetreten ist, stellt den Mitredakteur dieses Blattes Heinrich Bürgers vor. Das geschieht mit Akribie. So räumt er beispielsweise - ganz nebenbei - mit in der Geschichtsschreibung vorhandenen Konfusionen auf, die Ignaz und Heinrich Bürgers betreffen. Zugleich demonstriert Melis, daß man selbst bei einer derart breit angelegten Auswertung archivalischer Quellen, zeitgenössischer Zeitungen und aller irgend-

wie erreichbarer Publikationen nicht gegen Fehlurteile gefeit ist, wenn man sich allein auf eine einzige Quelle stützt. So gelangt er, ausgehend von Bürgers' Erinnerungen, zu dem Schluß, daß am Katholischen Gymnasium in Köln "eine geistige Atmosphäre des Polizeistaats" geherrscht und "die Ausbildung einer national-patriotischen Gesinnung" gefehlt habe (S.141). Da taucht verständlicherweise gar nicht erst die Frage auf, ob es wirklich purer Zufall war, daß immerhin drei Angeklagte im Kölner Kommunistenprozeß eben dieses Gymnasium besucht hatten (neben Bürgers selbst, Roland Daniels und Johann Jakob Klein), zudem mit Ferdinand Wolf ein Absolvent Redakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung" wurde und schließlich Carl Schurz ein weiterer prominenter Zögling war. Es kommt auch nicht die Frage auf, ob bei jenen jungen Leuten der Keim dafür, daß sie sich später linken bzw. liberalen Strömungen angeschlossen, nicht vielleicht schon am Gymnasium gelegt worden sein könnte. Im konkreten Fall stellt sich jedenfalls heraus, daß am Katholischen Gymnasium zu Köln ein aufklärerischer Geist herrschte, der vor allem durch den, vom humanistischen Bildungsideal zutiefst durchdrungenen Direktor E. J. M. Birnbaum getragen wurde.

Die kenntnisreiche und ebenfalls auf umfangreiches Quellenmaterial gestützte biografische Skizze des preußischen Artillerieoffiziers, dann Mitglied des Bundes der Kommunisten, Freischärlers und Generals der Nordstaaten August Willich hat Rolf Dlubek verfaßt, der sich auf biografischem Gebiet vor allem durch seine Arbeiten über Johann Philipp Becker einen Namen gemacht hat. Die Darstel-

lung von Willichs Leben und seiner politischen Entwicklung geht einher mit einer notwendigen Neubewertung seines Wirkens vor allem in der Zeit nach der Revolution von 1848/49. Dabei ist erfreulich, daß auf bestimmte in der Vergangenheit gängige Stereotype verzichtet wurde. Zugleich sind neue - vielleicht nicht einmal immer vermeidbare - Einseitigkeiten unübersehbar. Streckenweise hatte der Rezensent den Eindruck, daß die Sympathie des Autors mit seinem Helden ihm den Blick für dessen z.T. abenteuerliche politische Aktivitäten getrübt hat. So erscheint es, angesichts der unverkennbaren Niederlage der Revolution, recht fragwürdig, einen noch Anfang 1851 an die preußischen Offiziere gerichteten Aufstandsaufbruch als "mutig" (S.959) zu bezeichnen. Ich meine, zutreffender ist die folgende Einschätzung von Hermann Heinrich Becker: "Er wird mit seinen Dummheiten noch x Menschen ins Pech bringen, denn ein einziger Brief könnte 100 Demagogenrichtern 3 Jahre lang das Gehalt sichern." (Hermann Heinrich Becker an Karl Marx, 27. Januar 1851, in: MEGA, III/4, S.301). Andere kritische Zeitgenossen nannten ihn den "flachen Willich" und verspotteten seinen Aktionismus.

Möglicherweise hätten die - bedauerlicherweise nicht berücksichtigten - im Kinkel-Nachlaß der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn verwahrten über zwanzig Briefe Willichs, ebenso wie Briefe des Polizeispitzels Wilhelm Hirsch, mit Aussagen sowohl über das Umfeld der Auseinandersetzungen um den Kölner Kommunistenprozeß als auch über Willichs Aktivitäten um die "Revolutionsanleihe", zu einer weiteren Differenzierung beige-

tragen. Ungeachtet dieser - eher marginalen - kritischen Anmerkungen setzt der Bd. Maßstäbe für ähnliche Vorhaben, und es ist zu hoffen, daß der Ruf "Zurück zu den Quellen" (S.37) nicht ungehört verhallt. Zugleich sollten sich die Hrsg. ermutigt fühlen, bald einen weiteren Bd. "Männer und Frauen der Revolution" folgen zu lassen. Es gibt noch manch eine/einen, [deren/dessen] biografische Skizze noch zu schreiben wären.

*Erhard Kiehnbaum*

**Werner Lesanowsky: Den Menschen der Zukunft erziehen. Dokumente zur Bildungspolitik, Pädagogik und zum Schulkampf der deutschen Arbeiterbewegung 1870-1900,** Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u.a. 2003, 568 S.

Die vorliegende Publikation verdient allein schon deswegen Erwähnung, weil sie sich einem Thema zuwendet, das in der Erziehungswissenschaft seit dem gesellschaftspolitischen Umbruch 1989/90 obsolet erscheint. Aufgrund unterschiedlicher pädagogischer Traditionsstrukturen in Ost und West ohnehin qualitativ wie quantitativ ungleichgewichtig behandelt und aus historisch gewachsenen Gründen in hohem Maße von politischen Vorurteilen geprägt, gerieten Forschungen zur Bildungspolitik und Pädagogik der Arbeiterbewegung bei der "Neuordnung" der Wissenschaftslandschaft Ost rasch aus dem Blick. In der historischen Pädagogik der Bundesrepublik galt der pädagogischen Hinterlassenschaft der Arbeiterbewegung seit jeher nur marginales Forschungsinteresse. Erst mit der Hinwendung zur Sozialgeschichte in den 70er Jah-

ren fanden entsprechende Themen, vor allem zur Arbeiterjugendbewegung, zur Arbeiterbildung und -kultur, partiell Eingang in die historisch-pädagogische Forschung, ohne sich dauerhaft etablieren zu können. In der DDR galt die "Bildungspolitik und Pädagogik der Arbeiterbewegung" neben der "klassischen bürgerlichen Pädagogik" als maßgebliche traditions- und identitätsstiftende Quelle der Pädagogik in Forschung, Lehre und Praxis. Mit einem vergleichsweise großen Forschungspotential und beachtlichen, vor allem editorischen Resultaten wurde hier an der Erschließung bildungspolitischer und pädagogischer Quellen aus der Arbeiterbewegung gearbeitet. Ihre Rezeption blieb dennoch selektiv, weil primär jenen Denkrichtungen und Personen Forschungsinteresse entgegengebracht wurde, die das Verständnis von Erbe und Tradition in der DDR zu stützen vermochten. In den 80er Jahren angebahnte Revisionen und Paradigmenwechsel in der bildungshistorischen Forschung gingen mit den personalen und inhaltlichen "Abwicklungen" in der Nachwendezeit verloren.

Umso erfreulicher ist der Versuch von L., mit einer Quellenauswahl an die Rolle der Arbeiterbewegung in den bildungspolitischen und pädagogischen Auseinandersetzungen des späten 19. Jh.s zu erinnern. Er wendet sich einem Zeitabschnitt zu, in dem das Bewußtsein von der emanzipatorischen Funktion der Bildung in der sozialistischen Arbeiterbewegung programmatische Gestalt annahm und sich in vielfältigen außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten niederschlug. Mit insgesamt 230 chronologisch aufgeführten Texten aus der proletarischen Presse, aus Parlamentsreden und selbstän-

digen Schriften werden Vielfalt und Intentionen sozialistischer Erziehungsvorstellungen dokumentiert. Eine Einleitung erläutert die "leitenden theoretischen Erkenntnislinien und Grundlagen der Darstellung", also das, was L. als maßgebliche Charakteristika der bildungspolitischen Entwicklungen und Auseinandersetzungen im Zeitabschnitt von der Reichsgründung bis zur Jahrhundertwende ansieht: "die weitere Ausarbeitung und Propagierung marxistischer Positionen zur Bildungspolitik und Pädagogik, den Aufschwung des parlamentarischen und außerparlamentarischen bildungspolitischen Kampfes, die ersten eigenständigen außerhäuslichen Erziehungsmaßnahmen der Partei und ihrer Kulturorganisationen für die heranwachsende Arbeitergeneration, den beginnenden und wachsenden Einfluß der marxistischen Bildungspolitik und Pädagogik auf die Lehrerschaft und das Auftreten erster pädagogischer Schriftsteller der deutschen Arbeiterbewegung" (S.23).

Freilich kann eine einzelne Publikation in Jahren aufgehäuften Forschungsdefizite nicht kompensieren und bei weitem nicht alle Probleme, die aus heutiger Perspektive zu erörtern wären, behandeln. Als Beispiel sei nur auf die widersprüchlichen Implikationen des Konstruktes "Menschen der Zukunft erziehen", um den Titel des Buches aufzugreifen, verwiesen. Wichtiger scheint, daß es durch Publikationen wie die vorliegende überhaupt wieder möglich wird, Anschlussfragen zu formulieren und - was zu wünschen wäre - einen Diskurs zu initiieren, der in erziehungshistorischen Zusammenhängen längst überfällig ist. Ein solcher Diskurs hätte dann vor allem der Frage weiter

nachzugehen, ob, inwieweit und mit welchen theoretischen Positionen bzw. bildungspolitischen Initiativen die sozialistische Arbeiterbewegung Anteil an Modernisierungs- und Demokratisierungsprozessen im Bildungswesen hatte. Wenn, wie auch die vorliegenden Quellen erneut unter Beweis stellen, die Arbeiterbewegung maßgeblich zur Thematisierung des Zusammenhanges von Bildung, sozialer Gerechtigkeit und Emanzipation beigetragen hat, gewinnen diese Fragen zu Beginn des 21. Jh.s, angesichts des Abbaus und Umbaus sozialer Gerechtigkeitsstandards und des Verlustes einer gesellschaftlichen Gegenkraft, wie sie die Arbeiterbewegung einst darstellte, eine ganz spezifische Bedeutung.

*Christa Uhlig*

**Åsa Linderborg: Socialdemokraterna skriver historia. Historieskrivning som ideologisk maktresurs 1892-2000, Atlas, Stockholm, 2001, 549 S.**

Der Begriff "sozialdemokratische Geschichtsschreibung" hat sich weder im Westen noch im Osten eingebürgert. Er gehört eher zum kommunistischen Sprachgebrauch der 20er Jahre und ist seither lediglich im Anschluß an bestimmte Streitfragen der deutschen (Revolution 1848, Zweite Internationale, 4. August 1914, Novemberrevolution u.dgl.) bzw. russischen Historie gebraucht worden. Als Überrest des Konfrontationsjahrhunderts gilt nach wie vor der mehrdeutige Fachausdruck "marxistische Historiographie", welcher gerade im Deutschen sowohl den verwelkten marxistisch-leninistischen als auch den offenbar lebensfähigeren kri-

tisch-marxistischen Zweig westdeutscher Abstammung umfaßt. Sonst strukturiert man heutzutage Historiographie gemäß ihrer nationalen Zugehörigkeit bzw. wissenschaftlichen Schulrichtung.

Doch gibt es eine sozialdemokratische Geschichtsschreibung, solange es entsprechende Parteien gibt. Der skandinavische Norden bleibt nach wie vor ein, obwohl immer mehr bedrängtes, Bollwerk der regierenden Sozialdemokratie, und da hat es seit etwa einem Jh. auch eine sozialdemokratische Historiographie gegeben. Im Unterschied sowohl zum geteilten Deutschland vor der Wende wie zur ehemaligen Sowjetunion, wo es trotz ständiger ideologischer Konfrontation und (im deutschen Fall) trotz der *Halleschen Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie* - glaube ich - zu einer monographischen Studie über eine - wie auch immer genannte - "reformistische", "opportunistische" oder "revisionistische" Geschichtsschreibung kam, wurde diese Leistung zuerst in Dänemark von mehreren politisch ungebundenen Historikern (Claus Bryld, Niels Finn Christiansen, Per Salomonsson, Mogens Rüdiger u.a.) und dann in Schweden von einer einzigen vollbracht. Die junge Universitätslektorin in Uppsala, Åsa Lindergård, konzentriert ihre Habilitationsabhandlung auf ein einziges Problem: ob es der schwedischen Sozialdemokratie in mehr als 100 Jahren gelang, die Historiographie als ideologisches Machtmittel auszunutzen, sowohl intern - innerhalb der Arbeiterbewegung - wie auch national, in der eigenen Nation? Kam es nach fast ununterbrochener 70jähriger sozialdemokratischer Reichsregierung zu einer sozialdemokratischen Hegemonie (im Sinne Gramscis) in Schweden?

Nach einer ausführlichen Problemerkörterung (Kap. 1) und einer Übersicht über das riesige herangezogene Quellenmaterial (Kap. 2) wird sozialdemokratisches Schrifttum vor allem nach der ersten Regierungsbildung, also ab 1920 (Übersichtswerke, Fest- und Gedächtnisschriften, Nachrufe, Biografien, Diskussionsbeiträge zur schwedischen Historie, in Zusammenarbeit mit der SAP verfertigte wissenschaftliche Studien), von mehreren Gesichtspunkten aus untersucht. Unbeachtet blieben Zeitungs- und Zeitschriftenpublizistik, lokalhistorische Untersuchungen, historische Belletristik, Rundfunk- und Fernsehprogramme. Die Autorin beginnt mit der Darstellung von "Helden" und anderer Akteure der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung - Ansätze zum Führerkult (Kap. 3); Geschichtsschreibung als Loyalitätserziehung der Bewegung und Ausklammerungsmittel hinsichtlich der (linken) Opposition (Kap. 4); ideologische Entwicklung der Partei als immer realistischer, kompromißwilliger, staatstragender, verantwortungsbewußter und nicht zuletzt immer "schwedischer" (Kap. 5). Es folgt die sozialdemokratische Bewältigung der älteren nationalen Vergangenheit, wodurch die Partei und ihre Leistung - der Wohlfahrtsstaat (schwed. *folkshem*), später weltbekannt als sog. "schwedisches Modell" - als Verkörperung und Krönung der uralten schwedischen Volks- und Rechtstraditionen dargestellt werden (Kap. 6). Schließlich (im Kap. 7) wird die schwedische Moderne, ab etwa 1880, ausgemalt als Emporkommen aus der Finsternis zum Licht, ins glückliche schwedische "Volksheim", als Resultat des zielbewußten Strebens der Partei. Der Hauptteil der Abhandlung läßt dar-

aufschließen, daß die sozialdemokratische Geschichtsschreibung, jedenfalls seit 1920 mit der endgültigen Weichenstellung zum Ministerialismus und Reformismus, von den bürgerlichen Intellektuellen stark beeinflusst wurde. Statt einer vermeintlichen sozialdemokratischen kam es eher zur sozialliberalen Hegemonie oder, anders gesagt, zur "bürgerlichen Hegemonie, welcher die Sozialdemokraten durch ihren spezifischen Volksheimdiskurs seit langem ein ausgesprochenes sozialliberales Aussehen gaben" (S.395, auch 397). Diese Generalthese wird anhand der populären Schriften und Lehrbücher sowie der berühmtesten Kampagne gegen das linksradikale Fernsehprogramm von 1971 ("Vom Sozialismus zur einer größeren Gleichheit") unterbaut (Kap. 8). Gemäß L. wurde diese bürgerliche Hegemonie im historischen Bewußtsein der Schweden in den 90er Jahren zusätzlich durch den rechtsliberalen Angriff auf das schwedische Modell gestärkt, das ohnehin infolge der europäischen Integration des kleinen Landes immer mehr ausgehöhlt wurde.

Die Hauptresultate der Abhandlung sind im letzten Kap. 9 geschickt zusammengefaßt und dem internationalen Leserkreis in einem Summary zugänglich gemacht. Es gelang der SAP nie, ihre eigentliche Hegemonie im historischen Bewußtsein des Volkes durchzusetzen. Die Parteintellectuellen verhalten wohl der vorherrschenden reformistischen oder direkt sozialliberalen Richtung/Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung, die Oberhand zu erreichen. Jedoch mußte man sich im nationalen Maßstab mit dem Vorhandensein einer bürgerlichen Hegemonie abfinden bzw. aussöhnen und sich mit dem sozialliberalen Kompromiß begnügen. Da-

für leisteten die bürgerlichen Intellektuellen ihren "Gegenbeitrag", indem sie reformistische Kräfte und Bestrebungen innerhalb der SAP hervorhoben und priesen. Die Autorin schließt ihr gut lesbares Werk mit der nüchternen Feststellung, "es gebe keine endgültige Wahrheit bezüglich der Schicksale sowohl Schwedens wie ihrer Sozialdemokratie" (S.472). "Die Sozialdemokraten bedürfen einer offenen, selbstkritischen Geschichtsschreibung", um den "Neoliberalen und Sprachrohren der Privatwirtschaft ihre ideologische Initiative wegzunehmen". Obwohl das Letztgesagte vor allem die schwedische Realität widerspiegelt, dürften diese Schlußfolgerungen, so glaubt der Rezensent, auch in Deutschland von Interesse sein. Eine deutsche Fassung des Buches wäre deshalb wünschenswert und - mit schwedischer oder nordischer materieller Unterstützung - wohl auch möglich.

Trotz dieser insgesamt positiven Einschätzung des vorliegenden Bd.es möchte der Rezensent einige kritische Einwände machen. L. hat die Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Historiographie übertrieben. Zum ersten hat sie die schwedische Marx-Rezeption bzw. -Rekonstruktion vollkommen außer Acht gelassen. Zum zweiten hat sie die Ausstrahlung des linkssozialistischen bzw. kommunistischen Schrifttums bagatellisiert. Zum dritten hat sie internationale Entwicklungen des vergangenen Jh.s sowie die sozialdemokratischen Darstellungen der sozialen Revolutionen und der nationalen Befreiungsbewegungen kaum berücksichtigt. Gerade das Letztgenannte verführte die Autorin mitunter zu einseitigen Schlußfolgerungen. Denn trotz der notorischen Hetze gegen die Bolschewiken nach 1917 (z.B.

durch die SPD) und des beständigen ideologischen Antikommunismus unterschied sich die sozialdemokratische Darstellung der Oktoberrevolution, der sozialistischen Planwirtschaft und (nach 1945) der gesamten sozialistischen Welt drastisch vom historischen Bild, das die bürgerliche Historiographie davon zeichnete. Und dieser Unterschied bestand fast bis zum Ende der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten. Das beweisen gerade auch die Aussagen des schwedischen SAP-Vorsitzenden Olof Palme sowie die des späten Willy Brandt. Gerade hier verlief die deutlichste, auch heute noch wahrnehmbare "Wasserscheide" zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Zeitgeschichtsschreibung - nicht nur in Schweden.

*Alexander Kan*

**Reinhard Mocek: Biologie und soziale Befreiung. Zur Geschichte des Biologismus und der Rassenhygiene in der Arbeiterbewegung.** (Philosophie und Geschichte der Wissenschaften. Studien und Quellen. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler [Bremen] und Pirmin Stekeler-Weithofer [Leipzig], Bd. 51) Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u.a. 2002, 523 S.

Die vorliegende Publikation nimmt ein Thema auf, das in der Historiographie zur Arbeiterbewegung jahrzehntelang tabuisiert blieb. Erklärbar ist dieser massive Verdrängungsprozeß vor allem aus dem schwierigen Umgang mit der Tatsache, daß rassenbiologische und eugenische Theorien, die auch in der proletarisch-sozialistischen Bewegung Resonanz und Eigendynamik erlebt hatten, "als argumen-

tative Basis für den größten Ausrottungsfeldzug in der Geschichte der Menschheit herhalten mussten". "Womit man im theoretischen Diskurs selbst kokettiert hatte, das war nun im Rückblick Bestandteil furchtbarster Verbrechen geworden" (S.10). Biologie und besonders die Evolutionstheorie hatten auf verschiedene Weise utopistische Vorstellungen von der Gestaltbarkeit des Menschen und der Überwindbarkeit menschenunwürdiger sozialer Milieus gestützt und eine optimistische Zukunftsgewißheit erzeugt, in der problematische humanitär-ethische Grenzbereiche und antihumane Implikationen solchen Denkens kaum explizit reflektiert und antizipiert wurden.

Es ist ein Verdienst Reinhard Moceks, die Auseinandersetzung mit diesem Bestandteil proletarischer Tradition auf einer wissenschaftlich fundierten Basis und in historisch-systematischer Perspektive begonen zu haben. Material- und problemreich wird die Entwicklung proletarischer Auffassungen zu Biologie und Rassenhygiene im deutschen Sprachraum im 19. und 20. Jh. dargestellt und mit kritischen Reflexionen bis hin zu philosophisch-ethischen Grundfragen moderner Genforschung verknüpft. Ein Anhang enthält neben Personen- und Sachregister eine Chronologie sowie einige Quellenauszüge und einen Vergleich "sozialistischer Eugenik" mit "proletarischer Rassenhygiene" (S.419ff.). Die Arbeit umfaßt drei Teile: Ein *erster Teil* gilt der *Analyse des Forschungsstandes und der Erörterung erkenntnistragender Begriffe*. Bereits hier wird offensichtlich, wie wichtig die vorliegende Publikation ist, denn das Fehlen einschlägiger Untersuchungen begünstigte Spekulationen über die historische und geistesgeschichtliche

Mitschuld proletarischer, im Materialismus und Darwinismus wurzelnder Ideen an den nazistischen Verbrechen. Mocek weicht derartigen Schuldzuschreibungen nicht aus, sondern nimmt sie in die Analyse auf (S.10ff.). Zugleich fügt er mit der Frage nach sozialen Ursachen und Zusammenhängen biologistischer, sozialhygienischer und eugenischer Auffassungen in der Arbeiterbewegung bislang vorhandenen Forschungen einen dort stark vernachlässigten Aspekt hinzu. Daß die "Biologie der Befreiung" in der Geschichte der Arbeiterbewegung nie die Idee der "Soziologie der Befreiung" ersetzen konnte, ist eines seiner Forschungsergebnisse. Im *zweiten* (umfangreichsten) Teil werden anhand der *Werkanalyse maßgeblicher Repräsentanten proletarischer Rassenhygiene* idealtypische wie spezifische Theorien, Entwicklungslinien und Kontroversen nachgezeichnet und dabei *drei Entwicklungsstapen* unterschieden: die Rezeption der Naturwissenschaften und die Bedeutung des Naturbegriffs im Arbeiterkommunismus und im utopischen Sozialismus in der ersten Hälfte des 19. Jh.s (S.109-163), die Kontroversen zum Verhältnis von Marxismus und Darwinismus in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s (S. 163-245), proletarische Rassenhygiene im Spannungsfeld von praktischer Eugenik und sozialistischer Weltanschauung an und nach der Jahrhundertwende (S.245-392). Vor allem dieser letzte Teil ist von einer informativen Dichte, die hier auch nicht annähernd gespiegelt werden kann. Als Exempel sei lediglich auf das Kapitel über die "Schlüsselfigur der proletarischen Rassenhygiene", die Publizistin Oda Olberg, verwiesen. Es zeigt die Genese rassenhygienischer Konzepte im Kontext der Frauenemanzipation

on bis hin zum Entsetzen über die faschistischen Verbrechen, "daß das bloße Wort Eugenik oder Rassenhygiene Schaudern macht" (S.299ff.). Der *dritte Teil* wendet sich der Gegenwart zu und somit den *"neuen Herausforderungen an eine auf die menschliche Natur zugespitze Sozialpolitik durch Regenerationsbiologie und Gentechnik"* und der *"Frage nach den möglichen Rückgriffen auf die Lehren der proletarisch-rassenhygienischen Vergangenheit"* (S.397ff.). Die Quintessenz: "die alte philosophische Einsicht von der Unteilbarkeit des Begriffs der Menschlichkeit" - ohne jedwedes "Ja aber" (S.399). Und auch hier überzeugt eine konsequent soziale Perspektive. "Gesundheit und Selbstbestimmung unter würdigen Umständen für alle möglich zu machen, bleibt Ziel und Aufgabe von moderner Medizin und Ethik" (S.417). Es ist zu wünschen, daß Moceks Arbeit in der wissenschaftlichen Welt Beachtung findet und Diskussionen initiiert. Anschlußfragen, nicht zuletzt auch unter disziplinspezifischen Aspekten, provoziert sie zur Genüge. *Christa Uhlig*

**Mario Niemann: Mecklenburgischer Großgrundbesitz im Dritten Reich. Soziale Struktur, wirtschaftliche Stellung und politische Bedeutung (Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 116), Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2000, 421 S.**

Bis zum Ende der DDR wurde der ostelbische Großgrundbesitz in der NS-Zeit nicht zum Gegenstand systematischer Untersuchungen. Dabei lenkte die Bodenreform von 1945/46 - Ausgangspunkt der sozialökonomischen Umgestaltung der ostdeutschen Gesellschaft - massiv den

Blick der Öffentlichkeit auf die Gutswirtschaft. Die politische Motivation setzte jedoch Erkenntnisstrahlen. Nun liegt für Mecklenburg als eines der beiden Kernländer der Bodenreform die Druckfassung einer Rostocker Dissertation vor.

Der Autor untersucht den Gegenstand in drei Sichtebeinen. Die soziale Analyse schaut zunächst auf die sozialökonomische Struktur (Eigentums- und Besitzverhältnisse, Betriebsgröße, Dualismus von adligen und bürgerlichen Besitzern) und wendet sich dann den Sozialdaten Herkunft, Geschlecht und Alter, Familienbildung, Bildungsweg und Glaubensbekenntnis zu. Hier erscheinen auch Beobachtungen zur Standesmentalität adliger Besitzer. Die zweite Sichtebeine dringt in die Wirtschaftsdaten ein: Bodennutzung, Maschineneinsatz, Viehbestand, Arbeitskräfte, Produktionsleistung und Rentabilität. Die Leistungen in der Autarkie- und Kriegswirtschaft werden sichtbar. In beiden Sichtebeinen profitiert der Autor von den methodischen Wegen der Rostocker agrarhistorischen Schule und kann an deren Feststellungen für die Zeit vor 1914 anknüpfen. Die dritte Sichtebeine hat die politische Haltung und die Stellung im faschistischen Machtsystem zum Gegenstand. Hier wird nach dem Maß der Wegbereitung und nachfolgend der Machtstützung gefragt, woran sich eine Faktensammlung zum Widerstand des 20. Juli 1944 anschließt. Das Buch endet mit einer Eruiierung der Toten als Kriegsfolge, im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee und infolge der Internierung nach Kriegsende (errechnet 12 %). Leider fehlt ein Orts- und Personenregister. Damit wäre es leichter gewesen, ein komplexes Bild eines Gutes und seines

Eigentümers zu gewinnen und auch quellenkritische Sonden anzulegen.

Wirtschaftshistorisch konnten folgende Tatsachen und Entwicklungstrends auf eine empirisch gesicherte Grundlage gestellt werden: a. fortdauernde agrarwirtschaftliche Vorrangposition von Betrieben über 100 ha mit einem nunmehr etwas unter 50 Prozent liegenden Anteil an der LN; b. 200-500 ha Flächengröße jedes zweiten Gutes, zugleich aber Fortbestehen von Gutskonzentrationen mit mehr als 1000 ha, vor allem in der Hand adliger Besitzer; c. Tendenz zunehmender professionalisierter Eigenbewirtschaftung durch eine jüngere Generation angestammter Besitzerfamilien; d. Verfestigung der Positionen bürgerlicher Gutsbesitzer mit ihrem Zweidrittelanteil an den Gütern und der Hälfte der von Gutsbetrieben bewirtschafteten Flächen; verpachtete Staatsgüter als ein Viertel aller Güter samt und sonders in bürgerlicher Hand; e. Besitzerwechsel auf jedem zweiten Gut als Folge der Agrarkrise an der Wende von den 20er zu den 30er Jahren; f. Aufkauf von 10 Prozent der Güter durch deutsche und ausländische Industrielle als Sommerresidenz oder Jagdgut bzw. zur Kapitalanlage; g. fortschreitende Modernisierung durch Technisierung (wobei nach wie vor Pferde als Zugkräfte dominierten), aber kapitalmangelbedingtes Zurückbleiben gegenüber anderen Regionen; h. Produktivitätsniveau oberhalb des bäuerlichen Sektors, aber mit erheblicher Differenziertheit in der Spanne modernster Intensivbetriebe und extensiv bewirtschafteter Güter; i. Intensivierung und Ertragssteigerung im Zuge nazistischer Autarkie- und Kriegswirtschaftspolitik; j. Sanierung durch "Osthilfe"-Entschuldung, Aufsiedlung

von Gütern und Erlössteigerung durch höhere Agrarpreise; Halbierung der Schuldenlast bis Kriegsende; k. fortdauernde Landflucht und Modifizierung der Arbeitsverfassung durch den Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zum Ausgleich für die zur "Wehrmacht" Einberufenen.

Ein besonderes Gewicht im Geschichtsbild beanspruchen die Ergebnisse der politikgeschichtlichen Untersuchung: a. Engagement der meisten Großagrarien als gediente Militärs im militaristisch-nationalistischen "Stahlhelm" und in Kriegervereinen; Übertritt vor allem jüngerer Gutsbesitzer zur SA und SS, wobei einige prominente Vertreter des Altadels in Führungspositionen aufstiegen, b. Engagement jedes zweiten adligen Gutsbesitzers in der monarchistisch und antisemitisch orientierten Deutschen Adelsgenossenschaft (eine der wenigen Nichtgliederungen der NSDAP, die nicht von der Naziregierung verboten wurden); c. Hinwendung der "Herrengesellschaft Mecklenburg" mit ihrer starken Fraktion agrarischer Elite ab 1930 zur NSDAP; d. Aktivismus besonders vieler begüterter Industrieller als Förderer der aufstrebenden Nazibewegung; e. Mitgliedschaft jedes vierten Gutsbesitzers in der NSDAP, dabei jeder Dritte schon vor 1933; Tendenz der verstärkten Hinwendung der Söhne von agierenden Großagrariern nach der begonnenen Aufrüstung zur Nazibewegung; f. Bewahrung der Funktion als agrarwirtschaftliche Elite durch Führungsfunktionen im Genossenschaftswesen und in der Verarbeitungsindustrie; g. Führungsfunktionen im "Reichsnährstand" auf Landes- und vielfach auch auf Kreisebene; Bewahrung der Position als Gemeindevorsteher in 40 Pro-

zent aller Landgemeinden bei allerdings schwindender Kompetenz infolge des zentralistischen Regimes; h. Einsatz mehrerer Gutsbesitzer als "Sonderführer" in okkupierten Gebieten – Mitläufertum und verbreiteter Dissentismus, antifaschistischer Widerstand nur Weniger.

Die in sehr kurzer Zeit entstandene Studie ist das Ergebnis großer empirischer Fleißarbeit. Für jedes Gut wurden die Angaben im Güteradreibuch (1926) und im Staatshandbuch (1937) verglichen. Die Aktenüberlieferung im mecklenburgischen Landwirtschaftsministerium erhielt die wirtschaftlichen Verhältnisse der Domänen, also eines Viertels aller Gutsbetriebe. Fakten konnten auch aus zahlreichen agrarwirtschaftlichen und -sozialen Untersuchungen von vor 1945 entnommen werden, die früher sekretiert und in den Bibliotheken schwer zugänglich waren. Die deutsche Neuvereinigung und die Rückkehr von Familien eröffnete den Zugang zur mündlichen Tradition vertriebener Besitzerfamilien. Der Autor konnte sich auf den von ihm herausgegebenen Sammelbd. mit Erinnerungen stützen<sup>1</sup> und befragte 16 Zeitzeugen, darunter 6 Gutsarbeiter und -angestellte. Die bis 1993 in Westberlin nicht öffentlich zugängliche NSDAP-Mitgliederkartei ermöglichte es, zusammen mit den Ministerialakten 40 Prozent der Gutsbesitzer zu überprüfen.

Die methodischen Wege bei der Auswertung des riesigen Tatsachenmaterials befriedigen oft nicht. Unzureichend knüpft Niemann an Erkenntnisse, Fragestellun-

<sup>1</sup> Mario Niemann (Hrsg.): Mecklenburgische Gutsbesitzer im 20. Jahrhundert. Erinnerungen und Biographien, Neuer Hochschulverlag, Rostock 2000, 724 S. 3

gen und Argumentationen anderer Autoren an. Zuweilen ist die Argumentation nicht schlüssig. Ein Hauptmangel liegt im Umgang mit den Zeitzeugenberichten. Obwohl der Autor um deren Subjektivität weiß, werden allzu oft Aussagen wortwörtlich zitiert - nicht als Bestätigung und Illustration gewonnener wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern im Range einer historischen Tatsache selbst. So manche Wertung wird also umstritten bleiben.

Am wenigsten zufrieden sein kann man mit dem Abschnitt "Arbeitskräfte" in der wirtschaftlichen Analyse (S.134-163). Zu erwarten gewesen wären Untersuchungen zu folgenden Problembereichen: Arbeitskräftebesatz und Leistungsvermögen, geschlechter- und altersmäßige Zusammensetzung der Belegschaften, Anteil ausländischer Saisonarbeiter, Bewältigung der neuen Anforderungen infolge Maschineneinsatz und Produktionsintensivierung hinsichtlich Qualifikation, Arbeitsorganisation und Vergütung, Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen anstelle der zum Kriegsdienst eingezogenen Landarbeiter und die Konsequenzen für die Arbeitsorganisation, die Leistungspotenzen und die Entlohnung. Alle diese Probleme werden nur mehr oder weniger gestreift, nicht aber zum Gegenstand einer tiefgreifenden Analyse. Das eruierte disparate Quellenmaterial hätte ohnehin eine solche Analyse nicht getragen. Stattdessen erfolgt eine inhaltliche Ausweitung auf die Landflucht von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft generell, auf Elemente der Lebenslage der Landarbeiter, besonders auf die "vielerorts katastrophale" Wohnsituation (S.354), und auf einzelne Aspekte der nazistischen Landarbeiterpolitik (u.a. Erzwingung der Instandset-

zung und des Neubaus von Landarbeiterwohnungen im bisher unbekanntem Ausmaß in fast allen Gutsdörfern (S.153-155). Im Mittelpunkt des Abschnitts stehen Aussagen über das Verhältnis von Gutsbesitzer und Landarbeiter (S.144-150). Für die Domänen kann auf der Basis der Aktenüberlieferung in 60 Prozent der Fälle ein gutes Verhältnis konstatiert werden, wobei der hier mögliche Druck seitens des Naziregimes in Rechnung zu stellen wäre. Auf der Basis von Aussagen von Zeitzeugen aus dem Kreis ehemaliger Gutsherren oder ihrer Nachfahren wird in Übereinstimmung mit den sechs befragten Landarbeitern und Gutsangestellten generell ein Verhältnis patriarchalischer Fürsorge konstatiert. Es ist bedauerlich, daß der Autor hier an den Zeugnissen in den Kirchenarchiven mit den Zeugnissen der Pastoren vorüber gegangen ist. In einer fast zeitgleich erarbeiteten Studie ist weniger von idyllischen Verhältnissen die Rede und wird - übereinstimmend mit der bisherigen Forschung - das patriarchalische Verhältnis als Dualismus von Fürsorge und Herrschaft begriffen.<sup>2</sup> Es scheint auch bedenklich, in so reichem Maße die herrschaftliche Seite in den Zeugenstand zu ziehen, aber Zeugnisse der Gegenseite nur in sehr geringer Zahl zu eruieren (noch dazu begrenzt auf 4 Dörfer) und die Erinnerungsliteratur von Landarbeitern fast völlig zu negieren. Obwohl die Domäne Mestlin zu den ausgewählten vier Orten zählt, wo Zeugnisse von beiden Seiten herangezogen werden, wird eine gravierende Fährte gar nicht erst aufgenommen: das Zeugnis des Altkommunisten Ernst Goldenbaum - damals Landtagsabgeordneter und Beauftragter der KPD-Fraktion für landwirtschaftliche Fra-

gen - über die Manipulationen des Domänenpächters, um den 1931 zum Gemeindevorsteher gewählten Landarbeiter aus dem Dorf zu bringen.<sup>3</sup> Einen weiteren Schwerpunkt des Abschnitts bildet das Los der Kriegsgefangenen (S.159-163). Auch hier schließen sich die überwiegend subjektiven Quellenzeugnisse nicht zu einem gesicherten Bild zusammen. Die Fragwürdigkeit eines vor allem auf Augenzeugenberichten basierenden Geschichtsbildes tritt mir immer wieder vor Augen, denke ich an eigene Recherchen zur Bodenreform im Kreis Malchin. Bei einem der vielen Gespräche mit Augenzeugen erzählte ein Pastor aus dem Miterleben, daß der Statthalter der Gutsverwaltung zwei kriegsgefangene Russen denunzierte, die aus Hunger Möhren vom Gutsacker ausgebuddelt hatten, mit der Folge, daß sie an Ort und Stelle erschossen wurden. War auf den Gütern "die Behandlung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, von negativen Ausnahmen, die es zweifellos gegeben hat, abgesehen, in den meisten Fällen anständig" (S.355)? Und war dies in erster Linie der humanen Gesinnung der Gutsbesitzer zu danken, obwohl "sicherlich auch die Bedeutung der Ausländer als oft einzige Arbeitskräfte eine Rolle (spielte)"?

Nach der vorliegenden Untersuchung zum Großgrundbesitz in faschistischer Zeit ist zweifellos eine "differenzierte Beurteilung notwendig". Aber läßt sich nun "das bisherige, von der marxistischen Historio-

graphie, aber auch der bundesdeutschen Sozialgeschichtsschreibung vermittelte Bild der Großgrundbesitzer nicht mehr aufrechterhalten" (S.362), wie der Autor postuliert? Ich meine: Vieles, was man aus der Wirtschaftsstatistik, aus allgemeinen Beschreibungen und Faktenaufbereitungen für propagandistische Zwecke kennt, erscheint nun auf einer gesicherten empirischen Basis, ist jetzt im wechselseitigen Zusammenhang erkennbar, macht differenziertere historische Sachurteile möglich und wirkt damit verfestigten Vorurteilen entgegen.

Zusammengefaßt: Die Arbeit von Niemann verdeutlicht das besondere Gewicht des Untersuchungsgegenstandes für das Geschichtsbild: ökonomisch durch die Dominanz in Agrarverfassung wie Agrarproduktion, sozial wegen der Verknüpftheit mit der Landarbeiterfrage und der Problematik der Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen und politisch hinsichtlich der Verhaltensweise einer agrarischen Elite in der Zeit faschistischer Gewaltherrschaft. Teils sind verlässliche Grundlagen entstanden, noch mehr aber Fragen aufgeworfen, die einer tieferen Durchdringung harren.

*Siegfried Kuntsche*

**Ottlie Knepper-Babilon, Hanneli Kaiser-Löffler: Widerstand gegen die Nationalsozialisten im Sauerland. Eine Untersuchung zum Verhalten der sauerländischen Bevölkerung während der NS-Zeit.** Hrsg. vom Hochsauerlandkreis, (Hochsauerland Schriftenreihe; Bd. IV), Podszun, Brilon 2003, 288 S., Abb.

2 Mechthild Hempte: Ländliche Gesellschaft in der Krise: Mecklenburg in der Weimarer Republik. Boehlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2002.

3 Ernst Goldenbaum: Die deutschen Bauern in Vergangenheit und Gegenwart, Deutscher Bauernverlag, Berlin 1950, S.107.

In der vorliegenden Schrift werden von den beiden Autorinnen widerstandsrelevantes Verhalten von Bevölkerungsgruppen und Einzelpersonen in den ehemaligen Kreisen Arnberg, Brilon und Meschede, die im wesentlichen heute den Hochsauerlandkreis bilden, untersucht. Gekennzeichnet ist diese Region einmal durch ihre vorwiegend "ländliche Prägung", zum anderen durch "eine nahezu homogen gebliebene katholische Bevölkerungsstruktur", die "ihre Wurzeln in der Jahrhunderte dauernden politischen Zugehörigkeit ... zum Erzstift Köln als geistlichem Territorium" (S.13) hatte. Das gesellschaftliche Leben wurde bis 1933 durch den politischen Katholizismus dominiert. Stärkste Partei war das Zentrum, das selbst bei den Reichstags- und Kommunalwahlen im März 1933 in den meisten Wahlbezirken der drei Kreise mehr als 50% der Stimmen erhielt. Parteien und Organisationen, die nicht dem Katholizismus oder keiner Konfession verbunden waren, hatten nur geringe Chancen. So gelang es SPD und KPD sowie den mit ihnen verbundenen Organisationen, bis 1933 nur in einigen Orten mit mehr Industrie eigene Ortsgruppen zu bilden und einen bescheidenen politischen Einfluß zu gewinnen (ihr Stimmenanteil lag bei den Reichstagswahlen November 1932: SPD 4,06 Prozent, KPD 10,35 Prozent; März 1933: SPD 3,04 Prozent, KPD 6,33 Prozent). Selbst die NSDAP erhielt bei den Wahlen im März 1933 nur ca. 22 Prozent der Stimmen. Diese gesellschaftliche und politische Situation fand ihre Widerspiegelung im Verhalten gegenüber der Politik und dem Handeln der Hitlerregierung und deren regionalen und lokalen Statthaltern. So wird resümierend festgestellt:

"Wenn es in der Zeit zwischen der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und den letzten Reichstags- und Kommunalwahlen im März 1933 unter den Katholiken, die politisch dem Zentrum verbunden geblieben waren, mancherorts noch einen (wenn auch stillschweigenden) Konsens in der Ablehnung des Nationalsozialismus gegeben haben mag, gingen Widerstände von dieser Seite nur von einzelnen Personen aus; Monate vor der Selbstauflösung der Zentrumspartei (05.07.1933) war es bereits ein Widerstand ohne Parteilrückhalt, ohne Rückhalt einer zentrumsnahen Organisation" (S.26). Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Kommunisten sowie einem Teil der Sozialdemokratie. Die Nazis reagierten mit Verhaftungen und Folterungen, um den Widerstand der Antifaschisten zu brechen. Nach dem Reichstagsbrand führten die Nazis Massenverhaftungen gegen alle bekannten Kommunisten durch, denen sich nur wenige entziehen konnten. Dennoch gab es immer wieder Versuche von Kommunisten, Widerstand zu leisten. In der Regel waren es jedoch, wie in der Studie dargestellt wurde, in den genannten drei Kreisen vor allem einzelne Personen, die aus unterschiedlichen Motiven Widerstand leisteten. Dabei wurde der Begriff Widerstand weit gefaßt. Es ging weniger um große Aktionen, die die Herrschaft des Hitlerregimes hätten erschüttern können, "sondern um Verweigerung, Ungehorsam, Widersetzlichkeiten und Handlungen, die offen Ablehnung signalisierten" (S.2). Die Studie schildert damit Verhaltensweisen, die auch in anderen ländlichen Gebieten zu finden sind und deutlich machen, daß

der stärkste Widerstand gegen den Faschismus aus der organisierten Arbeiterbewegung erwuchs.

*Jürgen Stroech*

**Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren**, Aufbau Verlag, Berlin 2002, 488 S.;

**Wladimir K. Wolkow: Stalin wollte ein anderes Europa**. Hrsg. von Harald Neubert, edition ost, Berlin 2003, 288 S.

Wortgetreue Dokumente, die Aufschluß über Positionen, Motive oder Bewertungen und Handlungen von führenden Staatsmännern und anderen Spitzenpolitikern geben, haben für Historiker immer eine besondere Bedeutung. Sie ermöglichen es, tiefer in Abläufe und Ursachen von Prozessen einzudringen. In dieser Hinsicht sind archivalische Quellen, die meist erst später offengelegt werden, aufschlußreicher als manche aktuelle Verlautbarungen und Kommentare wie auch Aussagen von Zeitzeugen.

Anläßlich des 50. Todestages Stalins sind viele Aufsätze auch in deutschen Zeitschriften und Zeitungen erschienen, in denen unterschiedliche Seiten seiner Biographie und seines nachhaltigen politischen Wirkens, darunter der durch ihn maßgeblich verschuldeten Verbrechen und Deformierungen des Sozialismus behandelt wurden. Die Außenpolitik spielte in ihnen weniger eine Rolle. Deshalb kommt zwei Publikationen eine hohe Bedeutung zu, die sich vorwiegend mit der Außenpolitik Stalins beschäftigen. Es sind deutsche Übersetzungen von unlängst in Moskau erschienenen Monographien russischer Historiker.

Sie stützen sich auf die wortgetreue Wie-

dergabe von Dokumenten, die sich in Moskauer Archiven befinden und bisher vorenthalten wurden. Hauptsächlich handelt es sich um Schreiben, Erklärungen oder Bemerkungen Stalins zu außenpolitischen Problemen. Der durch viele seiner Arbeiten zur deutschen Geschichte des 20. Jh.s bekannte Historiker und Publizist Lew Besymenski stützt sich in seiner neuen Arbeit auf bisher unbekannte Dokumente, die vornehmlich zusätzlichen Aufschluß über Stalins Bewertung und Motive für die Gestaltung der sowjetisch-deutschen Beziehungen seit Anfang der 20er Jahre bis 1941 vermitteln. Für die Moskauer Publikation hat der Autor den Titel "Hitler und Stalin vor dem bewaffneten Zusammenstoß" gewählt. Die deutsche Übersetzung des Aufbau Verlages lautet dagegen "Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren". Zumindest das entspricht nicht der russischen Originalfassung. Es steht auch weder im Einklang mit den Dokumenten noch mit dem Inhalt des ganzen Buches. Der aber ist es wert, von allen an der Geschichte Interessierten zur Kenntnis genommen zu werden.

Der umfangreiche Bd. belegt sowohl das grundlegende Bestreben der sowjetischen Außenpolitik, einen Krieg zu verhindern und zumindest einer befürchteten gemeinsamen militärischen Aktion aller Gegner des sozialistischen Staates vorzubeugen. Moskau war auch an einem gewissen Ausbau der Beziehungen zu Berlin in der Hoffnung interessiert, diesen zur Stärkung der eigenen Verteidigungskraft zu nutzen, um für die Abwehr einer letztendlich unvermeidbaren Aggression Hitlers besser gerüstet zu sein. Weitgehenden Einfluß auf Stalins Position hatte, wie aus den Doku-

menten zu ersehen ist, die von London und Paris ergangene Ablehnung des von Moskau angebotenen Systems der kollektiven Sicherheit, um so gemeinsam den zunehmenden Aggressionsvorbereitungen Hitlers entgegenzuwirken. Die Dokumente widerlegen die heute gängige Behauptung, Stalin sei an einem Pakt mit Hitler zur Neuaufteilung Europas interessiert gewesen. Eine gegenseitige Schwächung der beiden kriegführenden Parteien kam ihm jedoch gelegen, da er sich davon eine Verlängerung der friedlichen Atempause für Moskau versprach. Daraus ergab sich seine folgenschwere Fehleinschätzung im Frühsommer 1941. Der sowjetischen Führung lagen genügend Informationen über einen bevorstehenden Überfall der deutschen Wehrmacht vor. Stalin unterschätzte jedoch die Abenteuerlichkeit Hitlers und der Wehrmachtführung, wollte nicht glauben, daß sie die gefährlichen Konsequenzen eines Zweifrontenkrieges ausschlagen könnten. Sein Bestreben, den geringsten Vorwand für eine deutsche Kriegserklärung auszuschalten, ist so erklärlich. Die faktische Unterbindung erhöhter Alarmbereitschaft der Truppen war dagegen verhängnisvoll. Sie aber beruhte unvermeidlich auf dem unheilvollen Machtsystem mit der absoluten Entscheidungsgewalt Stalins. Auch hierzu liefern die Dokumente weitere Belege.

Wladimir Wolkow befaßt sich mit Schlüsselproblemen der neuesten Geschichte Mittel- und Osteuropas. Der Wert dieses Buches besteht ebenfalls vor allem in der wortgetreuen Wiedergabe von archivalischen Dokumenten, die bisher unzugänglich waren. Hierzu gehören vor allem Aufzeichnungen über zahlreiche Gespräche Stalins mit führenden Poli-

kern der volksdemokratischen Länder Ost- und Mitteleuropas. Die Aufzeichnungen über Gespräche mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht stellen eine wesentliche Ergänzung zu den bereits veröffentlichten Notizen von Wilhelm Pieck dar. Aus zweierlei Gründen vermitteln sie einen erheblichen zusätzlichen Erkenntniswert. Die Verfasser dieser Aufzeichnungen, darunter der politische Berater des Obersten Chefs der SMA und spätere Hohe Kommissar Wladimir Semjonow, gibt Stalins Erklärungen authentischer, eben nicht nach einer Übersetzung, wider. Er erkannte wohl auch deutlicher, als Pieck das konnte, woraus Stalin seine jeweilige Einschätzung ableitete bzw. was sich hinter bestimmten Hinweisen oder Andeutungen verbarg.

Neben vielen Einzelheiten, die von den Dokumenten belegt werden, ist eine Grundlinie besonders hervorzuheben. Die Moskauer Führung ließ sich in der weltweiten Auseinandersetzung vornehmlich von den eigenen, rein nationalen Interessen leiten, so wie Stalin sie verstand. Schon aus der Absicht, die Konfrontation mit dem Westen nicht zu befördern, wandte er sich gegen jegliche Versuche einer zu offenen "Sowjetisierung" jener Länder, die nun zu seinem Einflußbereich gehörten. Er war sichtlich auch an einer nicht zu schnellen sozialistischen Umgestaltung interessiert. Die Gespräche mit den deutschen Politikern belegen gerade diese Vorbehalte besonders deutlich. Das von ihm gewünschte "andere Europa" war ein nichtpaktgebundenes, das insgesamt nicht vordergründig im Einflußbereich der USA stand, eine wohlwollende Haltung zur UdSSR einnahm und sich so weltpolitisch und in sozialökonomischer Hinsicht in

einer gewissen Zwitterstellung befand. Aus meiner Sicht waren dafür zwei Gründe maßgeblich. Zum einen gab es für die Sowjetunion nach dem verheerenden Krieg ein völlig verständliches Interesse an einer stabilen Friedensordnung, die sowohl die Möglichkeit bot, alle verfügbaren Ressourcen auf den Wiederaufbau zu konzentrieren und zugleich im eigenen Nutzen am Welthandel teilzunehmen. Zum anderen aber sollte die Sowjetunion mit allen Mitteln zur zweiten Weltmacht und gleichzeitig zum eindeutigen Hegemon des Sozialismus ausgebaut werden. Auch deshalb wohl konnte Stalin an zu viel beispielhaften sozialistischen Werten in anderen Ländern nicht gelegen sein. Zu den jetzt veröffentlichten Dokumenten gehört auch ein Artikel, den der zu dieser Zeit noch völlig unbekannt Stalin 1923 für die *Rote Fabne* in Berlin geschrieben hatte. Damals noch im Einklang mit Lenin, vertrat Stalin die Auffassung, daß im Falle einer ersehnten siegreichen sozialistischen Revolution in Deutschland sich das Zentrum der weltrevolutionären Bewegung von Russland dorthin verlagern würde. Späterhin, noch mehr nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus, dürfte ihm jegliche "Ost-West-Verlagerung" und eine damit verbundene eigene Machteinbuße suspekt gewesen sein. Das aber minderte nicht seine Bereitschaft, alles Notwendige zu tun, um einen neuen Krieg zu vermeiden. Trotzdem hielt er an der damals gängigen und aus der Geschichte abgeleiteten Auffassung fest, daß grundsätzlich ein Krieg unvermeidbar sein könnte. Die fundamentalen Auswirkungen des atomaren Patts hatte er nicht erlebt. In der praktischen Politik trug er nicht selten zur Verschärfung der Konfrontation und damit

verbunden zur Erhöhung einer aktuellen Kriegsgefahr bei. Auch das wird durch die Dokumentation eindeutig belegt.

Alles in allem ist hervorzuheben, daß der hohe Wert der genannten Publikationen durch die Dokumente selbst bestimmt wird. Die Kommentare erleichtern dem Leser, die Dokumente richtig in das historische Umfeld einzuordnen. Das gilt insbesondere für das von B. herausgegebene Buch, wenn auch manche Kommentare nicht völlig überzeugend sind. W.s Diktion entspricht weitaus mehr einer heute auch in Rußland üblichen Anpassung an den berüchtigten Zeitgeist. Mitunter sind es Verneigungen vor gängigen Klischees, wodurch sein zugleich erkennbares Streben nach historischer Objektivität geschmälert wird.

Diese kritischen Einwände sollen nicht das Gesamturteil beeinträchtigen. Auf dem deutschen Büchermarkt gibt es zwei neue Publikationen, die jedem historisch Interessierten neue wertvolle Erkenntnisse zu Kardinalfragen des 20. Jh.s vermitteln.

*Stefan Doernberg*

**Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen** (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 84), R. Oldenbourg Verlag, München 2002, 212 S.

Ein halbes Jh. ist seit jenen Ereignissen verflossen, mit denen in der ersten Hälfte der 50er Jahre eine der bedeutsamsten Zäsuren in der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg gesetzt wurde. Der innere Zusammenhang zwischen den damals in enger zeitlicher Nähe auf deutschem Boden getroffenen zwei geschichts-

trächtigen Entscheidungen liegt auf der Hand. Die Verhinderung einer möglichen deutschen Wiedervereinigung zu einem nichtpaktgebundenen und damit außerhalb der Konfrontation des Kalten Krieges stehenden Deutschland und der Beschluß, den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR zu bestimmen, standen in einer logischen Abfolge.

Trotzdem will der Streit zwischen Historikern, Politologen, Publizisten und manchen anderen über die Bewertung der fünf Jahrzehnte zurückliegenden Ereignisse nicht abflauen. Das gilt insbesondere für die sowjetische Note vom 10. März 1952, ihre Beweggründe ebenso wie die Chancen, die sie eröffnete, sowie die Gründe für ihre Ablehnung und die Rolle deutscher Politiker. Eine im Auftrag des Münchner Instituts für Zeitgeschichte herausgegebene Publikation hat mit neu erschlossenen Quellen die Sicht auf die Ereignisse von 1952 beträchtlich erhellt. Die in ihr enthaltenen analytischen Kommentierungen setzen aber den seit Jahrzehnten unvereinbaren Streit fort.

Einen echten Neuwert erkenne ich daher in der erstmaligen Edition von 15 Dokumenten aus dem Archiv des Russischen Außenministeriums. Sie geben Aufschluß über die Entstehungsgeschichte jenes Angebots zum Abschluß eines Friedensvertrags mit einer aus freien allgemeinen Wahlen hervorgegangenen deutschen Einheitsregierung, das bereits damals in der westdeutschen Presse die Bezeichnung "Stalin-Note" erhielt. Gewählt wurde dieser Begriff wohl aus unterschiedlichen Gründen. Während die einen das neue, sehr weitgehende Angebot so als von Anfang an unannehmbar abstempeln woll-

ten, hoben andere mehr den hohen Stellenwert der Note mit der sich bietenden Chance für die deutsche Wiedervereinigung hervor. Jetzt aber dürfte quellenmäßig bestätigt sein, daß diese etwas ungewöhnliche Bezeichnung für eine diplomatische Note durchaus gerechtfertigt ist.

Die textliche Ausarbeitung der Note erstreckte sich auf einen längeren Zeitraum von über einem Jahr. Trotzdem unterschied sich die am 10. März 1952 an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA überreichte Note sehr wesentlich selbst von dem letzten kurz zuvor an Stalin eingereichten Entwurf. Es wurden zusätzlich Passagen aufgenommen bzw. gestrichen, um die Kompromissbereitschaft Moskaus überzeugender hervorzuheben. Ein wiedervereinigtes Deutschland sollte ohne Einschränkung in der Gestaltung seiner politischen wie wirtschaftlichen Ordnung souverän sein. Der Friedensvertrag sollte keinerlei Ansprüche zur Wiedergutmachung oder sonstige Auflagen enthalten. Selbst die Aufstellung eigener Streitkräfte wurde ohne die Erwähnung einer Begrenzung zugesagt. Zudem zielte das sowjetische Angebot auf den Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden in Jahresfrist. Unverzichtbar war wohl nur eine Forderung: Deutschland darf keinerlei Koalitionen oder Militärbündnissen beitreten, die sich gegen einen Staat der Antihitlerkoalition richten. Eine nur sieben Jahre nach Kriegsende durchaus verständliche Auflage.

Aus den veröffentlichten Dokumenten ergibt sich leider kein Aufschluß darüber, wie weit die Kompromissbereitschaft Moskaus bei angestrebten Verhandlungen gegangen wäre und welche eigene Vorstel-

lung von einem souveränen deutschen Staat, seiner weiteren Entwicklung bzw. einem erhofften Einfluss auf diese bestand. Aber nicht nur deshalb bleiben es Spekulationen, zu welchen Ergebnissen eine Auslotung der sowjetischen Vorschläge oder gar ein Kompromiss geführt hätte, an dem neben den vier Siegermächten auch die führenden Politiker der zwei deutschen Staaten interessiert sein mußten. Die Chance einer ganz anderen Entwicklung als jene, die für die deutsche wie auch die Weltgeschichte real eintrat, sollte niemand leugnen. Überzeugend beweist dabei diese Veröffentlichung, daß sich die sowjetische Führung von den Zielen ihrer ureigenen Staatsinteressen leiten ließ und nicht so sehr als Sachwalter deutscher Belange handelte, wie das in der DDR dargestellt wurde. Den Dokumenten ist auch eindeutig zu entnehmen, daß sich die DDR-Führung mehrfach für eine Initiative einsetzte, die den Weg zur deutschen Wiedervereinigung und einem Friedensvertrag ebnen sollte. Dagegen enthalten sie keinen Aufschluß darüber, ob es inhaltliche Differenzen zwischen den Vorstellungen Moskaus und Ostberlins gab.

Interessant ist höchstens ein Hinweis. Die DDR-Führung wollte zunächst einen eigenen Vorschlag über die Grundlagen eines Friedensvertrages unterbreiten. Das aber lehnte Moskau ab. Die Begründung, daß nicht von deutscher Seite, sondern von den Siegermächten der Entwurf einer Friedensregelung nach dem von Deutschland entfesselten Krieg vorgelegt werden müsse, halte ich für einleuchtend. Doch konnte sich dahinter auch die berechtigte Befürchtung verbergen, daß sich die DDR-Führung nicht genügend kompromißbereit zeigen würde. Sie mußte sich

doch darüber klar sein, daß nicht sie einen dominierenden politischen Einfluß auf das wiedervereinigte Deutschland ausüben würde. Trotzdem unterstützte sie vorbehaltlos den sowjetischen Vorschlag, auch durch das Angebot an die SPD, gemeinsam oder durch getrennte Aktionen die neue Situation für eine deutsche Wiedervereinigung zu nutzen. Der Bundeskanzler Konrad Adenauer dagegen lehnte jegliche Verhandlungen oder Kontakte mit der Sowjetunion ab, drängte die Westmächte dazu, selbst auf geringste Ansätze zu verzichten, ohne die Kompromissbereitschaft der UdSSR auch nur auszuloten.

Jürgen Zarusky vermerkt in seiner Einführung dazu, daß Adenauer mit seiner Politik das Szenario geschaffen habe, in dessen Rahmen dann die staatliche Einheit Deutschlands 1990 hergestellt wurde. 1952 war das für ihn nur ein Wunschtraum. Alles deutet darauf hin, daß Adenauer nicht an der Spitze einer gesamtdeutschen Regierung gestanden hätte. Die Dokumente des Bd.es bestätigen die analytischen Schlußfolgerung von Wilfried Loth, der auch die Edition der Dokumente besorgte: "Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 kein Zweifel mehr sein."

Hermann Graml und Gerhard Wettig halten dagegen in ihren Beiträgen an Positionen und unbewiesenen Behauptungen fest, mit denen seit 1952 in der Diktion des Kalten Krieges die Ablehnung des so-

wjetischen Angebots gerechtfertigt wurde. Es sind zudem Mutmaßungen über Moskauer Ziele und eine angeblich nicht vorhandene Kompromißbereitschaft, obwohl die Dokumente etwas anderes aussagen. Die Möglichkeit für eine andere deutsche wie internationale Entwicklung wurde ja nicht einmal erkundet. Sie war von den Adressaten, an die sich die Note vom 10. März 1952 richtete, weder kurzfristig noch längerfristig gewollt. *Stefan Doernberg*

**Hans Ehlert unter Mitarbeit von Hans-Joachim Beth: Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente,** (Militärgeschichte der DDR. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam, Bd. 3), Ch. Links Verlag, Berlin 2002, 591 S.

Egon Bahrs Einschätzung, daß die deutsche Einheit auch in den Streitkräften keineswegs als eine erfolgreiche Integration der ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee gelaufen sei, stieß bei den meisten westdeutschen Teilnehmern eines vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durchgeführten Zeitzeugenforums "Deutsche Einheit und europäische Sicherheit - das Ende der NVA und die ‚Armee der Einheit‘" auf Widerspruch. Bahr brachte es auf den Begriff: Allein die westdeutschen Entscheidungen wurden umgesetzt, es wurde "abgewickelt, aufgelöst, übergeben". Allein die NVA mußte die mit der Einheit verbundenen Abrüstungsverpflichtungen für Gesamtdeutschland erfüllen. "Bei den Berufs- und Zeitsoldaten schränkte sich die Bundeswehr um 10 Prozent ein, bei der NVA blie-

ben 10 Prozent übrig" (S.265). Als politischer Berater des DDR-Ministers für Abrüstung und Verteidigung (MfAV) erlebte er diese Prozesse hautnah mit und sah, wie sie folgerichtig aus der DDR-Verantwortung entrissen wurden. Auch wenn die anderen westdeutschen Diskutanten betonten, daß sie die menschliche Seite der Einheit wichtig nahmen, sich nicht als kaltschnäuzige Abwickler fühlten und Einsatzbereitschaft wie Pflichterfüllung bei den NVA-Angehörigen, auch ihren Generalen und Offizieren, schätzten, nicht nur für General Werner von Scheven war klar, "daß eigentlich überhaupt nichts zusammenpaßte, nichts, nur daß wir die Berufsbezeichnung Soldat hatten. Wir waren in grundverschiedene Systeme und Strukturen eingebunden" (S.276). Die ostdeutschen Teilnehmer stellten Einheit und gemeinsame Bundeswehr nicht in Frage, waren stolz auf ihr Wirken 1989/90. Sie beklagten allerdings, daß ihr Beitrag für den friedlichen Verlauf der Wende kaum gewürdigt wurde. Vor allem reklamierten sie Benachteiligungen und persönliche Verletzungen, so daß kein einziger DDR-General übernommen wurde, obwohl bis zuletzt Hoffnungen gemacht wurden; sie beschrieben das "a.D. in fremden Streitkräften" als diskriminierend oder beklagten, ohne militärische Ehren beige-setzt zu werden. Im Kern ging es bei allem um die spezifische Seite der Elitenabwicklung Ost, die von den Betroffenen als Diskriminierung betrachtet wird und es sie kaum tröstet, daß der andersartige Umgang mit Angehörigen der Naziwehrmacht wegen der damaligen Fehler nun nicht mehr wiederholt werden sollte. Allerdings hatte Bahrs zugespitzte Problematisierung des Einigungsprozesses weit

stärker polarisiert als die sich eher um Details drehenden Diskussionen zwischen ost- und westdeutschen politischen und militärischen Akteuren von 1990, die auf dem Podium bzw. im Saal ausgetragen wurden.

Der Bd. dokumentiert exzellent das Zeitzeugenforum. Er gewinnt durch den Abdruck zeitgenössischer Dokumente aus DDR- und BRD-Regierungsstellen wie aus der damaligen Presse, die die sich rasch vollziehenden Entwicklungen belegen. Ergänzt wird die Darstellung durch ein Interview mit dem letzten DDR-Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann.

Im Mittelpunkt des Forums standen in unterschiedlicher Weise jene drei Hauptphasen der militärischen Vereinigung 1989/90, die Hans Ehlert vom Forschungsamt in seiner einleitenden Gesamtsicht sachkundig und ausgewogen entwickelte. Erstens die sich vom Oktober 1989 bis zur Volkskammerwahl im März 1990 hinziehende Verunsicherung der NVA und die gleichzeitig von einer neuen Führung eingeleitete Militärreform für eine "neue NVA". Die Einheit spielte zunächst nur eine geringe Rolle. Leider wurde genau diese Phase, die auf Erneuerung des DDR-Staatswesens abzielte, im Forum kaum näher beleuchtet.

Zweitens die Zeit zwischen April und Juli 1990, in der die Regierung de Maizière mit Unterstützung eines loyalen, teilweise erneuerten Kommandeurskorps die Stabilisierung der NVA fortsetzte, sich - unterstützt durch Westberater - eine politische Führung im Verteidigungsministerium etablierte und bei starker Anlehnung an das Vorbild Bundeswehr eine längere Phase der Koexistenz zweier deutscher Armeen

erwartet wurde. Eppelmann hatte noch am 14. Juni 1990 auf dem Verteidigungsministertreffen des Warschauer Vertrags in Strausberg bei Berlin erwartet: "Um die Sicherheitsstruktur Europas nicht zu gefährden, wird es ... keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR geben dürfen. Aber es kann eine verkleinerte, schlagkräftige NVA geben, die mit rein defensiven Strukturen in der Lage ist, das Territorium zu verteidigen" (S.414). Hier waren insbesondere die Überlegungen Eppelmans, der Militärs, auch des Außenministers Markus Meckel interessant, ebenso zunehmend die konträren Vorstellungen der bundesdeutschen Seite, die auf "einem Staat und einer Armee" beharrte. Allerdings gab es offensichtlich auch in Bonn differenzierte Überlegungen, die bekanntlich bei Außenminister Hans-Dietrich Genscher zunächst nicht zwingend die NATO-Mitgliedschaft beinhalten.

Und drittens schließlich die Phase von Juli bis Oktober 1990 (allein mit dem Einlenken Gorbatschows im Kaukasus begründet, das jegliche andere Überlegung zur Makulatur machte) mit dem zielgerichteten Weg zur Vereinigung, besser Abwicklung der NVA unter formal ostdeutschem Kommando, aber bereits massiver Präsenz von Bundeswehrkommandeuren vor Ort. Dies wird von Ehlert für die westdeutsche Seite als ein "Kraftakt zur Implementierung der bisherigen Perspektivüberlegungen zur militärischen Einigung durch konkrete Planungen" charakterisiert, als eine Zeit, in der nun "konkrete Schritte zur Übernahme von Personal und Material der NVA" vollzogen wurden, während doch die ganze Zeit - so zumindest die ausgewählten Dokumente - bis Juli 1990

nur durch "behutsame Vorüberlegungen hinter verschlossenen Türen" auf der Bonner Hardt-Höhe bestimmt war (S.7). Folgerichtig ist das erste derartige Dokument eine Vorlage des Leiters der Organisationsstabes des Bundesministeriums für Verteidigung (BmVg) für eine gemeinsame Führungsstruktur von BmVg und MfAV vom 13. Juni 1990. Bei ostdeutschen Teilnehmern klang durch, daß sie diese Entwicklungen eher als Irreführung der NVA-Soldaten empfanden und diesbezüglich vor allem die eingeweihten DDR-Politiker wie Eppelmann oder Staatssekretär Werner E. Ablaß kritisierten. Für die westdeutsche Seite mußte dies ob ihrer politischen Wertung der NVA als "Parteiarmee" und "Armee mit Schießbefehl" unproblematisch erscheinen, und so war der Hinweis auf das weitgehend gleichartige Schicksal der anderen öffentlichen Institutionen der DDR nur konsequent.

Die Zeitzeugen liefern Historikern zweifellos Material der oral history, aber sie belegen auch den bislang nicht zugeschütteten Graben zwischen Ost und West, wo Ostdeutsche leichter mit dem "Kalten Krieg" fertig geworden zu sein scheinen als ihre westdeutschen Landsleute, die letztlich siegreich waren. *Stefan Bollinger*

**Michael Schäfer: Die Vereinigungsdebatte. Deutsche Intellektuelle und deutsches Selbstverständnis 1989 – 1996,** Nomos Verlagsgesellschaft, Baden - Baden 2002, 199 S.

Der Vf. dieses aus einer Dissertation hervorgegangenen Buches hat sich an ein schwieriges Thema herangewagt, bei dem

von vornherein feststand, daß eine Gratwanderung zwischen ausufernder Detailtreue und unzulässiger Vereinfachung im Interesse größerer Übersichtlichkeit abgefordert werden würde. Mauerfall und deutsche Einheit waren von einem vielfältigen intellektuellen Stimmengewirr begleitet. Durch Konzentration auf die wesentlichen Kernaussagen und Argumente will S. die wichtigsten Standpunkte und Konfliktlinien in der intellektuellen Debatte herausarbeiten. Das ging selbstverständlich nur, wenn er von vornherein den Mut zur Lücke aufbrachte.

Die aner kennenswerte Darstellung konzentriert sich auf den Zeitraum von 1989 bis 1996. Die einzelnen Kapitel konzentrieren sich auf den Debattenprolog zwischen Mauerfall und Einigungsvertrag, auf die außenpolitischen und innenpolitischen Aspekte im Fortgang der Debatte nach 1990 und auf die Intellektuellen als Objekt der Vereinigungsdebatte. Abschließend fragt der Vf., ob von einem Ende der Debatte ausgegangen werden könne. Der Ernst des gesamten Problems wird am Beispiel der Ansicht Dieter Buhls demonstriert, der schon 1993 danach gefragt hatte, was wohl geschehen würde, wenn die Vereinigung nicht gelingt, wenn mangelnde Opferbereitschaft und wachsende Ungleichheit zwischen Ost und West gefährliche Verwerfungen auslösten und der "Riese Bundesrepublik die innere Balance verliert". Eine "sinkende Kurve der inneren Kraft" der westlichen liberalen Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 machte Herbert Kremp aus. Der umstrittene konservative Historiker Ernst Nolte meinte gar, daß mit dem Verschwinden des ideologischen Gegners den westlichen Gesellschaften die letzte von

außen wirkende Bindekraft verloren gegangen sei. Der siegreiche Westen habe sich nicht mehr "liberal" sondern "liberistisch" aufgeführt: "als bloßes Mit- und Gegeneinander entfesselter Egoisten von Einzelnen, Gruppen und Staaten, als Durchdringung aller Lebensbereiche mit den ökonomischen Prinzipien des ‚freien Marktes‘ und damit der Käuflichkeit und der Werbung".

Um der verwirrenden Vielfalt von Meinungen zum Thema beizukommen, hat der Vf. in einer Tabelle vier Argumentationslinien genannt: die postnationale, die reformsozialistische, die funktionalnationale und die national-konservative. Diesen in der Tabelle zugeordnet wurden Gegner/Skeptiker und Befürworter und die Untergliederungen Antinationale, Verteidiger der BRD und Verfechter des Dritten Weges sowie funktionale Apologeten und psychologische Apologeten. Dieser Strukturierung mag man zustimmen oder auch widersprechen, wer sich mit der Fülle des Materials auseinandergesetzt hat. Widerspruch verdient die Wertung S.s, daß Deutschland schon am 3. Oktober 1990 die volle Souveränität erlangt habe.

Dies war nach gängiger Sicht erst mit dem Inkrafttreten des Zwei-Plus-Vier-Abkommens im März 1991 der Fall (BGBl. II, 15.3.1991, S.587). Der Vf. liebt solche Begriffe wie "Bankrott", "Kollaps" und "Untergang" der DDR, erklärt aber an keiner Stelle, was er darunter versteht. Die DDR ist an keinem Tag ihrer Existenz kollabiert. Von März 1990 bis zum Tag der Vereinigung existierte die DDR unter der frei gewählten Regierung mit dem Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) an der Spitze. In ihrem letzten Jahr

drohte der DDR zwar verschiedentlich die Zahlungsunfähigkeit und die Implosion der gesellschaftlichen Strukturen in ein komplettes Chaos, aber die Drohung wurde dank der hohen politischen Kultur der demokratischen Bewegungen in der DDR 1989/90 nie Wirklichkeit.

Wenig einsichtig ist, warum sich durch das ganze Buch für die nationale linke Sicht lediglich das Beispiel Peter Brandts schleppt, der im Januar 1990 der Linken vorgeschlagen hatte, einen eigenen Deutschlandplan vorzulegen. Dem Vf. entging, daß Wolfgang Harich den Entwurf eines Deutschlandplans bereits im Dezember 1989 vorgelegt hatte. Das Papier Harichs wurde am 3. Februar 1990 auf einer Delegiertenversammlung der Grünen der DDR im Berliner Haus der Demokratie erörtert. Der Vorschlag fand keine Mehrheit. Der Haupteinwand gegen Harichs Plan lautete, daß die Wiedervereinigung kein aktuelles Thema sei. Eine vergleichbare Lücke zeigt sich im Falle der ausführlichen Behandlung des 1992 veröffentlichten Manifests "Weil das Land sich ändern muß". Das gleichzeitig veröffentlichte "Ostdeutsche Memorandum" findet keine Erwähnung, obwohl sich ein Vergleich zwischen diesem und dem Manifest förmlich aufgedrängt hätte. Es fällt überhaupt auf, daß ostdeutsche Intellektuelle eher als "grünes Gemüse in der Suppe" vorkommen; Namen wie Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just und Uwe-Jens Heuer stehen nicht im Personenregister. Die von S. ausgewählten Kurzbiographien haben folgende Proportion: 26 westdeutsche und acht ostdeutsche. Das Buch über die intellektuelle Vereinigungsdebatte im Osten muß wohl erst noch geschrieben werden. *Siegfried Prokop*

## Annotationen

**Rudolf Forberger: Die industrielle Revolution in Sachsen 1800 - 1861. Bd. 2. Zweiter Halbband: Die Revolution der Produktivkräfte in Sachsen 1831-1861. Übersichten zur Fabrikentwicklung. Zusammengestellt von Ursula Forberger, Stuttgart 2003, 1162 S.**

Mit dem nun erschienenen Bd. von R. und U. Forberger endet die Darstellung der Industriellen Revolution in Sachsen. Beginnend mit dem 1958 vorgelegten Buch "Die Manufaktur in Sachsen" haben die Forbergers 350 Jahre sächsische Wirtschaftsgeschichte untersucht und dazu publiziert. Eine vergleichbare Arbeit liegt wohl kaum für einen anderen deutschen Staat vor.

Der Aufbau des Buches ist der gleiche wie im zweiten Halbbd. des ersten Buches. "Das Kriterium zur Aufnahme der Betriebe in die Übersichten ist das gleiche wie im ersten Teil: Die Aufnahme der maschinellen Produktion mit außermenschlichem Antrieb bzw. mit neuen Verfahren und Gefäßsystemen", umreißt U. Forberger das Anliegen des Buches im Vorwort. Die erfaßten Fabrikstandorte reichen von Adorf bis Zwota. Dabei wurde eine Fülle von Fakten über Ausstattung der Betriebe, Arbeitskräfte und produktive Leistungen erfaßt.

Mit diesen Bd.en zur industriellen Revolution in Sachsen liegt nun ein Standardwerk vor, auf das auch künftige Generationen immer wieder zurückgreifen werden, wenn sie sich mit sächsischer Industriegeschichte beschäftigen. Einziger "Mangel" der Arbeit, daß sie 1861 endet.

Somit wurde aber Raum gelassen für weiterführende Forschungen.

*Wolfgang Uhlmann*

**Sibylle Küttner: Farbige Seeleute im Kaiserreich. Asiaten und Afrikaner im Dienste der deutschen Handelsmarine, Sutton Verlag, Erfurt 2000, 224 S.**

Die vorliegende empirische Abhandlung befaßt sich mit einem Themenkomplex, dem sich die deutsche Geschichtswissenschaft bisher kaum zuwandte, im Gegensatz zu den Seefahrtshistorikern sowie Migrations- und Rassismusforschern Großbritanniens und der USA, die die Problematik der in der Marine ihrer Länder angestellten kolonialen Arbeiter wiederholt aufgriffen.

K. widmet sich einem wichtigen Problemkreis der deutschen Seefahrtsgeschichte: der Beschäftigung außereuropäischer Seeleute - Chinesen, Inder, Araber und Afrikaner - in der deutschen Schifffahrt vor 1914. Die Autorin entwickelt, daß die deutschen Reeder zur Deckung des rasch wachsenden Bedarfs an Seeleuten zunehmend auf Arbeitskräfte aus Asien und Afrika zurückgriffen und diese Farbigen bereits bis 1914 ein unverzichtbares und bedeutendes Arbeitskrätereservoir für die Handelsmarine darstellten. In diesem Kontext werden Mechanismen und die Spezifik der im späten 19. Jh. beginnenden Billiglohnarbeit detailliert untersucht. Farbige arbeiteten als Feuerleute, Matrosen und Bedienungspersonal auf dem untersten Ende der Bordhierarchie. Ihnen wurden die schlechtbezahltesten, körperlich anstrengendsten, gefährlichsten und unqualifiziertesten Tätigkeiten zugewiesen.

Eingehend untersucht werden die rassistisch bedingten Vorurteile und die mit ihnen einhergehenden Ächtungen und Diskriminierungen, denen farbige Seeleute von den deutschen Reedern, aber auch von ihren deutschen Kollegen ausgesetzt waren. Schließlich beleuchtet K. die politischen Auseinandersetzungen über den Einsatz ausländischer Billiglohnarbeiter auf deutschen Handelsschiffen und geht der Frage nach, zu welchen Kompromissen Befürworter und Gegner eines solchen Einsatzes gelangten.

Die Autorin stützt sich in ihrem Buch vorwiegend auf archivalische Quellen mit seriösem Charakter aus den Staatsarchiven Hamburg und Bremen, aus dem Archiv der Handelskammer Hamburg und dem Bundesarchiv Potsdam sowie auf amtliche Publikationen, zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften (hier vor allem sozialdemokratischer Provenienz).

*Rainer Holze*

**Verbrannt, geraubt, gerettet! Bücherverbrennung in Deutschland. Eine Ausstellung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des 70. Jahrestages. Mit Beiträgen von Detlev Brunner, Angela Graf, Erhard Stang, Rüdiger Zimmermann, Bonn 2003, 56 S., Abb.**

Mit der Ausstellung "Verbrannt, geraubt, gerettet" und der vorliegenden Broschüre erinnert die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung sowohl an den Raub von Bibliotheken, Verlagen und weiterem Eigentum von Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung als auch an die im Mai 1933 in zahlreichen deutschen Städten organisierten Bücherverbrennungen, die

unter dem Motto "Wider den undeutschen Geist" die brutalste Unterdrückung jeglichen demokratischen, humanistischen und sozialistischen Gedankengutes und Meinungsäußerung öffentlich forderten und rigoros durchzusetzen suchten. In ihrem Beitrag "April/Mai 1933 - Die 'Aktion wider den undeutschen Geist' und die Bücherverbrennungen" zeigt Angela Graf zunächst die Vorgeschichte der faschistischen Bücherverbrennungen im Mai 1933 und antidemokratische Tendenzen in den deutschen Eliten auf, geht dann auf die studentische "Aktion wider den undeutschen Geist" und ihre Unterstützer sowie auf Verlauf und Folge der Bücherverbrennung ein. Mit einem bisher weniger bekannten und behandelten Thema beschäftigt sich Detlev Brunner unter dem Titel "2. Mai 1933 - Der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und das Schicksal der Gewerkschaftsbibliotheken". An Hand einiger Beispiele zeigt er auf, welche gewaltige kulturelle Werte und Potentiale die deutschen Faschisten damals raubten und teilweise vernichteten und was von diesen Schätzen nach 1945 gerettet werden konnte. Unter dem Titel "Berlin - Offenbach - Washington - Bonn (mit Umwegen). Das Offenbacher Archival Depot als Durchgangsstation für die Gewerkschaftsbestände der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung" behandelt Rüdiger Zimmermann ein weiteres wichtiges, bisher wenig bekanntes Thema zur Geschichte der Gewerkschaftsbibliotheken. In seinen Ausführungen verdeutlicht er die Bedeutung des Offenbacher Archival Depots für die Rettung von den Nazis geraubter Literatur und gibt einen Einblick in die Odyssee mancher Bestände von Gewerkschaftsbibliotheken. Abschließend enthält

die Broschüre ein Verzeichnis der in der oben genannten Ausstellung gezeigten Druckschriften, das von Erhard Stang angefertigt wurde. Illustriert wurde die Broschüre mit Fotos und Dokumenten zu den einzelnen Beiträgen sowie mit Abbildungen von Titelblättern von in der Ausstellung gezeigten Schriften. *Jürgen Stroech*

**Abel Paz: Durruti. Leben und Tod des spanischen Anarchisten.** Aus dem Spanischen von Luís Bredlow, Edition Nautilus, Hamburg 2003, 736 S.

Zehn Jahre nach Beginn seiner biographischen Forschungen veröffentlichte Abel Paz 1972 die gekürzte französische Erstfassung des Buches, 1994 die ungekürzte, auf Grund neuen Materials z.T. erweiterte deutsche Fassung, 2003 erschien deren Nachauflage. Der Autor war Teilnehmer an den Kämpfen in Barcelona während des spanischen Bürgerkriegs und an der libertären Guerilla wider Franco. Er berichtet über Buenaventura Durruti, den Cid des Anarchismus in Spanien, über dessen engste Mitstreiter Francisco Ascaso und García Oliver, die anarchistische Agitation und Untergrundtätigkeit, Attentate und Gefängnisaufenthalte. Paz stellt den Anarchismus vor und nach Ende der Monarchie 1931, dessen bürgerliche, rechtssozialistische und kommunistische Kontrahenten und eine Vielzahl oft kaum bekannter Tatsachen dar. Der Held der Biographie rückt mehrfach in den Hintergrund, tritt aber immer wieder hervor. Er war einer jener spanischen Proletarier und Arbeiterführer, die unbeirrt den Traum vom libertären, durch keinen bürokratischen Zwang eingeeengten Kommunismus

zu verwirklichen suchten. Dieser konnte jedoch nur in der kurzen Zeit zwischen den Arbeiteraktionen gegen den Franco-Putsch im Juli und der im Herbst 1936 einsetzenden gegenrevolutionären Offensive im antifaschistischen Lager ansatzweise praktiziert werden. Interessant sind Rapporte über Vorgänge an der Aragonfront, im Hinterland und beim Ringen um Madrid sowie die Geschichte des Todes von Durruti, die in mehreren einander widersprechenden Varianten existiert. Sie reichen vom faschistischen Feuerüberfall über einen Schuß von kommunistischer oder anarchistischer Seite in den Rücken bis zum puren Zufallstreffer aus eigener Waffe. Propagandistisch jahrzehntelang erfolgreich war die stalinistische Legende, mit welcher der große Anarchist gleichzeitig vereinnahmt werden sollte. Demnach sei er auf dem Weg vom konsequenten Militarismus- und Volksfrontgegner sowie Anhänger eines Kommunismus von unten zum Sympathisanten Stalins und seiner Politik gewesen, weshalb ihn die "Freunde Durrutis" ermordet hätten - eine Gruppe, die es zu dem Zeitpunkt noch gar nicht gab (S.619, 624). Am 25.4.1938 wurde Durruti, Generaldelegierter der nach ihm benannten Kolonne, von Ministerpräsident Negrín postum zum Oberstleutnant der Volksarmee ernannt. Der Verfasser sieht darin den Schlußakt der politisch-moralischen Ermordung seines Helden (S.644ff.). Dem Buch sind die Gedenkrede des Milizionärs der "Kolonne Durruti", Carl Einstein, und z.T. weiterführende Anmerkungen beigelegt.

*Fred Wilm*

**Spurensicherung V. Die DDR wird zum "Beitrittsgebiet". Erlebtes, Erlittenes, Probleme, Aktivitäten.** Hrsg.: **Unabhängige Autorengemeinschaft "So habe ich das erlebt"**, GNN-Verlag, Schkeuditz 2003, 309 S.

1999 begann die Arbeitsgemeinschaft mit der Herausgabe ihrer authentischen Berichte zur deutschen Zeitgeschichte mit dem Bd. I "Wege in die DDR" und Bd. II "Zeitzeugen zum 17. Juni 1953". Im Jahre 2000 folgten Bd. III "Leben in der DDR" und 2002 Bd. IV "Niedergang der DDR". Mit dem vorliegenden Bd. V wird nun die Sammlung zur DDR-Geschichte abgeschlossen.

In ihm kommen 51 Autoren mit kürzeren oder längeren Beiträgen zu Wort. Nach dem Motto "So habe ich das erlebt" schildern sie ihre Erfahrungen, die sie auf dem Wege zur deutschen Einheit gemacht haben. Durchweg nehmen sie diesen Weg nicht als Vereinigung oder Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wahr, sondern als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik oder ihren Anschluß. Die erzählten Erlebnisse aus der Zeit des Beitritts stimmen sehr oft überein mit den bitteren Erfahrungen, die Theodor Storm 1867 bei der Einverleibung Schleswig-Holsteins durch Preußen in einem Brief an Friedrich Eggers, der dem Bd. vorangestellt ist, beklagt. Der Brief endet mit dem Satz: "Auf diese Weise einigt man Deutschland nicht."

Der Wert der Berichte besteht in ihrer Konkretheit und Authentizität. Vorwiegend wird das eigene Erleben geschildert. Abstrakte Reflexionen und allgemeine Einschätzungen sind hier und da nicht ganz vermieden worden, dominieren aber

nicht. Es wird keine unkritische DDR-Nostalgie betrieben. Der Vergleich der beiden gesellschaftlichen Systeme, die bis 1990 auf deutschem Boden bestanden und der mit der Schilderung des Erlebten zwangsläufig in Erscheinung tritt, zeigt ein abgewogenes Bild. Erfreulich, daß auch jüngere Autoren Platz gefunden haben, deren Arbeitsleben 1990 nicht durch Vorruhestand oder Rente beendet wurde. Es sind Bürger der DDR, deren gute Ausbildung sie befähigte, in der kapitalistischen Marktwirtschaft Fuß zu fassen und zu bestehen, auch als Unternehmer.

Für den Leser dieser Zeitschrift dürften die Beiträge von Günter Benser über die Arbeit und die Schließung des aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED 1990 hervorgegangenen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung und von Eckhart Mehls über die Abwicklung der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität von besonderem Interesse sein.

Eine kleine Korrektur sei mir als altem Erzgebirger gestattet. Auf S.96 muß es im richtigen "Arzgebirgisch" heißen: "...wu de Hasen Hosen und de Hosen Husen haaßen".  
*Fritz Zimmermann*

## Nachsatz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autorinnen und Autoren, das vorliegende Heft eröffnet den dritten Jahrgang des „JahrBuchs“. Die vielen Zuschriften, Beiträge und Rezensionen, die uns erreichen, zeugen davon, daß es als Publikationsmöglichkeit für und Informationsquelle über den Gegenstand Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderer sozialer Bewegungen gebraucht wird. Wir danken für Ihr reges Interesse und aktive Mitarbeit und hoffen, daß es auch im Jahr 2004 dabei bleibt. Bitte teilen Sie uns Ihre Meinung zur inhaltlichen Gestaltung der Hefte, z. B. welche Themen oder Auskünfte Sie im „JahrBuch“ vermissen, mit.

Die eingesandten Manuskripte veranlassen uns, alle Autorinnen und Autoren dringend daran zu erinnern, daß der Umfang ihrer Beiträge bei Artikeln 40 000, bei Berichten 10 000, bei Rezensionen 6 000 Zeichen nicht überschreiten soll. Auch bitten wir, stets **die letzte Fassung** des jeweiligen Beitrags einzureichen - spätere Ergänzungen/Veränderungen können aufgrund organisatorisch-technischer Abläufe in der - nach wie vor ehrenamtlich arbeitenden - Redaktion nicht berücksichtigt werden. Bitte beachten Sie die gebräuchliche Verfahrensweise bei der äußeren Manuskriptgestaltung - wir schicken Ihnen gern die Redaktionsrichtlinien zu.

Auch dies sei wiederholt: Im Jahr 2004 wird das JahrBuch wieder dreimal (im Januar, Mai und September) in einem Gesamtumfang von mindestens 660 Seiten erscheinen. Es kann über die Redakti-

on bestellt werden. Ein Einzelheft kostet 10 Euro zuzüglich Porto, der Preis für ein Jahresabonnement beträgt 25 Euro im Inland, 35 Euro im Ausland, einschließlich Porto. Zu zahlen ist das Abo auf das NDZ-GmbH-Konto-Nr. 57 44 56 10 10 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Für unsere ausländischen Abonnenten wichtig: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE75 1009 5744 5610 10.

Zu Anfragen betr. Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge teilen wir mit: Die Typowerkstätten des Giambattista Bodoni Museums e. V. bieten Sonderdrucke - mit und ohne Umschlag - an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030 - 28 25 137.

Die Redaktion

## Autorenverzeichnis

*Rolf Apel*, Dr., Strausberg,  
*Rolf Badstübner*, Prof. Dr., Berlin  
*Günter Benser*, Prof. Dr., Berlin  
*Stefan Bollinger*, Dr. sc. phil., Berlin  
*Wolfgang Büttner*, Dr. sc. phil., Peters-  
 hagen  
*Rolf Dlubek*, Prof. Dr., Berlin  
*Stefan Doernberg*, Prof. Dr., Berlin  
*Michael P. Hensle*, Dr., Berlin  
*Rainer Holze*, Dr., Berlin  
*Peter Hübner*, Dr. sc. phil., Projektleiter  
 am Zentrum für Zeithistorische For-  
 schung, Potsdam  
*Bernd Hüttner*, Archiv der sozialen Be-  
 wegungen, Bremen  
*Steffen Kachel*, MA, Doktorand am  
 Fachbereich Geschichte der Universität  
 Erfurt  
*Gerd Kaiser*, Dr., Berlin  
*Alexander Kan*, Prof. Dr., Universität  
 Uppsala  
*Erhard Kiehnbaum*, Greifswald  
*Horst Klein*, Dr. sc. phil., Strausberg  
*Siegfried Kuntsche*, Prof. Dr., Uelitz  
*Ottokar Luban*, Berlin  
*Mario Niemann*, Dr., Historisches Insti-  
 tut, Universität Rostock  
*Dmitrij Owetschkin*, Dr., Ruhr-Univer-  
 sität, Bochum  
*Siegfried Prokop*, Prof. Dr., Berlin  
*Volker Riedel*, Prof. Dr., Berlin  
*Erich Rübensam*, Prof. Dr., Waldsiefers-  
 dorf  
*Mirjam Sachse*, MA, Universität Kassel  
*Elke Scherstjanoi*, Dr., Institut für Zeit-  
 geschichte München-Berlin, Berlin  
*Beverly J. Silver*, John Hopkins  
 University, Baltimore  
*Jürgen Stroech*, Dr., Berlin,

*Christa Uhlig*, Prof. Dr., Universität  
 Paderborn  
*Wolfgang Uhlmann*, Dr., Industrie-  
 museum Chemnitz  
*Alfred Wesselmann*, Dr., Lengerich  
*Ruth Weihe*, Berlin  
*Fred Wilm*, Berlin  
*Fritz Zimmermann*, Prof. Dr., Berlin

## Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschun-  
gen zur Geschichte der ArbeiterbewegungRedaktion: Helga Brangsch; Ursel  
Herschel; Dr. Wolfgang Heyn; Dr. Chri-  
sta Hübner; Dr. Herbert Mayer (Verant-  
wortlicher Redakteur.); Dr. Ulla Plener;  
Dr. Elke Scherstjanoi; Dr. Carola Tisch-  
ler.Postadresse der Redaktion:  
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin  
e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-  
online.deErscheint in der NDZ GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, D-10178 BerlinSatz: Joanna Boegendorff  
Realisiert in den Typowerkstätten des  
Giambattista-Bodoni-Museums e.V.  
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß 3. Dezember 2003

# Gerhard Körner (\*1914)

*Könnte ich noch einmal all die Schuhe,  
die ich in meinem Leben getragen  
habe, in einer Reihe stehen sehn,  
ich würde ihnen Füße geben  
und Beine machen und sie losschicken  
in die Gefilde der Kindheit, auf die  
Pfade erster Liebe, in das Geröll der  
Bergwelt, in die Keller mörderischer  
Macht und erst recht in den Lichthof  
friedlicher Zukunft!*

*Da war mein Schritt leise auf durchge-  
laufenem Leder, klappernd auf hölzer-  
nen Sohlen, hart in den Moränen des  
Kampfes und laut in Zuchthaus und  
Krieg!*

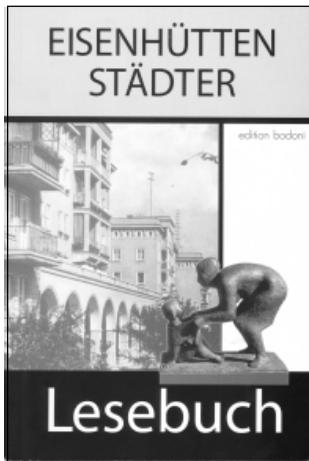
*Es ging in vielen Windungen bergab,  
wer wollte sagen Weg zum Gipfel!*



ISBN 3-929390-43-4

viele Illustrationen von W. und K.P. Pietsch;

294 Seiten; 18,00 Euro



## Eisenhüttenstädter Lesebuch Zum 50. Jahrestag des Baubeginns,

den die Stadt – eigentlich verfrüht – im August  
2000 feierte, erschien dieses Lesebuch mit  
Erinnerungen der Aufbaugeneration.

Herausgegeben im Auftrag der Geschichts-  
werkstatt Eisenhüttenstadt e. V.

ISBN 3-929390-41-8 //

496 S., // 15,00 Euro

